

Mario Cortesi über Biel, Beatrice Schlag über die Genialität von Lady Gaga

DIE WELTWOCHEN

Nummer 6 – 9. Februar 2017 – 85. Jahrgang – Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

4 194407 1006904
06



**Neue Studie
Sexmarkt
Schweiz**

**Lehrplan 21
Hirnwäsche
im Klassenzimmer**

**«Lügenpresse»
Wahrheit
oder Mythos?**

Trump verstehen

**Eine nüchterne Standortbestimmung
drei Wochen nach Beginn seiner Amtszeit**



Mit dem Combi-Steam kocht man gerne.

V-ZUG erleichtert Ihnen das Kochen mit einfachen und individuellen Lösungen. Der neue Combi-Steam MSLQ ist das weltweit erste Gerät, das konventionelle Beheizungsarten, Dampf und Mikrowelle in sich vereint. So macht schnelles und gesundes Kochen Freude: vzug.com



Schweizer Perfektion für zuhause

Intern: Trump, Killias, Hannesbo

Noch kein Monat im Amt – und schon ist Donald Trump von allen Seiten unter Beschuss. Bundesrichter James Robart hat Trumps Einreisesperre für sieben vorwiegend muslimische Länder gestoppt – landesweit und mit sofortiger Wirkung.



Blick in die Unterwelt: Strategieführer Bannon.

Der US-Präsident antwortete per Twitter: «Die Meinung dieses sogenannten Richters, welcher unserem Land die Durchsetzung der Gesetze aus der Hand nimmt, ist lächerlich und wird revidiert werden.» Fortsetzung folgt. Derweil haben die Medien mutmasslich das Epizentrum des Bösen gefunden: Stephen Bannon, 63, Strategieführer im Weissen Haus. Bannon sei «Trump's Mephisto», weiss der *Spiegel*. Urs Gehrig hat einen Blick in die Unterwelt geworfen und mit Freunde von «Beelzebub» Bannon gesprochen (Seite 44). Während sich die Welt in einem fiebrigen Wettstreit an der Schwarzmalerei abarbeitet, hält sich die *Weltwoche* weiter an die Fakten, protokolliert die jüngsten Taten Trumps (Seite 11) und gibt dem US-Präsidenten selbst das Wort (Seite 48).

Das Thema Lügenpresse hängt schon lange in der Luft. Immer wieder staunt man darüber, mit welcher Einheitlichkeit und Unbeirrbarkeit Journalisten und Fernsehleute massenweise eine ins Chaos führende Flüchtlingspolitik verteidigen, vor Populisten warnen oder zu Rundumschlägen gegen Trump ausholen. Nun haben wir das Thema aus der Luft geholt und versuchen es in dieser Ausgabe festzumachen. *Weltwoche*-Kolumnist Kurt W. Zimmermann schlägt einen Nagel nach dem andern ein: Er zeigt die Methoden der Desinformation von oben, die kollektive Selbstbespiegelung der Trump-Gegner und verblüfft dann die Leser mit der Schilderung, wie es früher in Solothurn war. Seite 14–21

Sind Zwangsprostitution und damit der Menschenhandel tatsächlich ein brennendes Problem? Das fragte sich Redaktor Markus Schär im letzten Herbst auf einer Medienreise des Aussendepartements nach Bulgarien. Die Journalisten trafen in Sofia und Burgas am Schwarzen Meer zwar einzelne Opfer, hörten aber kaum von Frauen, die in der Schweiz unter Zwang anschaf-

fen mussten. Jetzt hat der bekannte Kriminologe Martin Killias in der Zeitschrift *Kriminalistik* die Antwort nachgeliefert: In einer Studie zum Schweizer Sexmarkt wies er für den Bund nach, dass es kaum Fälle von Zwangsprostitution gibt. Aber das wollte in Bern niemand hören. Seite 24

Für Kollege Alex Baur ist es ein Flashback: Als Volontär schrieb er vor dreissig Jahren eine seiner ersten Reportagen über die vom Zürcher Stadtrat offiziell tolerierte offene Drogenszene auf dem Platzspitz. Mit Verwunderung stellt er fest, dass auch er selber das infernale Szenario im rechtsfreien Raum zwischen Landesmuseum, Hauptbahnhof und Gewerbeschule damals hinnahm wie ein Naturereignis, ohne nach der politischen Verantwortung zu fragen. Die Eindämmung der offenen Drogenszene am Letten zeigte später, dass es eine humanere Alternative gab, wenn man nur wollte. In seinem Rückblick sucht unser Kollege nach Erklärungen – und räumt mit falschen Mythen auf. Seite 27

Biel ist für Aussenstehende ein Rätsel. Die zweisprachige Stadt ist zwar die Heimat weltberühmter Luxusuhrenhersteller, hat aber eine der höchsten Sozialhilfequoten der Schweiz; sie steht einerseits im Ruf, Zentrum der Islamistszene zu sein, andererseits haben bekennende Homosexuelle die Mehrheit in der Regierung. Wir haben den Bieler Publizisten und Verleger Mario Cortesi um Klärung gebeten. Fazit: Obwohl in der Stadt kaum etwas funktioniere, sei sie halt eben doch grossartig. Seite 32

Amag-Chef Morten Hannesbo redet Klartext im Interview mit Martin Spieler: Verbrennungsmotoren gebe es noch lange; Elektroautos würden überschätzt; Bundespräsidentin Leuthards Tesla sei «reine Imagepflege». Seite 72

Ihre *Weltwoche*

SCHLAFLOS?
ÜBERMÜDET?
GEREIZT?

Zeit für eine Auszeit.

Bei uns finden Sie das ideale Umfeld
und ein umfassendes medizinisches
Angebot dafür.

SEEKLINIKBRUNNEN

Seeklinik Brunnen AG
Gersauerstrasse 8 | 6440 Brunnen
T 041 825 48 48 | www.seeklinik-brunnen.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 310.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*), René Zeller (*Bundespolitik*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion: Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Alex Reichmuth, Markus Schär, Claudia Schumacher, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter: Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Christoph Landolt, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Linus Reichlin, Peter Ruch, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin, David Schnapp, Hildegard Schwanager, Sacha Verna (*New York*), Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Silvia Ramsay
Bildredaktion: Martin Kappler, Florian Brunner (*Assistent*)
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Rita Kempter, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Digital-Marketing: Bich-Tien Köppel (*Leitung*)
Online-Vermarktung: Adextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Trump verstehen

Gegen US-Präsident Donald Trump wüten seit Wochen und Monaten Medien, politische Gegner und Krawallprotestler im Alarmbereich der Hysterie. Was steckt dahinter? Wie muss man Trump realistisch einschätzen? Eine Standortbestimmung im Zeichen der Vernunft. *Von Roger Köppel*

Gab es das schon mal? Noch nie seit Journalistengedenken wurde ein demokratisch gewählter Regierungschef derart angefeindet, geradezu kriminalisiert von seinen Gegnern.

Seit Wochen wüten in den USA Gewaltproteste. Die Krawallschläger, von unseren Medien in Kurzmeldungen zu «Demonstranten» verharmlost, zertrümmern Gebäude und fackeln Autos ab. Die etablierte Linke stachelt die Brandstifter an, anstatt den Terror zu verurteilen. Man solle «auf der Strasse» kämpfen gegen Trump, fordert Hillary Clintons Vizepräsidentenskandidat Tim Kaine.

Zum Abschuss freigegeben

Der neugewählte Präsident soll mit allen Mitteln moralisch und politisch diskreditiert, delegitimiert, zum Abschuss freigegeben werden. Sogar ernsthafte, seriöse Blätter verlieren jedes Mass. Das jüngste *Spiegel*-Cover zeigt Trump in der Pose des schwertbewehrten IS-Schlägters, in der Hand den abgetrennten, bluttriefenden Kopf der Freiheitsstatue.

Angesichts der aufpeitschenden Hysterie sind Nüchternheit und Sachlichkeit gefragt. Machen wir hier also eine Standortbestimmung im Zeichen der Vernunft.

Erstens: Was bedeuten die nicht enden wollenden Proteste gegen Trump? Haben wir es mit einer neuen linken Bewegung zu tun wie damals 1968? Das hoffen einige.

Zweitens: Müssen wir Angst haben vor Trump? Stellt der Mann, wie der *Spiegel* drohend hyperventiliert, eine Weltbedrohung dar, die sich «nicht von selbst beseitigt»?

Und schliesslich drittens: Was ist bis jetzt grundsätzlich von Trump zu halten? Diese Frage zielt auf den entscheidenden Punkt: Es geht um das Motiv des Präsidenten.

Ein Bekenntnis vorneweg: Während die Mainstream-Medien Trump vor allem verdammten und verurteilten, bemüht sich die *Weltwoche* darum, Trump zu verstehen. Ohne Verständnis keine Erkenntnis. Und vor allem: verstehen heisst nicht rechtfertigen.

Am Ende mögen die Leser selber urteilen, ob ihnen der hier präsentierte Denkleitfaden hilft.

Trauermärsche von gestern

Fangen wir mit den Protesten an. Man sollte sie nicht überschätzen. Eine neue achtundsechziger Bewegung ist es nicht. Im Gegenteil. Die Achtundsechziger waren Aufbruch, Attacke, Leiden-

schaft, Humor, auch Gewalt, Terrorismus und ideologische Verirrung, aber nicht nur und viel mehr als das, eine breitabgestützte Freiheitsoffensive gegen eine selbstzufrieden gewordene, überhebliche Elite, die an der Macht verknöchert war. Die Achtundsechziger verkörperten Frische und Kraft. Sie hatten den Zeitgeist auf ihrer Seite, weil ihre Anliegen an der Zeit waren.

Heute ist es ganz anders. Längst verfettet die alte Linke an der Macht, verbürgerlicht, bis zur Unkenntlichkeit eingewoben ins Establishment, das sie einst bekämpfte. Gegen Trump mobilisieren sich aggressive Trauermärsche von gestern, die satten Legionen des Status quo, denen die Wähler und die Felle davonschwimmen.

Ergraute Polit- und Showbusiness-Eminenzen mit trübsinnig erregten Gesichtern trotten neben junglinken Weltfremd-Akademikern und durchgeknallten Pussy-Feministinnen einher. Das ist keine Bewegung im Angriff, sondern ein lärmender Rückzug, Napoleons Grande Armée in Lumpen kurz vor der Beresina.

Die freudlose Weltuntergangs-Frenetik der Journalisten mit ihren Kopfabscneider-Covers passt ins Bild. Es ist der traurige Soundtrack, eine Art Schmerzensschrei gegen den schweren Abschied von der Macht.



Urschrei der Ohnmacht: Spiegel-Cover.

Zur Erinnerung: Vor bald fünfzig Jahren marschierten die Linken noch mit echtem Druck. Im Weissen Haus sass der tragische Paranoiker Richard Nixon, der sich angesichts der Dauerproteste in einem Bürgerkrieg gegen die eigene Jugend wähnte. Seine Verzweiflung wurde so gross, dass er die illegalen «Watergate»-Machenschaften seiner Prätorianer im Kampf gegen seine Feinde deckte – und prompt, geteert und gefedert, ins unfreiwillige Exil gefeuert wurde. Trump hat es gemüthlicher. Er hält seine protestierenden Gegner mit ein paar Tweets in Schach.

Müssen wir Angst haben? Nein

Kommen wir zur zweiten Frage: Müssen wir Angst haben vor Trump? Nein. Skepsis ist bei jedem Politiker Pflicht, bei Supermächten sowieso, methodisches Misstrauen, aber die Rhetorik der Apokalypse, die vom *Spiegel* abwärts aufgeboten wird, überschätzt den Präsidenten und unterschätzt die Macht der amerikanischen Institutionen.

Es hat etwas zutiefst, nun ja, Deutsches, wenn die Deutschen, die dank den USA seit 1945 ihre erste funktionierende Demokratie erhalten haben, heute den seit 1776 demokratisch regierten Amerikanern erklären wollen, wie Demokratie funktioniert.

Bleiben wir auf dem Boden, Kollegen: Trump lebt als Präsident im wohlkonstruierten Gefängnis des amerikanischen Rechtsstaats. Er mag mit seinem Aktivismus die Deutschen, die Presse und die Beamten noch so schwindlig spielen, am Ende findet sich immer ein Richter, der im Namen irgendeines Paragrafen sein legitimes Veto einlegt, sobald der Staatschef auch nur einen Millimeter von der Spur abweicht. Genauso ist es passiert diese Woche, als Trump seine temporäre Einreiseperrre verfügen wollte.

Es war ein Bush-Republikaner-Richter, der bockte. Trump regte sich twitternd auf. Grosse

Arthrose-Drama mit Happy-Hand.

Handchirurgie. Eines der Fachgebiete in Ihrer Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch

Spitze für Sie.

Empörung natürlich in den Medien, das gehe gar nicht, Angriff auf die Gewaltenteilung und so weiter. Unsinn. Trump darf sich aufregen, selbstverständlich, genauso wie sich Obama über das Parlament aufregte, wenn ihm dort die Rechte Steine in den Weg legte.

Lasst den Präsidenten ihren Zorn, es hilft nichts. Vorderhand und bis auf weiteres siegte gegen Trump der Richter, an dessen Namen sich bereits niemand mehr erinnern kann. Das ist Demokratie nach angelsächsischer Art, *checks and balances*.

Lob seiner Kritiker

Dass der *Spiegel* Trump trotzdem zum modernen «Nero» verteufelt, zum «Diktator», der die Institutionen angreift, ist entweder Dummheit – oder Marketing. Man bedient die bedeutende Zielgruppe der Trump-Allergiker, die gegen Tatsachen längst immun sind.

Kein Missverständnis: Auch wir misstrauen dem Präsidenten, aber wir vertrauen einermassen dem politischen System, in das er eingebettet ist. Und noch gibt es keine Anzeichen dafür, dass dieser Käfig Lücken hätte.

Und noch ein Faktor lässt uns ruhiger schlafen: Die weltweite Kritik an Trump, so überzogen bis falsch sie sein mag, ist gut. Sie wirkt wie eine gewaltige Alarmsirene. Das gibt Richtung und Halt. Dank dem Megafon der Nonstopkritiker weiss Trump frühzeitig, wo er steht, von wo ihm Gefahr droht und welches die Schattenseiten seiner «wunderschönen» Pläne und «grossartigen» Konzepte sind.



«Ich respektiere ihn»: Russen-Präsident Putin.

Anstatt sie anzurempeln, sollte er den lästernen Journalisten dankbar sein. Wie viel schlimmer erging es da Amtsvorgänger Barack «Unfehlbar» Obama, der nur immer bejubelt und besungen wurde. Wo alles leuchtet und glänzt, sieht man die Abgründe nicht mehr. Der vermeintliche Ersatzmessias geriet auf einen Blindflug vorausseilender Euphorie. Kein Wunder, stürzte er ab.

Und nun der entscheidende und letzte Punkt: Was ist von Trump zu halten? Taugt er etwas? Kann man den ehemaligen Showstar brauchen? Hier gibt es nur einen verlässlichen Massstab: Was ist Trumps innerer Kompass?

Was will er? Was treibt ihn an? Wir fragen nach dem Motiv des Präsidenten.

Das ist schwierig, aber nicht aussichtslos. Es gibt Hinweise, Indizien. Trumps Motto lautet: «America first», «Amerika zuerst». Was ist damit gemeint?

Seine Kritiker brüllen: Jetzt haben wir ihn! Das ist der abstossende Schlachtruf eines nationalistischen Fremdenhassers, die menschenfeindliche Abschottungs- und Überlegenheitsparole eines von weissen Spinnern und Hinterwäldlern gewählten Scharlatans, der in Wahrheit ferngesteuert wird von einer «altrechten» Kamarilla um den finsternen Kriegs fetischisten Stephen Bannon (Porträt Seite 44).

Das ist, nur leicht übertrieben, eine Zusammenfassung der neuesten Titelgeschichten von *Time* bis *Spiegel*.

Ist es so schlimm? *Apocalypse now*? Wagen wir eine etwas weniger niederschmetternde Deutung. «Amerika zuerst» könnte auch einfach heissen, dass ein Präsident, anstatt sich dauernd in den Kram anderer Staaten einzumischen, sich zuerst einmal der Sorgen und Nöte der eigenen Landsleute annimmt. Die alte Volksweisheit formuliert es so: «Jeder soll zu-

Trump bringt hier die früher typisch linke Kritik an der US-Aussenpolitik, aber er bringt sie bescheiden.

erst vor seiner eigenen Haustüre kehren.» Seit wann eigentlich ist es ein Verbrechen, wenn sich ein Präsident vor allem um sein Land und dessen Bewohner kümmern will?

«Ist unser Land so unschuldig?»

Selbstverständlich: Wir wissen nicht, ob er es wirklich so meint. Vielleicht bricht der uramerikanische nationale Ehrgeiz auch bei Trump wieder durch, wir wissen es nicht. Es wird sich zeigen, aber wenn nicht alles täuscht, gibt es hoffnungsfrohe Signale. Zwei Anekdoten sind bemerkenswert.

Erstens: In seiner Inaugurationsrede erstaunte Trump mit der Aussage, dass unter seiner Regierung die USA keinem anderen Land ihren «Way of Life» aufzwingen würden. Man wolle nach dem eigenen Interesse handeln, aber man respektiere auch das Recht aller anderen Länder, ihre nationalen Interessen in den Vordergrund zu stellen. Das ist weder aggressiv noch hochtrabend, sondern massvoll und vernünftig. Trump, ein realpolitischer Pragmatiker? Kann sein. Warten wir ab.

Zweitens: Diese Woche gab Trump dem US-Sender Fox ein hochinteressantes Interview, wir drucken es in dieser Ausgabe nach. Der Journalist fragte Trump, ob er Putin respektiere. Trump bejahte. Der Interviewer feuerte zurück: Aber Putin sei doch ein «Killer». Dann folgte eines der verblüffendsten Eingeständnisse, die ich je von einem

Politiker in so einer Situation gehört habe. Trump: «Es gibt viele Killer. Wir haben viele Killer. Was glauben Sie? Ist unser Land so unschuldig? [...] Schauen Sie, was auch wir getan haben. Wir haben viele Fehler gemacht.»

Was ist hier das Bemerkenswerte? Trump bringt die klassisch linke Kritik an der US-



Donald Trump: Keine Angst.

Aussenpolitik, aber er bringt sie beiläufig, bescheiden, ohne das Antiamerikaner-Pathos der Selbstgerechtigkeit. Gleichzeitig unterläuft er die Gutmenschenrhetorik der Rechten, die noch den irrigsten Krieg der USA moralisch überhöhen. Für sie grenzt Trumps Feststellung bereits an Landesverrat, wie ein Blick in amerikanische Zeitungen zeigt.

Wo er recht hat

Die Wahrheit ist: Trump hat recht. Er scheint tatsächlich kein Moralist zu sein. Wenn er es ernst meint, sind das für einen US-Präsidenten neue Töne: «America first» ohne das Vibrato des Auserwähltseins, ohne Selbstidealisation. Den Putin-Gegnern in den eigenen Reihen rät Trump, zuerst in die Abgründe der amerikanischen Geschichte zu blicken, ehe sie andere Staaten moralisch verurteilen. Das ist kein pausbäckiger Nationalismus, sondern ein durchaus aufgeklärter, selbstkritischer, eben realistischer nationaler Standpunkt.

Fazit: Überschätzen wir diese Hysterie der Ohnmacht nicht, die sich derzeit gegen den US-Präsidenten austobt. Angst brauchen wir vor Trump nicht zu haben, zumindest noch nicht, weil die Institutionen der US-Demokratie den Präsidenten an die Kette legen. Ausserdem liefert das Getöse seiner Kritiker Trump wertvolle Orientierungs- und Alarmsignale.

Bleibt die Frage nach seinen Motiven. Hier sieht es nach heutigem Stand so aus, dass wir es tatsächlich mit einem Präsidenten zu tun haben könnten, der seinen Wählerauftrag, in erster Linie dem eigenen Land zu dienen, ernst nimmt. Das sind doch erst mal gar nicht so schlechte Aussichten.

Sollte es anders kommen, werden wir darüber berichten.



Deutschlands Trumpf: Martin Schulz. Seite 56



«Mein Baby»: Monika Walser. Seite 40



«Ich mag die Leute in Mexiko. Ich mag diese Regierung wirklich.»

Donald Trump: Seite 48

Kommentare & Analysen

- 4 Editorial
- 9 Kommentar
Doppelte Staatsbürgerschaft: falsch
- 9 Im Auge
Klaus Johannis, Staatspräsident
- 10 Finanzplatz Überreguliert!
- 10 Milizpolitik Spuhlers Comeback
- 11 Trumps Woche
- 12 Personenkontrolle Dorer, Meyer, Tiefenbeck, Girod, Trump, Kerry etc.
- 13 Nachruf Marisa Letícia da Silva
- 22 Mörgeli
Donald Trump & Donald Tusk
- 22 Bodenmann
Leibstadt rostet wie alte Minis
- 23 Medien Klartext statt Korrektheit
- 23 Die Deutschen Das Eigentor

Inland

- 14 «Lügenpresse»
Mythos oder Wahrheit?
- 18 Preisgekrönte Lügenpresse
Je erlogener, desto beeindruckender
- 21 Linke Kampf begriff «postfaktisch»
- 24 Sexmarkt Schweiz
Neue Studie wird unterdrückt
- 27 Allgemeine Verwehrlosung
Rückblick: Drogenhölle am Platzspitz
- 28 Gnadenlos sachlich
SP-Regierungsrätin Eva Herzog
- 29 Zug Gefängnis für Ivo Romer
- 30 Propaganda im Klassenzimmer
Politisch aktive Aargauer Lehrer
- 31 Frühfremdsprachen Berner
Gymnasien streichen Französisch
- 32 Biel: Hauptstadt des Laissez-faire
Mario Cortesi über den Sonderfall

- 34 Exportartikel Humanität
Aktionen und einträgliche Pöstchen
- 35 Entwicklungshilfe Schüler werden
auf politische Korrektheit getrimmt
- 37 Gegenrede
Parmelin hat richtig entschieden
- 38 Unfreundliche Übernahme
Zürich und die «Gammelhäuser»
- 39 Bern
«Rassistische Polizeikontrollen»

Interview

- 48 «Glauben Sie, unser Land ist so unschuldig?» US-Präsident Trump über seine ersten anderthalb Wochen

Ausland

- 44 In Bannons Bann
Wer ist Trumps Strategiechef?
- 47 «Trump's Start war kein Erfolg»
US-Staranwalt Alan Dershowitz
- 50 Fatales Vermächtnis
Gute Gründe gegen den Iran-Deal
- 52 Sternstunde der Patrioten
Super Bowl und US-Politik
- 53 EU-Migration Mauer im Mittelmeer
- 54 «Ich greife die Krankheit an»
Neuer Star-Journalist der Rechten
- 56 Alternative für Deutschland
Martin Schulz?
- 58 Big Bang in Paris Die Fünfte
Republik frisst ihre Politiker
- 60 China und der neue US-Präsident
Parallelen und Unterschiede

Wirtschaft & Wissenschaft

- 20 Schaden Medien der Wirtschaft?
Einfluss des Meinungsjournalismus
- 25 Wirtschaft Lust auf dem Markt

- 36 Steuern runter! Argumente für
eine Unternehmenssteuerreform
- 40 Das Wunder von Klingnau
De-Sede-Managerin Monika Walser
- 55 Klima Wie Forscher der Politik dienen
- 72 «Leuthards Tesla ist Imagepflege»
Amag-Chef Morten Hannesbo

Kultur & Gesellschaft

- 41 Schönheit Geschminkte Männer
- 42 Wie man sich ewig bindet
Paarungstipps für jedes Lebensalter
- 64 «Die Raserei der modernen Kalifen»
Adam Zamoyski: Phantome des Terrors
- 66 Inszenierte Verletzlichkeit
Beyoncé, Königin des Pop

Rubriken

- 62 Ikone der Woche
Lady Gaga am Super Bowl
- 64 Die Bibel Leben retten
- 67 Knorr «Usgrächnet Gähwilers»
und «Skizzen von Lou»
- 67 Jazz Larry Young in Paris
- 68 Thiel Didier
- 68 Namen Voller Ideen
- 68 Fast verliebt Tindergarten
- 69 Unten durch Bombenalarm
- 70 Wein Markus Hedinger
Edition Wilchinger Pinot noir 2013
- 71 Auto BMW X4 M40i
- 74 Darf man das? / Leserbriefe

Natur- und Vogelparadies Donaudelta

mit MS Dnieper Princess



NEU Bukarest–Donaudelta–Odessa–Bukarest

9 Tage ab Fr. 1190.– (Rabatt Fr. 200.– abgezogen, Unterdeck Standard)

Variante A: 1. Tag Zürich–Bukarest Individuelle Anreise zum Flughafen Zürich. Flug mit Swiss nach Bukarest. Transfer zum Hotel und Übernachtung. 2. Tag Bukarest–Fetesti Rundfahrt durch Rumäniens Hauptstadt. Bustransfer zum Schiff und Einschiffung. 3. Tag Sfântu Gheorghe Schifffahrt nach Sfântu Gheorghe am Schwarzen Meer. Exkursion* mit Ausflugsboot in die weitverzweigten Nebenarme der Donau im Donaudelta. 4. Tag Sfântu Gheorghe–Meile 35 Ausflug* mit Booten in die Seitenarme der Donau. Am Mittag Flussfahrt Richtung Odessa. 5. Tag Odessa Rundfahrt* durch Odessa mit Sehenswürdigkeiten. Ausflug* zu den Kirchen Odessas. Abendvorstellung* im Odessa Opera House (Spielplan abhängig). Weiterfahrt Richtung ukrainisches Donaudelta. 6. Tag Wilkowo Rundgang* durch die letzte Donaustadt in der Ukraine. Bootsausflug zum Kilometer 0. Weiterfahrt. 7. Tag Izmail Fahrt nach Izmail. Rundfahrt* durch die grösste ukrainische Hafenstadt an der Donau. Weiterfahrt Richtung Fetesti. 8. Tag Fetesti Schifffahrt nach Fetesti. Busesausflug* zur Hafenstadt Constanta. Rundfahrt/-gang durch die Stadt mit Besuch des Nationalmuseums für Archäologie und Geschichte. 9. Tag Fetesti–Zürich Ausschiffung und Transfer zum Flughafen. Rückflug mit Swiss nach Zürich. Individuelle Heimreise.

Variante B: Anreise samstags via Bukarest nach Fetesti zum Schiff. Hotelübernachtung inkl. Stadtrundfahrt in Bukarest am Ende der Reise und Rückflug sonntags nach Zürich.

* Im Ausflugspaket enthalten, vorab buchbar

+ Fak. Ausflug nur an Bord buchbar | Programmänderungen vorbehalten Reederei/Partnerfirma: Chervona Ruta

MS Dnieper Princess****

Gemütliches Mittelklasse-Schiff mit 118 Kabinen und Platz für 244 Personen. Die neuen Deluxe-Kabinen (13–15 m²) auf dem MD und OD sind modern eingerichtet und verfügen über eine separate Dusche, WC, Föhn, Safe, TV, Radio und Klimaanlage. 2-Bettkabinen (10 m²) sind zweckmässig eingerichtet mit einem Lavabo kombiniert mit Dusche, WC, Föhn, Radio und Klimaanlage. Alle Kabinen liegen aussen und verfügen auf HD, MD und OD über grosse Fenster zum Öffnen. Auf dem Unterdeck haben sie nicht zu öffnende Bullaugen. Gäste der Deluxe-Kabinen speisen im Restaurant Yalta, übrige Gäste im Restaurant Kiev. Bordausstattung: 2 Panorama-Restaurants, Lounge, Salon, Bar, Réception, Bordshop, Coiffeur und Wäscheservice. Sonnendeck mit Tischen, Stühlen, Liegen und Aussenpromenade. Arzt an Bord. **Nichtraucher-schiff** (Rauchen auf dem Sonnendeck erlaubt).

2-Bettkabine Deluxe (Animation)



MS Dnieper Princess****



- Viele neue Deluxe-Kabinen
- Faszinierendes Biosphärenreservat
- Odessa – wichtigste ukrainische Hafenstadt

Reisedaten 2017 Es het solangs het Rabatt

Variante A:	Variante B:
Freitag–Samstag	Samstag–Sonntag
02.06.–10.06. 200	03.06.–11.06. 200
09.06.–17.06. 200	10.06.–18.06. 200
16.06.–24.06. 200	17.06.–25.06. 200
25.08.–02.09. 200	26.08.–03.09. 200
Samstag–Sonntag	Sonntag–Montag
23.09.–01.10. 200	24.09.–02.10. 200

Preise pro Person in Fr. (vor Rabattabzug)

2-Bettkabine Unterdeck Standard	1390
2-Bettkabine Hauptdeck Standard	1690
2-Bettkabine Mitteldeck Standard	1790
1-Bettkabine Mitteldeck Standard	1790
1-Bettkabine Oberdeck Standard	1890
2-Bettkabine Mitteldeck Deluxe	2090
2-Bettkabine Oberdeck Deluxe	2190
Zuschlag Alleinbenutzung Standard	290
Zuschlag Alleinbenutzung Deluxe	990
Ausflugspaket (6 Ausflüge)	210
Annulations- und Extrarückreiseversicherung	59

Kreuzfahrt inklusive Vollpension und Flug mit Swiss.

Details zu den Leistungen im Internet oder Prospekt verlangen. Bitte beachten Sie die Passbestimmungen.

Weitere Reise mit MS Dnieper Princess****

NEU Fetesti–Wilkowo–Odessa–Kiew

12 Tage ab Fr. 1590.–

(Rabatt Fr. 300.– abgezogen, Unterdeck Standard, Vollpension)

Reisedaten 2017 Es het solangs het Rabatt

Fetesti–Kiew	Kiew–Fetesti
12.05.–23.05. 300	23.05.–03.06. 300
02.09.–13.09. 300	13.09.–24.09. 300

Details im Internet oder Prospekt verlangen.

Online buchen und sparen
www.thurgautravel.ch

Verlangen Sie Karin Strübi
Gratis-Nr. 0800 626 550



Rathausstrasse 5, 8570 Weinfelden,
Tel. 071 626 55 00, info@thurgautravel.ch

Thurgau Travel 

Aussergewöhnliche Reisen zu moderaten Preisen



© Nicolas Clarins

VIP-Segeltörn Südpazifik

Willkommen im Paradies

Türkisfarbenes Wasser, weisse Lagunen, sattgrüne Kokospalmen: An Bord unserer Top-Jacht erleben Sie die unvergleichliche Schönheit der Inselgruppe Französisch-Polynesiens. Verwirklichen Sie diesen Traum auf unserer exklusiven 11-tägigen Südsee-Leserreise.

Bora Bora, Raiatea, Tahaa und Huahine: Das sind die Juwelle der Segelreviere. Zur Gruppe der Gesellschaftsinseln gehörend, sind sie unter Nautikern auch als Leeward-Inseln bekannt, da sie auf der vom Wind abgewandten Seite von Tahiti liegen. Meeresschildkröten, Delfine, Tümmeler, farbige Korallen und mehr als 500 Fischarten sind hier heimisch.

Das Revier ermöglicht entspanntes Segeln in traumhaften Gewässern: Milde östliche Passatwinde begleiten Sie zwischen den Inseln. Sie entspannen sich an Deck oder entdecken exotische Fische beim Schwimmen und Schnorcheln. Die Temperaturen des glasklaren Wassers liegen ganzjährig zwischen 25 und 26 Grad Celsius.

Eine erfahrene Crew verwöhnt Sie mit kulinarischen Spezialitäten und Cocktails. Segelerfahrung ist nicht vorausgesetzt, doch wer selber anpacken möchte, setzt auch mal die Segel oder übernimmt das Steuer. Eine klimatisierte Kabine mit privatem Bad steht Ihnen auf der Jacht zur Verfügung.

Auf jeder der Trauminseln erleben Sie eine andere Atmosphäre. Gemeinsam ist ihnen nur die Lebensfreude der Menschen, die sie bewohnen.

6 Landausflüge sind optional buchbar Moorea:

Pineapple-Safari, Blick vom Belvedere-Panorama, Besuch archäologischer Stätten
Abendessen (Getränke exklusive) mit polynesischer Musik und Tanzgruppe
Huahine:

- Besichtigung archäologischer Stätten, Fischfang, Vanilla-Farm, heilige Aale
- Besuch einer Tahiti-Perlen-Farm, Schnorchel-Erlebnis

Raiatea:

Taputapuatea-Tempel-Tour, Besuch einer Vanilleplantage, des Green Valley, Wasserfälle

Bora Bora:

Picknick auf einem privaten *Motu*, einer Riff-Insel in der Lagune

Erlebnis-Programm

- | | |
|---------------------------|-----------------------------|
| 1. Tag: Tahiti – Moorea | 7. Tag: Bora Bora – Raiatea |
| 2. Tag: Moorea | 8. Tag: Raiatea – Tahaa |
| 3. Tag: Raiatea | 9. Tag: Huahine |
| 4. Tag: Raiatea – Tahaa | 10. Tag: Huahine |
| 5. Tag: Tahaa – Bora Bora | 11. Tag: Raiatea |
| 6. Tag: Bora Bora | |

Platin-Club-Spezialangebot

VIP-Segeltörn Südpazifik

Reisetermin:

23. Mai bis 2. Juni 2018 (11 Tage)

Leistungen:

- Jachtreise ab Tahiti bis Raiatea
- Vollpension auf der Jacht
- All-inclusive auf der Jacht: Cocktails, Bier, Soda, Kaffee und Tee
- Gästebetreuung durch Executive CH

Spezialpreis:

Doppelbettkabine: Fr. 5580.–
Achter-Doppelbettkabine: Fr. 5890.–
Optionales Ausflugspaket: Fr. 320.–

Anmeldung und Information:

Buchen Sie Ihr Arrangement über
Telefon 056 427 15 68 oder per E-Mail an
info@executive-private.ch
Detailliertes Reiseprogramm mit Anmeldeformular
über www.weltwoche.ch/platinclub

Veranstalter:

Executive CH GmbH, 5430 Wettingen
www.executive-private.ch
Mitglied des Garantiefonds der
Schweizer Reisebranche

www.weltwoche.ch/platinclub



Sympathisch in die Verlustzone

Von Philipp Gut — Die doppelte Staatsbürgerschaft ist beliebt. Doch was einst den Interessen der Auslandschweizer diente, wird im Zuge der Masseneinwanderung zur Belastung.



Lebenslängliche Garantie: Schweizerpass.

Hört man sich vor der Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung an Stamm-tischen und anderen Kristallisationspunkten der politischen Debatte um, wird häufig Kritik an der Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft laut. Diese wird unter anderem dafür verantwortlich gemacht, dass die Zahl der Einbürgerungen in den letzten anderthalb Jahrzehnten so stark zugenommen hat. Was ist davon zu halten?

Es scheint doch sympathisch, dass man zwei oder mehreren Nationen angehören kann. Der praktische Nutzen liegt auf der Hand. So gibt es etwa immer mehr binationale Ehen, und da ist es für Eltern wie Kinder nur von Vorteil, wenn sie bei Reisen in das zweite Heimatland von der häufig noch bestehenden Visumpflicht ausgenommen sind.

Soziale Vollkaskoversicherung

Von der doppelten Staatsbürgerschaft profitieren auch die Auslandschweizer, sofern das Gastland diese Möglichkeit ebenfalls akzeptiert. Sie bleiben Bürger der Eidgenossenschaft und können ihre politischen Rechte in der Schweiz auch dann ausüben, wenn sie sich anderswo naturalisieren.

Vor wenigen Jahrzehnten galt die Doppelstaatsbürgerschaft allerdings noch als Unding, interessanterweise gerade auch aus juristischer

Perspektive. Alle Personen seien berechtigt, eine Staatsbürgerschaft zu besitzen, aber nur eine Staatsbürgerschaft, schrieb die Uno-Völkerrechtskommission 1954. Und der Europarat, der sich selbst als «Hüter der Menschenrechte» bezeichnet, unterschrieb 1963 die Konvention über die Verringerung der Mehrfachstaatsangehörigkeit.

Die Schweiz erlaubt dies seit 1992. Und hier hat der Stammtisch recht: Seither hat sich die Zahl der Einbürgerungen vervielfacht. 1991 wurden knapp 6000 Personen eingebürgert, im folgenden Jahr waren es mehr als 10000 und 2015 bereits über 42000. In den letzten zehn Jahren erhielten gut 400000 Personen den roten Pass. Das entspricht der Bevölkerung der Stadt Zürich.

In etlichen europäischen Staaten muss man sich aber nach wie vor für einen Pass entscheiden, so etwa in Dänemark, Norwegen, Irland und den meisten Staaten des ehemaligen Ostblocks – sowie im Nachbarland Österreich. Bei einer ähnlichen Einwohnerzahl wurden dort 2015 nur 7700 Leute eingebürgert, fünfeinhalb Mal weniger als in der Schweiz.

Will man sich ein angemessenes Urteil bilden, ist sodann ein Blick auf die Herkunft der Neueingebürgerten zu werfen. Im Zeitraum von 2006 bis 2015 stammten 38 Prozent aus der Türkei und dem Balkan. Zum Vergleich: Die Deutschen sind in dieser Statistik nur mit 3 Prozent, die Franzosen mit 4 Prozent vertreten. Fragt man in den Gemeinden nach den am häufigsten vorgebrachten Motiven für die Einbürgerungsgesuche, antworten die Personen aus Ex-Jugoslawien vor allem damit, dass sie sich dank dem Schweizer Pass in Europa frei bewegen können. Jugendliche versprechen sich überdies bessere Chancen bei der Bewerbung um eine Lehrstelle.

Was allerdings niemand offen sagt: Mit dem roten Pass erwirbt man auch eine lebenslängliche Garantie für eine soziale Vollkaskoversicherung. Egal, ob man in der Schweiz wohnhaft bleibt oder in die alte Heimat zurückkehrt – der Anspruch auf Sozialhilfe und Ergänzungsleistungen auf Schweizer Niveau bleibt bestehen. Negativ schlägt schliesslich auch zu Buche, dass eingebürgerte Straftäter nicht mehr ausgeschafft werden können.

Die Tendenz ist klar: Mit der Masseneinwanderung der letzten Jahre und der weit überdurchschnittlichen Einbürgerung von Leuten aus eher prekären Kulturen droht das Geschäftsmodell der sympathischen Halbheiten für die Schweiz in die Verlustzone zu rutschen.

Ein Elefant von Mann



Klaus Johannis, Staatspräsident.

Rumäniens Staatsoberhaupt marschiert unübersehbar, fast zwei Meter aufragend, mit Hunderttausenden seiner Landsleute gegen die eigene Regierung. Klaus Werner Johannis, 57, hat mit den Füßen des Volkes ein faules Dekret, das Bestechung quasi mit einem Freibetrag von 50000 Euro salonfähig gemacht hätte, zu Fall gebracht. Es liegt nicht nur an seiner Rausschmeisser-Figur und seinem Übernamen «Der Elefant». Im Lande Draculas ist er als Drachentöter gegen die endemische Korruption angetreten, die gerne mit der alten Bakschisch-Mentalität der Türkenzeit und dem überlebensnotwendigen Tauschhandel in der Mangelwirtschaft Ceausescus bemäntelt wird und «wie eine Sucht wirkt», so der frühere Tennis-Champion Ion Tiriac.

Rumänien anerkennt nicht weniger als neunzehn Minderheiten verfassungsmässig, auch die letzten vielleicht 15000 Nachfahren der Siebenbürger Sachsen, die im frühen Mittelalter Städte in den Karpaten gegründet hatten. Der unpolitische Gymnasiallehrer Johannis wurde im Jahre 2000 zum Bürgermeister von Hermannstadt (Sibiu) gewählt im Vertrauen auf deutsche Gründlichkeit und Zuverlässigkeit, und er verwandelte das verschlafene, zerfallene Nest in ein magnetisches Juwel und eine Art rumänisches Silicon Valley, das 2007 auch Kulturhauptstadt Europas wurde. Der spröde unabhängige Aussenseiter wurde 2014 völlig überraschend Staatspräsident. Aufruhr bereitete der Aufrechten schon im vergangenen Dezember, als er der ganzen Führungsriege der sozialdemokratischen Wahlsieger den Vorschlag für den Ministerpräsidentenposten verweigert hatte wegen ihrer Vorstrafen. Und die skandalfreie Tatarin Sevil Shhaideh, die erste Frau und Muslimin, die als Nächste in Frage kam, lehnte er ab, weil ihr syrischer Ehemann als glühender Propagandist des Despoten Assad gilt. Im fernen Deutschland, das mit den Herren Köhler und Wulff schon zwei Nieten im höchsten Amt ersetzen musste, bezeichnete ihn der *Spiegel* noch vor einem Jahr herablassend als «Dilettanten», aber vielleicht wären sie froh um ihn. Peter Hartmann

Mehr Spielraum

Von Beat Gygi — Warum sind die Schweizer immer noch am Regulieren der Banken?

Der amerikanische Präsident Donald Trump hat erste Schritte eingeleitet, um die Regulierung des Finanzsystems zu reduzieren. Zum einen erliess er ein Dekret mit sieben Grundsätzen zur Regulierung des US-Finanzsystems, zusammen mit dem Auftrag, die heutigen Gesetze, Verträge und Regulierungsinstanzen aus dieser Sicht zu überprüfen. Zum andern wies er die Verwaltung an, die umstrittene Regulierung der Vermögensverwaltung im Zusammenhang mit der Altersvorsorge zu revidieren oder aufzuheben. Dies sind erste Schritte zu einem wahrscheinlich tiefgreifenden Umbau der amerikanischen Regulierung. Die 2010 in Kraft gesetzte Dodd-Frank Act, ein über 800-seitiger Gesetzeskomplex mit über 500 Artikeln, wird damit zwar noch nicht geändert, das ist Sache des Parlaments, aber die Umsetzungsarbeiten werden nun gestoppt.

Unermüdlicher Eifer

Die aus den Dekreten folgenden Umbauarbeiten werden zu einer Ausweitung des Spielraums für amerikanische Banken, Vermögensverwalter und Versicherer führen, welche der Schweizer Finanzplatz zu spüren bekommen wird. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass in der Schweiz Politiker und Branchenvertreter immer noch mit grossem Eifer neue Regulierungen voranzubringen versuchen, dies in der vagen Hoffnung, dass ihnen damit der Zugang zum EU-Markt geöffnet werde. Ihr Wunsch ist eine baldige Verabschiedung der zwei Finanzgesetze mit den Kürzeln Finig und Fidleg, obwohl Fidleg viele Vermögensverwalter und Anleger gerade mit Verhaltensvorschriften und Geschäftseinschränkungen belasten wird, wie sie in den USA nun auf der Abschussliste stehen.

Der Widerstand der Schweizer Banken gegen die neuen Regulierungen ist nicht gross, sie sind eher interessiert daran, dass ihre Konkurrenz nicht allzu frei ist oder bleibt. Und eine Raiffeisen-Gruppe ist auch deshalb für das Gesetz Finig, weil darin die neue Regelung steht, dass auch Genossenschaftsbanken Beteiligungskapital aufbauen dürfen, um die Eigenmittel zu verbreitern. Aber eigentlich müssten die Banken jetzt alle aufspringen. Die amerikanischen Institute haben sich in den vergangenen Jahren deutlich besser erholt als die europäischen, sind besser kapitalisiert und weniger durch Kredite belastet – und wenn sie jetzt freier werden, gibt es nichts anderes, als dass man in der Schweiz mitzuhalten versucht.

Rarer Unternehmergeist

Von René Zeller — Niemand kann wirtschaftspolitische Vorlagen glaubwürdiger vertreten als erfolgreiche Unternehmer. Dass Peter Spuhler ein politisches Comeback nicht ausschliesst, lässt hoffen.

Im Jahr 2012 verabschiedete sich der Thurgauer Nationalrat Peter Spuhler von der innenpolitischen Bühne. Das Schienenfahrzeugunternehmen Stadler Rail, das der zupackende Firmenchef seit 1989 von einer Boutique zu einer international erfolgreichen Player ausgebaut hatte, liess die Doppelbelastung nicht länger zu.

Der Abschied Spuhlers aus Bundesbern war insofern bedauerlich, als mit ihm ein weiterer Praktiker von dannen zog. Leider ist die Zahl der Volks- und Ständevertreter, die im Bundeshaus Unternehmergeist versprühen könnten, seit Jahren schleichend rückläufig. Ruedi Noser, Magdalena Martullo-Blocher und einige weitere Aufrechte gehören zu dieser *species rara*. Dabei belegt gerade die knorzhige Debatte zur Unternehmenssteuerreform III, dass die Stimmen von politisch glaubwürdigen Wirtschaftsgrössen dringend gefragt wären.

Natürlich ist nichts mehr wie früher. Die Zeiten, als es unter Wirtschaftskapitänen zum guten Ton gehörte, nebenbei als Nationalrat und Generalstabsobers der Res publica zu dienen, sind längst vorbei. Doch wenn bürgerliche Parteien irritiert konstatieren, dass bedeutsame Vorlagen wie die USR III einen schweren Stand haben, so ist das auch selbstverschuldet. Das Vorhaben, Unternehmern den Weg in die Politik zu ebnen, wird nicht konsequent genug beherzigt.

Im Wahljahr 2015 brach der Wirtschaftsverband Economiesuisse eine dicke Lanze für das Milizsystem Schweiz. Zahlreiche Firmen stellten ihr Logo für eine Kampagne zur Verfügung, die einer besseren Verzahnung von Wirtschaft und Politik das Wort sprach. Angesprochen wurden nicht nur die obersten Chefs und Chefinnen. Zu denken sei auch daran, oberen und mittleren Kadern mittels flexibler Arbeitszeitmodelle oder anderer Lösungsansätze den Einstieg in die Politik zu erleichtern.

Taten statt Lippenbekenntnisse

Durchschlagend war der Erfolg nicht. Erschwerend kam dazu, dass der Wirtschaftsdachverband selber den Tatbeweis nicht erbrachte. Weder der Präsident (Heinz Karrer) noch die operative Verbandschefin (Monika Rühl) zogen im Wahljahr 2015 eine Kandidatur in Betracht. Hier ist der Gewerbeverband konsequenter: Sowohl Präsident Jean-François Rime als auch Direktor Hans-Ulrich Bigler verfechten im Nationalrat die Anliegen der KMU-Wirtschaft.



Gegensteuer: Unternehmer Spuhler.

Eine entscheidende Rolle kommt im Lamento um die Vereinbarkeit von Wirtschaftskarriere und politischem Engagement dem Faktor Zeit zu. Es ist eine Tatsache, dass die heutige Politikergeneration im Bundeshaus immer stärker verbürokratisiert wird. Die Zahl der Sitzungen nimmt stetig zu, Papierberge und Vorstossfluten bringen das Milizparlament an seine Grenzen. Auch hier wären Unternehmer vonnöten, die Gegensteuer geben. Anders als faktische Berufspolitiker haben sie weder Zeit noch Lust, permanent nach Bern zu pilgern und Sitzungsgelder einzukassieren.

Exemplarischer Weg

Was hat das alles mit Peter Spuhler zu tun? Der 58-jährige Patron ist daran, seine Nachfolge bei Stadler Rail aufzugleisen. In diesem Kontext hat er verlauten lassen, er verschliesse sich einer Kandidatur für den Ständerat nicht kategorisch, sofern sich dereinst für die Thurgauer SVP diese Frage stelle. Damit könnte Spuhler exemplarisch einen Weg vorzeichnen: Es ist nicht zwingend notwendig, verschiedene Mandate gleichzeitig unter einen Hut zu bringen. Der Wirtschaft wäre auch gedient, wenn praxiserprobte Unternehmer nach einer erfolgreichen Karriere in die Politik einsteigen – oder dorthin zurückkehren.



Unterstützung von links

Die Medien überbieten sich mit schrillen Kommentaren zu Donald Trump. Jenseits von Jubel und Verdammung dokumentiert die *Weltwoche* an dieser Stelle, was der neue US-Präsident tatsächlich getan oder gesagt hat.

1 — Moratorium für sogenannte Sorgenländer

Bundesrichter James Robart hat Präsident Trumps Einreisesperre gestoppt – tatsächlich mit sofortiger landesweiter Wirkung.

Der Richter aus Seattle, Washington, gab an, die Regierung behaupte, «dass wir die USA vor Individuen aus diesen Ländern schützen müssen, und dafür gibt es keine Begründung».

Präsident Trump antwortete auf die Entscheidung des Richters per Twitter: «Die Meinung dieses sogenannten Richters, welche unserem Land die Durchsetzung der Gesetze aus der Hand nimmt, ist lächerlich und wird revidiert werden.»

Der Generalstaatsanwalt des Staats Washington sagt, er sei bereit, den Fall bis hinauf zum Supreme Court durchzufechten.

2 — Kandidat für den Supreme Court

Donald Trump nominiert Judge Neil Gorsuch für den Supreme Court der Vereinigten Staaten. Richter Gorsuch ist Bundesrichter am Berufungsgericht des zehnten Distrikts. Für dieses Amt wurde er im Jahr 2003 vom 43. US-Präsidenten George W. Bush nominiert.

Der Jurist mit akademischen Weihen von der Columbia University und von der Harvard Law School (wo er mit dem späteren Präsidenten Obama die Schulbank drückte) soll den Richterstuhl des verstorbenen Antonin Scalia am Supreme Court einnehmen.

Der Führer der Minderheit im Senat, Charles «Chuck» Schumer meldet «ernsthafte Zweifel» an, ob der konservative Jurist sich «innerhalb des fachlichen Mainstreams» bewege, und kündigt eine «erschöpfende, fundierte und umfassende Debatte über Richter Gorsuchs Befähigung zum Richter am Supreme Court» an.

Im Gegensatz dazu erklärt der Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell: «Bei der Bestätigung seiner Wahl für das Berufungsgericht war seinerzeit die Unterstützung derart parteiübergreifend, dass nicht einmal eine namentliche Abstimmung erforderlich war.»

Etliche prominente Demokraten haben ihre Unterstützung für Trumps Kandidaten signalisiert. Neal Katyal, Obamas früherer Oberster Anwalt der Vereinigten Staaten, beschreibt Gorsuch als «einen der bedächtigsten und brillantesten Richter, die unserer Nation im letzten Jahrhundert gedient haben».

3 — Überarbeitung der Finanzmarkt-Regulierung

Der Finanzminister hat vier Monate lang Zeit, um einen Bericht darüber zu erstellen, in welcher Art und in welchem Ausmass das jetzige



Bereits im Fadenkreuz: Richter Gorsuch.

System den Zielen des Präsidenten gerecht wird. Trump bezweckt ein Regulierungssystem, das unter anderem — vermeidet, dass der Steuerzahler Banken retten muss; — systemische Risiken und Marktversagen antizipiert; — die amerikanische Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Finanzarena steigert.

4 — Am Draht mit politischen Führern der Welt

In seiner zweiten Amtswoche telefonierte der 45. Präsident mit:

- Bill English, Premierminister von Neuseeland;
- Jens Stoltenberg, Nato-Generalsekretär;
- Petro Poroschenko, Präsident der Ukraine;
- Paolo Gentiloni, Premierminister von Italien.

Darüber hinaus traf sich Präsident Trump mit König Abdullah II. von Jordanien.

5 — Abseits des Rednerpults

Präsident Donald Trump sprach mit hohen US-Offizieren, darunter dem obersten Stabschef, auf der Luftwaffenbasis MacDill in Tampa, Florida.

Der Präsident führte das nationale Gebetsfrühstück im Washingtoner «Hilton»-Hotel, wo er die versammelten Gäste aufforderte, dafür zu beten, dass Arnold Schwarzeneggers Beliebtheitswerte von seinen Auftritten bei der Fernsehshow «The Apprentice» profitieren mögen. Der Actionheld schoss zurück, indem er vorschlug, dass er mit Trump den Job tauschen solle, «damit die Leute endlich wieder ruhig schlafen können».

Trump erwiderte auf Twitter, dass der frühere Bodybuilder «als Gouverneur von Kali-

«Und dann zerquetschen wir sein [Trump] Gesicht auf der Tischplatte.»

fornien einen sehr schlechten Job gemacht hat» und dass er «noch schlimmer» sei als Gastgeber bei «The Apprentice».

In einem demnächst erscheinenden Interview mit einem Männermagazin behauptet Schwarzenegger, er habe seinem Assistenten gesagt: «Ich denke, was wir wirklich tun sollten, ist ein Meeting in New York zu fordern. Und dann zerquetschen wir sein [Trump] Gesicht auf der Tischplatte.»

Präsident Trump traf sich zudem mit Harley-Davidson-Führungskräften und Gewerkschaftsvertretern im Roosevelt Room des Weissen Hauses. Es wurden keine Gesichter zerquetscht.

6 — Die präsidentielle Füllfeder

Trump unterzeichnete eine Proklamation, die den Februar 2017 als nationalen Monat der afroamerikanischen Geschichte ehrt.

Trump kündigte ebenfalls an, eine Anordnung von 2014 weiterhin durchzusetzen, welche die Rechte sexueller Minderheiten (LGBTQ) am Arbeitsplatz in der Bundesverwaltung schützt.

«Der Präsident ist stolz darauf, dass er als allererster Präsidentschaftskandidat der Republikaner in seiner Rede zur Annahme der Kandidatur ein Bekenntnis zum Schutz dieser Minderheit vor Gewalt und Unterdrückung ablegte.»

Personenkontrolle

Dorer, Meyer, Tiefenbeck, Girod, Trump, Kerry, Obama, Schneider-Ammann, de Weck, Yanar, Bruderer, Wyss

Wetterleuchten über dem Medienhaus Ringier. Der neue Chefredaktor der *Blick*-Gruppe, **Christian Dorer**, hat in seinem ersten Kommentar an neuer Wirkungsstätte ein Ja zur Unternehmenssteuerreform III (USR III) empfohlen. «Kaufen wir lieber die Katze im Sack, als dass wir unsere Wirtschaft vor die Hunde gehen lassen.» Das allerdings passt **Frank A. Meyer**, dem allmächtigen Chefkommentator des zur *Blick*-Gruppe gehörenden *Sonntagsblicks*, überhaupt nicht. Er findet, die USR III sei zu verbessern und umweltverträglicher zu gestalten – spricht: abzulehnen. Dass sich ein *Blick*-Chefredaktor erfrechte, Frank A. Meyer zu widersprechen, war bisher eigentlich unvorstellbar. Ob sich der aufmüpfige Christian Dorer trotzdem im Amt halten kann, bleibt abzuwarten. (rz)

Das Klimaproblem ist schon fast gelöst, dank einer Studie, die das Bundesamt für Energie als *success story* feiert. Die ETH-Forscherin **Verena Tiefenbeck** baute in den Duschen von 697 Zürcher Haushalten die Zähler des ETH-Start-ups *Amphiro* ein, die den Energieverbrauch anzeigen – samt dem *Bildli* eines Eisbären auf schmelzender Scholle. Und siehe da: Die Leute duschten statt vier nur noch drei Minuten lang; damit sparten sie jedes Mal 0,35 Kilowattstunden (also etwa acht Rappen). Der grüne Nationalrat **Bastien Girod**, ebenfalls Forscher an der ETH, sagte derweil im Interview mit der *Weltwoche*, dank moderner Technik könne man heute stundenlang duschen, ohne der Umwelt zu schaden. (sär)

Zum Glück ist **Donald Trump** US-Präsident geworden. Dieser Ansicht scheint man zumindest bei der *Schweiz am Sonntag* zu sein. Jedenfalls wurde Trump in Rekordzeit zur Projektionsfläche für alles, was irgendwie schlecht läuft auf der Welt. Selbst wenn er gar nichts dafür kann und die Verantwortung eindeutig bei **John Kerry** liegt, dem früheren Aussenminister unter **Barack Obama**. «Trump hat Rechnung noch nicht bezahlt», titelte das Sonntagsblatt in anklagendem Tonfall. Es bezog sich dabei auf die Gerüst- und Eventtechnik-Firma *Nüssli* im thurgauischen Hüttwilen. Diese hatte den Stand der Vereinigten Staaten an der Mailänder Weltausstellung in Mailand 2015 massgeblich mitgestaltet – und blieb bisher auf einer Rechnung von rund 15 Millio-



Zustupf fürs Monopol: SRG-Chef de Weck.



Duschen für Eisbären: Verena Tiefenbeck.



Eigene Meinung: Chefredaktor Dorer.



Mehr Fragen als Antworten: Pascale Bruderer.



Vom Reiz der Schweiz: Comedian Yanar.

nen Franken sitzen. Der *Tages-Anzeiger* hatte bereits im Dezember das Problem ausführlich beschrieben und dabei auch die Verantwortlichen klar benannt. Wie man es trotzdem dem erst seit zwei Wochen amtierenden US-Präsidenten anlasten kann, bleibt das Geheimnis der *Schweiz am Sonntag*. (fsc)

Was ist unter dem regelmässigen Auslauf ins Freie für Vieh zu verstehen? Auch dies erklären die 324 Seiten des Verordnungspakets 2017, die das Bundesamt für Landwirtschaft jetzt in die Vernehmlassung schickt. Die Bauernverwalter von Volkswirtschaftsminister **Johann Schneider-Ammann**, dem Bundesrat der regulierungskritischen FDP, erklären darin die «fachgerechte Pflege von Hochstamm-Feldobstbäumen der Qualitätsstufe I» oder die «Weidehaltung von Gänsen im Sömmerungsgebiet». Und sie beantworten eben auch die drängende Frage nach dem Auslauf: «Als regelmässiger Auslauf ins Freie gilt der regelmässige Zugang zu frischer Luft und Sonnenlicht.» Darauf muss man erst mal kommen. (sär)

Nach der *Neuen Zürcher Zeitung* nun auch die SDA: Wie die Schweizerische Depeschagentur Ende letzter Woche mitteilte, wird auch sie ihre Beiträge mit Videos des Schweizer Fernsehens anreichern. Kurz zuvor hatte die NZZ einen entsprechenden «Pilotversuch» gestartet. SRG-Generaldirektor **Roger de Weck** kann seine Videos damit fast flächendeckend auf Schweizer News-Websites verbreiten, denn die Inhalte der SDA werden eins zu eins von *Schaffhauser Nachrichten*, *Bieler Tagblatt*, *Radio Pilatus*, *Bluewin*, *Watson*, *Radio 24* und *Radio Top* übernommen. Für de Weck ist dieses Arrangement erstens ein kleiner Zustupf für seinen Staatsmonopolisten – die Abnehmer zahlen für die Dienstleistung und dürfen ihrerseits die SRG-Videos mit Werbe-Vorspann anreichern. Viel wichtiger ist dem SRG-Direktor aber vermutlich die Ausdehnung des Fernsehmonopols ins Internet. De Weck nennt diese machiavellistische Konstruktion vermutlich «Service public». (fsc)

Es ist nie schlecht, den Spiegel vorgehalten zu bekommen. Der mit mehreren deutschen

Comedy-Preisen dekorierte **Kaya Yanar** wohnt zwar am Zürichsee, aber die Eidgenossenschaft ist dem deutsch-türkischen Sohn türkisch-arabischer Eltern immer noch einigermaßen fremd. Das sind gute Voraussetzungen für sein neues Programm «Der Reiz der Schweiz», mit dem Kaya Yanar uns beehrt. Seine Aussensicht ist, wie man erfahren wird, erstaunlich tiefenscharf. Der Comedian weiss zum Beispiel haargenau, dass die Leute ausserhalb Zürichs gerne über die Zürcher lachen. Deshalb frotzelt er, ganz Deutschland habe nicht so viele Blitzgeräte, wie sie im Kanton Zürich anzutreffen seien. Und die Stadt Zürich qualifiziert er als autofeindlichste Stadt der Welt. Hier werde schon geblitzt, wer die Auto-rt zu schnell zuschlage. (rz)

Die Meldung der *Aargauer Zeitung* war kurz, sie enthielt im Kern nur zwei Sätze: «**Pascale Bruderer** und Ehemann **Urs Wyss**: «Wir haben uns getrennt», schrieb das Blatt letzte Woche. Und schob dann noch ein einziges weiteres Zitat nach: ««Wir sind weiterhin gemeinsam als Familie in Nussbaumen wohnhaft.» Die Spannung zwischen den beiden

Zieht Bruderer eine potemkinsche Kulisse um ihren aargauischen Wohnsitz auf?

Aussagen war nicht zu übersehen. Getrennt oder gemeinsam? Was stimmt jetzt? Die Aussagen warfen mehr Fragen auf, als dass sie Antworten gaben. Die Kommunikation der SP-Ständerätin in eigener Sache ruft auch bei politischen Gegnern Zweifel hervor: Zieht Bruderer eine potemkinsche Kulisse um ihren aargauischen Wohnsitz auf, damit sie ihre Position als Ständerätin nicht verliert? So fragen sie sinngemäss. (gut)

Nachruf



Hochs und Tiefs: Marisa Letícia da Silva.

Marisa Letícia da Silva (1950–2017) – Man soll ja nicht abergläubig sein. Aber ein Unglück kommt selten allein. Zuerst erlitt Marisa Letícia einen schweren Schlaganfall. Später wurde sie im Luxus-Spital Sírío Libanês in São Paulo für hirntot erklärt – im Alter von nur 66 Jahren. Damit ereilte ihren Ehemann Lula da Silva eine weitere Hiobsbotschaft. Denn im Koma liegt längst auch die politische Karriere des Ex-Präsidenten Brasiliens.

Marisa Letícia lernte den damaligen Gewerkschaftsführer 1973 kennen. Genau wie Lula war sie in ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen, als zehntes von elf

Kindern. Im Alter von neun Jahren musste sie als Babysitter drei Kleinkinder hüten und mit dreizehn Jahren in einer Fabrik Schokolade verpacken. Nach der Heirat aber organisierte das aufstrebende Paar Streiks und Protestmärsche und gründete 1980 die Arbeiterpartei PT. Marisa Letícia war stets Lulas treuste Verbündete, die ihn nicht nur bei der Erziehung der fünf Kinder entlastete, sondern ihn durch alle Hochs und Tiefs seiner langen Karriere begleitete.

2011 trat Lula nach acht Jahren als Präsident zurück, populär wie nie zuvor. Er liess sich als Erneuerer des Landes und Retter der Armen feiern. Wie gewünscht konnte er die Amtsgeschäfte seiner politischen Ziehtochter Dilma Rousseff übergeben. Doch dann ging es nur noch bergab. Im Zuge des Korruptionsskandals um den Ölgiganten Petrobras starteten die Staatsanwälte Verfahren um Verfahren – gegen Lula, aber auch gegen Marisa Letícia. Rousseff wollte ihren Mentor vor den Ermittlern retten und erklärte Lula zu ihrem Stabschef, um ihm Immunität zu verleihen. Aber das Parlament schickte die ungelenke Präsidentin kurzum in die Wüste.

Nun ist Marisa Letícia tot. Brasilien liegt wirtschaftlich darnieder. Die Staatskassen sind leer. Der neue Präsident Michel Temer stoppt all die Umverteilungsprogramme, die Lula initiiert hat. Dieser hat zwar trotz angekündigt, 2018 nochmals zu kandidieren. Doch eher landet der Witwer im Gefängnis als auf dem Präsidentensitz.

Alex Reichmuth

Das schweizweit schnellste Internet jetzt zum Aktionspreis!

Profitieren Sie jetzt doppelt und wechseln Sie sorgen- und unterbruchsfrei.

Business Internet
Fiber Power Turbo
statt 159.-
109.-

Download
150 Mbits/s



Gratis
Installation
Nur online
bis zu
400.-
sparen

Rufen Sie an und erfahren Sie mehr.
Tel. 044 578 78 78 | upc.ch/business

Corporate Network · Internet · Phone · TV



«Lügenpresse»: Mythos oder Wahrheit?

Von Kurt W. Zimmermann — Lügenpresse, Systempresse, Mainstream-Medien. Es ist chic wie nie zuvor, auf die Journalisten einzudreschen. Man kann es aber auch positiv sehen. Medien machen vermehrt Politik und befeuern damit den ideologischen Diskurs. Lügenpresse oder Meinungspresse? Ansichtssache.

Manchmal muss man, um die Gegenwart zu verstehen, in die Vergangenheit zurück. Der Blick auf die alten Zeiten hilft besonders bei den neuen Medien. Ich bin in Solothurn aufgewachsen. Das heisst, ich bin mit der Lügenpresse aufgewachsen. In Solothurn gab es drei Zeitungen. Alle waren Parteiblätter. Es gab die freisinnige *Solothurner Zeitung*. Es gab den katholisch-konservativen *Neuen Morgen*. Es gab die sozialistische *Solothurner AZ*.

Alle drei Blätter logen und schwindelten hemmungslos. Inhaltliche Übereinstimmung zwischen ihnen gab es nur bei den Fussballresultaten und beim Lawinenbulletin. Bei den damals aktuellen Fragen wie Überfremdung, Jura-Konflikt und Landesverteidigung jedoch tischten sie Fakten auf, die sich wie Tag und Nacht unterschieden. Noch weiter auseinander lagen ihre ideologisierten Texte, wenn es um Wahlen und Abstimmungen ging. Dann drang das Parteiinteresse vollends durch. Es waren drei Zeitungen mit drei völlig unterschiedlichen Nachrichtenlagen.

Wenn drei Blätter vollkommen gegensätzlich informieren, dann müssen nach dem Gesetz der Mathematik deren zwei aus «Fake News» bestehen. Ich vermute allerdings, dass damals in Solothurn alle drei aus Fake News bestanden.

In Luzern, in Zürich, im Thurgau und in Bern war es genauso. In der Stadt Zürich beispielsweise gab es bis Ende der siebziger Jahre fünf Tageszeitungen, darunter das *Volksrecht*, *Die Tat* und die *Neuen Zürcher Nachrichten*. Auch sie informierten im Vergleich wie Tag und Nacht.

Radikaler oder Freidenker?

Nun, viel hat sich seitdem nicht geändert. Nehmen wir als aktuelles Beispiel den Juristen Neil Gorsuch, den Kandidaten für den Obersten Gerichtshof in Washington. Wenn



Verteidigung des Macht- und Einflussbereichs mit Hilfe der Journalisten: Merkels «Willkommenskultur».

wir dem *Tages-Anzeiger* glauben, dann sind in den USA viele «entsetzt» über den «erkonservativen Juristen». Wenn wir der *Neuen Zürcher Zeitung* glauben, dann ist er in den USA «weitherum respektiert», weil er «kein feuriger Ideologe» ist.

Ein verhasster Radikaler oder ein geachteter Freidenker? *We don't know*. Sicher ist nur, eines der beiden Blätter hat gelogen und gehört darum zur Lügenpresse.

Oder nehmen wir, um in Washington zu bleiben, die Entlassung der interimistischen Justizministerin Sally Yates nach ihrem Protest gegen die neuen Immigrationsregeln der USA. Wenn wir dem *Tages-Anzeiger* glauben, dann war das eine verantwortungsvolle «Rebellion gegen den Reisebann». Wenn wir

der *Neuen Zürcher Zeitung* glauben, dann war das eine selbstverliebte Show, mit der sie sich «zu inszenieren suchte».

Eine mutige Kämpferin für die Freiheit oder eine wichtigtuerische Selbstdarstellerin? *We don't know*. Sicher ist nur, dass eines der beiden Blätter gelogen hat und darum zur Lügenpresse gehört.

Nur, haben sie wirklich gelogen?

Dazu müsste man wissen, was Wahrheit ist. Es gibt in der Philosophiegeschichte Dutzende von Wahrheitstheorien. Gemeinsam ist den meisten von ihnen, dass Wahrheit dann gegeben ist, wenn zu einem Sachverhalt ein akzeptierter und verifizierter Konsens besteht. Auch wenn Wahrheiten oft subjektiv wahrgenommen werden, entsteht doch so etwas wie eine objektive



Systemischer Gruppendruck innerhalb der Branche.





Eine Lügenpresse kann es nur geben, wenn die mediale und die gesellschaftliche Wirklichkeit auseinanderklaffen.

Wahrheit, wenn diese Wahrheit zum gesellschaftlich abgesicherten Allgemeingut wird.

Der Holocaust zum Beispiel ist demnach eine Wahrheit. Die Minderheit, die ihn für eine Lüge hält, ist in der Gesamtsicht vernachlässigbar.

Eine Lügenpresse kann es darum nur geben, wenn die mediale Wirklichkeit und die gesellschaftliche Wirklichkeit auseinanderklaffen. Bei der Migrationsfrage, beim Brexit und bei Donald Trump war das zuletzt eindeutig der Fall. Die Wahrheit der Presse und die Wahrheit der Bevölkerung waren weit voneinander entfernt.

«Refugees welcome» hiess etwa die wochenlange Schönfärber-Kampagne der Bild-Zeitung im Herbst 2015. Das Blatt schaffte es dank seiner Marktmacht sogar, dass alle Spieler der Bundesliga an einem Spieltag mit dem «Refugees»-Slogan auf dem Trikot nach dem Ball traten. Es wird in der Boulevardpresse für ewige Zeiten das beste Negativbeispiel für die Entfremdung zwischen einem Volksblatt und dessen Volk bleiben.

Der Ausdruck Lügenpresse taugt nicht für die lässlichen Mediensünden des Alltags. Man muss zwischen Falschmeldungen und gefälschten Meldungen unterscheiden. Falschmeldungen entstehen unabsichtlich oder leichtfertig, gefälschte Meldungen entstehen absichtlich und gezielt.

Eine klassische Falschmeldung waren etwa vor zwei Wochen die News, dass das deutsche Bundesverfassungsgericht die rechtsradikale Partei NPD verboten habe. Produziert wurde die Ente von der Zeitung Die Zeit, und andere Medien wie die ARD sprangen umgehend auf. Auch wenn womöglich der Wunsch der Vater der Headline war, dann war es doch nicht mehr als eine Fehlinterpretation eines Gerichtsverfahrens. Die Zeit entschuldigte sich.

Solche gelegentlichen Falschmeldungen gehören im Mediengeschäft zum Geschäft. Sie sind in aller Regel harmlos. Die Flops entstehen fast immer in einer etwas diffusen Quellenlage, bei der ein Journalist dann eine etwas allzu steile Headline destilliert. Sie lassen sich

korrigieren, notfalls mit Gegendarstellungen und Prozessen.

Desinformation während Flüchtlingswelle
Lügenpresse ist das nicht. Bei diesem Vorwurf geht es nicht um allzu griffige Thesen und allzu flotte Schlagzeilen. Hier geht es um willentliche Desinformation. Desinformation aber hat immer ideologische Gründe.

Das extremste Beispiel der letzten Wochen war die Story, dass US-Präsident Donald Trump in einem Moskauer Hotel eine Party mit urinierenden Prostituierten gefeiert habe. Der Stoff schaffte es weltweit auf die Frontseiten, obwohl er nach journalistischen Kriterien mehr als obskur erschien. So ist die Story von Trumps Gegnern aus der Demokratischen Partei bezahlt und in Umlauf gebracht worden – den Journalisten aber war das egal. Der Urhe-

Es gab für die Story nicht den geringsten Beleg – auch das war den Journalisten egal.

ber der Story tauchte seltsamerweise sofort ab – egal. Es gab für die Story nicht den geringsten Beleg – auch das war den Journalisten egal.

Man muss kein Kulturpessimist sein, um hier das Wort Lügenpresse, historisch gereinigt, für angemessen zu halten. Selbst wenn dereinst ein Beweis für die Prostituierten auftauchen sollte, ist der Vorwurf der Lügenpresse nicht vom Tisch. Wahrheit oder Unwahrheit definiert sich in den Medien zum Zeitpunkt der Publikation.

Das Revival der Lügenpresse begann mit der gezielten Desinformation durch die deutschen Medien während der Flüchtlingswelle ab 2014. Angeführt von Spiegel, Bild und ARD, hämmerten sie ihrem Publikum romantisch ein, dass es sich bei den Einwanderern aus Nahost und Afrika weitgehend um Akademiker summa cum laude handle, die für den deutschen Arbeitsmarkt lebensspendend seien. Es stellte sich dann leider heraus, dass die meisten Migranten keine Ausbildung hatten,

nicht einmal Englisch konnten und dass viele ihr Betätigungsfeld lieber im Bereich von Gewaltkriminalität, Drogenhandel, sexueller Belästigung und Missbrauch des Sozialsystems ansiedelten.

Die Berichterstattung, wie man aus heutiger Sicht weiss, war eine schreckliche Fehlleistung eines politisch instrumentalisierten Medienverbands. Sie ist nur erklärbar durch eine Ideologisierung der Medien, die politische Motive deutlich stärker als die journalistische Aufgabe gewichteten.

Der Slogan der Lügenpresse revitalisierte sich nun als Protestruf gegen die Desinformation von oben. Oben, das waren die Medien in enger Umarmung und Verbrüderung mit der offiziellen Regierungspolitik. Verbreitet wurde der Slogan der Lügenpresse anfänglich vor allem an den Demonstrationen der migrationsfeindlichen Bürgerbewegung Pegida in Dresden. «Lü-gen-pres-se. Lü-gen-pres-se», skandierten Tausende im Protest.

Pegida, weil dezidiert rechtskonservativ, war für die Wahrnehmung der Medien erst äusserst hilfreich. Man konnte die Kritiker der Medien in die Ecke der islamophoben, rassistischen und reaktionären Wutbürger abdrängen. Das war ideal, denn es verhinderte zunächst die Selbstkritik im journalistischen Salon der Selbstzufriedenheit.

Der Wind drehte dann schnell. Heute sagen auch Angela Merkel und Bild, was 2014 erst Pegida sagte. Sie sagen, dass die Grenzen möglichst dichtzumachen seien.

Nun ist der Begriff der Lügenpresse stark vorbelastet, weil ihn die Nationalsozialisten gerne verwendeten. Man muss bei seiner Darstellung also sehr vorsichtig sein, um nicht gleich die Nazikeule auf den Schädel zu bekommen.

Verlotterung der Demokratie

Sagen wir es darum vorsichtig. So ganz falsch lagen die Nazis nicht, wenn sie während der Weimarer Republik die Lügenpresse kritisierten. Die mediale Wahrheit und die empfundene Wahrheit lagen damals klar auseinander.

Die Verlotterung der Demokratie, die Pfründenwirtschaft der Parteien, die Last der Versailler Verträge, die Verelendung weiter Volkskreise und der daraus resultierende Aufstieg der NSDAP waren Fakten, die sich nicht schönreden liessen.

Die Journaille in der damaligen Partystadt Berlin, oft larmoyant, stützte stattdessen die zerfallende Weimarer Republik. Viele logen sich über die wahren Verhältnisse hinweg.

Ebenso wichtig wie die Kritik an der Lügenpresse wurde in den dreissiger Jahren darum der Begriff der Systempresse. Systempresse meint, dass die Medien ein baufälliges System am Leben erhalten wollen, statt es kritisch zu hinterfragen und zur Reform zu treiben. Die Systempresse macht sich somit gemein mit der politischen Elite, die ihren gefährdeten Macht- und Einflussbereich mit Hilfe der Journalisten verteidigt.

Ein etwas eleganterer Begriff für die Systempresse ist neuerdings jener der Mainstream-Medien. Auch hier ist gemeint, dass Journalisten willig und unkritisch die Vorgaben der politischen und kulturellen Eliten zu deren Machterhalt nachbeten würden.

Nun muss man historisch allerdings etwas differenzieren. In der aufgeregten Diskussion um Fake News, Lügen- und Mainstream-Presse vergessen wir mitunter, dass es ein relativ neuer Trend ist, dass Medien die Wahrheit zu verkünden hätten. Bis in die sechziger Jahre verlangte von den Journalisten niemand die Wahrheit. Nahezu alle Zeitungen waren Parteiorgane. Die Redaktionen hatten nicht seltsamen Gespinsten wie Wahrheitsfindung oder Objektivität nachzujagen, sondern den Interessen ihrer Parteien und damit ihrer zahlenden Trägerschaft zu dienen.

Der zweite Unterschied zu heute war der: Ausserhalb von Solothurn nahm kein Mensch zur Kenntnis, was die *Solothurner Zeitung* und *Der neue Morgen* und die *Solothurner AZ* täglich an Information und Desinformation zum Besten und zum Schlechtesten gaben. Die Lügen des Trios waren ein regional limitiertes Phänomen. In Luzern, in Zürich, im Thurgau und in Bern war es genauso.

Wenn heute hingegen irgendwo im hintersten Mazedonien ein Scherzbold im Internet behauptet, dass Papst Franziskus sich für Donald Trump ausgesprochen habe, dann steht ein paar Minuten später die ganze Welt kopf. Dann geht das durch alle digitalen Kanäle. Hinterher sagen uns dann absurderweise die Medien, mit solchen Fake News seien womöglich die US-Wahl entschieden worden.

Die letzten zwölf Monate waren für alle Kritiker von Fake News und von Mainstream-Medien, aber auch für alle Verschwörungstheoretiker rund um die Systemmedien das beste Jahr aller Zeiten. Gleich mehrmals taten ihnen die vereinigten Journalisten den Gefallen, auch die kühnsten Negativerwartungen an die

Branche locker zu übertreffen. Beim Brexit wie bei den US-Wahlen lieferten sie geradezu groteske Belege für Voreingenommenheit.

Zuerst die neusten Fakten zur britischen Wirtschaft. Sie ist in glänzender Form. «Die Haushalte sehen keine Brexit-Unsicherheiten», sagt Mark Carney, der Gouverneur der Bank of England. Die Beschäftigungsrate ist mit 74,5 Prozent auf Rekordniveau angekommen. Die Kredite für private Investitionen wachsen im zweistelligen Bereich – wie seit 2005 nicht mehr.

Gegenpol zu journalistischem Mut

Wenn wir den deutschsprachigen Journalisten glauben, dann müsste Grossbritannien hingegen in Schutt und Asche liegen. Schon vor der Brexit-Abstimmung hatten sie sich wie Propagandabeamte der Brüsseler EU-Zentrale aufgeführt und der britischen Wirtschaft im Fall des Austritts «schwere Einbussen» (*Der Spiegel*) prophezeit.

Als die Briten dann wirklich *goodbye* sagten, erreichte der Katzenjammer im Journalismus eine nochmals höhere Eskalationsstufe. Es gab nur noch die transeuropäische Apokalypse. Es gab den «Zusammenbruch» (*Blick*), die «Angst vor dem Untergang» (*Sonntagszeitung*), die «Auflösung» (*Frankfurter Allgemeine*), den «Abgrund» (*Aargauer Zeitung*) und den «Zerfall» (*Tages-Anzeiger*).

Wie immer in dramatischen Medienzeiten musste auch eine neue Worthülse her, um das

Geschehen plakativ zu verdichten. «Brexit-Schock» hiess die Worthülse, die tausendfach rezykliert wurde. Der Schock hat es bis heute nicht über die Zeitungsspalten hinaus ins reale Leben geschafft.

Die kollektive Hysterie der Journalisten hatte tatsächlich stark systemimmanente Gründe. Selbst wenn man den Begriff der Systempresse historisch reinigt, im Brexit-Zusammenhang war er durchaus angezeigt. Die Medien verteidigten durch die Bank ein wankendes, zentralistisches EU-Konstrukt, dessen föderale Schwachstellen auch ihnen bekannt sein mussten.

Aber der systemische Gruppendruck innerhalb der Medienbranche verhinderte die Gegenposition. Keine Redaktion wollte sich exponieren, aus Angst davor, plötzlich im populistischen Umfeld verortet zu werden. Nur wenige Zeitungen wie die *Schweiz am Sonntag*, die *Weltwoche* oder die *Basler Zeitung* sympathisierten mit dem Brexit. Die anderen gewichteten die politische Korrektheit höher, gemäss der das Heiligtum EU nicht beschädigt werden dürfe.

Politische Korrektheit aber ist in den Medien immer der Gegenpol zu journalistischem Mut.

Nach dem Brexit konnte man eine Steigerung solch publizistischer Rudelbildung nicht mehr erwarten. Die Steigerung trat ein. Es kam Trump.

Nehmen wir zum Beispiel das *Spiegel*-Titelbild von dieser Woche. Es zeigt den ame-

Lügenpresse, Systempresse, Mainstream-Medien

Den Begriff der Lügenpresse gab es schon im 18. Jahrhundert. Man meinte damit die von adliger Seite finanzierte Propaganda gegen die Aufklärung. Im deutschsprachigen Raum wurde die «jüdische Lügenpresse» gegen die Jahrhundertwende zum Kampfbegriff. Er zielte gegen liberale Blätter, die von jüdischem Kapital finanziert waren. Auch in der Donaumonarchie diffamierte man die «Logen- und Lügenpresse». Im Ersten Weltkrieg war es aus deutscher Sicht dann vor allem die «Hetz- und Lügenpresse unserer Feinde», also der Franzosen und Briten, die zum Propagandavehikel wurden.

Die Nationalsozialisten brachten dann die Lügenpresse wieder in Mode, wenngleich Adolf Hitler den Begriff eher mied. Sie meinten damit einen Journalismus, der die Zerfallserscheinungen der Weimarer Republik beschönigte, statt die Republik im Sinne der NSDAP zu demontieren. Fast wichtiger für die Nazis wurde indes der Begriff der Systempresse. Das Wort «System» bündelte alle politisch bekämpften Werte und Parteien. Man lebte in der Systemzeit,

die erst 1933 endete, am Ruder waren Systempolitiker und Systembeamte, die von der Systempresse hochgehuldet wurden.

Heute wird der Vorwurf einer gleichgeschalteten Publizistik vor allem im Begriff der Mainstream-Medien gebündelt. Auch hier ist gemeint, dass Medien unkritisch und systemstabilisierend arbeiten, statt Missständen nachzugehen. Desinformation in diesem Sinne geriet in der Flüchtlings- und der Ukraine-Krise besonders unter Beschuss. Genauso wie Lügenpresse und Systempresse unterliegen die Mainstream-Medien dem Generalverdacht der Manipulation, die zu einem zunehmenden Verlust an Vertrauen und Glaubwürdigkeit der Medien führt.

Der künftige deutsche Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier formulierte es so: «Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint mir ziemlich hoch. Das Meinungsspektrum draussen im Lande ist oft erheblich breiter.» Er zielte damit auf eine freiwillig vereinheitlichte Presse in freiheitlichen Gesellschaften.

Kurt W. Zimmermann



«Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien» (Niklas Luhmann).

rikanischen Präsidenten Donald Trump in der Pose eines Schlächters des Islamischen Staats. In der einen Hand hält er das blutige Schwert, das er eben für die Enthauptung nutzte, in der anderen Hand hält er das ebenso blutige Haupt der Freiheitsstatue, das er eben vom Körper trennte. Die Botschaft ist klar: Trump ist ein fanatisierter Terrorist und ein Mörder.

Wie kann so etwas auf einer journalistisch intakten Redaktion geschehen? Mit Geschmacklosigkeit allein ist das nicht mehr zu erklären.

Oder nehmen wir zum Beispiel Stephan Klapproth, den Moderator des Schweizer Fernsehens. Vor laufender Kamera deckte er den amerikanischen Präsidenten mit einer Salve von Beleidigungen ein, wie man sie an einem öffentlichen Sender bisher noch nie gehört hatte. Klapproth nannte Trump wörtlich einen Rattenfänger, einen Protz, Angeber, Hochstapler, Prahlhans, Bluffer, Populisten und Lügner.

Wie kann so etwas auf einer journalistisch intakten Redaktion geschehen? Mit Geschmacklosigkeit allein ist das nicht mehr zu erklären.

«Fake News» über Trump

Was wir rund um Donald Trump in den Medien erleben, hat etwas Unwirkliches und etwas Unerklärliches. Journalisten brechen – etwa bei der Hotel-Story aus Moskau – jahrhundertlang respektierte Regeln der journalistischen Ethik. Sie setzen sich über ihre traditionellen Standesregeln hinweg, nur um den Mann im Weissen Haus niederzumachen.

Ein hübsches Beispiel war etwa die Geschichte des Time-Magazins, dass Trump die Büste von Martin Luther King aus dem Oval Office habe entfernen lassen. Die Geschichte war frei erfunden. Dennoch sprangen die Journalisten weltweit auf die Fake News auf, weil sie rassistische Vorurteile perfekt bedienen konnten. Keine Fake News waren hingegen, dass Trump den Sohn von Martin Luther King zu einem Treffen geladen hatte, das dieser hinterher als «sehr konstruktives Meeting» lobte.

Doch das interessierte unter den Journalisten natürlich kein Schwein.

Fakten, ob wahr oder erfunden, entstehen nur durch ihre Vermittlung. Der vielleicht meistzitierte Satz aus der Medienwissenschaft stammt von Niklas Luhmann. Er lautet: «Was wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt, in der wir leben, wissen, wissen wir durch die Massenmedien.»

Um diesen Mechanismus wissen auch die Massenmedien. Journalisten haben darum zu allen Zeiten versucht, das Wissen um die Welt in ihrem Sinne zu manipulieren.

Bei Donald Trump schrieben sie darum eine Wahrheit herbei, an die sie zuletzt obsessiv glaubten. Es war die Wahrheit, dass ein Aussenseiter des Systems niemals ins Zentrum des Systems gelangen könne. Es war der klassische Reflex einer Systempresse – wie schon in der Flüchtlingskrise und beim Brexit –, welche die bestehenden Strukturmodelle für übermächtig und unveränderbar hält.

Die kollektive Selbstbespiegelung begann schon vor der Wahl. Für die Bild-Zeitung war Trump darum «vollkommen chancenlos». Die BBC wie die Süddeutsche Zeitung betrachteten ihn als «chancenlos». Für die Basler Zeitung war er «grossmäulig wie chancenlos». Für die Frankfurter Allgemeine Zeitung war er «bedeu-

Die Medien haben ihr Publikum wider besseres Wissen hinter Licht geführt.

tungslos». Er habe, so The Guardian, «null Chancen» gehabt. Er war «eine politische Fussnote» (Die Welt), ein «nicht ernst zu nehmender Aussenseiter» (Die Zeit). Er hatte «nicht einmal Aussenseiterchancen» (Tages-Anzeiger).

Die Mehrheit in den Wahlverfahren entschied sich dann für den Brexit und für Trump, und hätte es im Herbst 2015 eine Abstimmung über die deutsche Willkommenskultur gegeben, wäre die Mehrheit dagegen gewesen.

In den Schweizer Medien gibt es beim Thema der publizistischen Systemstützung ein seltsa-

mes Paradox. Bei internationalen Themen heulen die heimischen Journalisten stramm mit im Konzert der internationalen Mainstream-Medien. Bei Brexit und Trump gehörten sie zu den lautesten Alarmisten, die den sofortigen Untergang der Welt weissagten.

Bei nationalen Themen hingegen ist dieser Mainstream durchbrochen. Hier sind Kontroverse und Diskurs deutlich lebendiger.

Am übelsten trieb es die Weltwoche

Erst einmal liess sich das gesamte Schweizer Mediensystem vom politischen System widerstandslos vereinnahmen. Das war 1992. Vor der



Adrian Amstutz
Unternehmer
Nationalrat
Fraktionspräsident
SVP

« Dank der Steuerreform bleibt unser Land wettbewerbsfähig und innovationsstark. Darum sage ich JA am 12. Februar. »

www.steuerreform-ja.ch



Schweiz stärken!
Steuerreform Ja

Preisgekrönte Lügenpresse

Je erlogener die Story, desto beeindruckter die Preis-Jurys. Für Lügengeschichten winken Ansehen und Geld. Vor allem beim Zürcher Journalistenpreis. Von Christoph Mörgeli

1986 empfing Klaus Vieli den mit mehreren tausend Franken dotierten Zürcher Journalistenpreis. Zuvor war Vieli dadurch aufgefallen, dass er splinternackt in einem linksextrernen Alternativblättchen posiert und ein von A bis Z fingiertes Interview mit Bundesrat Kurt Furgler publiziert hatte. Später ging er als Redaktionsleiter zu «10 vor 10», wo er dem Publikum einen frei erfundenen Abschiedsbrief des Amokmörders in einer Filiale der Zürcher Kantonalbank präsentierte.

Niklaus Meienberg machte Furore mit einer Artikelreihe über General Ulrich Wille in der *Weltwoche*. Er schrieb über Wille: «Senil werden ist keine Schande, aber senile Generäle sind gefährlicher als senile Prokuristen, und niemand wagt, es ihnen zu sagen.» Selbstverständlich erhielt Meienberg für seine Wille-Recherche 1989 den Zürcher Journalistenpreis. In Wahrheit war Ulrich Wille keinen Tag seines Lebens senil. Es handelte sich bei der Diagnose um eine Intrige von Bundesrat und Armeearzt, um den deutschfreundlichen Oberbefehlshaber durch einen Korpskommandanten aus der Romandie zu ersetzen. Als dieser überraschend starb, war die angebliche Senilität Willes kein Thema mehr. Ulrich Wille blieb bis zu seinem Tod bei klarstem Verstand.

Der Zürcher Journalistenpreis des Jahres 2000 ging an Beat Kraushaar und Martin Meier. Das «Duo infernale» (*Weltwoche* Nr. 45/06) hatte den Geheimdienstler Dino Bellasi im *Sonntagsblick* als Opfer einer Verschwörung seiner Vorgesetzten dargestellt. Die Preis-Jury prämierte eine frei erfundene Geschichte, die aber Divisionär Peter Regli, der Untersuchungsrichterin und mehreren Mitarbeitern des Nachrichtendienstes die Stelle kostete. Überhaupt war der preisgekrönte Kraushaar stets zur Stelle, wenn es um peppige Storys ging, deren Wahrheitsgehalt dem der Hitler-Tagebücher entsprach. So geschehen beim angeblich korrupten Bündner FDP-Regierungsrat Peter Aliesch, den das Bundesgericht in allen Punkten freisprach. Oder im Falle der heutigen CVP-Regierungsrätin Silvia Steiner, als Kraushaar wahrheitswidrig unterstellte, ihr Ehemann habe betrunken einen Unfall verursacht und die damalige Kripo-Chefin habe ihn gedeckt.

2007 beehrte die Jury Daniel Hug und Charlotte Jacquemart mit dem Zürcher

Journalistenpreis. Die beiden hatten – gefüttert vom Financier Rumen Hranov – in der *NZZ am Sonntag* behauptet, sieben Pensionskassen hätten bei der Fusion zwischen Swissfirst und Bank am Bellevue auf 20 Millionen Franken «verzichtet». Wochenlang unterstellte danach auch die entfesselte Medienmeute ohne Beweise, mehrere Pensionskassenverwalter hätten sich schmieren lassen. Sämtliche späteren Revisionen und behördlichen Untersuchungen ergaben, dass die Vorwürfe nicht stimmten. Schlagworte von Hug und Jacquemart wie «Eigennutz», «Insiderwissen für eigene Geschäfte» oder «Vermögensvorteile» erwiesen sich als Schläge ins Wasser. Opfer der preisgekrönten Schmierenkampagne war Thomas Matter, der als Geschäftsführer der Swissfirst zurücktreten und seine Anteile verkaufen musste.

Und dieses Jahr?

Iwan Städler wurde 2013 mit dem Zürcher Journalistenpreis ausgezeichnet, weil er mich beruflich zu Fall gebracht hatte. Dass er auch seine Informantin opferte, deren Anonymität er nicht zu schützen vermochte, tat der Preiswürdigkeit keinen Abbruch. Städler behauptete, ich sei fachlich als Museumskonservator ungenügend und lasse Knochen in den Magazinen verstauben. Sein Zitat aus dem Bericht beendete er genau vor diesen Sätzen: «Ein weiteres Problem besteht in der Isolation von Institut und Museum. Die Zusammenarbeit wird uns von Kollegen vermutlich aus politischen Gründen verweigert [...]» Das politische Motiv der miesen Beurteilung meiner Person durch seinen neuen Vorgesetzten wurde den Lesern des *Tages-Anzeigers* bewusst vorenthalten.

Der preiswürdige Artikel führte zum Kündigungsbefehl von SP-Bildungsdirigentin Regine Aepli an den Rektor, um mich, den politisch missliebigen Konservator, loszuwerden. Das Zürcher Verwaltungsgericht hat diese Kündigung mittlerweile als «unrechtmässig», die fachliche Kritik am Entlassenen als «treuwidrig» beurteilt.

Wer erhält wohl dieses Jahr den Zürcher Journalistenpreis? Notorische Lügenverbreiter notorischer Lügenmedien haben beste Chancen.

Abstimmung zum EWR verwandelten sich unsere Journalisten in Propagandasprecher der offiziellen Politik. Sie verkündeten unisono das Ende der Eidgenossenschaft, falls die SVP an der Urne gewänne.

Am übelsten trieb es damals die *Weltwoche*. Sie war zu der Zeit links-grün. Die Redaktion machte für eine Woche keine Zeitung, sondern schickte ihren Abonnenten stattdessen eine glühende Abstimmungsbroschüre. Sie trommelte auf sechzig Seiten für die Regierungsvorlage. Die anderen Blätter und die SRG waren genauso unkritisch. Es war das bisher übelste Beispiel dafür, wie sich eine vermeintlich unabhängige Branche zum Lautsprecher des Staatsapparats machte. Es war Lügenpresse *at its best*.

Nun, das Volk legte dann all die Zeitungsartikel beiseite und stimmte mit Nein.

Seitdem kann der Vorwurf der Lügenpresse gegenüber den Schweizer Medien nicht mehr ernsthaft erhoben werden. Zuletzt wurde dies deutlich bei der Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative von 2014. Die meisten Redaktionen waren zwar dezidiert gegen das SVP-Begehren, weil sie sich aus politischer Korrektheit nicht im Lager der sogenannten Isolationisten und Abschotter sehen wollten. Aber sie thematisierten die Problematik der Massenzuwanderung dennoch in hohem Masse. Sie erfanden dazu das Wort «Dichtstress».

Dichtstress, eine vorher unbekannte Vokabel, wurde in den Medien zum Kernbegriff, um das Unbehagen der Basis an der Immigrationsfrage zu beschreiben. Der dichte Dichtstress in Zeitungen, Radio und TV war der Hauptgrund dafür, dass die Initiative knapp angenommen wurde. Dass das Parlament den Volkswillen hinterher arg zusammenfaltete, kann man nicht den Journalisten anlasten.

Lügenpresse und Systempresse werden immer dann zum Thema, wenn die veröffentlichte Meinung und die öffentliche Meinung allzu stark auseinanderdriften. 95 Prozent der Medien waren gegen Hitler, aber fast 40 Prozent der Bevölkerung für Hitler. 95 Prozent der Medien waren gegen den Brexit, aber 50 Prozent der Bevölkerung für den Brexit. 95 Prozent der Medien waren gegen einen Einwanderungsstopp, aber 50 Prozent der Bevölkerung für einen Einwanderungsstopp. 95 Prozent der Medien waren gegen Trump, aber 50 Prozent der Bevölkerung für Trump.

Wenn die veröffentlichte Meinung und die öffentliche Meinung in einem allzu grossen Gegensatz stehen, wird dies stets zum Stresstest für die demokratische Balance. Wenn sich die wichtigste Gewalt, der Souverän, von der vierten Gewalt, den Medien, nicht mehr repräsentiert fühlt, dann geraten die Medien im Volk unter den Generalverdacht der Manipulation und Wahrheitsferne.

Es entsteht dann eine mediale Heimatlosigkeit. In den letzten drei Jahren hat sich dies spürbar akzentuiert. Ein EU-Skeptiker, der



Journalisten schrieben unisono vom Ende der Eidgenossenschaft: EWR-Abstimmung, 1992.

Trump gut findet und für eine harte Asylpolitik ist, hat unter Journalisten wenig Freunde.

Damit wären wir zurück in Solothurn, wo ich im Schoss der Lügenpresse aufgewachsen bin. Die freisinnige *Solothurner Zeitung*, der katholisch-konservative *Neue Morgen* und die sozialistische *Solothurner AZ* logen und schwindelten zu meiner Zeit zwar hemmungslos. Aber niemand in Solothurn fühlte sich von einer Lügenpresse oder einer Systempresse hinters Licht geführt. Jeder hatte seine publizistische Heimat.

Es gab keinen Mainstream in Solothurn. Meinungsvielfalt, auch wahrheitswidrige Meinungsvielfalt, ist das Killerargument gegen alle Theoreme von Lügen-, System- und Mainstream-Medien. Meinungsvielfalt entsteht nur im Wettbewerb.

In den letzten drei Jahren, rund um Flüchtlingskrise, Brexit und Trump, haben sich die Medien stark gewandelt. Vermutlich werden erst kommende Mediengeschichtler aus der Distanz festhalten, wie einschneidend sich das Mediensystem seit 2014 verändert hat. Sie werden eine enorme Politisierung und Ideologisierung im Journalismus festmachen. Das muss kein Defizit sein.

Tatsächlich kann man den Vorwurf der Lügenpresse durchaus auch als Lob für die Medien interpretieren. Medien zeigen wieder Charakter und Haltung in den grossen politischen Fragen. Denn der Zeitgeist hat gewendet.

Multikulturalität muss bleiben

Die mediale Spassgesellschaft der Ära nach 2000 ist definitiv vorüber. In den Medien hat eine neue politische Ernsthaftigkeit Einzug gehalten. Noch bis zur Jahrzehntwende drehten sich die grossen Debatten in den Medien um

vergleichsweise luftige Themen wie die Homosexuellen-Ehe, die Abwahl von Christoph Blocher, die Bedrohung durch Feinstaub und Minarette, die UBS-Krise, die Vogelgrippe und die Frauenquote. Es waren zwar nette Kontroversen, aber allzu existenziell für die Gesellschaft waren sie nicht. Das änderte sich rund um die Flüchtlingswelle, die Euro-Krise, den Brexit und Trump. Seitdem geht es in der öffentlichen Debatte um Fundamentaleres, nämlich um die Zukunft der westlichen Kulturgemeinschaft, um den Weiterbestand des Projekts EU, um eine neue Weltordnung mit veränderten Rollen für Russland und die USA. Die Debatte ist in ho-

Dass sich die Medien politisiert und ideologisiert haben, muss jeder offene Geist begrüssen.

hem Masse auch eine Wertediskussion darüber, für welche Normen, welche Moral und welche Prinzipien das Abendland steht.

Die Gesellschaft wurde dadurch deutlich stärker politisiert. Folgerichtig wurden auch die Medien deutlich stärker politisiert. Politisierung geht immer auch mit Ideologisierung einher.

Die Mehrheit der Journalisten schlägt sich in dieser Debatte auf die Seite der Bewahrer und Verteidiger und nicht auf die Seite der Erneuerer und Widerständler. Die Medien sind in den grossen Fragen heute so konservativ wie noch nie, weil die beharrenden Positionen heute vor allem im linken politischen Spektrum populär sind. Die EU muss bleiben, die Multikulturalität muss bleiben, der Euro muss bleiben, die Personenfreizügigkeit muss bleiben, der Freihandel muss bleiben, die Migranten müs-

sen bleiben, die Sozialsysteme müssen bleiben, die Welt muss bleiben, wie sie ist.

Noch bis in die neunziger Jahre definierten viele Journalisten ihre Berufsmaxime als Systemkritik. Heute ist ihre Berufsmaxime die Systemerhaltung.

Doch auf einmal bekam nun die Gewissheit in Bezug auf diese etablierte Ordnung, diese wohlige Zufriedenheit im Schosse des weltumspannenden Gutmenschentums und des kulturellen Kosmopolitismus, tiefe Risse. National gesinnte Reformatoren rüttelten auf einmal am Gebälk der internationalistischen Weltordnung. Die Mehrzahl der Journalisten verlor darob die Contenance.

Systemveränderer wie die AfD in Deutschland, Nigel Farage in Grossbritannien, Donald Trump in den USA, Marine Le Pen in Frankreich und Geert Wilders in den Niederlanden haben darum keine gute Presse. Bei den künftigen Wahlen in Frankreich und in den Niederlanden werden wir die Mainstream-Meinung über diese «Rechtspopulisten» wieder tausendfach zu hören bekommen, derweil ihre Widersacher auf der anderen politischen Strassenseite ebenso tausendfach vom Vorwurf des Linkspopulismus freigesprochen werden dürften.

Ideologisch gefärbtes Engagement

Systemerhalter wie die altgedienten Machtträger Jean-Claude Juncker, Angela Merkel, Hillary Clinton und neuerdings Martin Schulz können hingegen auf die solide Sympathie der Journalisten zählen. Der neugekürtc SPD-Kanzlerkandidat Schulz beispielsweise entzückte soeben Scharen von jubelnden Journalisten, als er Trump vorwarf, «mit der Abrissbirne durch die Werteordnung zu laufen».

Man kann dies nicht als Lügenpresse diffamieren. Es ist eine politische Haltung.

Dass sich die Medien politisiert und ideologisiert haben, muss jeder offene Geist im Prinzip begrüssen. Es braucht Weltanschauung in der Presse. Es braucht dezidierte Deklamation. Dass diese Deklamation eher links der Mitte liegt, beklagen nur Naivlinge. Das wird sich in diesem Jahrhundert nicht mehr ändern. Auch in der Schweiz geben 60 Prozent der Journalisten an, links-grün zu wählen. Die SVP wählen 5 Prozent.

Problematisch wird das ideologisch gefärbte Engagement erst dann, wenn die Journalisten aus politischem Eifer ihre Berufsregeln über Bord kippen. Das geschieht dann, wenn sie die Wahrheit, wiewohl sie objektiv erkennbar ist, in ideologische Unwahrheit verdrehen.

In der Migrationskrise, der EU-Krise und bei Donald Trump ist das vielfach geschehen. Die Medien haben ihr Publikum wider besseres Wissen hinters Licht geführt. Nein, sagen wir es direkter: Die Medien haben ihr Publikum ziemlich angelogen. Sie logen aus Überzeugung. ○

Schaden Medien der Wirtschaft?

Von Beat Gygi — Journalisten bringen in ihren Berichten gerne ihre eigene Meinung zum Ausdruck. Meistens merken das die Leser rasch, aber wirtschaftliche Informationen werden von ihnen ernster genommen. Das hat Folgen.



Gefühlte Inflation: Börsenhändler in den UBS-Trading-Floors in Opfikon.

Können Medien der Wirtschaft schaden, wenn sie mit weltanschaulicher oder politischer Schlagseite über wirtschaftliche Informationen und Zusammenhänge berichten? Die Frage erscheint vielleicht skurril, denn warum sollten sich Unternehmer, Anleger oder etwa Familienväter, die ihre Vorhaben sorgfältig überlegen und durchrechnen, durch Zeitungen oder Fernsehen vom Weg abbringen lassen? Meinungsmacher können ja wohl kaum derart wirkungsvoll auftreten, dass sie mit Artikeln oder Sendungen den Menschen schaden, nur weil sie Wirtschaftsinformationen gefärbt oder verzerrt weitergeben.

Negatives bleibt im Kopf

Wirtschaftswissenschaftler kommen zu anderen Schlüssen. Fernsehen und Zeitungen können nach ihren Erkenntnissen das breite Publikum durchaus so beeinflussen, dass Konsum

und Investitionen beeinträchtigt werden. Die neuesten Befunde von David Iselin, der an der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH zum Thema «Medien und Ökonomie» forscht, deuten darauf hin, dass Medienberichte einen messbaren Einfluss auf Firmen in der Schweizer Industrie haben und dass dieser nicht harmlos ist.

Unter dem Titel «Does Negative News Reporting on the Economy Get Reflected in Companies' Business Situation?» zeigt Iselin, dass Mediennachrichten mit negativem Inhalt oder negativem Tonfall den Verantwortlichen in Industrieunternehmen im Kopf bleiben. Nach seinen Beobachtungen werden Manager jedes Mal, wenn sie in Zeitungen das Wort Rezession sehen, mit einer Nachwirkungszeit von etwa einer Woche in der Beurteilung der Geschäftslage ihrer Firma ein wenig pessimistischer – nicht viel, nur einen kleinen Tick pro Mal, aber

wenn sich in trüben Zeiten die negativen Medienberichte häufen, drückt das eben täglich dutzendfach auf die Stimmung. Die Einschätzung des Geschäftsgangs wird von der KOF in den regelmässig durchgeführten Industrieumfragen abgefragt.

Ein Stimmungsdämpfer bedeutet natürlich noch nicht, dass sogleich Investitionen gestrichen werden, aber wenn negative Medienmeldungen zu einer Art kaltem Regen werden, ist nach Iselins Einschätzung mittelfristig eine Bremsung der Investitionen möglich und damit etwas später auch eine Beeinträchtigung der Produktionskapazitäten und der Arbeitsplätze. Dieser Zusammenhang ist umso schwerwiegender, als negative Meldungen ja eigentlich das Geschäft von Zeitungen und Fernsehen sind. Iselin verweist auf den Slogan «Bad news is good news», gut fürs Mediengeschäft seien also vor allem schlechte Nachrichten. So gesehen wären Medien wie eine Art automatische Wirtschaftsbremse.

Medien beeinflussen Manager

Warum nehmen denn Manager Wirtschaftsmeldungen in Medien überhaupt so ernst? Andere Leute nehmen ja viele Zeitungsmeldungen um einiges lockerer zur Kenntnis, meistens durchschauen sie die verzerrten oder übertriebenen Schlagzeilen und stufen den Wert der Artikel automatisch herab – damit auch den Wert der Journalisten, die dahinterstehen. Oft ist für Leser die Frage, ob vermeintliche oder echte Fakten dastehen, sogar unterhaltsam, etwa in der Beziehungs- und Sexberatung oder in Spalten mit Leser-E-Mails, die bei einem Mangel an Zusendungen von der Redaktion aufgefüllt werden.

Aber in Wirtschaftsfragen nimmt das Publikum Medienmeldungen offenbar eher zum Nennwert als sonst. Mehrere Untersuchungen lassen darauf schliessen, dass man in Firmen und Privathaushalten Wirtschaftsinformationen immer noch gerne über Zeitung oder Fernsehen bezieht. Das spart Zeit und ist meistens auch einfacher konsumierbar, als wenn man die Originalmitteilungen von Zentralbanken, Konzernen oder Bundesämtern lesen muss. Für die deutsche Wirtschaft haben Studien gezeigt, dass der Geschäftsklima-Index des Ifo-Instituts, in dem Stimmung und wirtschaftliche Lage der Unternehmen erfasst sind, durch Medienberichte beeinflusst wird, die kurze Zeit vorher erschienen sind. Journalisten beeinflussen also den Kompass der Manager.

Aufsehenerregend war der Fall des «Teuro», als die Kompassnadeln geradezu verrückt spielten, vor allem in Privathaushalten. Nach der Einführung des Euro-Bargelds Anfang 2002 wurden in der Euro-Zone die Preise von den Landeswährungen auf den Euro umgestellt. Das veranlasste viele Leute, die Preise in Läden und Restaurants genauer anzuschauen, und plötzlich häuften sich öffentliche Diskussionen über Preissteigerungen und Ausgaben, die das Haushaltsbudget besonders belasteten.

Der Fall «Teuro»

In Deutschland gab es grosse Kampagnen einiger Medien gegen den «Teuro», und ihr Publikum war in der gleichen Stimmung. Ende 2001 betrug die von den Konsumenten empfundene (und von Statistikern abgefragte) Inflation 2,4 Prozent, im Mai 2002 lag die gefühlte Inflation bei über 6 Prozent. Das hätte ein Alarmzei-

Medien haben die Tendenz, über eine steigende Inflation viel lauter zu berichten als über eine nachlassende.

chen für die Geldpolitik bedeutet, wenn die «echte» Welt nicht ganz anders gewesen wäre als die Welt der Konsumenten und Medien: Die offizielle Inflationsrate fiel nämlich in diesem Zeitraum von 1,4 auf 1,1 Prozent.

Die Wirtschaftswissenschaftler Michael J. Lamla (Essex Business School) und Sarah M. Lein (Universität Basel) haben den Teuro-Fall untersucht und in einer Publikation von 2012 dargelegt, dass die Wahrnehmung der Konsumenten durch vieles beeinflusst wurde, jedoch etwa ein Sechstel der Verzerrung in der Inflationswahrnehmung aufs Konto Medien einfluss ging. Neben dem Einfluss durch Kaufgewohnheiten oder Informationslücken der Leute fanden also auch Zeitungskampagnen erfolgreich den Draht zu ihnen.

Auch in normaleren Zeiten spielt die Berichterstattung über Inflation eine wichtige Rolle. Die gleichen Autoren sowie KOF-Leiter Jan-Egbert Sturm kommen in Untersuchungen anhand deutscher Daten zum Schluss, dass die Inflationserwartungen in Haushalten und Firmen durch Medienberichte beeinflusst werden – auch durch deren Tonfall und Lautstärke. Medien haben demnach die Tendenz, über eine steigende Inflation viel lauter zu berichten als über eine nachlassende Teuerung, vor allem das Fernsehen. Heute, in der Tief- und Nullzins-Zeit, erscheint das harmlos, aber es kann rasch gefährlich werden. Was passiert, wenn die Inflation anspringt? Wenn die Preise zu klettern beginnen und TV-Moderatoren die Stimmung zusätzlich anheizen, können Inflationserwartungen sich beschleunigt hochschrauben und dazu beitragen, dass Preise, Löhne, Kosten und Geldentwertung in eine schädliche Spirale geraten, wie man sie seit den siebziger Jahren nicht mehr erlebt hat. ○

Scheinelite

Versuch der Selbsttäuschung

Von Georg Gafron — Der neue Kampfbegriff der Linken heisst «postfaktisch». Dahinter steckt ein selbstquälerisches, von Hochmut geprägtes Weltbild.

In der Fabrizierung neuer Begriffe im ideologischen Kampf war die Linke immer schon meisterhaft. Während man das Elend in weiten Teilen der Welt anprangerte, kritisierte man die eigene Situation als Ausgeburt des «Konsumterrors». Ebenso diente der Begriff «Leistungsterror» zur Diffamierung von Elitestandards in den westlichen Schulsystemen. Wer die jüngsten Pisa-Studien mit miserablen Ergebnissen etwa für Deutschland liest, weiss, wohin das geführt hat. Die Liste der Beispiele liesse sich beliebig fortsetzen.

Pächter der Weisheit

Es sind Instrumente eines Kulturkampfs, geführt von einer verakademisierten, aber geistlosen Scheinelite, die in der Regel im öffentlichen Dienst gut versorgt vor sich hin lebt. Jetzt, in einer Zeit, in der die schweigende Mehrheit beginnt, sich bemerkbar zu machen, hat man einen neuen Begriff aus der Waffenkammer hervorgekramt. Das neue Schlagwort lautet «postfaktisch». Alle, die anderer Meinung sind, liessen sich von Emotionen leiten und treiben. Die wahre Erkenntnis aber gehöre den selbsternannten Meinungseliten. Frei nach dem Motto: «Wir haben die Weisheit mit Löffeln gefressen, der Rest ist einfach nur doof.» Anstatt sich auf neue Realitäten einzustellen, zieht sich die intellektuelle Schickeria in einen Kokon von weinerlicher Selbstherrlichkeit zurück.

Kleinkinder sind schlauer

Es ist so etwas wie die Vogel-Strauss-Politik. Man steckt den Kopf in den Sand und meint, die Welt sei für einen in Ordnung, und auf den Rest kommt es nicht an. Schon intelligenten Kleinkindern leuchtet ein, dass dies jeder Logik entbehrt. Selbsterkenntnis tut weh, nur: Ohne diese ist der Weg zur Wahrnehmung der Realität versperrt. Es ist einfach so, dass die vermeintlich sinnsetzenden, selbsternannten Eliten sich längst vom Empfinden vieler Leute, die nicht vom Staat leben, entfernt haben. Der Erfolg von Donald Trump in den USA sowie die Zustimmungsraten von neuen wertkonservativen Parteien in Europa zeigen, dass die schweigende Mehrheit der Gesellschaft nicht mehr bereit ist, sich für sich selbst zu schämen.

Wenn Männer Frauen sexy finden

Es ist kein Wunder, dass Menschen, die ein *medium-rare* gebratenes Steak bevorzugen, es längst leid sind, als eine Art tierverachtende



Instrumente eines Kulturkampfs.

Jäger und Sammler diffamiert zu werden. Auch fühlt sich bei weitem nicht jeder Mann, der eine Frau einfach sexy findet, als potenzieller Vergewaltiger. So wie auch nicht jede Frau, die sich Dessous kauft, sich als Sexsklavine oder unterdrücktes Beutestück des Mannes sieht. Auch Männer, die gern schnelle Autos fahren, sind nicht a priori Umweltverächter und knallharte Machos. Zum Leben gehört auch Freude und Lust am Leben. Nicht nur in den Demokratien des Westens lebt die Mehrheit der Menschen nach diesem Selbstverständnis. Das Ergebnis ist ein hohes Mass an Zufriedenheit und Glücksgefühlen.

Das sind die wirklichen Fakten. Das selbstquälerische Weltbild der akademischen Linken – jeden Tag im öffentlich-rechtlichen Fernsehen leidvoll zu ertragen – ist das Ergebnis tiefer Frustration und Lustlosigkeit, die mit den Fakten nichts zu tun haben. Insofern ist der neue Modebegriff «postfaktisch» in Wahrheit ein neuer Versuch der Selbsttäuschung, die Realität zu verleugnen und dem eigenen Hochmut zu fröhnen.

Georg Gafron, Berlin, ist Publizist und Unternehmer. Er bekleidete Führungspositionen bei Springer und Leo Kirch. Als legendär gilt seine Flucht aus der DDR, eingeschweisst in ein Auto der Marke Trabant.

Donald Trump & Donald Tusk

Von Christoph Mörgeli

Soll man ob der Absurdität dieser Welt verzweifeln die Hände ringen? Oder soll man in brüllendes Gelächter ausbrechen? Jedenfalls schreit der Tatbestand zum Himmel: EU-Ratspräsident Donald Tusk übt scharfe Kritik am US-Präsidenten Donald Trump. Der polnische Donald wirft dem amerikanischen Donald vor, eine restriktive Flüchtlingspolitik zu betreiben. Die EU müsse jetzt für die «Würde des vereinten Europa» einstehen. Und der Pole stellt die USA in einem Brief an die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf dieselbe Stufe mit China, Russland, Türkei und gleich auch noch mit den Terroristen im Nahen Osten.

Ausgerechnet Donald Tusk aus Polen erteilt im Befehlston transatlantische Ratschläge zur Flüchtlingspolitik. Ausgerechnet ein Pole, dessen Vaterland sich weigert, auch nur einen einzigen muslimischen Migranten aufzunehmen. Ausgerechnet ein Pole, dessen Vaterland das Wort «Ausländer» nur aus dem Lexikon kennt. Ausgerechnet ein Pole, dessen Vaterland zu gefühlten hundert Prozent aus Römisch-Katholiken besteht und wo Fremde tatsächlich nichts als ein Fremdwort sind. Ausgerechnet ein Pole, dessen Vaterland einen resoluten Nationalismus und eine robuste Selbstbestimmung gerade auch gegenüber der EU vertritt.

Die Flüchtlingskritik des weltläufigen Polen Donald Tusk trifft also frontal auf den Hinterwäldler Donald Trump. Die Kritik ist umso abgeschmackter, als sich die EU genau wie die USA um eine Abschottung vor den Flüchtlingsströmen aus dem Süden bemüht. Zudem stammt der kritisierte amerikanische Präsident aus New York – also aus dem weltweit lebendigsten Zentrum der globalen Immigration, kurz: dem weltweit grössten Schmelztiegel verschiedenster Nationen seit Jahrhunderten.

Was geschähe mit der Heimat des hochnäsigen EU-Polen ohne die Vereinigten Staaten? Wer beschützte dieses Land vor dem gefürchteten Russland, wenn nicht die Amerikaner mit ihrer Nato? Die Polen glauben ja selber nicht an ihre Schrottarmerie mit veralteten Panzern und Kampfflugzeugen. Sehr viele polnische Bauern arbeiten einzig für die Selbstversorgung und haben darüber nichts, um es auf dem Markt zu verkaufen. Das alles weiss Donald Tusk. Trotzdem spuckt er die ganz grossen Töne. Denn der EU-Ratspräsident will sich wiederwählen lassen. Wenigstens das ist eine Gemeinsamkeit der beiden Donalds.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Leibstadt rostet wie alte Minis

Von Peter Bodenmann — Oxidierende Brennstäbe: Doris Leuthard hat uns in der «Arena» nicht die Wahrheit gesagt.



Sterbende Dinosaurier: Bundesrätin Leuthard.

In meiner Jugend rosteten die Autos schneller, als man mit ihnen fahren konnte. Die Schweizer Atomkraftwerke sind gleich alt wie die Autos der siebziger und achtziger Jahre des letzten Jahrhunderts.

Jetzt ist es amtlich: Die Schweizer Atomkraftwerke sind Rostlauben. Die Brennstäbe in Leibstadt oxidieren. Oxidieren heisst rosten. Noch weiss niemand, warum. Trotzdem soll das Atomkraftwerk wieder ans Netz gehen. Mit etwas weniger Leistung.

So machten wir das damals auch: Wenn der Boden eines Minis durchgerostet war, fuhren wir etwas langsamer um die Kurven.

Vor gut zwei Monaten stimmte die Schweiz über den Ausstieg aus der Atomenergie ab. Bereits zuvor hat der Hersteller Westinghouse die amerikanischen Aufsichtsbehörden über die Rostlaube Leibstadt informiert. Im Detail und mit schönen Folien.

Wusste Atom-Doris-Leuthard bei ihrem «Arena»-Auftritt von diesen rostenden Brennstäben? Wenn ja, warum hat sie uns nicht die Wahrheit gesagt? Wenn nein, wäre alles noch viel schlimmer.

Atomkraftwerke sind sterbende Dinosaurier. In Frankreich waren im kalten Januar nicht weniger als fünf Atommeiler ausser Betrieb. Wegen der Sicherheit. In der Schweiz lieferten, weil Beznau I und Leibstadt auch stillstanden, Atomkraftwerke nur halb so viel Strom wie sonst.

Davon profitiert haben jene Schweizer Wasserkraftwerke, die über Stauseen verfügen. Sie produzierten mit dem gestauten Gold der Alpen voll Rohr Strom. Und konnten diesen auf dem europäischen Markt für zehn und mehr Rappen pro Kilowattstunde verkaufen. Jetzt sind die Stauseen nur noch zu dreissig Prozent gefüllt. Selbst die Notstromaggregate der entsprechend ausgerüsteten Spitäler produzierten zu Spitzenzeiten teuren Strom.

Fakt 1 — Atomkraftwerke sind unsicher. Selbst Leibstadt. Die Aufsicht durch das Ensi war, ist und bleibt ein Treppenwitz. Man muss den ältesten Atomkraftwerkpark der Welt im Interesse der Sicherheit der Schweizerinnen und Schweizer so schnell wie möglich vom Netz nehmen. Und voll auf neue, erneuerbare Energien setzen.

Fakt 2 — Je schneller die Atomkraftwerke stillgelegt werden, desto besser geht es den Schweizer Wasserkraftwerken und deren Besitzern. Noch hat das die real nicht mehr existierende Alpen-Opec nicht gemerkt.

Fakt 3 — Die Schweiz braucht für den Fall der Fälle flächendeckende effiziente Motorenkraftwerke, die jederzeit die Versorgung unseres Landes mit Strom sicherstellen. Denn Atomkraftwerke liegen – wenn man sie braucht – nachweislich reihenweise flach.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Klartext statt Korrektheit

Von Kurt W. Zimmermann — Man darf in den Medien wieder politisch unkorrekt wüten. Die Trendwende kam von unerwarteter Seite.

Ich beginne mit einem persönlichen Statement. Ich finde, man sollte das Bundeshaus in die Luft sprengen. Zusätzlich könnte man auch Bundespräsidentin Doris Leuthard ermorden.

Wenn Sie nun denken, ich sei verrückt geworden, muss ich widersprechen. Ich bin nicht verrückt geworden. Ich gehorche nur dem Zeitgeist. Und ich befinde mich damit in bester Gesellschaft.

Als man *Zeit*-Herausgeber Josef Joffe im «Presseclub» der ARD fragte, wie man Donald Trump aus dem Amt entfernen könnte, war seine Antwort präzise. «Mord im Weissen Haus», sagte er.

Ungewöhnlich war nun aber, wie die Kollegen auf Joffes Mordaufruf reagierten. Die *Frankfurter Allgemeine* tadelte sanft den «verbalen Ausrutscher». Die ARD-Moderatorin Constanze Stelzenmüller mahnte ihn ebenso milde ab. «Josef, ernst bleiben», sagte sie.

Nun soll man tatsächlich nicht jede sprachliche Entgleisung zum grossen Drama hochstilisieren. Aber der Fall ist interessant, weil er einen neuen Trend in der Medienkultur sichtbar macht. Die jahrelang weichgespülte Political Correctness (PC) scheint vorbei. Erlaubt ist wieder die direkte, grobe und verletzende Tonalität.

Dass Joffes mordsmässige Aussage ausgerechnet von einem *Zeit*-Journalisten stammt, ist tatsächlich eine neue Qualität. Der linksliberale Wochentitel gehört seit je zu den Blättern, die viel Wert auf politische Korrektheit und entsprechende Sprache legen. Erst kürzlich noch rühmte die *Zeit* die PC als «emanzipatorische Bestrebung».

Ähnlich typisch waren die Reaktionen auf die Wunschvorstellung von Entertainerin Madonna, «das Weisse Haus in die Luft zu sprengen». Auch ihr wurde mediale Grossmut zuteil. «Sie redete sich den Frust von der Seele», beschwichtigte beispielsweise die *Basler Zeitung*.

Die Nachsicht ist erklärbar, weil es gegen den Bösewicht der Neuzeit ging, der im Austeilen selber auch keine Schwäche zeigt. Eine Mord-Analogie zu Angela Merkel oder ein Aufruf, den Bundestag in die Luft zu jagen, hätte in Deutschland vielleicht ein etwas lautes Echo ausgelöst.

Vielleicht auch nicht. In den Medien sind inzwischen selbst Hitler-Vergleiche mit Donald Trump erlaubt. Der einzige Journalist, der sich dagegen wehrte, war ironischerweise Rafael Korenzech, der Herausgeber der *Jüdischen*



«Josef, ernst bleiben»: *Zeit*-Herausgeber Joffe (r.).

Rundschau. Er sah Hitlers «beispiellose Verbrechen» dadurch «bagatellisiert».

Bemerkenswert daran ist, dass nun vor allem linke und liberale Journalisten die Wende zum unkorrekten Sprachgebrauch vorantreiben. Wenn ich nun das Bundeshaus in die Luft sprengen und Doris Leuthard an den Kragen will, bin ich heute mit solchen Ausfälligkeiten auch im rosaroten Milieu gut abgesichert.

Nun ist die Provokationsfigur Trump schon der zweite Schritt in dieselbe Richtung. Bereits die Flüchtlingskrise hatte vormalige Vorstellungen, was vertretbar sei, über den Haufen geworfen.

Jahrelang wurde auf Redaktionen darüber diskutiert, ob auch bei kleineren Vergehen die Nationalität des Täters zu nennen sei. Viele waren zurückhaltend, weil ihnen das schon als Vorstufe zu Rassismus vorkam. Die Migrationswelle hat diese Rücksicht vollkommen weggespült.

Wenn die Innerschweizer Behörden heute Drogenhändler verhaften, dann vermeldet die *Luzerner Zeitung* minutiös: «11 davon sind Türken.» Die Zürcher Polizei, so schreibt der *Tages-Anzeiger*, konnte «einen 17-jährigen Algerier verhaften, weil er verdächtige Gegenstände auf sich trug».

Ich glaube, wir erleben eine gesunde Entwicklung. In den Medien wird wieder Klartext geredet. Das ist sehr korrekt.

Das Eigentor

Von Henryk M. Broder — Der *Spiegel* sieht Trump als Killer.

Wie Sie vermutlich wissen, ist die letzte Ausgabe des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* mit einem ausgesprochen USA-kritischen Titelblatt erschienen. Es zeigt einen gesichtslosen Donald Trump, der soeben die Freiheitsstatue enthauptet hat. In der rechten Hand hält er den blutigen Kopf der alten Dame, in der linken ein grosses, blutverschmiertes Messer. Im Leitartikel von Chefredaktor Klaus Brinkbäumer wird der US-amerikanische Präsident als ein «Autokrat» beschrieben, der «auch international unbeschränkt herrschen» will, eine «Gefahr» für sein Land und den Rest der Welt, gegen die Deutschland «den Widerstand vorbereiten» müsse.



Für die Titelgrafik und auch den Leitartikel musste der *Spiegel* viel Kritik einstecken. Masslos überzogen sei diese Art der Darstellung, man könne doch den US-Präsidenten nicht wie Dschihadi John vorführen, den Henker des Islamischen Staates. Nur die *Süddeutsche* tanzte ein wenig aus der Reihe. Trump solle «bloss nicht jammern», vielen falle es eben schwer, «diesem Mann mit Respekt zu begegnen».

Ich kann die Aufregung um das Cover nicht verstehen. Wer, wenn nicht wir, sollte Trump und seine Wähler in die Schranken weisen? Erstens haben wir noch eine Rechnung mit den Amis offen; der deutsche Studienrat wird nie vergessen, dass es kaugummikauende Neger aus Alabama waren, die ihn von der Herrschaft der Nazis befreit haben. Zweitens beweist unser Exportüberschuss im Handel mit den USA auch unsere moralische Überlegenheit. Und drittens: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus, das sollten die Amerikaner endlich begreifen.

Dumm an der Sache ist nur, dass der *Spiegel* möglicherweise ein Eigentor geschossen hat. Wenn er Donald Trump schon nach zwei Wochen im Amt als Killer darstellt, der selbst zur Tat schreitet, bringt er sich um die Möglichkeit, irgendwann kräftig nachzulegen: Trump mit einem kleinen Oberlippenbart, Trump mit ausgestrecktem rechtem Arm, Trump mit einer SS-Krawattennadel.

Das haben die Kollegen vom *Spiegel* nicht bedacht: Man sollte mit einer Laubsäge anfangen und erst zum Schluss die Kettensäge rausholen, nicht umgekehrt. Donald Trump weiss, wie es geht. Und wartet nur darauf, vom *Spiegel* um ein Interview gebeten zu werden.



Aufräumen mit liebgewordenen Glaubenssätzen: Rotlichtviertel im Zürcher Niederdorf.

Unterdrückt

Gibt es auf dem Sexmarkt der Schweiz ein Problem mit Menschenhändlern? Kaum, findet Kriminologe Martin Killias. Seine Studie liegt deshalb beim Bund, unterdrückt, in der Schublade.

Von Markus Schär

Maria macht es auf dem Oltener Strassenstrich für 80 Franken auch ohne Gummi. Brenda bietet in ihrer Berner Absteige als Transe für 150 Franken «ein schönes Spezial-Spielzeug von 23 cm zwischen meinen Schenkeln». Und Kim gibt im Escortservice landesweit für 3500 Franken einen ganzen Tag lang die «liebe und betörende Begleitung». Die Bumsalp in Dübendorf preist sich als «Paradies für jeden, der etwas Aussergewöhnliches erleben möchte». Das Freubad in Rechterswil lockt mit «3000 Quadratmetern purer Lust und reinem Genuss im Erotik-Tempel». Und im Club Aphrodisia in Zürich warten täglich «dreissig bis vierzig unglaublich verführerische Wesen von faszinierender Schönheit» auf den «Connaissance des erotischen Genusses».

«Jeden Tag entscheiden sich zehntausend Schweizer Männer, eine Frau zu kaufen, auf abgelegenen Strassen oder in schummrigen Bordellen», stellte die «Rundschau» im letzten Sommer fest. Das Politmagazin des Schweizer Fernsehens prangerte – im Dienst der

Präventionskampagnen des Bundes – die Zustände auf dem Strassenstrich wie in Olten an, wo die Frauen mit ungeschütztem Sex auch ihre Gesundheit zu Markte tragen. Die Prostituierten, zeigte der Beitrag, täten es aus Not oder sogar unter Druck, also von Menschenhändlern dazu gezwungen.

Erste seriöse Erhebung

«Die Schweiz tut zu wenig, um zu verhindern, dass Menschen wie Ware behandelt und benutzt werden», mahnte Bundesrätin Simo-

Die Steuerzahler aber haben von der Studie, die ausnahmsweise ihr Geld wert war, noch nie gehört.

netta Sommaruga (SP) vor fünf Jahren. Die Justizministerin forderte deshalb schärfere Massnahmen gegen den Menschenhandel. Und Parlamentarier von Jacqueline Fehr und Yvonne Feri (SP) über Marianne Streiff-Feller

(EVP) bis hin zu Andrea Caroni (FDP) spornten sie mit Vorstössen weiter an. Der Bundesrat gab deshalb einen Bericht über den «Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung» in Auftrag. Dafür galt es aber zuerst die Frage zu beantworten: Wie sieht der Sexmarkt Schweiz eigentlich aus?

Der Auftrag des Bundesamtes für Polizei (Fedpol) ging an Martin Killias, Rechtsprofessor an der Uni St. Gallen, der schon die Dissertation von Caroline Baur-Mettler über «Menschenhandel und Zwangsprostitution in der Schweiz» betreut hatte. «Wer den Markt nicht versteht», meint der renommierte Strafrechtler, «der kann keine Missbräuche erkennen.» Deshalb erforschte er vor Jahren auch den Cannabis-Markt.

Und der Marktforscher leistete mit seinem Beratungsbüro vollen Einsatz: «Mein ganzes Personal musste dran glauben.» Das Team spürte via die Website www.lustmap.ch allen einschlägigen Angeboten nach. Es führte mit via Stichprobe erhobenen Rotlichtbetrieben

aufwendige Befragungen durch. Es sammelte von allen Polizeikörpern die Daten zum Strassenstrich. Und es sprach sowohl mit Cabaret-Betreibern wie auch mit Opferfachstellen. Gestützt auf diese umfassenden Recherchen, legten Lorenz Biberstein und

– die doch die Grundlage für den Bericht bilden sollte – in wenigen Anmerkungen verschämt als «eine andere Studie aus dem Jahr 2014» ab. Und auf der Website des Fedpol findet sich zu den Stichworten «Sexarbeitsmarkt» oder «Erotikbetriebe» nichts. So kam die Studie erst an die Öffentlichkeit, als die Autoren im Dezember 2016 in der Zeitschrift *Kriminalistik* davon berichteten. Warum schweigt der Bund die Arbeit tot?

«Ich versuche das nicht persönlich zu nehmen», sagt Martin Killias. Wenn wir im 17. Jahrhundert leben würden, scherzt er, dann gäbe es Aufträge vom Staat, die Verbreitung der Hexerei zu erforschen. Wer Studien abliefern, der erlebe oft, dass der Auftraggeber gar keine neuen Erkenntnisse erwarte: «Man wünscht unterstützende Daten für das, was man ohnehin macht.» Darum, vernahm Martin Killias, sei seine Arbeit in Bundesbern «ungeliebt»: Die Sexmarktforscher räumten mit einigen liebgewordenen Glaubenssätzen auf.

Kriminalisierung der Prostitution

Einerseits kommen sie aufgrund ihrer umfassenden Recherchen auf eine deutlich niedrigere Zahl von Sexarbeiterinnen, die pro Tag ihre Dienste anbieten. Bisherige Studien, vor

Wer Studien abliefern, erlebe oft, dass der Auftraggeber gar keine neuen Erkenntnisse erwarte.

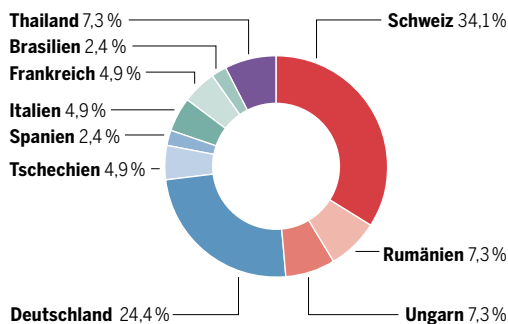
Martin Killias einen 125-seitigen Bericht vor: «Erotikbetriebe als Einfallstor für Menschenhandel?».

Die «Studie zu Ausmass und Struktur des Sexarbeitsmarktes in der Schweiz» schätzt – erstmals für ein Land – das Marktvolumen aufgrund von seriösen Erhebungen. Sie strotzt vor kaum bekannten Daten, von der Herkunft der Sexarbeiterinnen bis hin zu den Umsätzen der Rotlichtbetriebe. Und sie bietet damit spannende Einsichten in dieses Milliarden-geschäft. Die Steuerzahler aber haben von der Studie, die ausnahmsweise ihr Geld wert war, noch nie gehört – obschon sie dafür aufkamen. Der Bericht über «Prostitution und Menschenhandel», den der Bundesrat im Juni 2015 vorlegte, tut die Arbeit von Biberstein und Killias

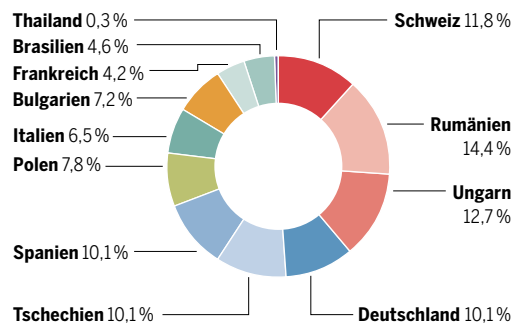
Herkunft der Sexarbeiterinnen

Nach Betriebsgrösse, in Prozent

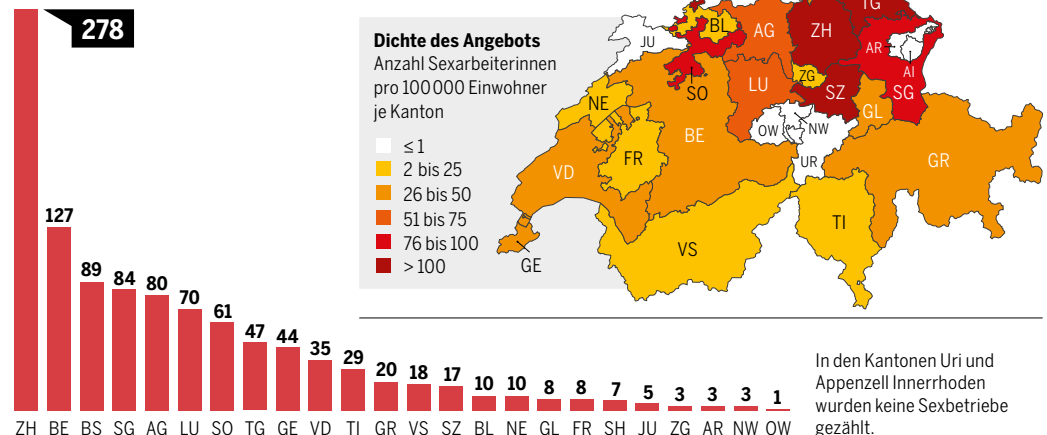
KLEINBETRIEBE



GROSSBETRIEBE



Anzahl Sexbetriebe nach Kantonen



QUELLE: KILLIAS RESEARCH & CONSULTING AG

«Erotikbetriebe als Einfallstor für Menschenhandel?»

Wirtschaft

Lust auf dem Markt

Bis zu eineinhalb Milliarden Franken zahlen die Schweizer für käuflichen Sex – weit weniger, als der Bund bisher annahm.



Bis zu fünfzig Bewerbungen pro Woche.

Wo gibt es Sexdienstleistungen? — Am meisten Arbeitsplätze in Salons bieten die Kantone Zürich (1500 je Tag), St. Gallen (470) und Bern (450). Das grösste Angebot im Verhältnis zur Bevölkerung findet sich aber aufgrund der hohen Zahl von Klubs im Kanton Schwyz sowie im Thurgau und in Basel-Stadt – wohl wegen der Verkehrserschliessung und der Grenz Nähe. Insgesamt zählten Lorenz Biberstein und Martin Killias bei ihrer Marktforschung landesweit rund 4750 Stellen in Salons, dazu kommen einzelne Escortservices und wenige Cabarets – diese können sich wegen der Konkurrenz durch die Klubs kaum noch halten. Einen Strassenstrich gibt es in Genf (50 Frauen pro Tag), Lausanne (43), Zürich (39), Solothurn (26), Freiburg (25), Basel (25), Thun (13), Chur (12), Luzern (12) und Bern (5). Gemäss den Zählungen der Polizeikörpern bieten also nur rund 250 Prostituierte pro Tag ihre Dienste auf der Strasse an. Der Strich, für den einzelne Frauen unter Zwang arbeiten, macht deshalb höchstens 5 Prozent des Sexmarktes aus.

Woher kommen die Sexarbeiterinnen?

— In den kleinen Betrieben arbeiten zu meist Schweizerinnen (34 Prozent) und Deutsche (24 Prozent), also vorwiegend Frauen, die im Land leben und ihr Gewerbe

auf eigene Rechnung ausüben. In den grossen Betrieben finden sich seit der Einführung der Personenfreizügigkeit viele Prostituierte aus Rumänien (14 Prozent) und Ungarn (13 Prozent), aber kaum mehr Brasilianerinnen oder Thailänderinnen. Zumeist halten sich die Ausländerinnen jeweils nur wenige Wochen in der Schweiz auf; sie teilen sich also die Arbeitsplätze in den Salons. Das heisst, dass übers Jahr 15 000 bis 20 000 Frauen ihre Dienste anbieten. Sie gaben in der Befragung vor allem an, sie wünschten sich einen höheren Lebensstandard und fänden keine ähnlich gut bezahlte Arbeit. Um die Arbeitsplätze in den Salons herrscht denn auch eine scharfe Konkurrenz; die besten Klubs erhalten bis zu fünfzig Bewerbungen pro Woche. Daraus schliessen die Studienautoren: «Die hohe Anzahl von Bewerbungen spricht nicht dafür, dass die Sexarbeiterinnen durch viel Druck oder Täuschung dazu gebracht werden müssten, in diesem Sektor zu arbeiten.»



Die Forscher stellen fest, dass die Zahl der Sexbetriebe überschätzt werde.

Was verdienen die Sexarbeiterinnen? — Die meisten Salons verlangen für eine halbe Stunde zwischen 100 und 200 Franken, für eine Stunde zwischen 250 und 300 Franken; Extras gibt es gegen happige Aufschläge. In den Klubs arbeiten die Prostituierten aus gesetzlichen Gründen auf eigene Rechnung; sie zahlen also einen Beitrag an die Infrastruktur. In den befragten Betrieben erzielten die am wenigsten verdienenden Frauen zwar nur ein Tageseinkommen von weniger als 100 Franken (28 Prozent) oder zwischen 100 und 200 Franken (45 Prozent), die am meisten verdienenden Frauen aber zu 43 Prozent zwischen 500 und 1000 Franken und zu 31 Prozent sogar mehr. Deshalb meinen die Marktforscher, die Schwierigkeiten beim Ausstieg aus der Sexarbeit müssten auch «vor dem Hintergrund von Einkommen gesehen werden, die diese Personen in anderen Berufen realistischerweise erreichen könnten».

Wie viel nehmen die Sexbetriebe ein? — Die Studienautoren stellten bei dieser Frage «eine gewisse Zurückhaltung» fest. Von den Kleinbetrieben gab die Hälfte an, sie erzielten einen Reingewinn von weniger als 5000 Franken im Monat oder gar einen Verlust. Die Autoren schliessen dar-

aus: «Dass dies so oft zugegeben wurde, könnte ein Hinweis auf die Validität der Antworten sein.» Dagegen erwirtschaften einige Grossbetriebe beträchtliche Gewinne, so kommen 8 Prozent der befragten Klubs auf einen monatlichen Reingewinn von 10 000 bis 50 000 Franken und 4 Prozent gar auf einen solchen von über 50 000 Franken.

Was setzt der Schweizer Sexmarkt um? — Der österreichische Ökonom Friedrich Schneider schätzte als führender Experte für Schwarzarbeit die Prostitution in der Schweiz schon vor zwanzig Jahren auf ein Marktvolumen von vier Milliarden Franken. Das Bundesamt für Polizei nahm bisher 3,2 Milliarden an, und die Nationalbank liess 3 bis 3,5 Milliarden in ihre Berechnung des Bruttoinlandsprodukts einfließen. Dagegen kommen die Studienautoren auf deut-

lich tiefere Werte: Bei der Indoor-Sexarbeit, die mehr als neun Zehntel des Marktes ausmacht, rechnen sie 6000 bis 10 000 Kunden pro Tag hoch, also beim Mittelwert von 8000 Kunden ein Gesamtvolumen von 300 Millionen (bei 100 Franken pro Kunde) bis 600 Millionen (bei 200 Franken pro Kunde). Die gewaltige Differenz zu den bisherigen Schätzungen lässt sich für die Autoren «nicht schlüssig erklären» – und auch nicht nachvollziehen, weil es für die früher und weiterhin kolportierten Zahlen keine überprüfbar Berechnungsgrundlagen gibt.

Die Marktforscher stellen vor allem fest, dass die Zahl der Sexbetriebe wohl überschätzt werde: Von den knapp 1500, die ihnen die Polizeikräfte meldeten, fanden sie gerade mal 543. Selbst mit 1000 Betrieben kommen sie in ihrer Hochrechnung aber nur auf ein Marktvolumen von 800 Millionen bis 1,4 Milliarden Franken. Das heisst für sie, «dass der Markt in Bezug auf Personal und Umsatz viel kleiner als oft angenommen ist».

Zusammenstellung: **Markus Schär**

Lorenz Biberstein, Martin Killias: Erotikbetriebe als Einfallstor für Menschenhandel? Eine Studie zu Ausmass und Struktur des Sexarbeitsmarktes in der Schweiz; einzusehen auf der Website von Killias Research & Consulting, www.krc.ch.

allem eine von der Uni Genf für das Bundesamt für Gesundheit, schätzten diese Zahl auf 13 000 bis 25 000, allerdings ohne nachvollziehbare Berechnungen. Dagegen legen sich Biberstein und Killias auf 4000 bis 8000 fest, wovon nur 5 Prozent auf der Strasse arbeitend. Deshalb rechnen sie auch ein weit geringeres Marktvolumen hoch. Bei der Nationalbank, wo es offenbar Experten für diese Fragen gibt, fliesst die Sexarbeit mit dreieinhalb Milliarden Franken ins Bruttoinlandsprodukt ein. Diesen Wert schrauben die Marktforscher massiv herunter, auf eine halbe Milliarde bis eineinhalb Milliarden Franken.

Andererseits sehen die Forscher die Zwangsarbeit und damit den Menschenhandel nicht als drängendes Problem. Schon die Doktorandin von Martin Killias konnte für die Jahre 2008 bis 2011 gerade mal 78 Gerichtsfälle von

«Wir haben in unserer Studie insgesamt kaum Hinweise auf Menschenhandel gefunden.»

Zwangsprostitution auswerten, die alle den Strassenstrich betrafen; es kam dabei nur zu 48 Verurteilungen. Und in ihrer Studie stellen Biberstein und Killias fest, sie hätten in den Etablissements «insgesamt kaum Hinweise auf Menschenhandel gefunden». Die Debatte über das angebliche Problem erscheine als Folge der US-Politik, «weltweit Prostitution zu kriminalisieren und sie dazu als Ausfluss von Menschenhandel zu diskreditieren». Zweifellos gebe es Missstände, räumt Martin Killias ein – aber vor allem bei jenen Frauen, die angesichts der «enormen Nachfrage nach Arbeitsplätzen in den besseren Salons» ihr Gewerbe nicht in der Schweiz ausüben können: «Wo enden die Verliererinnen? Auf der Strasse in den Nachbarländern?»

«Gequält im Land der Träume»

Das aber wollte in Bundesbern niemand hören, die spannende Studie verschwand in der Schublade. Justizministerin Simonetta Sommaruga verstärkte ihren Nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel, Aussenminister Didier Burkhalter unterstützt die internationalen Organisationen, vor allem die OSZE, in ihren Koordinationsbemühungen; die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) bezahlt Projekte in Rumänien und Bulgarien, um Frauen zu warnen und Opfer zu schützen. Mit einer Kampagne samt Medienreise führte das Aussendepartement im Oktober 2016 vor, was es gegen das Problem unternimmt, das die Forscher nicht erkennen konnten («Unter Zwang», *Weltwoche* Nr. 42/16). Den letzten Artikel dazu schrieb im Januar die Schweizer Korrespondentin der *Süddeutschen Zeitung* – unter dem Titel: «Gequält im Land der Träume».

Allgemeine Verwahrlosung

Die Drogenhöhle am Platzspitz war kein Naturereignis, sondern die Folge eines kolossalen politischen Versagens. Im Rückblick erscheint unbegreiflich, wie man die Heroindealer zwischen dem Zürcher Hauptbahnhof und der Gewerbeschule jahrelang gewähren liess. *Von Alex Baur*

Wer den Horror mit eigenen Augen gesehen hat, wird die Bilder nie mehr los: ausgemergelte Fixer, die auf der Suche nach einer Vene mit Spritzen in eitrigen Gliedmassen herumstocherten, röchelnde Gestalten zwischen Abfällen und Exkrementen, die Ambulanz im Dauereinsatz, Dealer, die unter den Augen der Polizei ungeniert ihr Heroin und Kokain vertickten. Das war der weltweit berühmte «Needle Park» beim Landesmuseum, den der Zürcher Stadtrat auf Befehl des Statthalters Bruno Graf (CVP) und der Kantonsregierung vor 25 Jahren entgegen seinem erklärten Willen murrend polizeilich auflöste.

Bis zu 3000 Fixer verkehrten zwischen 1986 und 1992 täglich auf dem Platzspitz, dem altehrwürdigen Park zwischen Zürcher Hauptbahnhof und Gewerbeschule. Gewalt und Schüsse waren an der Tagesordnung. Fünf Millionen Spritzen verteilte die Stadt Zürich 1991 auf dem Platzspitz. Im selben Jahr wurden 3600 Junkies von der Sanität reanimiert, für 21 von ihnen kam jede Hilfe zu spät. Doch der Horror ging nach der von oben erzwungenen Platzspitz-Schliessung noch drei Jahre lang weiter, weniger gut einsehbar, aber nicht minder brutal, im ausrangierten Bahnhof Letten, ein paar hundert Meter flussabwärts.

Für einen Schweinestall inakzeptabel

Viel wurde geschrieben in diesen Tagen zum «Jubiläum» der Platzspitz-Schliessung. Erstaunlicherweise ist kaum die Rede von der politischen Verantwortung. Wie war es möglich, dass die Stadt Zürich zehn Jahre lang eine kriminelle Szene tolerierte und bisweilen sogar förderte, in deren Umfeld Menschen dahinsiechten und starben, unter Bedingungen, wie man sie in einem Schweinestall nicht einmal ansatzweise hingenommen hätte? Immerhin zeigte die erfolgreiche polizeiliche Schliessung der Letten-Szene im Februar 1995, dass es auch anders ging, wenn man nur wollte.

Die Drogenhöhle war kein Naturereignis, sondern die Folge krassen politischen Versagens. Versagt hatten aber auch die Medien, welche die Szene wohl in zahllosen Berichten beschrieben, ohne die Verantwortlichen je beim Namen zu nennen, allen voran die politisch zerstrittene Stadtregierung. Die in Drogenfragen federführende damalige Sozialvorsteherin Emilie Lieberherr wies jede Verantwortung von sich: Schuld am Elend war die Drogenprohibition, das Elend stand gleichsam als Monument für eine unsinnige Repression.

Diese Haltung stiess damals kaum auf Kritik. Die HIV- und Hepatitis-Epidemie wurde zur Rechtfertigung beigezogen. Für die Anhänger der lieberherrschenden Laissez-faire-Politik bot die offene Drogenszene die einzige Möglichkeit, Spritzen und medizinische Hilfe an Süchtige zu bringen. Den verheerenden Nebeneffekt nahm man billigend in Kauf: Die offene Szene schuf laufend neue Konsumenten und damit auch Dealer, zumeist aus dem Asylbereich, welche die steigende Nachfrage sofort befriedigten. Ein Teufelskreis. Dass man Spritzen auch über Apotheken hätte verkaufen oder abgeben können, war kein Thema.

Die Mär der Heroin-Abgabe

Nach der Letten-Schliessung baute Lieberherr Nachfolgerin Monika Stocker (GPS) grosszügige Sozial- und Drogenabgabeprogramme auf, die zweifellos zur Beruhigung beitrugen. Dass dies entscheidend für die Verdrängung der offenen Szene war, ist ein leicht zu widerlegender Mythos. Heroin wurde in Wirklichkeit nur in ganz wenigen Fällen verabreicht, und das erst noch in einer Form, die sich vom Ersatzstoff Methadon kaum unterscheidet. Und Methadon wird in der Schweiz seit den 1970er Jahren relativ freizügig verteilt.

Die Ruhigstellung der Süchtigen hat zudem eine bittere Kehrseite: Nur wenige schaffen

den Ausstieg aus den staatlichen Opiatprogrammen, die meisten bleiben bis zum Ende ihrer Tage abhängig. Kokain, die in vieler Hinsicht heimtückischste aller Drogen, wurde zudem bis heute nie verschrieben, weil es medizinisch schlicht nicht zu verantworten wäre.

In Tat und Wahrheit war die Eindämmung der offenen Drogenszene in erster Linie ein polizeilicher Erfolg. Weil die Stadt auf dieser Ebene politisch weitgehend handlungsunfähig war, übernahm der Kanton bei der Schliessung der Letten-Szene die Federführung. Wenn sich die Stadt Zürich heute für ihre Drogenpolitik selber lobt, schmückt sie sich mit fremden Federn. Erstens hatte sie die Missstände selber geschaffen, die sie zweitens nur unter Zwang und unter Bevormundung durch den Kanton bewältigte. Das ist die Realität.

Wenn der Platzspitz sinnbildlich für etwas steht, dann ist es die gesellschaftliche, politische und intellektuelle Verwahrlosung einer Stadt, die ihre historischen Wurzeln zusehends zu vergessen scheint. Das danteske Platzspitz-Szenario war die logische Fortsetzung der 80er Bewegung («Züri brännt!»), die Gewalt und Krawall in einen kreativen Akt verkehrte, so wie sie den Trash zur Kunst verklärte, Recht in Unrecht verdrehte – und sich am Ende selber zerstörte. Es gibt fürwahr keinen Grund zum Feiern. ○



Gewalt und Schüsse waren an der Tagesordnung: Zürcher Platzspitz, 1990.

Gnadenlos sachlich

Mit ihrem Engagement für die Unternehmenssteuerreform III treibt SP-Regierungsrätin Eva Herzog ihre Partei zur Weissglut. Die Basler Finanzdirektorin nimmt auf niemanden Rücksicht, wenn sie von etwas überzeugt ist. Eine verkappte Bürgerliche ist sie dennoch nicht. *Von Alex Reichmuth*



Nicht zu bremsen: Politikerin Herzog.

Bern im Jahr 2021: Das Parlament wählt Eva Herzog zur Nachfolgerin von Simonetta Sommaruga. Vor zwei Jahren zog Herzog nach fast fünfzehn Jahren als Basler Finanzdirektorin in den Ständerat ein. Ihre Nominierung für die Landesregierung wurde in ihrer Partei vom Murren einiger Genossen begleitet. Die SP-Spitze kam an Herzog aber schlicht nicht vorbei. Sie gilt als erfahren und erfolgreich. Und spätestens seit ihrem Wechsel auf die nationale Bühne ist Herzog auch in Bern bekannt – im Gegensatz zu 2010, als sie erstmals kandidierte, dann aber als «Eva wer?» unterging. Doch nun wurde sie nach der Nominierung mit einem so guten Ergebnis gewählt – auch weil sich viele Bürgerliche dankbar an Herzogs Engagement für die Unternehmenssteuerreform (USR) III im Jahr 2016 erinnern.

Das Szenario ist durchaus realistisch. Kaum ein Mitglied der Sozialdemokraten ist

derzeit bei FDP, SVP und CVP beliebter als Eva Herzog. Zusammen mit Finanzminister Ueli Maurer (SVP) warb die Basler Regierungsrätin im letzten Herbst für ein Ja zur USR III. Der Vorwurf der SP, das Parlament habe die Reform mit zu vielen Konzessionen an die Unternehmen überladen, sei falsch, stellte Herzog damals klar: «Die Vorlage wurde [im Vergleich zum Vorschlag des Bundesrats, die Red.] nicht wesentlich verändert.» Herzog ist damit der Stachel im Fleisch der SP, für die das Durchkreuzen der Reform eines der wichtigsten Ziele dieser Legislatur ist. Von der Parteizentrale kamen hämische Kommentare, Herzog sei «die Pressesprecherin von Roche und Novartis». Diese konterte die Einwände umgehend als «komplett falsch». Denn die Basler Pharmariesen würden mit der USR III eher mehr statt weniger Steuern zahlen.

«Es fällt mir schwer, gegen meine eigene Partei anzutreten», sagt Eva Herzog im Gespräch mit der *Weltwoche*. Aber bei dieser Reform lägen die Sozialdemokraten nun einmal falsch. «Sie haben sich das falsche Objekt ausgesucht, um gegen die Finanzpolitik der Bürgerlichen zu opponieren.» Ein Nein zur Vorlage produziere nur Verlierer. Herzog bleibt sich treu: Ist sie von einer Sache überzeugt, vertritt sie diese hartnäckig. Ihr Markenzeichen ist eine geradezu gnadenlose Sachlichkeit.

Bei der Unternehmenssteuerreform ist Herzog zur Gegenspielerin von alt Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) geworden. Diese hatte die Unternehmenssteuerreform als Finanzministerin ursprünglich aufgeleitet, streute jüngst aber Zweifel an der Vorlage – zum Entsetzen der Befürworter. Sie könne das Vorpreschen der früheren Bundesrätin nicht verstehen, stellt Herzog klar. Deren Ar-

gument, die Reform habe nach der Behandlung im Parlament nicht mehr viel mit der Vorlage des Bundesrats zu tun, treffe nicht zu. «Ich habe Widmer-Schlumpf gefragt, warum sie das tut», sagt Herzog. «Aber sie wollte es mir nicht erklären.»

Dass Herzog bei den Bürgerlichen hoch im Kurs steht, war nicht immer so. Als sie sich 2004 erstmals für die Basler Regierung aufstellen liess, fand man das rechts der Mitte keine allzu gute Idee. Zu schmalbrüstig und zu ideologisch erschien dort der Werdegang der Historikerin. Eine klassische «Phil.-I-Sozi» sei sie. Herzog hatte für die Forschungsstelle Baselbieter Geschichte und den Verein Frauenstadtrundgang Basel gearbeitet und sich in der Geschäftsleitung der alternativen Kulturwerkstatt Kaserne engagiert. Sie hatte mit einer Abhandlung zur Geschichte des Baselbieter Frauenturnens promoviert, mit dem Titel «Frisch, frank, fröhlich, frau». Politisch hatte sie in der Drittweltladen-Bewegung begonnen, war erst drei Jahre zuvor ins Basler Parlament eingezogen und gerade mal seit einigen Monaten Fraktionschefin der SP. «Kann die das?», fragte man sich weitherum.

Dreimal das beste Wahlresultat

Im Zuge des damaligen Durchmarschs von Links-Grün schaffte Herzog die Wahl in die Regierung dennoch problemlos. Als klar war, dass sie für die arg gebeutelten Finanzen zuständig sein würde, schlugen viele Basler die Hände über dem Kopf zusammen: «Links, Frau, Historikerin – gute Nacht, Kantonsfinanzen!» Doch dann überraschte Herzog. Nach kurzer Einarbeitungszeit trat sie als kompetente und dossierstarke Finanzdirektorin auf. Zielstrebig begann sie, den Haushalt zu sanieren und die marode Pensionskasse wieder auf das Gleis zu bringen. Schon in ihrer ersten Legislatur brachte sie auch ein Steuersenkungspaket durch. Inzwischen sind die Schulden des Kantons beträchtlich gesunken, und Basel schreibt Jahr für Jahr schwarze Zahlen.

Sie selber habe den ursprünglichen Vorwurf, unterqualifiziert zu sein, nie nachvollziehen können, sagt Herzog. Denn auch eine Frau, die in Geschichte promoviert hat, komme als Vorsteherin des Finanzdepartements in Frage. Wirtschaft und Finanzen hätten sie zudem schon immer interessiert. Sie habe sich nach der Wahl in ihre Aufgabe reingekniet, viel gearbeitet und von daher «nichts Unmögliches» geschafft.

Bremsen liess sich Herzog jedenfalls nicht mehr. Dreimal ist sie seither vom Stimmvolk mit dem jeweils besten Resultat aller Kandidaten als Regierungsrätin bestätigt worden. Zuletzt, im Herbst 2016, setzten sagenhafte 72 Prozent der Wähler ihren Namen auf den Zettel. Offensichtlich kommt die Finanzdirektorin auch bei vielen Baslern gut an, die mit der Sozialdemokratie nichts am Hut haben.

Ist Eva Herzog eine verkappte Bürgerliche? «Auf keinen Fall», kommt es bei vielen ihrer Kontrahenten wie aus der Pistole geschossen. Vielmehr sei sie eine klassische Linke, die nur ihre Klientel bediene, trotz ihres Engagements für die USR III.

Dass es den Kantonsfinanzen anständig gehe, sei eigentlich nur der guten Wirtschaftslage und der Arbeit ihres Vorgängers im Finanzdepartement, Ueli Vischer (LDP), geschuldet. «Wir schauen auf sehr fette Jahre zurück. Da war es einfacher, Finanzpolitik zu machen», kritisierte der heutige Sicherheitsdirektor Baschi Dürr (FDP) 2012, als er erstmals für die Regierung kandidierte. Später schrieb die bürgerlich orientierte *Basler Zeitung* vom «Mythos Herzog» und monierte gewaltige Ausgabensteigerungen, für die sie verantwortlich sei. Herzog sei «eine treue Parteisoldatin, die für mehr statt für weniger Staat steht». Viele Kritiker stören sich zudem an Herzogs Temperament. Stur sei sie. Schnell beleidigt, ja jähzornig reagiere sie, wenn es nicht so laufe, wie sie wolle.

Ständeratssitz im Visier

Eva Herzog kennt die Vorwürfe längst – und weist sie dezidiert zurück. Es sei Unsinn, zu behaupten, dass das Wachstum der Ausgaben übermässig sei und der Kanton finanziell noch weit besser dastehen könne. Dass sie für linke Politik stehe, sei aber natürlich richtig.

Schon in ihrer ersten Legislatur brachte sie ein Steuersenkungspaket durch.

Zugutehalten muss man ihr, dass sie im Kampf für bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zwischendurch von ihrer eigenen Partei gebremst wird.

2012 etwa wollte Herzog die Unternehmenssteuern im Kanton weiter senken. Doch die SP ergriff zusammen mit anderen linken Parteien das Referendum. Das Stimmvolk schickte Herzogs Paket schliesslich mit 51 Prozent Ablehnung bachab. Zudem kommt der Eindruck auf, dass bei der Kritik an Herzog da und dort Neid hineinspielt. Denn bei anderen Parteien hätte man gerne eine ebenso populäre Politikerin in den eigenen Reihen.

Einig ist man sich, dass Eva Herzog ehrgeizig ist. Sie widerspricht nicht. «Ich mache es gerne gut», präzisiert sie. Konkrete Karrierepläne habe sie aber nicht, habe sie nie gehabt. Ihr Interesse am Basler Ständeratssitz, der mit dem Rücktritt ihrer Parteikollegin Anita Fetz in nicht allzu ferner Zukunft frei werden sollte, dementiert sie jedoch nicht: «Ja, das kann ich mir vorstellen.» Eva Herzog könnte es also noch weit bringen. Eine «pflegeleichte» Politikerin wird sie aber bestimmt nie sein – weder für Freund noch Feind. ○

Zuger Polit-Affäre

Gefängnis für Romer

Das Urteil gegen Ex-Stadtrat Ivo Romer wirft ein schiefes Licht auf Regierung und Parlament.



Ivo Romer.

Das Strafgericht des Kantons Zug hat den früheren Stadtrat Ivo Romer (FDP) zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren und sechs Monaten verurteilt. Dies wegen mehrfacher qualifizierter Veruntreuung, mehrfacher qualifizierter ungetreuer Geschäftsführung sowie mehr-

facher Urkundenfälschung. Zur Erinnerung: Am 29. November 2012 enthüllte die *Weltwoche* («Systematische Plünderung»), dass die Zuger Staatsanwalt gegen Romer ermittelt. Ihm werde vorgeworfen, das Vertrauen einer betagten Dame ausgenutzt und mehrere Millionen Franken abgezweigt zu haben. In einem weiteren Artikel («Und alle schauen weg») kritisierte dieses Blatt, dass die Regierungskollegen Romer deckten, allen voran Stadtpräsident Dolfi Müller (SP). Einen Tag nach dem Erscheinen des ersten Artikels kündigte Romer seinen Rücktritt an. Später wurde eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) eingesetzt, die im Sommer 2014 nicht weniger als fünf Untersuchungsberichte vorlegte.

Die PUK nahm die Behörden weitgehend in Schutz und ging stattdessen, sekundiert von einem Gutachten von Prof. Roger Blum, mit der *Weltwoche* ins Gericht. Diese habe «mit ihrer Berichterstattung einen veritablen Mediensturm ausgelöst, der die Grenzen des fairen Journalismus wenn nicht verletzte, so doch zumindest ritzte». Mit ihrer «überfallartigen Berichterstattung» sei «die mediale Chancengleichheit für die Betroffenen aufgehoben» worden. Die PUK machte den Überbringer der schlechten Nachricht zum Täter. – Diese Medienschelte war damals schon peinlich, im Licht der strafrechtlichen Verurteilung von Romer ist sie aber noch mehr: Sowohl die Vormundschaftsbehörde, die frühzeitig auf die Unregelmässigkeiten hingewiesen wurde, als auch Stadtpräsident Müller haben beide Augen zugeedrückt. Das ist nicht «Kollegialität», wie die PUK schrieb. Vielmehr konnte der Fall Romer erst zum Millionenskandal anwachsen, weil die Verantwortlichen wegschauten. Die *Weltwoche* wollte von Müller wissen, welche Konsequenzen er und der Stadtrat aus dem Urteil gegen ihren ehemaligen Kollegen ziehen. Müller sei «abwesend» und könne deshalb keine Antworten geben, teilte sein Sprecher mit. *Philipp Gut*

Abstimmungskampf im Schulzimmer

Die Aargauer entscheiden am 12. Februar über eine Initiative, die im Lehrplan einen verbindlichen Fächerkatalog verankern will. Das Establishment läuft Sturm dagegen. Lehrer und Schulbehörden missbrauchen die Schüler für ihre politische Propaganda. Von Philipp Gut

Was ist eigentlich los im Kanton Aargau? Am 12. Februar kommt die Initiative «Ja zu einer guten Bildung – Nein zum Lehrplan 21» zur Abstimmung. Das Volksbegehren ist so klar und nüchtern wie das Zurzacher Mineralwasser. Es will den Paragraphen 13 im Schulgesetz durch einen neuen Text ersetzen. Kernstück der Novelle ist ein Fächerkatalog (Abs. 3). Dazu gehören in der Primarschule Sprache, Mathematik, Realien, Fremdsprache, Musik, Ethik und Religion, bildnerisches Gestalten, textiles sowie allgemeines Werken und Sport. In der Oberstufe enthält der Katalog Deutsch, Fremdsprachen, Mathematik, Informatik, Physik, Chemie, Biologie, Geschichte, Geografie, Musik, Ethik und Religion, bildnerisches Gestalten, textiles sowie allgemeines Werken, Sport und Hauswirtschaft. Die bisherige Regelung ist allgemeiner gehalten, dort werden bloss «Bereiche» aufgelistet wie Sprache, Mathematik und Naturwissenschaften oder Kunst und Gestaltung.

Der Katalog soll aber vor allem ein Bollwerk gegen den Lehrplan 21 sein, der im Aargau erst in einigen Jahren eingeführt wird. Konkrete Fächer wie Geschichte oder Geografie verschwinden im neuen Lehrplan, an ihre Stelle treten Fachbereiche wie «Natur, Mensch, Gesellschaft» und Unterfachbereiche wie «Räume, Zeiten, Gesellschaften». Konkrete Lernziele werden durch Hunderte von sogenannten Kompetenzen ersetzt.

Eine zweite Änderung betrifft die Hoheit des Kantons in Bildungsfragen. Laut bestehendem Gesetz «beachtet» der Regierungsrat «die interkantonale Harmonisierung der Lehrpläne». Die Initiative will die Souveränität des Kantons stärken und interkantonale Beschlüsse, etwa durch die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), demokratisch im Parlament verankern (Abs. 4).

Schulleiter: «zwingende» Ablehnung

Das klingt ganz vernünftig, dennoch ist im Aargau der Teufel los. Das gesamte Establishment läuft Sturm gegen die Initiative. Gewerbeverband und Handelskammer marschieren



Schüler als Botenträger: Bildungsdirektor Alex Hürzeler (SVP).

vereint mit den Gewerkschaften VPOD und Unia. Schützenhilfe erhalten die Gegner von der behördennahen *Aargauer Zeitung* (AZ). «Was für eine seltsame Abstimmung», mokierte sich der ehemalige AZ-Chefredaktor Hans Fahrlander in seiner Kolumne. Und in einem Leitartikel warf das Blatt den Initianten einen «ideologischen Kampf» vor, ihr Begehren sei «schädlich» und käme die Steuerzahler «teuer zu stehen».

Dies ist inhaltlich natürlich anfechtbar, aber legitim. Mit Verwunderung nimmt man allerdings zur Kenntnis, dass sich auch die Schulbehörden in den Abstimmungskampf einmischen und die Schule für politische Betätigung missbrauchen. Nachdem viele Lehrer schon im Dezember gestreikt hatten,

um an einer Demonstration der Gewerkschaften gegen den angeblichen Bildungsabbau teilzunehmen («Demo statt Schule», *Weltwoche* Nr. 43/16), führen die Behörden jetzt eine orchestrierte Kampagne gegen die Initiative. Auf Schulhöfen hängen Plakate, die ein Nein fordern, gemäss Elternberichten haben Lehrer auch im Unterricht kommentierend auf die Abstimmung hingewiesen, und in mehreren Gemeinden gaben die Lehrer den Schülern Briefe mit Abstimmungsempfehlungen mit nach Hause, als handelte es sich um eine Einladung zum Elternabend oder um eine Orientierung über die neuste Läuseattacke.

Etwa die Schule Lenzburg. Mit Datum vom 19. Januar 2017, exakt getimt auf die entscheidende Phase des Abstimmungskampfs, schrieb Schulpflegepräsidentin Susanne Buri an die «geschätzten Eltern», am 12. Februar werde über die «Zukunft der Volksschule Aargau» und die «unserer Kinder» abgestimmt. Bei einem Ja würde die Schule in ihrer Entwicklung in verschiedenen Punkten «empfindlich» eingeschränkt. Der Aargau würde sich ins «bildungspolitische Abseits manövrieren und an Standortattraktivität verlieren». Und durch die Stärkung des Grossen Rats würden weitere Reformen erschwert und «die Bildung zum Spielball von weltanschaulichen und politischen Interessen gemacht».

Wie bitte? Wer hausiert denn hier, indem er die Schüler ungeniert als Botenträger instrumentalisiert, mit politischen Interessen? Tatsache ist doch vielmehr, dass die staats- und demokratiepolitisch fragwürdige Quasigesetzgebung durch die EDK mit einem Ja zur Initiative eingedämmt und die parlamentarische Legitimität entsprechender Beschlüsse gestärkt würde.

Oder die Schule Wallbach. In ihrem Brief, der neben Schulpflegepräsidentin Mirjam Grey auch von Schulleiterin Judith Studer unterschrieben ist, steht fettgedruckt: «Die Schulpflege und die Schulleitung von Wallbach empfehlen diese Initiative dringend zur Ablehnung.» Am Ende des Briefs wird die

Parole nochmals wiederholt, nicht nur gefettet, sondern auch in doppelter Schriftgrösse («Deshalb ein NEIN am 12. Februar 2017»).

Oder die Gemeinde Arni. Dort empfehlen Schulpflegepräsidentin Barbara Möhrle und Schulleiter Daniel Wieser die Initiative sogar «zwingend» zur Ablehnung.

Umstrittener Brief aus SVP-Departement

Die Liste liesse sich verlängern. Dabei fällt auf, dass sich nicht nur die Argumente ähneln, der Wortlaut der verschiedenen Briefe ist beinahe identisch. Wie kommt das? Durch eine kleine Dokumentenanalyse lässt sich der ursprüngliche Verfasser eruieren. Als «Autor» des Briefs ist ein gewisser Tobias Obrist vermerkt. Dieser ist nicht einfach irgendwer: Er ist kantonaler Beamter und arbeitet im Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) von Regierungsrat Alex Hürzeler (SVP) in der Abteilung Volksschule. Dort ist er unter an-

Es geht ganz einfach darum, die politische Neutralität der Schule zu gewährleisten.

derem für die Umsetzung des Lehrplans 21 zuständig. Den von Obrist verfassten Brief übernahm dann der Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Kanton Aargau (VSLAG). Via Lehrer und Schüler gelangte er schliesslich zu den Eltern.

Die Initianten haben sich gegen diese Behördenpropaganda gewehrt, allerdings mit wenig Resonanz. Dabei können sie sich auf Gesetz und Verfassung berufen. «Die öffentlichen Schulen sind [...] politisch und konfessionell neutral», statuiert Paragraf 2 Abs. 2 des aargauischen Schulgesetzes. Und die Bundesverfassung verpflichtet die Behörden, die freie Willensbildung der Bürger zu schützen (Art. 34 Abs. 2), also etwa auch im Vorfeld von Abstimmungen korrekt und zurückhaltend zu informieren.

Die *Weltwoche* hakte bei Bildungsdirektor Alex Hürzeler nach. Pikanterweise hatte dieser kürzlich eine bildungspolitische Plakatkampagne von Kantonsschülern auf dem Schulgelände mit dem Hinweis auf den zitierten Paragrafen des Schulgesetzes untersagt. Wird Hürzeler nun also auch die politische Propaganda der Lehrer, der Schulen und seines eigenen Beamten unterbinden? Der SVP-Mann hatte nicht den Mut, sich den Fragen dieser Zeitung direkt zu stellen. Durch die Kommunikationsabteilung liess er ausrichten, das Departement sehe «keine Veranlassung, den Schulen und ihren Behörden zur umstrittenen Volksinitiative gegen den Lehrplan 21 Weisungen zu erteilen».

Weisungen erteilen? Es geht ganz einfach darum, die politische Neutralität der Schule zu gewährleisten. ○

Bildung

Frühfremdsprachen: Rien ne va plus

Berner Gymnasien streichen aus den Französisch-Aufnahmeprüfungen die Grammatik. Das kommt einer offiziellen Bankrotterklärung des Lernens von Fremdsprachen in der Primarschule gleich. *Von Alain Pichard*

Als mich die Anfrage der *Weltwoche* erreichte, den Beschluss der Berner Gymnasien zu kommentieren, gemäss dem Grammatik aus den Aufnahmeprüfungen in Französisch gestrichen werden soll, mischte sich eine ungewohnte Resignation in mein sonst so streitlustiges Naturell. Was soll man hierzu eigentlich noch schreiben?

Ich liess mir all die Aussagen eigenständig denkender Professorinnen, der befremdeten Lehrkräfte, der wütenden Eltern oder der kritischen Journalisten noch einmal durch den Kopf gehen, die sich in den vergangenen Jahren – medial oder im persönlichen Austausch – zum «neuen» Fremdsprachenunterricht geäussert hatten, und rief mir den überwiegenden Tenor ihrer Wortmeldungen in Erinnerung: ein aktivistisches Projekt als panische Reaktion auf den inszenierten Pisa-Schock; eine politische Kurzschlusshandlung praxisferner Bildungspolitik; ein Unternehmen ohne auch nur halbwegs seriöse wissenschaftliche Basis; den Schulharmonisierungsbestrebungen schon früh zuwiderlaufend; in sich selbst höchstgradig widersprüchlich und bar jeder Plausibilität hinsichtlich einer Verbesserung des Lernerfolges. Die Liste der berechtigten Einwände – adäquat veranschaulicht – vermöchte eine ganze Ausgabe der *Weltwoche* zu füllen.

Ich entsinne mich, wie man in Gestalt des Passepartout-Projekts eine geradezu frivole, weltweit einzigartige Sprachdidaktik nachlegte, die ohne breite und unabhängig evaluierte Testphase in sechs deutschsprachigen oder bilingualen Kantonen eingeführt wurde. Ich empörte mich öffentlich darüber, welche Unsummen in diesen gigantischen schulischen Feldversuch – notabene mit einer ganzen Schülergeneration als unfreiwilligen Probanden – investiert wurden; die sechs Passepartout-Kantone dürften bislang rund hundert Millionen Franken dafür ausgegeben haben. Schliesslich mussten wir nur noch lachen, als wir hörten, dass das teuerste und angeblich bestmöglich getestete Lehrmittel aller Zeiten nach exakt einem Jahr bereits umfassend überarbeitet werden musste und so vermutlich heimlich und schrittweise in ein eher traditionelles Lehrmittel zurückverwandelt wird. Freilich ohne dass sich die Verantwortlichen Asche aufs Haupt streuten. Einflussreiche Menschen pflegen ihr Gesicht nicht zu verlieren

– koste es, was es wolle. Zu diesem Zweck dürfen Potemkinsche Dörfer sogar zu Metropolen ausgebaut werden. Nun also hat die grosse Französischreform die Gymnasien erreicht. Mit skeptischer Neugier, so der Bieler Gymnasiallehrer Roger Hiltbrunner in der *Berner Zeitung*, wolle man dieser Herausforderung begegnen. Man müsse die Schüler dort abholen, wo sie seien, und man könne nicht etwas prüfen, was die Schüler gar nicht durchgenommen hätten. Und so schafft man die Grammatikprüfungen halt einfach ab. Allerdings werde man, so Hiltbrunner, dies alles im Unterricht nachholen müssen. Damit sind die letzten Masken dieser sich auf Verdrehung, Diffamierung und Voluntarismus begründenden Reform gefallen. Das ist dann doch der Gipfel der Heuchelei: Die Gymnasialisten bekommen den verpassten Strukturaufbau nachgeliefert, während die grosse Mehrheit unserer Schüler auf diesen verzichten muss.

Die Frühfremdsprachen waren ursprünglich das Projekt einer Kaste besonders bildungsambitionierter Mittelstandseltern, welche der trügerischen Losung «Je früher, desto besser» auf den Leim gekrochen waren. Teure Privatschulen hatten mit zweisprachigem Unterricht und Frühenglisch gelockt. Die trägen öffentlichen Schulen gerieten unter Druck. Als bald wurde durch willfähige Theoretiker ein untaugliches Konzept mit hanebüchenen Lehrmitteln aus dem Boden gestampft. Der Rest ist Geschichte.

Doch vergessen wir nicht: Viele Menschen sind mit diesen Entwicklungen überaus zufrieden. Bildungspolitikern schmücken sich mit dem Etikett von Erneuerung und Innovation; Lehrmittelverleger machen das Geschäft ihres Lebens; Dozierende der pädagogischen Hochschulen dürfen die Lehrkräfte von der Unterrichtsfront mit ausladenden Weiterbildungen beglücken und mit Evaluations- und Forschungsaufträgen rechnen; Eltern sehen ihre Kinder vordergründig für die Globalisierung gerüstet und sind froh darüber, dass man im einstigen Selektionsfach Französisch heute viel leichter zu einer guten Note kommt. Und wenn diese sogar richtig gut sein sollte, kann damit gerade noch die Drei in Mathematik kompensiert werden. Ende gut, alles gut, *n'est-ce pas?*

Alain Pichard ist Lehrer und Gemeindepolitiker (GLP) in Biel und einer der profiliertesten Kritiker der Reformen im Bildungswesen der letzten Jahre.



Letzte Masken.



Schmelztiigel der guten Laune?

Hauptstadt des Laissez-faire

In Biel sind die Sozialhilfe- und die Scheidungsquote rekordverdächtig hoch. Der Ort steht im Ruf, Heimat der Islamistszene zu sein, und hat eine Mehrheit bekennender Homosexueller in der Regierung. Kaum etwas funktioniert hier wie geplant. Dennoch ist die Stadt grossartig. *Von Mario Cortesi und Nicolas Bischof (Illustration)*

Wer von Osten her in Biels Industriequartier gelangt, erblickt als Erstes die Reihe moderner Rolex-Gebäude, die in Erinnerung rufen, dass in Biel die berühmteste Uhr der Welt gross geworden ist und dass heute in diesen Räumen über 2000 Mitarbeitende weiterhin jährlich Millionen mechanischer Werke herstellen.

Doch wenige hundert Meter weiter ragt – wie ein Widerspruch zur immer bescheiden gebliebenen Rolex – die gigantomanische Tissot-Arena (Tissot gehört dem Konkurrenten Swatch) in den Himmel. Tissot wird zwar in Le Locle hergestellt, aber Biel ist so grosszügig, dass fast alles, was mit Uhren zu tun hat, in die «Weltstadt der Uhr» einbezogen wird. So auch die erstaunlicherweise aus China stammende digitale Grossuhr in Biels Mitte, auf dem

Zentralplatz. Aber China gehört schliesslich auch zu Biel. Die Tissot-Arena ist nicht nur ein typisches Zeichen des immer wieder mal durchscheinenden Grössenwahns, sondern der einzige Sportpalast der Schweiz, in dem zugleich Eishockey, Fussball und Curling gespielt werden können. Für die Mantelnutzung

In Biel ist vieles möglich, was in andern Städten auf Widerstand stossen würde.

war eine florierende Fachmarktmeile vorgesehen, die aber auch nach anderthalb Jahren immer noch halbleer mit fehlenden Geschäften dasteht. Wie auch das bei der Abstimmung

abgegebene Versprechen des damaligen Stadtpräsidenten Hans Stöckli bislang nicht eingelöst ist, dass jedes Jahr fünf bis zehn grosse Konzerte und Events die Betriebsrechnung des sündhaft teuren Komplexes aufbessern würden. Seit der Eröffnung galoppierten bislang bloss die Rösslein der «Apassionata» durch die Hockey-Arena.

Nicolas Blanco bezog fröhlich Stipendien Natürlich spricht man in der Schweiz, ausser vom Hockey-Klub, kaum vom Bieler Sport, sondern rückt die «Stadt der Kommunikation» (wie sie sich nennt) mit miesen Zahlen ins Scheinwerferlicht: Mit zwölf Prozent hat Biel die meisten Sozialfälle der zehn grössten Schweizer Städte, mit fast fünf Prozent eine

der höchsten Arbeitslosenquoten; Biel weist die höchste Scheidungsrate auf, die schlechteste Gesundheitsrate. Die fast dreissig Prozent Ausländer stammen aus fast siebzig Kulturen und sprechen insgesamt über 130 Sprachen. Biel ist sozusagen die Multikulti-Hauptstadt der Schweiz.

Biel hat derzeit keine Islamistszene wie etwa die andere Arbeiterstadt, Winterthur, obwohl es auch hier einige Moscheen gibt, von denen kein Mensch weiss, was da vor sich geht. Denn die Stadtpolizei, die früher auf die Quartierbewohner einen scharfen Blick warf, wurde abgeschafft. Die an ihre Stelle getretene, überforderte Kantonspolizei muss eine zu grosse Region abdecken, um sich auch noch mit islamistischen Petitesse herumschlagen zu können. Da genügt der in Biel aufgewachsene Nicolas Blancho vollkommen, um zum schlechten Image beizutragen. Schliesslich konnte er doch jahrelang Bieler Studienstipendien beziehen, bevor er sich als Präsident des Islamischen Zentralrats nach Bern verabschiedete.

Fahrrad unter Denkmalschutz

Biel ist seit Jahren eine liberale, progressive Stadt. Da ist vieles möglich, was in andern Städten auf Widerstand stossen würde. Biel ist eine linke Stadt. Biel ist, wie es der verstorbene Bieler Schriftsteller Jörg Steiner formulierte, «eine Turner- und Arbeiterstadt». Da haben hart arbeitende *Büezer* der Stadt zu den heutigen wirtschaftlichen Werten verholfen, an Maschinen und am Uhren-«Etabli» den Grundstein für eine florierende Wirtschaft gelegt.

In den siebziger Jahren strömten Tausende von Italienern ins damals «Zukunftsstadt» genannte Biel, wurden ansässig, brachten eine zusätzliche Kultur. Schliesslich trägt auch die Zweisprachigkeit, die Biel wie ein kostbares Gut hütet, zur Lebendigkeit bei. Denn hier sind die Medien zweisprachig, im Parlament und in den Geschäften spricht jeder, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Und der Anderssprachige versteht.

All diese Werte und das typisch bielerische Laissez-faire, verbunden mit einer unglaublichen Toleranz, zogen Asylbewerber und Fürsorgesuchende an wie das Licht die Motten. Und Biels Regierung und Parlament schauten dem sprunghaften Wachsen der Soziallasten lange Jahre bedenkenlos zu, bis sie endlich die Reissleine zu ziehen versuchten. Dass dabei sowohl nicht renovierte, verlotterte Schulhäuser als auch die Kultur darunter zu leiden hatten, das ist für die Bieler Bevölkerung zweitrangig.

Zum *work in progress* gehört – wie das Eindämmen der Soziallasten – auch die brachliegende Seeufergestaltung. Zwar wurde ein 300 Meter langer und 3 Meter breiter Strandweg für Fussgänger gebaut, der abrupt vor einem Wohnhaus endet und auf dem sich die Flanie-

renden immer wieder von Velofahrern stören lassen müssen. Denn in Biel steht das Fahrrad unter Denkmalschutz, und sowohl Stadtpräsident Erich Fehr, Baudirektorin Barbara Schwickert wie auch Ständerat und Ex-Stapi Hans Stöckli bewegen sich als Vorbilder auf einem Zweirad vorwärts. Auf dem grössten unbebauten Grundstück der Schweiz an einem See, wo 2002 die Expo stattfand, sollte eigentlich längst schon die «Agglolac»-Überbauung mit Wohnungen für mehrere tausend Menschen stehen. Fünfzehn Jahre nach der Expo ist noch weit und breit nichts zu sehen als eine trostlose Brache.

Ja, die Stadt mit etwas mehr als 55 000 Einwohnern weist eine Mehrheit weiblicher und männlicher Homosexueller in der Regierung auf – da ist Biel wieder in bester Weise liberal. Aber das politische Hickhack zwischen dem

Es wird wohl dauern, bis wieder ein amerikanischer Vize die Beerdigung eines Bieliers beehren wird.

seit Jahrzehnten dominierenden Rot und anderen Farben verhindert, dass bei wichtigen Geschäften Biels Image aufgebessert wird. So kommen auch Belebungsbemühungen für die wirklich schöne, intakte und homogene Altstadt, deren Wohnungen nicht durch Spekulanten ausgehöhlt wurden, nur langsam in Gang. Da kann die Bevölkerung noch so lange mit einer angenommenen Initiative die Freilegung des Flüsschens Schüss entlang der Altstadt fordern, es bleibt entgegen dem Willen des Souveräns zubetoniert. Und auch der Liberalismus stösst bisweilen an Grenzen: Wenn ein Bürger sein Haus in einem knalligen Orange streichen lässt, setzen Ärmelschoner-Beamte mit undurchsichtigen Reglementen ein Hornberger Schiessen in Gang, über das die ganze Schweiz lacht. Am Schluss wird wohl das Bundesgericht entscheiden müssen, welche Farbe das Haus haben darf.

Glorreiche Vergangenheit

Dafür gibt Biels Jugend seit je mehr oder weniger Ruhe. Unruhen wie in der Berner Reithalle gibt es nicht, denn das aus der 68er Bewegung heraus entstandene autonome Jugendzentrum, in einem einstigen Gaskessel untergebracht, lässt man unangetastet, auch wenn drumherum Wohnzeilen, Läden und bald auch ein Hotel gebaut werden. Ob diese Toleranz auch dafür verantwortlich ist, dass seit über einem Jahrzehnt Sprayer die Innenstadt verzieren können, sei dahingestellt. Das alles mag so widersprüchlich tönen wie die Tatsache, dass die Bieler ihre Stadt bisweilen verdammen, sie aber ebenso innig lieben, den Nachtlärm zwar bekämpfen, aber der lebensfreudigen Jugend mit ihren vielen Bars und Klubs kaum Schranken setzen.

Wer es in der Stadt nicht mehr aushält, ist inert weniger Minuten in wunderschöner Umgebung. Es gibt Wälder, einen Rebenweg dem See entlang, es gibt die St.-Peters-Insel, wo einst Jean-Jacques Rousseau, wie er sagte, die «zwei glücklichsten Monate meines Lebens» verbrachte. Es gibt kaum eine Schweizer Stadt, wo so viel Erholung gleich vor der Haustüre möglich ist. Und es wird bald einen «Campus Technik» der Berner Fachhochschule und einen Innovationspark geben, wo sich Biel für die Zukunft seiner Jugend rüstet.

Zukunft braucht Herkunft. Und da blickt Biel auf eine glorreiche Vergangenheit mit Nobelpreisträgern und weltberühmten Wissenschaftlern zurück. Doch wer weiss noch, dass Jean-Louis Agassiz – schon am Bieler Gymnasium ein Phänomen und als 20-Jähriger Doktor der Philosophie – den Begriff «Eiszeit» prägte und Mitte des 19. Jahrhunderts die Existenz der Eiszeit auch beweisen konnte? Agassiz (dem Antisemitismus nachgesagt wird – ein weiterer Bieler Widerspruch) erlangte später in den USA Weltberühmtheit. Bei seinem Tod erschienen die Bostoner Zeitungen mit einem Trauerrand, und an seiner Beerdigung nahm der Vizepräsident der Vereinigten Staaten teil.

Es wird wohl dauern, bis wieder ein US-amerikanischer Vize die Beerdigung eines Bieliers beehren wird.



Mario Cortesi ist Filmemacher, Journalist und Verleger. 1965 gründete er in Biel das Büro Cortesi, das bis heute die Wochenzeitung *Biel Bienne* herausgibt. Zudem ist Cortesi Teilhaber des Bieler Regionalfernsehens Tele Bilingue.

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR HANDWERKERSTELLEN

Mit www.workerjobs.ch die besten Mitarbeiter finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.workerjobs.ch

worker jobs.ch

Exportartikel Humanität

Das aussenpolitische Alltagsgeschäft ist mühsam und langweilig. Spektakuläre Aktionen garantieren Schlagzeilen und einträgliche Pöstchen.

Von Christoph Mörgeli

Das Aussendepartement prüft gegenwärtig nicht etwa die Wiedereröffnung der Schweizer Botschaft in der syrischen Hauptstadt. Entstehen soll in Damaskus vielmehr «ein Büro für humanitäre Hilfe». Während unsere Alltagsdiplomatie unter einer beträchtlichen Last bei der Betreuung von (Ausland-)Schweizern und Unternehmen ächzt, fliessen die Bundesmittel zunehmend ins weite Feld der «Humanität» – um dort ergebnislos zu versickern. Damit folgt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) eilfertig der Betroffenheitsrhetorik seines Vorstehers Didier Burkhalter. So unterstützte das Departement mit Steuergeld die volkspädagogische Ausstellung «Flucht» im Landesmuseum. Solche Aktivitäten verbessern selbstverständlich das Los keines einzigen Flüchtlings, verbreiten aber irgendwie das gute Gefühl, auch etwas zu einer besseren Welt beigetragen zu haben.

Der Neuenburger Bundesrat liebt Auftritte wie Ende November, als er am Podium «Flucht und Vertreibung» an der Universität Zürich auftreten durfte, dort aber wenig mehr als Gemeinplätze wie «konfliktreiche Welt» und «Anhäufung von Krisen» zum Besten gab. Selbstverständlich sei der globale Zustand so furchtbar kompliziert, dass es keine «einfachen Antworten» gebe. Jedenfalls sei die Schliessung von Grenzen keine nachhaltige Lösung. Überhaupt handle es sich «bei Flüchtlingen nicht vor allem um Wirtschaftsmigranten». Dieser sachlich höchst anfechtbare Satz wurde vom versammelten wissenschaftlichen Uni-Nachwuchs in keiner Weise kritisch hinterfragt. Und schon befand sich Burkhalter auf seinem Lieblingsterrain: Es gehe dem EDA um «ausserpolitisches Engagement für Frieden und Entwicklung», speziell um «die Bearbeitung der Krise vor Ort».

«Die Stimme erheben»

Seit Beginn des Syrien-Konflikts sind über 250 Millionen Schweizer Franken in die Krisenregion geflossen, etwa die Hälfte nach Syrien selber, die andere Hälfte in die stark geforderten Nachbarländer. Tatsächlich ist diese Art Hilfe die sinnvollste, denn echte Flüchtlinge weichen in die Nachbarländer aus, nur unechte Flüchtlinge reisen weiter nach Europa. Ein entsprechendes Engagement für das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), das Flüchtlingswerk UNHCR und vor allem für das Schweizerische Korps für humanitäre Hilfe macht zweifellos Sinn und dürfte innenpolitisch breit abgestützt sein. Denn dieses ent-

spricht unserer bewährten, international breit anerkannten Rolle des neutralen Sanitäters, der in Krisen- und Kriegsgebieten rasch, effizient und unbürokratisch zu Hilfe eilt und dafür nicht einmal eine Rechnung ausstellt. Doch Burkhalters liebste Mission liegt anderswo: «Die Schweiz erhebt die Stimme für eine bessere Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte.»

Karrieren statt Katastrophen

Seit Jahrzehnten begleiten solch grossprecherische Fantasien von einer vorbildlichen und schiedsrichterlichen Mission der Schweiz unsere Aussenpolitik. Die Diplomatie des erhobenen Zeigefingers und des hochnäsigen Verteilens von Zensuren wird kaum mehr hin-

geschulte Völkerrechtler, Politologen und Ethiker den Kriegsoffizieren wenig. Aber der neuste Exportartikel unserer Bundesbürokratie nützt den zahlreichen, meist recht perspektivenlosen Absolventen entsprechender Lehrgänge unserer Hochschulen. Das Steuergeld fliesst statt in Katastrophen in Karrieren. Vor allem aber sind auch die problematischen «Dialogpartner» Nutzniesser. Das Assad-Regime wird mit den naiven Schweizern nach Belieben Schlitten fahren. Einen propagandistischen Vorgesmack bot ein «Rundschau»-Interview, in dem der syrische Diktator Assad den unbeholfenen Moderator Brotz rhetorisch plattwalzte.

Hinter wohlfeilen gemeinnützigen Phrasen steckt meist eine gehörige Portion Eigennutz. Didier Burkhalters weitere Karrierepläne bilden



Diplomatie des erhobenen Zeigefingers: Aussenminister Burkhalter.

terfragt. Doch man wünschte sich die Töne aus Bundesbern über das humanitäre, rechtstreue Verhalten etwas leiser. Denn bevor wir uns vor andern Ländern bei der «Stärkung der Rechtsstaatlichkeit» (Burkhalter) als Vorbild aufspielen, müssten wir erst unsere eigenen institutionellen Aufgaben mustergültig lösen – etwa bei der Umsetzung der demokratischen Volksrechte durch das Parlament.

Kürzlich hätten hochrangige Schweizer Diplomaten zwecks Eröffnung eines «humanitären Büros» in Damaskus Gespräche geführt, berichtet die *NZZ am Sonntag*. Diese humanitäre Bürokratie dürfte sich danach auch in andern Krisenregionen etablieren. Zwar nützen akademisch

im Aussendepartement ein beliebtes Gesprächsthema. Von seinem Humanitätsexport darf er sich jedenfalls eine karrierebeschleunigende Wirkung erhoffen. Nachdem sich alle Hoffnungen auf das Uno-Generalsekretariat erledigt haben, richten sich – so das Gerücht – seine sehnsüchtigen Blicke nach dem Amt des Europarat-Generalsekretärs. Von diesem international durchaus angesehenen Posten wird der Norweger Thorbjørn Jagland 2019 zurücktreten. Burkhalters letzte Rede vor dem Europarat hat jedenfalls gefallen. Sie plätscherte angenehm dahin, und alle Menschen hatten ein Wohlgefallen daran. Noch wirkungsvoller kann man sich in Strassburg nicht bewerben. ○

Entwicklungshilfe im Schulzimmer

Der Bund finanziert und begleitet die Ausarbeitung eines Lehrmittels zur humanitären Hilfe. Die Schüler werden so auf politische Korrektheit getrimmt.

Von Peter Keller

Früh übt sich, wer ein Gutmensch werden will... oder werden sollte. Am besten schon in der Schule und unter gütiger Anleitung des Staates. «Menschlichkeit ist lernbar» nennt sich die Lernplattform, die an der Pädagogischen Hochschule Zug entwickelt worden ist. Und weil's auf Englisch noch etwas schicker tönt, heisst das Lehrmittel «Project Humanity».

Wer glaubt, es gehe dabei um die ganz persönlich gelebte Mitmenschlichkeit, vielleicht sogar um das christliche Gebot der Nächstenliebe und Barmherzigkeit, täuscht sich. Das «Project Humanity» ist eine PR-Aktion für die mit Milliarden Franken Steuergeldern ausgestattete öffentliche Entwicklungshilfe. «Das Lehrmittel», ist der Einleitung zu entnehmen, «soll Lehrpersonen dabei unterstützen, Lern-

wered by») von der eidgenössischen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), zusammen mit dem IKRK, dem IFRC und dem SRK, und entwickelt durch das Institut für Internationale Zusammenarbeit in Bildungsfragen, welches der Pädagogischen Hochschule Zug angegliedert ist. Um wenigstens den Anschein der Unparteilichkeit zu erwecken, wird betont, dass die Schüler «eigene Antworten» entwickeln und «eigene Sichtweisen» einbringen könnten.

Kritische Hinweise fehlen

Von dieser kritischen Herangehensweise bleibt im konkreten Lehrmittel kaum etwas übrig, schliesslich haben Experten der Deza und der anderen involvierten Organisationen

hält keinen einzigen Hinweis auf eine kritische Quelle.

Fair Trade, Migration und Klimawandel

Die Deza rettet Leben, sie stellt die Versorgung mit Trinkwasser und Nahrungsmitteln sicher, leistet medizinische Nothilfe und Katastrophenvorsorge. Dagegen kann man natürlich nichts haben. Dass Lehrer und Schüler erfahren, wie die Deza viele Millionen Franken direkt in die Staatsbudgets hochkorrupter afrikanischer Staaten einspeist oder Gelder verlost für Projekte wie die «Bewertung der genderspezifischen Fragen in der georgischen Landwirtschaft» und die «Etablierung von sozialer Verantwortung in der mongolischen Gesellschaft», ist in dieser «ergiebigen Zusammenarbeit zwischen Staat, Bildungsinstitution und international tätigen humanitären Organisationen» (Selbstbeschreibung) nicht vorgesehen.

Für die ideologische Absicherung sorgt zusätzlich der dritte Partner im Bunde, die Stiftung Education 21, die dem Projekt «beratend» zu Verfügung gestanden sei. Der Begriff «Stiftung» ist irreführend: Auch diese Einrichtung lebt fast ausschliesslich von Steuergeldern. Sie hat sich der Förderung der BNE-Kompetenzen (Bildung für nachhaltige Entwicklung) verschrieben. Direktor der Stiftung Education 21 ist Jürg Schertenleib, der sich früher praktischerweise als stellvertretender Generalsekretär und Mediensprecher der Schweizerischen Flüchtlingshilfe verwirklichen konnte, einer gemeinnützigen Organisation, die ebenfalls hauptsächlich von öffentlichen Geldgebern lebt (sie bekommt u.a. auch Mittel von der Stiftung Education 21, womit sich der Kreis wieder schliesst).

Rund um den Bereich «Bildung für nachhaltige Entwicklung» wird verlässlich links-grünes Gedankengut in die Schulzimmer eingeschleust. Da geht es um «Klimawandel», Fair Trade, Migration und die «Energiewerte des Schulhauses», um das Hinterfragen «traditioneller Rollenbilder», um Menschenrechte, Globalisierung und Konsumkritik. Ziel sei es, den «Blick der Heranwachsenden» für die Konsequenzen des eigenen Handelns hinsichtlich der «sozialen und ökologischen Umwelt» zu schärfen. Typische Kaugummisprache. In Wahrheit geht es um eine politisch korrekte Gehirnwäsche an Minderjährigen. ○



Anschein der Unparteilichkeit.

räume zu gestalten, in denen Schülerinnen und Schüler für humanitäre Kontexte sensibilisiert werden.» Denn die humanitäre Gemeinschaft, «darunter relevante Akteure wie das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), die Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRC), das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) sowie die offizielle Schweiz», betrachte die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die «Humanitären Prinzipien» als eine wichtige Aufgabe unserer Zeit.

Die Liste dieser «relevanten Akteure» ist nicht zufällig zustande gekommen. Das Lehrmittel ist eine Auftragsarbeit, finanziert («po-

das Projekt begleitet – «zwecks Gewährleistung der inhaltlichen und begrifflichen Genauigkeit», wie die Macher einräumen. Andernorts würde man von staatlicher Indoktrinierung reden. Was unter «Gewährleistung der inhaltlichen und begrifflichen Genauigkeit» zu verstehen ist, ist auf den folgenden Seiten zu erfahren: Man übernimmt unkritisch das Selbstbild der Entwicklungshilfeorganisationen: «Die humanitäre Hilfe, die von der Deza im Namen der offiziellen Schweiz erbracht wird, ist Ausdruck der Solidarität mit Menschen in Not.» So geht es weiter, von «eigenen» Sichtweisen und Antworten keine Spur, auch die Literaturliste am Schluss ent-

Das Herz sagt ja, die Vernunft auch

Die Linke berserkert gegen die Unternehmenssteuerreform. Anscheinend verfängt die Angstmacherei. Deshalb hergehört: Die Linke irrt. Es wäre falsch, unvernünftig und herzlos gegen unsere Kinder, wenn wir die Steuersenkungen für Firmen am nächsten Sonntag ablehnten. *Von Florian Schwab*

Die Schweiz ist mit ihrem Finanzplatz und den Steuerregeln seit langem Angriffen aus dem Ausland ausgesetzt. Die Unternehmenssteuern für internationale Konzerne seien viel zu tief, die Steuerprivilegien für manche Arten von Unternehmen würden einen «schädlichen» Steuerwettbewerb anheizen, lauten die Vorwürfe. Sogenannte Briefkastenfirmen waren in den Augen der ausländischen Finanzminister ein ähnlich gelagertes Problem wie das Bankkundengeheimnis: Die «Gnommen von Zürich», wie die angelsächsische Wirtschaftspresse unsere Banken gerne betitelt, würden in ihren Bergstollen unrechtmässig erworbene Reichtümer hüten, und kantonale Steuerregeln würden auf verwerfliche Weise ausländische Steuerzahler anziehen.

Dann gab die Schweiz nach. Unter Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) wurde zuerst das Bankkundengeheimnis für ausländische Kunden beerdigt. In einem nächsten Schritt, mit der Unternehmenssteuerreform III, sollten die seitens des Auslands gescholtenen Steuerprivilegien abgeschafft werden, um die Schweiz aus der Schusslinie zu nehmen. Diese Vorlage kommt nach einer längeren Entstehungszeit nun zur Abstimmung.

Kann eine Reform, die unter Widmer-Schlumpf eingeleitet worden und auf Druck des Auslands zustande gekommen ist, überhaupt gut sein? Die Unternehmenssteuerreform III ist es. Aus fünf Gründen.

1—Das Ausland hat starke Waffen. Beim Bankkundengeheimnis hatten eigentlich nur die Amerikaner einen Hebel gegen die Schweiz in der Hand, weil sie schweizerische Banken von den internationalen Zahlungsströmen hätten ausschliessen können. Bei den Unternehmenssteuern ist dies anders. Hier ist es jedem Land – von den mächtigen USA bis zu den Fidschi-Inseln – überlassen, wie es Finanzströme, die zwischen einem schweizerischen Konzernhauptsitz und der Tochtergesellschaft fließen, im eigenen Land behandelt. Es ist sonnenklar, was passieren würde, wenn die Schweiz die kritisierten Steuerprivilegien nicht abschafft: Am nächsten Tag würden Deutschland, Frankreich, die USA und viele andere Länder verfügen, dass Gelder, welche die ausländische Tochtergesellschaft in die Schweiz abführt, im eigenen Land voll besteuert werden. Es käme eine Welle von Doppel- und Dreifachbesteuerungen auf diese Unternehmen zu. Das hält keine Firma aus, die sich



Wohlstand für alle: neue Google-Büros in der Zürcher Sihlpost.

im Markt behaupten muss. Die Folge wäre eine massive Abwanderung solcher Firmen.

2—Beim Nein verlieren die Schweizer.

Manch einer, der mit einem Nein an der Urne liebäugelt, will damit bei den Wirtschaftsverbänden und bei «denen in Bern» ein Exempel statuieren nach dem Motto: «Wenn ihr die Masseneinwanderungsinitiative nicht umsetzt, dann machen wir es mit der Brechstange, indem wir die Firmen vertreiben.» Dies hätte schwerwiegende Folgen nicht nur für die Arbeitsplätze, sondern auch für unser Geld. Das Finanzdepartement hat ausgerechnet, dass bei einer Abwanderung der sogenannten privilegierten Gesellschaften ein Finanzloch von jährlich 13 Milliarden Franken entstünde. Was passiert dagegen bei der Annahme der Vorlage? Die vorgeschlagene Reform würde je nach Schätzung bei den Unternehmenssteuern für zwei oder

drei Jahre ein Minus von 1 bis 2 Milliarden Franken bringen. Danach würden sich nach allen Erfahrungen die Erträge wieder erholen, weil der Wirtschaftsstandort intakt bliebe. Konkret: Das Finanzloch von 13 Milliarden – Jahr für Jahr – würde all diejenigen belasten, die nicht einfach so weggehen können, also die Schweizer KMU mit Schweizer Kunden, Familien, Ehepaare und hiesige Arbeitnehmer. Und in der Zwickmühle zwischen Sparen und Steuererhöhungen wird der Staat nach aller Erfahrung eher mehr Steuern eintreiben, als radikal weniger ausgeben.

3—Wir brauchen die Unternehmen.

Ungleich der Behauptungen von Neidern in aller Welt handelt es sich bei den gut 24 000 Firmen, die bislang sogenannten privilegiert besteuert wurden, nicht um blosse Briefkästen. Die Holdinggesellschaften, Domizilgesellschaften und gemischten Gesellschaften sind ein

produktiver und wichtiger Bestandteil der Schweizer Wirtschaft. Sie beschäftigen 150 000 Arbeitnehmer, zu einem guten Teil Schweizer. Sollen diese Leute nach Irland umziehen müssen? Zudem zahlen diese Unternehmen ungefähr die Hälfte der Unternehmenssteuern auf Bundesebene (zuletzt rund 5,4 Milliarden Franken). Die Unternehmenssteuerreform III sieht nun eine Steuersenkung auf breiter Front vor, um die Schweiz steuerlich wieder so wettbewerbsfähig zu machen, dass diese Unternehmen im Land bleiben.

4—Gegen die Erpressung von links. Die Linken (und die ehemalige Finanzministerin) versteifen sich nicht deshalb auf das Nein, weil sie die Steuerprivilegien für Firmen behalten wollen – im Gegenteil. Sie wollten die Schweiz im internationalen Steuerkampf in eine missliche Lage bringen und diese dann ausnutzen, um ihr altes Ziel einer Kapitalgewinnsteuer durchzusetzen. Ihr Kalkül lautet: Wenn die Schweizer nein sagen, dann gibt es nachher ungefähr dieselbe Vorlage plus ein paar «Zückerli» für die linke Seite. Diese Berechnung ist falsch. Erstens will keine Firma in einem Land operieren, in dem ein Paul Rechsteiner die wirtschaftspolitische Agenda setzt. Zum Zeitpunkt einer neuen

Wer das eine gegen das andere ausspielt, schlachtet das Huhn, das goldene Eier legt.

Vorlage wäre der Auszug der Unternehmen wohl bereits voll im Gang. Die Rechnung für den durchschnittlichen Steuerzahler würde also sehr hoch. Und zudem: «Zückerli» für links haben noch immer dem Wohlstand geschadet.

5—Nicht Bürger und Firmen gegeneinander ausspielen. Linke Politiker versuchen die Steuern von natürlichen und juristischen Personen gegeneinander auszuspielen. Ihre Behauptung lautet: Wenn die Unternehmen mehr Steuern zahlen, muss der Bürger weniger Steuern zahlen. Das ist vielleicht in der Traumwelt von Gewerkschaften so, aber nicht in der marktwirtschaftlichen Realität. In der Realität bilden die Bürger und die Unternehmen eine wirtschaftliche Produktionsgemeinschaft – gerade in der Schweiz, wo über die Pensionskassen fast jeder ein Aktionär ist. Auch Unternehmenssteuern werden letztlich von Personen getragen. Gute wirtschaftspolitische und steuerliche Rahmenbedingungen sind die Voraussetzung dafür, dass Unternehmen Mitarbeiter beschäftigen und Gewinne ausschütten können. Die Unternehmenssteuerreform III sorgt dafür, dass diese wirtschaftliche Produktionsgemeinschaft auch in Zukunft funktioniert und Wohlstand für alle schafft. Wer das eine gegen das andere ausspielt, schlachtet das Huhn, das goldene Eier legt. ○

Gegenrede

Parmelin hat richtig entschieden

Die *Weltwoche* kritisierte Verteidigungsminister Parmelin für seine Entscheidung, das Bodluf-Projekt zu stoppen – zu Unrecht. Von Roger Harr

Für die *Weltwoche* ist Guy Parmelin (SVP) ein «Selbstverteidigungsminister», der die Beschaffung einer neuen bodengestützten Luftverteidigung (Bodluf) der Schweizer Armee auf Druck der Medien aus unsachlichen Gründen gestoppt hat. Dazu gab es bisher nicht weniger als drei Untersuchungen. Eine erste der Militärjustiz über die Indiskretionen wurde im Oktober des vergangenen Jahres ergebnislos eingestellt. Zweitens kritisierte die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Parlaments Parmelin in einem Bericht, doch ihre Untersuchung weist Mängel auf: Die GPK-Arbeitsgruppe war durch die Rüstungslobby dominiert, hatte nicht die Fachkenntnisse, um die Entscheide der Projektauf-sicht unter Luftwaffenkommandant Aldo C. Schellenberg



Verzerrte Evaluation.

zu beurteilen, und betrachtete zudem nur das Zeitfenster von Januar bis März 2016. Drittens hat eine Administrativuntersuchung den Beschaffungsprozess beurteilt, jedoch nicht die Qualität der Entscheide an den jeweiligen Prozessschritten. Man kann sehr wohl einen Prozess einhalten; falls bei jedem Prozessschritt jedoch ein Unsinn entschieden wird, ist das Resultat ebenfalls ein Unsinn.

Folgende Fehlentscheide der Projektverantwortlichen im Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) werden unter den Teppich gekehrt:

1 — Die Projektorganisation war untauglich. Ein Generalunternehmer aus der Industrie (Thales) hätte für den Bund ein System aussuchen sollen. Dieser Generalunternehmer war jedoch gleichzeitig Anbieter. Andere Anbieter werden sich wohlweislich hüten, in einer derartigen Projektorganisation die Spezifikationen ihrer Systeme offenzulegen. Die Evaluation wird verzerrt. Jedem Laien sträuben sich die Nackenhaare.

2 — Ursprünglich sollte ein vorhandenes und im Ausland eingeführtes System beschafft werden. Diese Handlungsrichtlinie ging im Verlauf der Beschaffung vergessen.

3 — Von den am Schluss im Rennen verbliebenen Systemen hat eines die selbstdefinierten Anforderungen zur Allwettertauglichkeit nicht erfüllt, und das andere hatte nur eine halb so grosse Reichweite wie verlangt. Hochrangige Mitglieder der Projektorganisation beantragten, das Projekt zu stoppen. Man hat nicht auf sie gehört und stattdessen gleich beide untauglichen Lenkwaffen ausgewählt, in der Hoffnung, sich mit einem «Blinden» und einem «Lahmen» ein taugliches System zusammenzubasteln.

4 — Man hatte weder die Kosten noch das Mengengerüst im Griff. Die Administrativuntersuchung dokumentiert eine Bandbreite von 500 Millionen bis 1,7 Milliarden Franken. Es wird immer noch gerätselt, welche Fläche man damit hätte schützen können.

5 — Eine langfristige Finanzplanung fehlte. Um Kreditreste zu vermeiden, welche für Parmelins Vorgänger Ueli Maurer (SVP) eine persönliche Schmach gewesen wären, sollten die nach dem Gripen-Nein vorhandenen Mittel so schnell wie möglich verpulvert werden.

Alle genannten Punkte wären auch bei einem Abschluss der Evaluation nicht besser geworden. Bundesrat Parmelin erhielt von seinen Projektverantwortlichen widersprüchliche Informationen. Es war somit seine Pflicht, das Projekt zu stoppen und zuerst eine saubere Auslegeordnung zu machen. Genau das geschieht jetzt. Wenn die traurige Wahrheit des Versagens der Beschaffungsinstanzen auf dem Altar einer politischen Abrechnung geopfert wird und man versucht, Parmelin zu disziplinieren, damit dieser der Rüstungslobby nie mehr einen Strich durch die Rechnung macht, dann ist dies kurzsichtig. Konstruktiver wäre es, die Verantwortlichen zu nennen und damit klarzumachen, dass Dilettantismus im Beschaffungswesen keinen Platz hat.

Roger Harr ist ehemaliger Zentralpräsident der Gesellschaft der Offiziere der Luftwaffe (Avia).



Rabiates Vorgehen gegen unliebsame Vermieter: die sogenannten Gammelhäuser an der Neufrankengasse in Zürich.

Unfreundliche Übernahme

Wegen angeblichen Mietwuchers liess die Zürcher Stadtregierung einen Immobilienbesitzer verhaften. Nun will die Stadt seine «Gammelhäuser» aufkaufen, um diese selber an Randständige zu vermieten. Billiger werden die Wohnungen dadurch nicht. *Von Alex Baur*

Der Coup war von langer Hand geplant. Bereits im Mai 2015 kündigte der Zürcher Sozialvorsteher Raphael Golta (SP) via *Tages-Anzeiger* an, dass man strafrechtlich gegen Hausbesitzer vorgehen werde, die sich «auf Kosten der Stadt bereichern». «Im Fokus stehen Häuser mit vielen Schäden», erklärte Golta, «ich rechne mit einer Handvoll bis zu einem Dutzend Anzeigen.» Fiese Vermieter würden die Not von Sozialhilfebezügern gnadenlos ausnutzen – «es ist ihr Geschäftsmodell».

Ein halbes Jahr später, am 20. Oktober 2015, vermeldete die Staatsanwaltschaft die Verhaftung des Immobilienbesitzers Peter S. wegen Mietwuchers. Die Medien übertrafen sich gegenseitig mit Schauerberichten über die desolaten Zustände in den «Gammelhäusern» an der Magnusstrasse 27 sowie an der Neufrankengasse 6 und 14 im Langstrassenviertel, wo vor allem Randständige hausten: demolierte Toiletten, verfaulte Böden, verdreckte Treppenhäuser, Dreck und Elend allenthalben.

Eineinhalb Jahre später nun also die frohe Botschaft aus dem Zürcher Stadthaus: In Eigenregie hat die Regierung beschlossen, die drei Liegenschaften für 32,3 Millionen Franken aufzukaufen. Weitere 4,4 Millionen Franken wurden für Sanierungen bereitgestellt. 67 der 111 Kleinstwohnungen – in der Regel ein

Zimmer mit Bad und Küche – sind für Asylsuchende und Sozialhilfebezügler reserviert. Die Stadt verspricht «faire» Mieten von 800 bis 900 Franken pro Monat.

Ist das zu viel, zu wenig? Kommt drauf an, auf welcher Seite man steht und wie man rechnet. Aufgrund ihrer Lage – bloss wenige Schritte vom Hauptbahnhof und von der boomenden Europaallee entfernt – könnte man die 18 bis 25 m² grossen Einzimmerwohnungen locker für den doppelten Preis vermieten. Misst man die Mieten am Kaufpreis und den Renovationskosten, erzielt die Stadt eine lausige Rendite von rund 3 Prozent. Rechnet man mit einer marktgerechten Rendite von 5 Prozent, würden die Wohnungen monatlich im Schnitt 1377 Franken kosten, plus Nebenkosten.

Eingebettete Journalisten wirken mit

Gemessen an den Marktpreisen, waren die durchschnittlich 1100 Franken Monatsmiete, die der angebliche Wucherer S. von den Randständigen verlangte, schon fast karitativ. Sämtliche Nebenkosten – inklusive Strom, Kabel-TV und Heizung – waren in diesem Preis nämlich inbegriffen. Berechnet man dafür 200 Franken, forderte er nicht mehr als die Stadt. Unter einem *slumlord*, als den eine Kolumnistin der *Weltwoche* den Vermieter be-

schimpfte, stellt man sich etwas anderes vor. Gewiss, viele Wohnungen und sanitäre Einrichtungen – nicht alle, aber die Medien zeigten natürlich nur die vergammelten – befanden sich in desolatem Zustand. Nur kann man just diesen Missstand nicht dem Hausbesitzer zur Last legen: Er hat sein Eigentum nicht selber demoliert. Der teure Schaden wurde von drogensüchtigen Sozialhilfebezügern angerichtet, welche die Liegenschaften in Beschlag genommen hatten und weitgehend kontrollierten.

Bereits am 10. Juli 2015, also drei Monate vor seiner Verhaftung, hatte der Immobilienbesitzer S. sämtlichen Mietern an der Neufrankengasse gekündigt, um die Liegenschaft einer Generalsanierung zu unterziehen. Schon damals übte die Stadt Druck auf, mit gutem Grund: Die Drogenszene, die sich in den Liegenschaften eingenistet hatte, wurde auch für die Nachbarn zusehends zur Belastung. Doch das Mietgericht gewährte den Randständigen eineinhalb Jahre Aufschub bis zum 31. Dezember 2016. Hätte der Vermieter S. die Wohnungen sofort renoviert, wäre innerhalb einer Woche wieder alles beim Alten gewesen. Junkies sind ungemein effizient beim Zerstören von fremdem Wohneigentum.

Die 1100 Franken Monatsmiete deckten die Schäden nie und nimmer, welche die randständigen Mieter hinterliessen. «Es war ein Verlustge-

schäft», erklärt der Liegenschaftenverwalter Sherry Weidmann gegenüber der *Weltwoche*. Hausbesitzer S. sass in in einer kafkaesken Falle. Derselbe Staat, der ihn als Wucherer und *slumlord* an den Pranger stellte, hinderte ihn daran, die unerwünschte Mieterschaft auf die Strasse zu stellen. Was immer er auch getan hätte, es wäre falsch gewesen. Und das wusste die Zürcher Stadtregierung ganz genau, als sie ihm die Staatsanwaltschaft medienwirksam auf den Hals hetzte. Diese versenkte Hausbesitzer S. vorerst zwei Monate lang in Untersuchungshaft. Seither dümpelt das Verfahren unerledigt vor sich hing.

Die Masche ist nicht neu. Bereits in den neunziger Jahren strengte die damalige Bezirksanwaltschaft in Zusammenarbeit mit dem Mieterverband und eingebetteten Journalisten des Schweizer Fernsehens einen Wucherprozess gegen einen Hauseigentümer im Zürcher Langstrassenviertel an, der Wohnungen an Tamilen vermietet hatte. Es ging um kleine Einzimmerwohnungen, die sich gemäss Medienberichten jeweils bis zu vier Bewohner teilten.

Amtlich bewilligte Gangster-Methoden

Dummerweise wurde der Falsche angeklagt. Den unanständigen Gewinn strichen nämlich tamilische Mieter ein, welche Feldbetten aufstellten, die sie teuer vermieteten. Der Schaden, den sie in den übernutzten Wohnungen hinterliessen, überstieg die Mieteinnahmen bei weitem, wie der Vermieter vorrechnete, als er Jahre später endlich vor dem Richter stand. Auch in jenem Fall hinderte das Mietgericht den Hausbesitzer daran, den unerwünschten Mietern zu kündigen. Der Mann wurde zwar freigesprochen, doch das interessierte zu diesem Zeitpunkt keinen mehr.

Auch das rabiate Vorgehen der links-grünen Stadt Zürich gegen unliebsame Vermieter ist kein Novum. So drangsalierte die Stadtpolizei 2005 den Betreiber des Restaurants «Sonne» im sogenannten Bermuda-Dreieck im Rah-

Die Regierung will sich selber mit Zwangsräumungen die Hände nicht schmutzig machen.

men der konzertierten «Aktion Nadel» monatelang mit unsinnigen und schikanösen Razzien («Erlaubt ist, was nicht betört», *Weltwoche* Nr. 37/05). Bis zu achtmal pro Tag führte die Polizei Kontrollen im bekannten, aber legalen Milieu-Lokal durch, das die Stadt unbedingt übernehmen wollte. Die Gangster-Methoden der Stadt trieben den ungeliebten Wirt an den Rand des Konkurses.

Dem Hausbesitzer S. kann man höchstens vorwerfen, dass er seine Wohnungen überhaupt an Sozialhilfebezüger und Junkies vermietete. Er hatte die Liegenschaften vor rund fünfzehn Jahren gekauft. Schon damals war

absehbar, dass sie mit den Überbauungen an der Europaallee massiv an Wert gewinnen würden. Spätestens wenn Google eingezogen sein würde, käme es förmlich zu einer Explosion bei der Nachfrage. Die Vermietung an die Randständigen war lediglich als Zwischennutzung gedacht. Die Drogenszene entwickelte dann aber ihre Eigendynamik, und diese war schliesslich nicht mehr zu kontrollieren. Doch war es nur noch eine Frage der Zeit, bis die unerwünschten Problemmieter hinausgeworfen werden konnten. Spätestens nach dem Entscheid des Mietgerichtes muss das Sozialamt dies erkannt haben. Also liess man den Hausbesitzer S. verhaften, solange es noch einen Vorwand dafür gab. Gut möglich, dass man darauf spekulierte, dass ihn die Verhaftung in den Konkurs treiben würde.



Kafkaeske Falle: Verwalter Weidmann.

Kenner der Zürcher Immobilienszene vermuten, dass in Anbetracht der privilegierten Lage und der rosigen Perspektiven bei einem Verkauf an Private noch einige Millionen mehr dringelegen wären. Auf den Deal mit der Stadt, so vermutet ein Insider, habe sich der Besitzer S. bloss eingelassen, um sein ramponiertes Image aufzubessern: «Der Mann war fix und fertig.» Klar ist: Die Räumung der Liegenschaften gehörte zu den Bedingungen des Handwechsels. Die Stadtregierung will sich selber mit Zwangsräumungen die Hände nicht schmutzig machen. Die letzten Mieter sind im Januar ausgezogen, dem Deal steht damit nichts mehr im Weg.

Doch schon bald werden dieselben Randständigen und Asylsuchenden wieder einziehen, in frischrenovierte Wohnungen an einer der teuersten Wohnlagen der Stadt Zürich. Nur die Drogenszene an der Langstrasse ist noch schneller und einfacher zu erreichen als der Hauptbahnhof und die schicken Geschäftshäuser an der Europaallee. Dealer wie Konsumenten werden das zu schätzen wissen – ob mit oder ohne Betreuung durch das Sozialamt. ○

Bern

Getönte Hautfarbe

Fragwürdige Massnahmen gegen «rassistische Personenkontrollen» der Polizei.

Auf Rot-Grün ist Verlass. Die Mehrheit des Berner Stadtrates will ein Pilotprojekt gegen *racial profiling* starten. Man will damit diskriminierende Polizeikontrollen unterbinden, die nur aufgrund äusserer Merkmale wie der Hautfarbe stattfinden. Polizisten sollen der überprüften Person künftig eine Quittung abgeben, die unter anderem Angaben zum Polizeibeamten, zum Anlass der Kontrolle und dem Ergebnis enthält. In der Stadt Zürich ist ein entsprechender Vorstoss bereits 2015 überwiesen worden. Die Linksaussen-Partei Alternative Liste (AL) will Polizeibeamten «ermutigen», Personenkontrollen «bewusster» und «nur bei Vorliegen hinreichender Gründe» durchzuführen. Damit solle auch verhindert werden, dass «Betroffene» innert kurzer Zeit wiederholt kontrolliert werden. Ein erster Tipp vorneweg an den Quartierdealer mit afrikanischem Migrationshintergrund: sich auffällig verhalten, keinen Stoff dabei haben, sich Quittungen ausstellen lassen und dann seelenruhig weiterdehlen. Der Stadtzürcher Polizeivorsteher Richard Wolff (AL) ist begeistert: «Die Polizei als Menschenrechtsorganisation wird in Zukunft eine gesellschaftliche Vision sein, die mich in meiner Arbeit leitet.»

Und die Silvestergrabscher?

Zwischen den beiden Vorstössen in Zürich und Bern liegen Köln und die Silvestergrabscher mit Flüchtlingshintergrund. Als die Kölner Polizei dieses Jahr Hunderte angetrunkenen und latent aggressiver *Nafris* (Nordafrikaner) kontrollierte, warf die Parteichefin der Grünen, Simone Peter, den Beamten *racial profiling* vor. Die Einsatzleitung hätte wohl mehr deutsche Senioren und blonde Frauen filzen sollen. Man muss sich nur ausmalen, wie es wäre, wenn die Polizei jetzt noch Quittungen ausstellen müsste, zumal der Respekt vor Ordnungskräften sonst schon im Keller ist. Pöbeleien gegenüber Polizisten gehören zur Tagesordnung in den Problemquartieren und an Grossanlässen.

Ob man es mag oder nicht: In den Strafanstalten dieses Landes gehören kuhäugige Schweizer nun mal zur Minderheit, und der typische «Chügeli»-Dealer hat eine getönte Hautfarbe. Ergänzend dazu könnte man ja auch ein *racial profiling* linkskorrekter Politiker erstellen: Typ bleichgesichtiger Sozialarbeiter mit Weltverbesserungsdrang, der noch nie eine Stunde in der Privatwirtschaft gearbeitet hat und im Zweifelsfall nach mehr Staat ruft. Die Quittung gibt es bei den nächsten Wahlen. *Peter Keller*

Das Wunder von Klingnau

Vor vier Jahren kreiste der Pleitegeier über der Manufaktur für exklusive Ledermöbel im Aargauer Zurzibiet. Dann kam Monika Walser. Die ehemalige Chefin des Hipster-Labels Freitag hat die Kultmarke de Sede in Rekordzeit wieder in die schwarzen Zahlen geführt. Von Florian Schwab

In Monika Walsers Chefbüro bei de Sede in Klingnau, Kanton Aargau, hängt ein Zettel, auf dem steht: «I hope karma slaps you in the face before I do» (Ich hoffe, das Karma schlägt dir ins Gesicht, bevor ich es tue). Die Hausherrin mag es offenbar eher direkt. Und sehr asiatisch. Tatsächlich fühlt man sich weit in den Osten versetzt, wenn man die japanischen Schriftzeichen an der Wand, die fernöstlichen Skulpturen und Bilder betrachtet. Das Büro ist nach Feng-Shui-Prinzipien eingeteilt – «also nicht das esoterische Zeug, sondern rein physikalische Gesetzmässigkeiten», kontert die Kennerin den offenbar leicht fragenden Blick ihres Gegenübers.

Monika Walser, eine Aargauer Wirtschaftsfrau mit energischem Auftritt und klaren Visionen. Als sie vor fast drei Jahren zu de Sede stiess, war das Unternehmen ein betriebswirtschaftlich hoffnungsloser Fall – tiefverschuldet bei seinen Lieferanten. «Sogar mit der AHV mussten wir eine langfristige Abzahlungsvereinbarung treffen», erinnert sich Walser.

Die Sanierung habe sie «viele schlaflose Nächte» gekostet. Immer wieder seien neue Probleme und Gläubiger zum Vorschein gekommen. Heute verdient de Sede im operativen Geschäft wieder Geld, auch wenn der alte Schuldenberg noch nicht ganz abgetragen ist. «Unsere Lieferanten können wir wieder innerhalb der Skontofrist bezahlen», so Walser. Seit etwas über einem Jahr hält sie selber eine Minderheitsbeteiligung an der Firma. Den heutigen Mehrheitseigentümer hat Walser selber an Land gezogen. «De Sede, wie es heute ist, ist mein Baby.»

Ein wilder Sprung?

Die Unternehmerin ist eine der speziellsten Figuren in der schweizerischen Wirtschaft. In einer Aarauer Lehrwerkstätte hatte sie Damenschneiderin für Haute Couture gelernt. Bis heute ist ihr das Flair für Mode anzumerken. Zum Interview erscheint sie in einer selbstbewussten Kombination aus beiger Cordhose und Blazer. Auf die Schneiderlehre folgte ein Studium in den USA (Kommunikation an der Universität Michigan). Nach der Rückkehr in die Schweiz baute Monika Walser eine Werkstatt für Kinderbekleidung mit Handstickerei-Verzierungen auf. Das Unternehmen verkaufte sie mit Gewinn und war dann längere Zeit bei Sunrise und deren Vorgängerin diAx im Bereich Kommunikation und Marketing beschäftigt. Von 2005 bis 2009 war sie als stellvertretende CEO der nationalen Netzwerkgesellschaft Swissgrid für Kommunikation und Personalwesen zuständig.



«Mick Jagger hat zehn von unseren Sofas»: Managerin Monika Walser.

Im Jahr 2009 kam Walser als Geschäftsführerin zu Freitag. Das Hipster-Label für Taschen, die aus Lastwagenplanen gefertigt werden, gilt als eine der eindrucklichsten Erfolgsgeschichten des Schweizer Industriedesigns. Freitag beschäftigt in Oerlikon rund 150 Mitarbeiter und verkauft weltweit jährlich mehr als 400 000 Taschen.

Von der hippen Plastiktasche für ein paar hundert Franken zur auserlesenen Ledercouch für Zehntausende Franken von de Sede – ist das nicht ein wilder Sprung? Überhaupt nicht, findet Monika Walser, die einmal in einem Interview bekannte, ihr wichtigster persönlicher Entwicklungsschritt habe darin bestanden, ihre Impulsivität zu kontrollieren und in produktive Bahnen zu lenken. Zudem stellten beide Firmen Unikate her – Freitag aus ausrangierten Lastwagenplanen und de Sede aus gegerbten Bullenhäuten. «Das Material Leder hatte ich schon immer sehr gerne. Mein Praktikum in der Lehre habe ich als Kürschnerin absolviert.»

Gemeinsam mit der Unternehmenschefin schreiten wir die geräumigen Produktionsanlagen ab. Es riecht nach herbem Leder. Ein Arbeiter wuchtet einen schweren Ledersessel herum

und vernäht die letzten losen Enden. Jedes De-Sede-Produkt wird hier in Klingnau hergestellt, in nahezu hundertprozentiger Handarbeit. Und nur auf Bestellung. Der Kunde wählt sogar die Farbe des Fadens aus. Klingnau, muss man wissen, liegt in der Gegend von Bad Zurzach, fast eine halbe Stunde von der nächsten Autobahnzufahrt entfernt. Ist es nicht schwierig, hier ausreichend handwerklich versierte Mitarbeiter für die 65 Mann starke Werkstatt zu finden? «Wenn wir nicht viel selber ausbilden würden, hätten wir keine Chance.»

Wir betreten die zweite, mehrere tausend Quadratmeter grosse Produktionshalle. Sie steht voller halbfertiger Ledermöbel, an denen noch gearbeitet wird. Damit verbunden ist das Lederlager: Häute in verschiedenen Farben und Grössen, so weit das Auge reicht.

Als sich Walser an die finanzielle Sanierung des Unternehmens machte, kaufte sie auch neue Maschinen. Oder besser gesagt: leaste sie. «Es war eine grosse Herausforderung, zu erreichen, dass die Lieferanten wieder an uns glaubten.» Eine der Maschinen, die aus einer riesigen beleuchteten Auflage besteht, dient dazu, die Lederhäute zu scannen und auf Fehler

oder Unvollkommenheiten hin zu durchleuchten. Der wirtschaftliche Umgang mit dem aus Italien und Süddeutschland importierten Rohstoff ist für Walser einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren. «Ein Kilogramm Leder ist für uns wie ein Kilogramm Gold.»

Schweizer Handarbeit

Der zentrale Fehler der früheren Besitzer von de Sede, einer Zürcher Private-Equity-Gesellschaft, war gemäss Walser: Teile der Produktion nach Deutschland auszulagern und zu diesem Zweck dort die Machalke-Polsterwerkstätten als Schwestergesellschaft zu nutzen. «Eine Marke wie de Sede können Sie nicht nur mit Excel-Tabellen führen», ist Monika Walser überzeugt. Die Löhne in Deutschland seien zwar tiefer, aber «was bringt das, wenn Sie an Qualität einbüßen und beim Leder viel mehr Verschnitt anfällt?».

Walser verkaufte die deutsche Beteiligung und reduzierte de Sede wieder auf den traditionellen Markenkern: höchste Qualität und Handarbeit in der Schweiz. Als dezentes, aber gleichwohl unverrückbares Zeichen dieser Verpflichtung wird unter die meisten Polstermöbel ein Schweizerkreuz in den Holzrahmen eingefräst. So gesehen war de Sede auch der natürliche Partner, als die Fluggesellschaft Swiss ihre Lounges in Zürich neu gestalten liess.

Ein anspruchsvolles internationales Publikum schätzt die exklusiven Anfertigungen. In den USA, in Asien und Südamerika boomen die Verkäufe, trotz starkem Franken. Ein benutztes «Terazza»-Sofa («Mick Jagger hat zehn davon») kostete in den USA rund 30 000 US-Dollar. «In der Schweiz bekommen Sie es neu für 11 000 Franken.» Trotzdem wachse der Schweizer Markt langsam. Monika Walser wünscht sich, dass «auch die Schweizer etwas mehr Qualitätsbewusstsein und Wertschätzung für «made in Switzerland» entwickeln».

Als Botschafterin für ihre edlen Ledermöbel ist Monika Walser dauernd rund um den Globus im Einsatz. Sie pflegt zu sagen, dass man vom vielen Arbeiten nur dann krank werde, «wenn einem die Arbeit keinen Spass macht oder wenn man überfordert ist». Die Chefin von de Sede ist verheiratet, räumt aber ein: «Auf Kinder haben wir aber bewusst verzichtet.» Sie hätte es nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren können, ständig ihre Verpflichtungen als Mutter mit jenen als Firmenchefin austarieren zu müssen. In diesem Sinne fehlt auch der missionarische Eifer für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: «Jeder soll selber entscheiden, was ihm wichtig ist.»

Am Ende des Rundgangs kommen wir an einer Neuheit vorbei, die eben von einer Möbelfirma in Köln zurückgekehrt ist: einer Couch mit schwenkbarer Sitzfläche. Mit wenigen Handgriffen verwandelt Monika Walser das Sofa in eine bequeme Liege. «Das kam auf der Messe grossartig an», sagt sie. Das Wunder von Klingnau – es ist noch nicht zu Ende erzählt. ○

Schönheit

Geschminkte Männer

Kosmetikkonzerne setzen neuerdings auf bärtige Markenbotschafter. Ist Make-up etwas für ganze Kerle?

Der Mann an Ihrer Seite – getuschelte Wimpern, Lipgloss? Nun, es gibt Schlimmeres. Schliesslich sind David und Victoria Beckham noch verheiratet. Und wenn wir Frauen den Männern in der Berufswelt und beim Knabenschiesen den Rang ablaufen, ist es dann nicht einfach nur fair, wenn wir die, die das wollen, auch an unsere Schminktische lassen?

Make-up für Männer ist ausserhalb von Islamisten-Kreisen, wo die Augen mit Kohle geschwärzt werden, zwar noch kein Megatrend, aber doch im Kommen. Nachdem der Kosmetikkonzern «Covergirl» mit Social-Media-Star James Charles seinen ersten männlichen Botschafter berufen hat, folgte im Januar auch der Make-up-Hersteller Maybelline dieser Entwicklung und lässt den Youtuber Manny Gutierrez für sich werben.

Smaragdgrüne Augen

Mehr als zwei Millionen Menschen folgen Gutierrez' kühnen Schminkanleitungen, die insgesamt bereits mehr als neunzig Millionen Aufrufe erzielten. Da wird mit falschen Wimpern gearbeitet, die Augen werden vor Weihnachten mit Kupfertönen und Smaragdgrün festtagstauglich verschönert, und zwischenrein gibt es auch Mal ein Spass-Video wie «Grindr Hookup does my Makeup!», in dem sich der homosexuelle Gutierrez von einem männlichen Fitnessmodell, das offensichtlich keine Ahnung hat, was es da tut, das Gesicht mit bizarrem Ergebnis anmalen lässt.

Mit seiner gespreizten Stimme und der Diven-Attitüde hat Gutierrez hohen Unterhaltungswert. Die Zielgruppe ist dabei klar: nicht heterosexuelle Männer, die ein eher unkonventionelles Verständnis von Männlichkeit kultivieren – und Frauen. Von den mehr



Diven-Attitüde: Schminkstar ...



... Manny Gutierrez.

als drei Millionen Fans, die Gutierrez auf der Fotoplattform Instagram folgen, ist der Grossteil weiblich. Was naheliegt: Kann ein Mann so gut schminken, dass selbst er nach getaner Arbeit aussieht wie eine Disney-Prinzessin, dann können auch viele Frauen noch von ihm lernen.

Abdecken mit Brotteig

Umfragen zufolge ist das beliebteste Schminkprodukt unter Männern der Concealer, mit dessen Hilfe Augenringe und Fältchen retuschiert werden. Aber ist das auch für heterosexuelle Männer tragbar? Schaut man ins alte Rom, die Wiege unserer Kultur, dann zumindest: ja. Dort liessen sich Männer, die etwas auf sich hielten, nicht nur vom Hals abwärts enthaaren, sondern verwendeten auch eine Art Brotteig zur Abdeckung von Mängeln im Gesicht.

Auch für Männer, die maskulin wirken wollen, aber an einem leichten

Alltags-Make-up interessiert sind, gibt es Anleitungen auf Youtube. Dabei kommen getönte Tagescremes, Abdeckstifte, Puder, etwas Rouge oder Bronzepuder sowie Augenbrauenbürsten zum Einsatz. Das Ergebnis: Der Mann sieht frischer und erholter aus als zuvor. Unter dem Video «Natural «No Makeup» Makeup Tutorial for Men» kommentiert eine Frau auf Youtube: «Ich bin einverstanden. Warum sollten normale heterosexuelle Männer kein Make-up benutzen? Es lässt sie besser aussehen und vielleicht auch besser riechen.» Wie polarisierend das Thema dennoch ist, zeigt die Debatte, die unter ihrem Kommentar aufbrannt. «Du solltest nicht zulassen, dass Männer sich zu sehr selbst lieben, sonst werden sie nach und nach schwul», warnt etwa ein Mann die aufgeschlossene Kommentatorin.

Claudia Schumacher

Wie man sich ewig bindet

Viele Paare sind heute nicht mehr dazu bereit, über eine lange Zeit gemeinsam durchs Leben zu gehen. Dennoch rührt uns das Bild vom glücklichen alten Pärchen. Erfolgsrezepte für jedes Lebensalter.

Von Claudia Schumacher und Michael Zander (Illustrationen)



20 – 30 Jahre

Der eigene Marktwert:
Wie man sich teuer verkauft

Männer, harte Zeiten: Jede schlaue, hübsche Frau in deinem Alter hat unter ihren Verehrern auch zehn ältere, finanzstärkere Typen (und du selbst kannst auf die deutlich Jüngeren noch nicht gehen, ohne dich strafbar zu machen). Also: mit Romantik punkten – und dein Aussehen pflegen, denn hier bist du im Vorteil. Ladys, jetzt gibt's Männer wie Sand am Meer! Nicht vergessen zu wählen. Ab dreissig sieht's schon anders aus.



Zusammen wohnen:
Wie man sich harmonisch einrichtet

Um in seinen Zwanzigern nicht ständig irgendwo ein- und ausziehen zu müssen: Wartet mindestens ein Jahr, bevor ihr zusammenzieht. Ist es so weit, gibt's ein potenzielles Streitthema: das nicht vorhandene Budget. Haltet euch an Ikea oder das Brocki (Vintage passt schon). Und seid grosszügig zueinander. Sie will einen rosa Pompon aufhängen und er eine Rittersrüstung aufstellen? Warum nicht. Diese Wohnung ist ohnehin provisorisch.

30 – 40 Jahre

In den Dreissigern sind Männer und Frauen auf dem Liebesmarkt gleichwertig. Beide sehen noch gut aus, aber während er jetzt finanziell auf sicheren Füüssen steht, was seine Attraktivität steigert, führt bei ihr die Torchlusspanik langsam zu einer gewissen Bedürftigkeit, die sie 75 Prozent ihrer Verehrerschaft kostet. Die Party-Phase mit den vielen Kurzweiligkeiten haben nun beide hinter sich – ideales Alter für ernste Absichten!

Sie sind jetzt in dem Alter, in dem viele ins zweite Glied rücken: Die Kinder kommen. Plötzlich wird alles ernst, ernst, ernst. Das beweisen Sie sich gegenseitig auch mit den minimalistischen Designstücken, die einen auf unisex machen und keine dekorative Verspieltheit auf oder neben sich dulden. Aber treiben Sie die neue Sachlichkeit nicht auf die Spitze. Sonst wird es leicht, Ihre wunderbare Reife mit grosser Langweiligkeit zu verwechseln.

40 – 50 Jahre

Ab vierzig reichen Frauen die Scheidung ein – und Männer fangen an, sich beim Alter deutlich nach unten zu orientieren. Was beide in eine interessante Lage versetzt: Der Mann muss lernen, das dumme Geschwätz der jungen Dinger zu ertragen – allerdings für den Vorteil, gegenüber dieser Person mehr Autorität zu besitzen. Für die Single-Frau Mitte vierzig bleiben tolle Männer über sechzig oder gleichaltrige, die keine Jüngere abkriegen: Letztere sind dankbar für die zweite Chance – und keine schlechte Partie!

Sofern Sie nicht noch eines aus dem letzten Lebensjahrzehnt besitzen, beziehen Sie nun vielleicht ein Haus, in dem womöglich auch Ihre (Patchwork-)Kinder leben werden. Dabei sollten Sie eines beachten: Der Bautrend hin zu offenen, transparenten Wohnformen hat zwar etwas, aber auch Ihre Kinder werden eines Tages ein Sexleben haben – und das vermutlich in den ersten Jahren unter Ihrem Dach. Ein abgegrenztes Stockwerk für den Nachwuchs ist spätestens ab dann ein Segen für die ganze Familie.

50 – 60 Jahre plus

Getrennte, erste Verwitwete sowie Menschen, die sich nie gebunden haben: Das ist nun die Marktlage. Auf einer Welt, in der viele mit 48 noch in der ersten Pubertät stecken, ist Alter relativ. Luis Trenker wurde mit 96 Jahren noch mal Vater! Für die Liebe ist es nie zu spät. Dabei empfehlen sich auch für 60 plus die grossen Online-Singlebörsen wie Elitepartner.ch oder Parship.ch. Und Sie wären nicht die Erste, die in der Kirchgemeinde einen Mann findet! Da Frauen länger leben, sind die Männer jetzt immer umschwärmter.

Vielleicht kommen Sie in ein Alter, in dem Sie in eine kleinere Wohnung ziehen – und da Sie nun (wieder) in einer Beziehung sind, stellt sich die Frage, ob dies ein gemeinsamer Schritt ist. So oder so: Offenbleiben für Neues! Ersetzen Sie Ihr Bett oder renovieren Sie die Küche. Wer zulässt, dass um ihn herum alles alt wird, zieht auch geistig nicht mehr mit. Der Druck, zusammenzuwohnen, wird jedoch kleiner. Auch Frauen schätzen im Alter die eigenen vier Wände, in denen man nur noch für sich selber kocht und wäscht.

**Sex für Fortgeschrittene:
Wie man länger zusammen Spass hat**

Auch wer jung und sexy ist, muss sich in einer längeren Beziehung Mühe geben. Kein anderes Lebensalter ist so anfällig für erotische Verführungen von aussen: Jede Party, auf die der Partner alleine geht, kann der Anfang vom Ende sein. Anstatt aber deshalb nach der rauschhaften Sexphase dem Eifersuchtsrausch zu verfallen, empfiehlt sich die Erinnerung an den Beziehungsmythos. Wie hat man sich kennengelernt? Wie heiss war noch mal der erste Kuss, die erste Nacht? Verliebtheit und Lust lassen sich reaktiveren.

Sie haben sich für Kinder entschieden? Tja. Besonders viele Scheidungen werden im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes eingereicht. Durchhalten lohnt sich aber: Paare mit Kindern sind laut Studien auf Dauer die glücklicheren. Hilfreich ist es, wenn Sie trotzdem regelmässig einen Abend zu zweit organisieren, an dem Sie sich hübsch machen und einander daten. Kein Sex bei Baby-Stress ist kurzfristig zweckmässig, langfristig aber nicht. So primitiv es auch klingt: Bindung entsteht zu einem grossen Teil körperlich!

Haben Sie Paare beneidet, die seit zwanzig Jahren verheiratet sind, während Sie in die Scheidung schlitterten? Jetzt, da Sie wieder einen Partner haben, sind Sie bei einer Sache im Vorteil: Im Bett ist alles noch etwas frischer. Ausserdem passiert etwas Komisches: Ab vierzig haben Frauen mehr Lust, gleichzeitig sind die wenigsten noch so sexy wie mit zwanzig, was die Lust ihrer Partner etwas relativiert. Hinsichtlich Angebot und Nachfrage ein ausgeglichenes Jahrzehnt.



Auch die Dekaden jenseits der fünfzig halten sexuell eine Wendung zum Guten bereit: Es läuft entspannter ab. Man muss nicht ständig, um sich etwas zu beweisen oder ein Baby zu machen. Auch fragen sich Aussenstehende nicht mehr, wie oft die wohl ... Sex ist endlich eine optionale Privatsache! Spielerisch angehen: Fummeln Sie herum wie in Ihrer Jugend. Und: Körperlich ist keiner mehr ganz auf der Höhe – das nimmt der Scham die rationale Grundlage.

**Gesellig zu viert:
Wie man andere Pärchen trifft**

Sozial gesehen, sind die Zwanziger eine prima Zeit. Ihr lernt in der Ausbildung oder im Studium immer wieder neue Leute kennen, zieht vielleicht auch noch mal in eine neue Stadt, und ob ihr Singles seid oder ein Pärchen, ist nicht so wichtig: Man hängt ohnehin in grösseren Gruppen ab. Den einzigen Fehler, den ihr als Pärchen jetzt machen könnt, ist, euch abzukapseln. Geht am Wochenende mit feiern. Solltet ihr auch in euren Dreissigern noch zusammen sein, werdet ihr noch genügend Abende nur zu zweit erleben.

Nach dem Studium zieht einen der Job oft weg von den Freunden, die es nicht selten in alle Länder verstreut. Über den Job lernt man noch mal ein paar neue Leute kennen, aber das war es dann auch. Singles verbringen nicht mehr so gerne Zeit mit Pärchen wie früher, die Lebensentwürfe sind zu verschieden. Nun muss man andere Pärchen für sich gewinnen, Anleitung eins weiter unten.



Dates zu viert sind Dates für Fortgeschrittene. Andere Pärchen lernt man über Interessen kennen: im Job, beim Sport, über die Kinder, im Chor, in der Nachbarschaft. Normalerweise ist mindestens ein Element von vieren schwierig, die Gründe: Neid, Konkurrenz, Eifersucht. Männer: Nicht mit Besitz und Leistung angeben, bis einer heult. Frauen: Soll das hier klappen, geizt mit Reizen. Wer mit dem Mann der anderen flirtet, kann gleich heimgehen.

Es mag sich glücklich schätzen, wer mit über fünfzig einen viel jüngeren Partner hat – sozial gesehen, wird nun aber vieles erst richtig schwer. Denn ist bei einem Pärchenabend die eine Frau vierzig, die andere aber sechzig, fühlt sich letztere bedroht. Auch der eigene Gatte könnte ja auf «dumme Ideen» kommen! Jüngere sollten respektvoll auftreten. Für Gleichaltrige hingegen ist nun alles entspannter. Wer früher schwierig war, wird langsam altersmilde.

**Auf der Zielgeraden:
Wie man gemeinsam alt wird**

Ihr wollt gemeinsam alt werden? Da habt ihr euch etwas ausgesucht! Vielleicht die Ziele nicht gleich zu hoch stecken: Zusammenbleiben, von einem Jahr zum anderen, das ist schon etwas. Paare, die sich jung finden, haben einen besonderen Zauber: Sie werden eines Tages sehr viel miteinander erlebt haben und sich gegenseitig so gut kennen wie niemand sonst. Jedoch braucht ihr dazu besonders viel Toleranz. Ihr werdet euch noch stark entwickeln, vielleicht in ganz unterschiedliche Richtungen. Freiräume gönnen!

In Ihrem Alter gibt es einen grossen Beziehungskiller: Kinder. Wer keine hat, sieht die anderen, die welche haben – und muss das eigene Leben anders mit Sinn füllen. Unternehmen Sie etwas! Reisen, Sprachen lernen, gemeinsam einen Kochkurs machen – und den Sex geniessen, der den Kinderreichen immer schwerer fällt. Eltern: *date nights!* Sonst schreien Sie sich über den Windeln nur noch an.

Die Kinder kommen langsam alleine klar? Anders als kinderlose Paare, die ihr Leben schon früher interessant und abwechslungsreich gestalten mussten, stehen nun auch Sie vor einer neuen Selbstfindungsphase. Damit tun sich vor allem Frauen schwer, die sich über die Mutterschaft definiert haben. Rezept fürs Überstehen der Midlife-Crisis: Sich nicht scheiden lassen. Die Scheidung lässt sich immer noch einreichen, wenn die Wogen zwar geglättet, aber Sie immer noch unzufrieden sind.

Das eigentliche Sinnbild der menschlichen Sehnsucht nach Partnerschaft sind Sie beide: ein glückliches, altes Paar. Egal, ob Sie sämtliche Höhen und Tiefen des Lebens gemeinsam gemeistert haben oder ob Sie sich erst später kennenlernten: Der Neid der anderen ist Ihnen sicher. Und «für immer» war in der Liebe noch nie so realistisch! Das sollten Sie feiern. Ob Heirat oder Auffrischung des Eheversprechens: Versammeln Sie Ihre Liebsten zu einem Fest, und seien Sie stolz auf sich selbst und den Menschen an Ihrer Seite.

In Bannons Bann

Ist er der Teufel? Oder bloss der gefährlichste Mann der Welt? Nach Trump haben sich Medien und Politiker auf Stephen Bannon eingeschossen, den Strategiechef Donald Trumps. Ein prüfender Blick in einen angeblichen Abgrund amerikanischer Politik. Von Urs Gehriger

So sieht er also aus, der Leibhaftige. Wilde Mähne, mildes Lächeln, Knitterhose. Stephen Bannon sei «Trumps Mephisto», weiss der *Spiegel*. Der Präsident «folgt den Ideen seines Chefstrategen», als wäre er ein blindes Trampelschaf. Das ist der – vorläufige – Superlativ in einem fiebrigen Wettstreit der Schwarzmalerei.

Nichts ist neu im Reich der Finsternis. Regiert ein Republikaner im Weissen Haus, wird ihm rasch eine dunkle Macht angedichtet, die ihn perfid und zielsicher in den Abgrund lenkt. Karl Rove war «Bushs Gehirn». Richard Perle Reagans «Prinz der Finsternis». Hatte Obama eigentlich auch so einen Finsterling? Nun also Bannon, Trumps Beelzebub.

Mann am Reissbrett

Der Fokus auf Bannon ist richtig. Er ist der Mann der Ideen und Ideologien. Wenn aus Trumps Instinkt ein ideologischer Überbau gezimmert werden soll, ist Bannon der Mann am intellektuellen Reissbrett.

«Schnell wie der Wind» arbeite sein Hirn. «Ungeduldig und extrem fordernd» sei er, sagen Kollegen und langjährige Weggefährten. Die *Weltwoche* hat ein halbes Dutzend von ihnen interviewt. Sie erzählen alle von einem «brillanten Strategen», der nie ruhe. «Ich weiss nicht, ob er überhaupt schläft», sagt ein Kollege, der während des Wahlkampfes täglich mit Bannon im Kontakt war.

Stephen Bannon, 63, wuchs als Arbeiterjunge in Norfolk, Virginia, auf, nahe dem grössten Kriegsschiffhafen der Welt. Als Junge sieht er die Flugzeugträger an der Werft, Vehikel der Grossmacht, die in die ganze Welt auslaufen.

Nach der Highschool heuert er an, verbringt an Bord eines Zerstörers sieben Jahre auf hoher See, arbeitet im Pentagon, zieht weiter an die Georgetown-Uni, dann an die Harvard Business School. Immer weiter nach oben führt sein Weg, von der Main Street an die Wall Street. Er wird Investmentbanker bei Goldman Sachs, blickt in den Maschinenraum der Weltwirtschaft und scheffelt Geld wie Heu.

Via Hollywood in den Journalismus

99 Prozent der Menschheit wären an diesem Punkt stehengeblieben. Bannon nicht. Von einem inneren Motor getrieben, erfindet er sich wieder neu, siedelt an die Westküste, wird Un-

ternehmer in Hollywood, dreht und produziert Filme, unter anderem den für den Oscar nominierten Streifen «Titus» (1999) mit Anthony Hopkins. Er stürzt sich in den Journalismus, rollt die Medienwelt von rechts auf und landet schliesslich – als hätte er das Drehbuch seines Lebens selbst geschrieben – im Weissen Haus.

Bannon ist einer wie im Film. Einer, der Tiefen und Höhen des Lebens kennt. Einer, der Amerika mit dem Bauch fühlt und den Duft der Welt gerochen hat. Er ist einer, dem man zuhört, wenn er spricht. Erst recht, weil seine Botschaft so düster klingt. So erzählen seine Mitstreiter.

«Die Welt ist in der Krise», lautet Bannons Befund, «die westliche Welt insbesondere.» Drei Gründe nennt er für die Misere. Erstens verliere der Kapitalismus sein jüdisch-christliches Fundament. Zweitens sei eine «immense Säkularisierung des Westens» im Gang. Jüngere Menschen, besonders Millennials unter dreissig, wendeten sich, getrieben von der Populärkultur, vom Glauben ab. Drittens sehe sich der Westen mit einem «unangenehmen Thema» konfrontiert. «Wir sind in einem Krieg gegen einen dschihadistischen, islamischen Faschismus.» Dieser eröffne stets neue Kriegsschauplätze in einem Tempo, mit dem Regierungen nicht Schritt halten könnten.

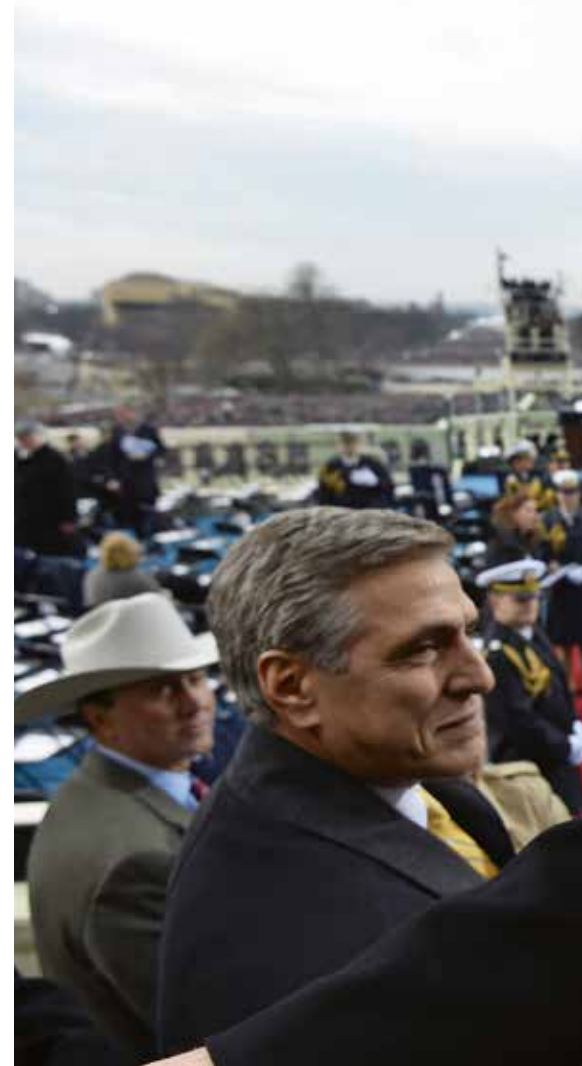
«Apocalypse Now»

Hört man Bannon in Vorträgen und Interviews auf Youtube sprechen, fühlt man sich ein wenig in Coppolas «Apocalypse Now» versetzt, Napalm zum Frühstück und im Hintergrund der säuselnde Doors-Heuler «The End». Bannon erinnert sich genau an den Moment, als sich seine Welt zu verdüstern begann. Es war 1979 an Bord eines Kriegsschiffes im Persischen Golf. Eine Flugstunde entfernt

wurde damals die US-Botschaft in Teheran besetzt, 52 Amerikaner befanden sich während 444 Tagen in Geiselhaft.

«Ich stamme aus einer Arbeiterfamilie, irische Katholiken, pro Kennedy, pro Gewerkschaft, wir wählten traditionell demokratisch», erzählte Bannon in einem Interview mit Bloomberg im Oktober 2015. «Ich war nicht politisch, bis ich in den Militärdienst eintrat und sah, wie Jimmy Carter alles verkackte. Ich wurde ein grosser Bewunderer Ronald Reagans. Ich bin es immer noch. Aber was mich gegen das ganze Establishment auf-

«Er spürte die Unruhe im Volk, weil es in ihm selbst rumorte.»



«Ein guter Mann»: Stephen Bannon.

gebracht hat, war meine Rückkehr aus Asien 2008, wo ich Firmen geführt hatte, und entdeckte, dass Bush es ebenso verkackt hatte wie Carter. Das ganze Land war ein Desaster.»

Ron Maxwell, Drehbuchautor und Filmmacher («Gettysburg», «Gods and Generals», «Copperhead»), der mit Bannon seit Jahrzehnten befreundet ist, erinnert sich: Mit Bitterkeit und Zorn habe Steve beobachtet, wie sein eigener Vater, ein Angestellter einer Telefonfirma, einen Grossteil seiner Ersparnisse verlor, während seine ehemaligen Kollegen von der Wall Street ohne Kratzer die Krise überlebten. Es war die Initialzündung für den bannonschen Feldzug, den er sowohl gegen links wie rechts führt, gegen Demokraten ebenso wie Republikaner.

Gegen Eliten von links und rechts

«Es waren Bushs idiotische Kriege und Rettungsaktionen für die Banken, die der radikalen Linken den Weg an die Macht geebnet haben», sagt Maxwell. «Die Republikanische Partei unter Bush, McCain und Romney hat Obamas Präsidentschaft ermöglicht und zementiert.»

Betrogen von den Eliten in Politik und Wirtschaft, war Bannon auf der Suche nach Neuem.

«Er spürte die Unruhe im Volk, weil es in ihm selbst rumorte», sagt ein Weggefährte aus



seiner Zeit bei Goldman Sachs. «Er kam mir vor wie ein Tier, das über Dutzende Kilometer Distanz einen Feuerherd wittert, der sich zu einem Steppenbrand ausweiten wird.»

«Leni Riefenstahl der Tea Party»

Bannon drehte Filme über die Revolte, bevor sie sich unter dem Namen «Tea Party» formierte und lange bevor die Medien sie entdeckten. Die Filmtitel klingen wie eine Kampfansage: «Border War» (über illegale Immigration), «The Chaos Experiment», «Battle for America» und «Fire from the Heartland» (über den Aufstand konservativer Frauen).

Sein Schaffen erregte die Aufmerksamkeit eines anderen Rebellen, der dem Establishment den Krieg erklärt hatte. Andrew Breitbart, der Gründer des gleichnamigen «alternativen» Nachrichtenportals, das gegen alles schoss, was sich hinter politischer Korrektheit verbarrikadierte. Breitbart war von Bannons Handwerk beeindruckt, er nannte ihn gar «Leni Riefenstahl der Tea-Party-Bewegung».

Als Breitbart 2012 unerwartet früh verstarb, rückte Bannon nach. Als neuer Chef kam er nach London, um in Europa Fuss zu fassen. Er rekrutierte einen verschworenen Haufen junger Journalisten zum Kriegsrat. «Bannon

schien irgendwie abwesend, tippte auf dem Telefon herum und führte Ferngespräche», erinnert sich einer, der in jener Stunde dabei war. «Dann plötzlich explodierte er, ratterte Ideen und Aufträge runter.»

Wer ihm widersprach habe, den habe er zum Redeuell herausgefordert. «Wir gerieten in einen heftigen Streit», erzählt ein späteres Redaktionsmitglied, bei dem Zoten und Beleidigungen hin- und herflogen. «Ich liebe ihn nicht, aber, Gott, wie bewundere ich ihn!» Bannon habe instinktiv gespürt, was sich unter der Oberfläche Englands zusammenbraute. «Er sah den Brexit voraus, Jahre bevor es so weit war.»

Patriot im Sinne Reagans

Bei Breitbart spielte Bannon gezielt mit Provokationen, brach mit dem Code der politischen Korrektheit, reizte die Grenzen zum Antisemitischen, Rassistischen, Homophoben und Misogynen aus und durchbrach sie bisweilen. Nancy Pelosi, die Minderheitsführerin im Repräsentantenhaus, nennt ihn einen «white supremacist».

Es ist ein Vorwurf, den Bannon täglich zigmal um die Ohren geschlagen wird. Seit Trump Bannon auch noch in den Nationalen Sicherheitsrat aufgenommen hat, wird der Vorwurf noch schriller vorgebracht. «Ich bin

kein weisser Rassist», insistiert Bannon selbst. «Ich bin ein ökonomischer Nationalist.»

Was sagen Menschen, die ihn seit Jahrzehnten kennen? «Die Vorwürfe sind völlig unbegründet», nimmt McKay Daines seinen Kollegen in Schutz. Daines, Drehbuchautor, Filmemacher und Produzent, hat Bannon in Hollywood kennengelernt. Bannon sei ein Patriot im Sinne Reagans. Die beiden haben 2004 die Reagan-Dokumentation «In the Face of Evil» gedreht. «Schon damals spürte ich, dass Steve Bannon erkannt hatte, wie wichtig es war, eine Berufung im Leben zu finden, anderen zu helfen, Menschen in Not beizustehen.» «Anderen» heisst für Bannon in erster Linie: seinen Landsleuten. «Er will, genau wie sein Vorbild Ronald Reagan, die Nation «retten», die in Schulden ertrinkt und in ihrer globalen Führungsrolle ins Straucheln geraten ist, und den Amerikanern neuen Mut geben. Das ist der Kern seiner erstaunlichen Energie und seines bemerkenswerten Arbeitsethos.»

Jüdisch-christliche Tradition

Drei Säulen gelte es neu zu verankern, sagt Bannon, um Amerika wieder zu alter Grösse aufzubauen: Kapitalismus. Leitkultur. Nationalismus. Der Kapitalismus müsse vom Krebsgeschwür der Korruption und von ungezügelmtem Eigennutz befreit werden. Das wiederum könne nur im Rahmen einer gesunden Nation gelingen. Nationalismus sei der Mechanismus und das Gefäss, in welchem sich die jüdisch-christliche Tradition und deren Werte verankerten und so die Gesellschaft prägte. Sie gelte es zu einem Bollwerk auszubauen, das gegen die Unterwanderung durch den Islam standhalten könne.

Bannon scheint zu spüren, dass diese Ideen in der westlichen Welt von einer Grundströmung quer durch alle Gesellschaften getragen werden. «Die Menschen wollen Souveränitätshoheit für ihr Land zurück, sie wollen Nationalismus für ihr Land», so Bannon in einer Rede vor rechten Katholiken im Vatikan 2014, zu der er per Videokamera zugeschaltet war. «Sie glauben nicht an diese paneuropäische Union, oder sie glauben nicht an die zentralisierte Regierung in den USA.»

Es ist das Gedankengut, das direkt in die Inaugurationsrede Donald Trumps geflossen ist: «Zu lange hat eine kleine Gruppe in der Hauptstadt unseres Landes von der Regierung profitiert, und das Volk hat die Kosten getragen.» – «Ihr werdet niemals mehr ignoriert werden.» – «Amerika zuerst.»

Wer ist hier der Chef?

Was der neue Präsident da via Teleprompter zur Welt sprach, trägt die Handschrift Bannons.

Ist Trump bloss Bannons Vollstrecker? Bannon scheint Andeutungen in diese Richtung gemacht zu haben: Trump sei ein «grobes Werk-

zeug in unserer Hand», so Bannon in *Vanity Fair* im letzten Sommer. «Ich bin mir nicht sicher, ob er das wirklich begreift oder nicht.» Der *Spiegel* nennt dies einen «faustischen Pakt». Ist der Milliardär dem Beelzebub Bannon auf den Leim gekrochen und erfüllt nun dessen Plan?

Auf die Hierarchie im Weissen Haus angesprochen, meinte Vizepräsident Mike Pence auf Fox News lächelnd: «Es gibt bloss eine Person in der Regierung, die alles im Griff hat, und das ist Präsident Donald Trump, aber wir schätzen Stephen Bannons Einsatz sehr.»

«Bei den beiden gibt es weder Herr noch Diener», sagt ein langjähriger Bannon-Gefährte, der mit ihm im Wahlkampf zusammenarbeitete. «Trump und Bannon sind ein Dream-Team.» Da hätten sich zwei gefunden, die sich ohne grosse Worte verstünden.

Düstere Visionen

Doch während Trump mit blühenden Worten vom Aufbau in Amerika spricht, finden sich in Bannons Reden düstere Anspielungen auf weltpolitische Umwälzungen jenseits der Meere. «Wir stehen am Beginn eines sehr brutalen und blutigen Konflikts», sagte er in seiner Vatikan-Rede. Die gläubigen Christen müssten nicht bloss zu ihrem Glauben stehen, sondern auch für ihn zu kämpfen bereit sein. Denn sonst werde «die neue Barbarei alles, was wir in 2000 bis 2500 Jahren hervorgebracht haben, ausmerzen».

Will Bannon die westliche Gesellschaft zum Krieg gegen den radikalen Islam aufreissen? Beschwört er allenfalls einen Konflikt, der sich zu einem Zusammenprall der Kulturen und Religionen auszuweiten droht?

Journalisten wollen beobachtet haben, dass bei Bannon zu Hause überall Kriegsbücher



«Bewegung aus der Mitte»: McKay Daines.



«Antithese zum Kriegstreiber»: Ron Maxwell.



«Dream-Team»: mit Präsident Trump (l.).

herumliegen. «Steve ist ein Militarist, er liebt den Krieg, es ist fast wie Poesie für ihn», so eine Ex-Kollegin auf der Website Daily Beast. Ein Buch habe Bannons Interesse besonders geweckt, weiss das *Time*-Magazin: «The Fourth Turning». Die amerikanische Geschichte, so die These des Buches, könne als Vier-Phasen-Zyklus beschrieben werden, welcher sich stets wiederhole. Generationen fallen in eine Krise, suchen Halt in Institutionen, rebellieren gegen diese und vergessen die Lektionen der Vergangenheit, wodurch sich die Tür öffne für den nächsten Krisenzyklus. Gemäss *Time* hat Bannon angedeutet, nach der amerikanischen Revolution, dem Bürgerkrieg und dem Zweiten Weltkrieg stehe man nun an der Schwelle einer grossen Katastrophe.

Hört nicht auf die Verleumder

Ron Maxwell schüttelt den Kopf: «Glaubt kein Wort dieser fanatischen parteiischen Verleumdung. Steve Bannon ist ein Patriot und ein guter Mann.» Maxwell, der politisch mit Bannon in vielem einig ist und sich noch jetzt regelmässig mit ihm austauscht, wehrt sich auf Facebook für seinen Freund. Es sei ihm ein persönliches Anliegen, diese Sache richtigzustellen. «Bannon hat sich felsenfest gegen die endlosen Kriege gewehrt, die sowohl Republikaner wie Demokraten im letzten Vierteljahrhundert leichtsinnig vom Zaun gebrochen haben. Das ist einer der Hauptgründe, weshalb er Trump als Kampagnenmanager unterstützt hat und weshalb er heute im Weissen Haus sitzt.» Bannon sei die «Antithese zum Kriegstreiber». «Er ist gegen *regime change, nation*

building oder Einmischung in fremde Bürgerkriege.» Wie Reagan unterstütze er eine Aussenpolitik des Friedens durch Stärke.

«Bannon ist der intellektuelle Repräsentant der Stimmung in Amerika», sagt Regisseur McKay Daines. «Er ist weit entfernt vom rechten Rand, wo ihn die linken Medien stets hinschrei-

ben. Er steht für die Bewegung aus der gesellschaftlichen Mitte, er ist der Vertreter eines wiederauflebenden amerikanischen Patriotismus. So einfach ist das.»

Was führt Bannon im Schild mit seiner neugewonnenen Macht? Ein Strategiebuch hat der Strategieführer der mächtigsten Nation der Welt bisher nicht verfasst.

Konsultiert man seine Videos und

Tonmitschnitte im Internet, stolpert man immer wieder über vage Begriffe und verbale Unschärfen. Was genau meint er mit «erleuchtetem Kapitalismus»? Welches sind die «jüdisch-christlichen Werte» des Westens, die es um jeden Preis zu verteidigen gelte? Warum soll die «Säkularisierung des Westens» eine Hypothek für das Überleben unserer Gesellschaft sein?

Könnte es sein, dass hinter dem «gefährlichsten Mann Amerikas» weniger steckt, als allseits geunkt wird? Bannon selbst gibt nichts preis. Er gefällt sich in der Rolle des Undurchsichtigen und schürt gezielt Verwirrung, indem er regelmässig eine Nebelschwade steigen lässt. «Dick Cheney. Darth Vader. Satan. Das ist Macht», sagte er dem *Hollywood Reporter* nach Trumps Wahl zum Präsidenten. «Es hilft uns nur, wenn sie [Linke und Medien] im Dunkeln tappen. Wenn sie nicht wissen, wer wir sind und was wir tun.»

«Trumps Start war kein Erfolg»

Amerikas Staranwalt Alan Dershowitz über Trumps Rechtsverständnis, sein Verhältnis zur Demokratie und den Einwanderungsstopp für Muslime.

Er ist kein Freund von Donald Trump. Im Wahlkampf unterstützte er Hillary Clinton, die wie er Mitglied der Demokratischen Partei ist. Doch Alan Dershowitz, einer der prominentesten Rechtsanwälte in den USA, zeichnet ein differenziertes Bild des umstrittenen Präsidenten. Der emeritierte Harvard-Professor ist ein angesehenes und respektiertes Spezialist für amerikanisches Verfassungs- und Strafrecht. Er beriet zum Beispiel die Verteidigung im Mordfall O.J. Simpson und arbeitete mit den Juristen von Nelson Mandela zusammen. Der 79-Jährige, der in New York City wohnt und ständig auf Achse ist, beantwortete die Fragen der *Weltwoche* schriftlich.

Herr Dershowitz, Donald Trump setzt Wahlversprechen schnell um. Zu seinen ersten Entscheidungen gehörte der Einwanderungsstopp für Muslime aus sieben arabischen Ländern. Bewegt er sich damit im Rahmen der Legalität?

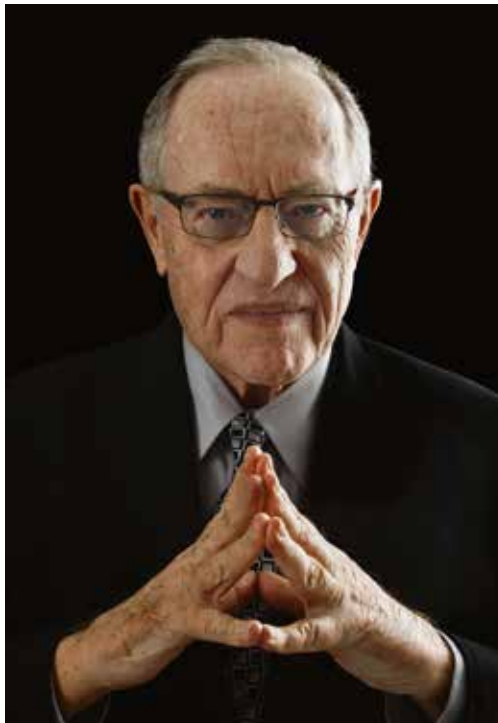
Das ist eine komplexe und schwierige Frage. Sowohl die Verfassung als auch mehrere Ausführungsbestimmungen müssen da berücksichtigt werden. Der Präsident hat recht weitgehende Kompetenzen bei der Einwanderung. Ich glaube, dass das Gericht vermutlich einige Teile der Direktive aufrechterhalten wird – vor allem bei Personen, die derzeit keine Verbindung zu den USA haben. Gleichzeitig gibt es aber das Statut, dass niemandem die Einreise aufgrund seiner Rasse verweigert werden kann.

Da liegt ein offensichtlicher Konflikt vor.

Das Dekret ist schlecht vorbereitet worden. Offenbar wurde es nie Juristen vorgelegt. Zudem würde ich unterscheiden zwischen dem verfassungsmässig Zulässigen und dem, was eine schlechte, sehr schlechte Politik ist.

Sie sagen, das Dekret sei bis zu einem gewissen Grad verfassungsrechtlich vertretbar. Die amtierende Generalstaatsanwältin Sally Yates ist da offenbar anderer Meinung. Sie erklärte Trumps Dekret als gesetzeswidrig – und wurde vom Präsidenten entlassen.

Der Präsident handelte vollkommen innerhalb seiner rechtmässigen Kompetenz, als er die amtierende Generalstaatsanwältin entliess, weil sie sich geweigert hatte, sein Dekret zu verteidigen. Sie lag falsch, als sie das Justizdepartement anwies, alle Teile des Dekrets abzulehnen. Einige da-



«Haltet keine Vorträge»: Trump-Kritiker Dershowitz.

von waren verfassungsmässig richtig, andere hingegen nicht. Wenn sie mit dem Dekret nicht leben kann, hätte sie aus Protest von ihrem Amt zurücktreten müssen.

Was wäre an diesem Einwanderungsstopp verfassungswidrig?

Unbedenklich wäre es, einer Familie aus dem Jemen die Einreise zu verweigern, wenn sie über keinerlei Beziehungen zu den USA verfügt. Sollte diese Familie aber eine Green Card besitzen und nach einem Besuch im Jemen in die USA zurückkehren wollen, wäre es illegal, sie an der Einreise zu hindern. Mit der Verfassung ebenfalls nicht vereinbar wäre es, Doppelbürgern die Einreise zu verweigern, falls sie ihre amerikanische Staatsbürgerschaft rechtens erworben haben. Doch unabhängig von juristischen Überlegungen würde ich einerseits sagen, dass vernünftige Menschen den Einfluss auf die nationale Sicherheit anders als Trump beurteilen können. Aber lassen Sie uns andererseits nicht vergessen, dass die betroffenen sieben Länder ihre eigenen Einreiseverbote kennen, vor allem gegen Israel und einige sogar gegen Juden.

Weshalb wurden Ägypten und Saudi-Arabien vom Einreisestopp ausgenommen?

Die Trump-Administration sagt, dass von diesen Ländern keine Terrorgefahr ausgehe, weil sie gegen den IS kämpfen.

Es fällt auf, dass Trump sehr ausgiebig von Dekreten Gebrauch macht. Ist das verfassungsrechtlich in Ordnung?

Alle Präsidenten haben in den vergangenen Jahren stärker auf Dekrete zurückgegriffen, als dies frühere Präsidenten getan hatten. Republikaner beklagten sich, als Barack Obama es tat, und jetzt beklagen sich Demokraten, wenn Trump es tut.

Wie sehen Sie als als Verfassungsrechtler den Trend, mit Hilfe von Dekreten zu regieren?

Dekrete werden zu ausgiebig eingesetzt. Das Erlassen von Gesetzen kommt vergleichsweise zu kurz.

Hat der Präsident mit seinen Dekreten bisher rechtsstaatliche Prinzipien verletzt?

Diese Frage wird letztlich von Gerichten beantwortet werden müssen, vermutlich vom Obersten Gerichtshof. Allgemein gesagt, ziehe ich das ordentliche Gesetzgebungsverfahren vor. Aber der Präsident muss die Kompetenz haben, in Notsituationen handeln zu können. Allerdings scheint Trump wenig Verständnis für unser System der *checks and balances* zu haben. So machte er unberechtigte Angriffe auf die Justiz. Aber wir werden das überleben.

In europäischen Medien werden Trump und sein Regierungsstil negativ dargestellt. Verstehen Sie es als Demokrat und Wahlhelfer Hillary Clintons, wenn Trump mit Nazi-Verbrechern oder IS-Terroristen verglichen wird?

Europäer sollen sich zunächst ihre eigenen Vorurteile und Fanatiker anschauen. Viele Staaten in Europa schliessen Menschen aufgrund ähnlicher Kriterien aus, die jetzt in den USA zur Anwendung kommen, zum Beispiel Ungarn, Griechenland, Polen und Frankreich. Und die britische Labour Party wird von einem Fanatiker geführt. Also bitte, haltet den unvollkommenen Vereinigten Staaten keine Vorträge, bevor ihr eure eigenen Unvollkommenheiten angeht.

Wenn Sie die ersten Wochen von Trumps Präsidentschaft Revue passieren lassen: Wie beurteilen Sie seinen Leistungsausweis bezüglich Entscheidungseffizienz, Durchführbarkeit der Dekrete und Vereinbarkeit mit der Verfassung?

Wenn man auf diese drei Kriterien abstellt, dann waren seine ersten Wochen im Weissen Haus kein Erfolg.

Die Fragen stellten Pierre Heumann und Roger Köppel.

«Glauben Sie, unser Land ist so unschuldig?»

Präsident Donald Trump spricht in einem grossen Interview mit dem Starjournalisten Bill O'Reilly über seine ersten zwei Wochen im Amt, seine unstrittene Einreisepause, über Putin und über die Fehler Amerikas.

Dieses Interview wurde auf dem US-amerikanischen Nachrichtensender Fox News am Montag erstmals ausgestrahlt. Journalist Bill O'Reilly, 67, gehört auf bürgerlicher Seite zu den angesehensten amerikanischen Publizisten und Buchautoren. Schlagzeilen in den USA machte vor allem Präsident Trumps Bemerkung, er respektiere Russlands Präsident Putin. Zu reden gab auch seine rhetorische Frage, ob O'Reilly glaube, die USA seien ein «unschuldiges Land». Das Bemerkenswerteste an dieser Feststellung war der Mangel an Moralismus. Die Linken klagen über die US-Politik im Tonfall moralischer Selbstgerechtigkeit; die Rechten wiederum beantworten die Kritik ebenso selbstgerecht, indem sie die US-Aussenpolitik in jedem Fall für moralisch gerechtfertigt erklären. Trumps Nüchternheit bildet einen wohlthuenden Kontrast. Wir dokumentieren im Folgenden das Gespräch, das auch zeigt, dass Trump ganz anders redet als gewöhnliche Politiker.

Eine weitere grosse Woche für die Trump-Administration. Die Vorstellung des neuen Bundesrichters Neil Gorsuch, glaube ich, lief gut?

Ja, so war es.

Aber die Flüchtlingsfrage, die temporäre Einreisepause, verlief weniger glatt.

Meiner Meinung nach sehr glatt. Betroffenen waren nur 109 Leute von Hunderttausenden von Reisenden, und alles, was wir taten, war, dass wir diese Leute sehr, sehr genau überprüften.

Sie würden also nichts anders machen, wenn Sie dies noch einmal tun müssten? Einige Ihrer Mitarbeiter kannten die Anweisung gar nicht genau.

Nun, das ist nicht das, was General Kelly gesagt hat. General Kelly – der jetzt Secretary Kelly ist und Minister für Innere Sicherheit – sagte, er wisse es genau, er war sich dessen bewusst, und es lief sehr rund.

Reden wir über den Iran. Ihre Einschätzung: Glauben Sie, dass wir mit diesem Land auf Kollisionskurs sind – wir, das heisst die Vereinigten Staaten?

Ich glaube, es war der am schlechtesten

ausgehandelte Deal, den ich je gesehen habe. Es war ein Abkommen, das nie hätte ausgehandelt werden sollen...

Das Nuklearabkommen?

Absolut. Die Obama-Administration hat diesen Deal gemacht. Meiner Meinung nach ist es eine Schande, dass wir ein solches Abkommen haben und dass wir ein solches Abkommen unterzeichnen mussten. Es gab keinen Grund, dies zu tun. Wenn man es aber will, dann muss man ein gutes Abkommen haben. Wir gaben dem Iran 1,7 Milliarden Dollar in bar, was unerhört ist, und wir erhielten eigentlich nichts als Gegenleistung.

Möglich, dass Sie das Abkommen zerreißen?

Wir werden sehen, was geschieht. Eines kann ich sagen: Die Iraner haben nur Geringschätzung übrig für unser Land. Sie sind die Nummer eins unter den terroristischen Staaten, sie schicken Geld und Waffen überall hin, und das darf man nicht.

Also Sanktionen – damit werden Sie anfangen. Aber das ist wie den Kurs eines Flugzeugträgers ändern.

Ich rede nie über militärische Massnahmen. Ich habe Präsident Obama immer für seine Ankündigung kritisiert, dass man nach Mossul vordringen werde. Man lieferte Namen, Datum, Zeit. Ich glaube nicht an so etwas.

Sie sind also in diesem Punkt bezüglich des Iran nicht wirklich bullish [optimistisch]?

Ich bin nicht optimistisch. Die Iraner empfinden meiner Meinung nach bloss Verachtung für unser Land. Ich verstehe dieses Abkommen nicht. Ich hätte es schlucken können, wenn sie gesagt hätten: «Okay, wir sitzen jetzt alle im selben Boot.» Aber gerade das Gegenteil ist wahr. Es ist, als ob sie dadurch ermutigt worden seien. Sie verfolgen unsere Flugzeuge, sie umkreisen mit ihren kleinen Booten unsere Schiffe, und sie haben

jeden Respekt verloren, weil sie nicht glauben können, dass jemand so stupid sein kann, einen solchen Deal zu machen.

Sie haben letzte Woche mit Putin gesprochen. Ihre vergangene Woche war ausgelastet.

Ausgelastete anderthalb Wochen.

Respektieren Sie Putin?

Ich respektiere ihn, aber –

Tun Sie das wirklich? Wieso?

Well, ich respektiere viele Leute, aber das heisst nicht, dass ich mit ihnen auskomme. Er ist der Leader seines Lands. Ich behaupte, es ist besser, mit den Russen auszukommen als nicht. Und wenn Russland uns im Kampf gegen den IS hilft – was ein vorrangiger Kampf ist – und gegen den islamischen Terror überall auf der Welt, dann ist das eine gute Sache. Werde ich mit ihm auskommen? Ich habe keine Ahnung.

Aber er ist doch ein Killer. Putin ist ein Killer.

Es gibt viele Killer. Wir haben viele Killer. Was glauben Sie? Ist unser Land so unschuldig? Glauben Sie, unser Land ist so unschuldig?

Ich weiss von keinen Regierungschefs, die Killer sind.

Well – schauen Sie, was auch wir getan haben. Wir haben viele Fehler gemacht. Ich war von Anfang an gegen den Irakkrieg.

Aber Fehler sind etwas anderes als ...

Viele Fehler – aber viele Leute wurden getötet. Es sind viele Killer unterwegs, glauben Sie mir.

Reden wir über Mexiko. Laut einem Bericht haben Sie mit Präsident Nieto gesprochen und ihm gesagt, dass, wenn seine Armee mit den Drogenkartellen nicht fertig werde, die Soldaten der US-Armee damit schon zurecht kämen. Ich möchte wissen, ob das wahr ist oder nicht. Haben Sie das gesagt?

Wir müssen etwas gegen die Kartelle tun. Ich habe mit ihm darüber geredet. Ich will ihm dabei helfen. Ich glaube, er ist ein sehr guter Mann. Wir haben ein sehr gutes Verhältnis, wie Sie vielleicht wissen. Er schien gewillt zu sein, von uns Hilfe zu empfangen, weil er ein Problem hat, das auch für uns ein wirkliches Problem ist. Vergessen Sie nicht, dass diese Kartelle auch in unserem Land operieren. Und sie vergiften die Jugend unseres Landes. **Glauben Sie, dass Mexiko gegenwärtig ein korruptes Land ist? Korruption gibt es da ja seit Jahrzehnten.**

Ich mag die Leute in Mexiko. Ich mag diese Regierung wirklich. Ich glaube, dass Nieto ein guter Mann ist. Wir kommen sehr gut miteinander aus. Aber sie haben Probleme mit der Kontrolle gewisser Aspekte ihres Landes. Ich würde sagen, dass die Drogen und die Drogenkartelle Problem Nummer eins sind.

Sind Sie sich darüber klargeworden, welche Art von Zoll Sie von Mexiko erheben werden, um für die Mauer zu bezahlen?

Nun, im Moment ist alles sehr ungünstig. Im Moment verlieren wir Arbeitsplätze an Mexiko. Schauen Sie sich diese Fabriken an, diese riesigen Fabriken. Nun muss ich Ihnen sagen, dass ich die Wende bereits geschafft habe. *I have turned it around.* Das können Sie ja sehen. Ford hat das phäno-

fluchtsstädte. Sie erzeugen Verbrechen, es gibt viele Probleme. Falls es notwendig ist, entziehen wir ihnen das Geld. Wir geben Kalifornien enorme Summen von Geld – wie Sie wissen, ist Kalifornien in vielerlei Hinsicht aus dem Ruder gelaufen. Die Wähler sind offensichtlich der gleichen Meinung, sonst hätten sie nicht für mich gestimmt.

Ist das Schliessen des Geldhahns Ihre bevorzugte Waffe?

trierung anschauen und sehen, dass Tote gewählt haben, wenn Sie sehen, dass Leute in zwei Staaten registriert sind und in zwei Staaten gewählt haben, wenn Sie andere Dinge sehen, wenn Sie Illegale – Leute, die nicht [US-]Bürger sind – auf den Wählerlisten sehen: Schauen Sie, Bill, wir können Babys sein, aber werfen Sie einen Blick auf die Registrierung – man findet darin Illegale, Tote, ja. Es ist eine schlimme Situation.

Wirklich schlimm.

Glauben Sie also, dass man beweisen kann, dass Sie mit Ihrer Aussage recht haben?

Das ist schon geschehen. Viele Leute haben sich bei mir gemeldet und gesagt, dass ich recht habe.

Aber wo sind die Daten, die zeigen, dass drei Millionen Illegale wählten?

Vergessen Sie das. Vergessen Sie all das. Schauen Sie sich einfach die Registrierungen an, und wir werden Folgendes tun: Ich werde eine von Vizepräsident Mike Pence geleitete Kommission einsetzen, und wir werden das sehr, sehr sorgfältig anschauen.

Das ist gut so. Gehen wir der Sache auf den Grund. Können die Amerikaner 2017 mit einer Steuersenkung rechnen?

Ich glaube schon. Ich glaube, noch vor Ende Jahr. Ich würde

gerne ja sagen.

Können die Amerikaner 2017 einen von der Trump-Administration vorgelegten Krankenversicherungsplan erwarten?

Vielleicht wird es bis ins nächste Jahr hinein dauern, aber wir werden sicher den Prozess anschieben. Sehr kompliziert. Obamacare ist eine Katastrophe. Sie müssen sich daran erinnern, dass Obamacare nicht funktioniert. Deshalb werden wir einen wundervollen Plan vorlegen. Gesetzlich braucht das Zeit. Aber wir werden ihn ziemlich bald vorlegen. Das glaube ich,

ja. Ich würde gerne sagen, bis Ende Jahr. Bis dann werden wir wenigstens die Grundlagen bereithaben.

Letzte Frage. Sie kriegen pro Tag vier Stunden Schlaf oder etwas ähnlich Verrücktes. Wenn Ihr Kopf aufs Kissen fällt, sagen Sie sich je: «Ich kann's nicht glauben, dass ich hier bin. Ich kann's nicht glauben, dass ich Präsident der Vereinigten Staaten bin, wo ich doch gar kein Politiker war. Ich habe doch nicht so angefangen, dies war doch nicht mein Lebensziel?» Denken Sie je an so etwas?

Well, ich muss Ihnen sagen, letztthin bin ich durchs Haupttor des Weissen Hauses hin-



«Ein surreales Erlebnis»: Präsident Trump, befragt vom konservativen Starmoderator Bill O'Reilly.

menal gemacht. Ford hat eine Fabrik abgesagt. Sie brauchen riesige ...

Yeah, Sie haben sie eingeschüchtert. Sie haben sie eingeschüchtert.

Ich weiss nicht, ob sie vor mir Angst haben. Sie wollen das tun, was richtig ist.

So, sie wollen das tun, was richtig ist? Wieso haben sie früher nicht das getan, was richtig ist? Sie haben Angst vor Ihnen?

Weil die falschen Leute mit ihnen redeten. Aber sie werden jetzt das tun, was richtig ist, und sie bringen Arbeitsplätze nach Michigan und Ohio und Pennsylvania zurück und an all die Orte, wo die Leute ihre Jobs verloren haben. Das passiert bereits. Ich glaube, Sie werden ein gewaltiges Wachstum an Arbeitsplätzen in unserem Land erleben.

Wenden wir uns der Innenpolitik zu. Ich war gerade eine Woche in Kalifornien. Wie Sie wissen, stimmen sie dort gerade darüber ab, ob sie ein Zufluchtsstaat [sanctuary-state, ein Staat, der Flüchtlinge und illegale Migranten aufnimmt, auch wenn es gegen das Gesetz ist, Anm. d. Red.] werden sollen. Kalifornien und die USA sind also auf Kollisionskurs. Wie sehen Sie das?

Well, ich halte dies für lächerlich. Zufluchtsstädte? Wie Sie wissen, bin ich gegen Zu-

Nun, es ist eine Waffe. Aber ich möchte nicht einem Staat, einer Stadt das Geld entziehen. **Aber Sie sind bereit, es zu tun?**

Ich will niemandem den Geldhahn zudrehen. Ich will ihnen das Geld geben, das sie brauchen, um eine Stadt oder einen Staat richtig zu verwalten. Aber wenn sie Zufluchtsstädte haben wollen, dann müssen wir das mit dem Geldhahn vielleicht tun. Das wäre sicher eine Waffe.

Ist es irgendwie legitim, zu sagen, dass Sie Dinge sagen, die sich faktisch nicht belegen lassen? Wenn Sie als Präsident behaupten, dass drei Millionen illegale Einwanderer gewählt hätten, und Sie dann keine Daten haben, um dies nachzuweisen, werden einige sagen, es sei für einen Präsidenten verantwortungslos, so etwas zu behaupten. Ist die Kritik berechtigt?

Viele haben sich bei mir gemeldet und gesagt, dass ich recht habe. Sie wissen das. **Ja, aber Sie müssen die Daten haben, um es zu belegen.**

Lassen Sie mich bloss dies sagen – und es hat nichts mit den Wahlen zu tun, obwohl dies das Schlussergebnis ist. Es hat mit Registrierung zu tun. Wenn Sie sich die Wählerregis-

«Ich glaube, Sie werden ein gewaltiges Wachstum an Arbeitsplätzen erleben.»

eingegangen und sagte zu mir selber: «Das ist irgendwie *amazing* [erstaunlich].» Oder man steigt in die Air Force One. Es ist auf eine gewisse Weise wie ein surreales Erlebnis – aber man muss darüber hinwegkommen, weil so viel Arbeit zu erledigen ist, ob es nun um Jobs geht oder um andere Nationen, die uns wirklich hassen. Man muss darüber hinwegkommen.

Football. Wie sehen Sie dieses Spiel? [Das Interview wurde am Vorabend des Super Bowl geführt, des Endspiels im amerikanischen Football – dieses Jahr zwischen den Atlanta Falcons und den New England Patriots.]

Well, ich mag Bob Kraft, ich mag Coach Belichick, und Tom Brady ist mein Freund [der Besitzer, der Coach und der Quarterback der Patriots].

Deshalb wird über sie [die Patriots] viel geschimpft, wie Sie wohl wissen.

Ich weiss, sie müssen viel Hohn über sich ergehen lassen. Aber wissen Sie was? Es macht sie auch populär. Sie werden sehr gut spielen. Tom [Brady] ist ein Siegertyp.

Sie drücken also den Patriots die Daumen?

Ich halte die andere Mannschaft für fantastisch. Es hat sich gezeigt, dass ihr Quarterback gut geworden ist. Aber wissen Sie, auf den Patriots liegt weniger Druck, weil sie schon Super-Bowl-Sieger waren. Wenn man einmal gewonnen hat, wenn man es einmal geschafft hat – und das haben sie –, gibt es viel weniger Druck. Mal sehen, was passieren wird. Aber wissen Sie, man muss seine Freunde unterstützen, ist das nicht so?

Sicher. Fox Sports [Fernsehsender] verlangt, dass ich Sie um eine Prognose bitte.

Ich hasse es, Voraussagen zu machen.

Aber Sie müssen.

Ich hasse das. Ich weiss nicht einmal, wie die Wettquoten sind. Ich nehme an, ziemlich ausgeglichen, zwei grossartige Teams, ziemlich ausgeglichen. Ich sage, die Patriots werden gewinnen.

Mit wie vielen Punkten Vorsprung?

Mit acht Punkten [die Patriots siegen 34:28, nachdem sie 3:28 im Rückstand gelegen haben.]

Alright. Das ist eine gute präsidentiale Prognose. Wir werden sehen.

Ich sollte diese Dinge nicht tun, aber es ist okay.

Dafür brauchen Sie keine Daten.

Nein, da brauche ich keine.

Mr. President, *thanks very much*, dass Sie sich die Zeit genommen haben.

Fatales Vermächtnis

US-Präsident Trump hat von seinem Vorgänger einen miserablen Deal mit dem Iran geerbt. Das Mullah-Regime testet laufend Trägerraketen für atomare Sprengköpfe. *Von Pierre Heumann*



Konfrontationskurs: iranischer Raketentest.

Atom-Deal hin oder her: Teheran setzt weiterhin auf Raketen, die als Träger für Nuklearwaffen verwendet werden können. So auch am 29. Januar 2017. Es war der erste Raketentest seit dem Einzug von Donald Trump ins Weisse Haus. Der neue US-Präsident reagierte rasch. Er verhängte Sanktionen. Doch der Iran liess sich nicht einschüchtern und liess weitere Tests durchführen. Nicht um Trump auf die Probe zu stellen, wie ein Sprecher des iranischen Aussenministeriums meinte, denn das sei nicht notwendig: «Wir haben in den vergangenen Tagen seine Ansichten zu verschiedenen Themen gehört. [...] Wir kennen ihn ziemlich gut.»

Die iranische Regierung beruhigt. Die Raketen würden lediglich der Verteidigung dienen. Ein Mitglied der parlamentarischen Kommission für nationale Sicherheit und

Aussenpolitik prahlte diese Woche in Teheran aber damit, iranische Missiles würden nur gerade sieben Minuten brauchen, um Tel Aviv in Israel zu treffen. Vor einem Jahr trug eine der Raketen, die angeblich nur der Verteidigung dienen, die Aufschrift «Israel muss ausgelöscht werden». Die Reichweiten der Missiles von bis zu 2000 Kilometern genügen, um nicht nur Israel, sondern auch Teile des Mittleren Ostens mit seinen US-Stützpunkten anzugreifen. Auch Regionen in Europa könnten angepeilt werden.

Geleugnetes Atomprogramm

Während Jahren hatte Teheran behauptet, nie an einem militärischen Nuklearprogramm gearbeitet zu haben. Spätestens seit dem Bericht der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) von 2015 ist allerdings akten-

kundig, dass der Iran bis 2009 ein militärisches Atomprogramm betrieb – obwohl das Regime dies stets in Abrede gestellt hatte. Trotzdem setzten die Weltmächte den Atom-Deal vor einem Jahr in Kraft, als ob es den IAEA-Bericht über die militärischen Projekte nie gegeben hätte. Die iranische Regierung hatte Grund zur Freude. Denn der Atom-Deal sollte zu einer schrittweisen Aufhebung der Sanktionen führen. Im Gegenzug verpflichtete sich Teheran, sein Atomprogramm auf die zivile Ausrichtung zu beschränken. Im Juli 2015 wurde der gemeinsame Aktionsplan unterschrieben, im Januar 2016 wurde er rechtskräftig. Aber zehn Monate nach der Unterzeichnung zählten amerikanische Experten bereits mehrere Raketentests.

Solche Tests seien nicht im Widerspruch zum Atom-Deal, sagt Emily Landau, Experte für Waffenkontrolle beim Institute for National Security Studies (INSS) in Tel Aviv. Denn der Iran hatte seine Verhandlungspartner über den Tisch gezogen. Vor allem die USA seien so erpicht auf das Abkommen gewesen, dass sie dem Iran in einem Anhang Raketentests zugestanden hätten. Teherans Unterhändler hatten gedroht, den Vertrag sonst abzulehnen. Der Iran wird lediglich «aufgefordert», auf Aktivitäten mit ballistischen Raketen zu verzichten, die Nuklearwaffen transportieren können. Diese Formulierung ist so unverbindlich, dass Raketentests nicht gegen den Atom-Deal verstossen.

Raketentests für den Wahlkampf

Den iranischen Unterhändlern war damit ein Coup gelungen. Denn in einer früheren Resolution des Uno-Sicherheitsrates von 2010 war der Test ballistischer Missiles strengsten Bedingungen unterworfen worden. Der Iran werde auf jede Aktivität im Zusammenhang mit ballistischen Missiles verzichten, hiess es dort. Für jeden Test müsse die Bewilligung des Uno-Sicherheitsrates eingeholt werden. Mit dem Atom-Deal wurde dies aber verwässert.

Im Iran war das Abkommen bei konservativen Persern von Anfang an umstritten, trotz dieser Zugeständnisse. Der als Reformier geltende Präsident Hassan Ruhani habe zu viele



Kritik im eigenen Land: Präsident Ruhani.

Konzessionen gemacht und zu wenig erhalten, kritisierten die Hardliner. Jetzt zeigen Umfragen: Ein grosser Teil der Bürger beurteilt den Leistungsausweis Ruhanis ebenfalls kritisch. Die Verbesserungen im Alltag kommen weniger schnell voran, als er im letzten Wahlkampf versprochen hatte. Nur noch 55 Prozent der Iraner geben dem Abkommen laut einer Umfrage das Prädikat «gut». Vor einem Jahr betrug die Zustimmungssquote noch 77 Prozent. So kurz vor den iranischen Präsidenten-

Vor einem Jahr trug eine der Raketen die Aufschrift «Israel muss ausgelöscht werden».

schaftswahlen im Mai ist das eine Nachricht, die Ruhani beunruhigen muss. Deshalb wolle er den Bürgern beweisen, dass er die Konfrontation mit Trump nicht scheue, sagt ein Journalist in Teheran. Für die iranische Regierung seien Raketentests deshalb innenpolitische PR. Ruhani mache damit Wahlkampf.

Dabei kennt Teheran, siehe oben, Trump «ziemlich gut». Dieser hat aus seiner Kritik am Atom-Deal seines Vorgängers nie ein Geheimnis gemacht. Kaum war die Nachricht vom Raketentest nach Washington gedrungen, schickte der neue US-Präsident seinen Sicher-

heitsberater Mike Flynn vor die Kameras im Weissen Haus und liess den Iranern ausrichten, dass sie gewarnt seien. Eine Reihe von Sanktionen sollte zeigen, dass es sich nicht bloss um leere Worte handelte – auch wenn die Sanktionen erst einmal bescheiden ausfielen.

Der Iran führt seit Jahrzehnten Raketentests durch. Mehrere US-Präsidenten waren damit konfrontiert – und schwiegen. Es begann in der Amtszeit von Jimmy Carter. Trump ist nun der erste von bisher sechs Präsidenten, der die Tests verhindern will.

Verharmloste Schwächen

Trumps Team werde vor einer Konfrontation mit dem Iran nicht zurückschrecken, meint der Washingtoner Bürochef des *Wall Street Journal*, Gerald F. Seib. Sicherheitsberater Flynn missbilligt das iranische Verhalten seit langem. Vor zwei Jahren sagte er in einem Parlaments-Hearing, der Iran sei eine Gefahr für die Region «und letztlich auch für die Welt». Der neue Verteidigungsminister Jim Mattis, ein ehemaliger Marinegeneral, ist für seine feindliche Einstellung gegenüber dem Mullah-Regime bekannt. Er erinnert sich an die iranische Rolle beim Terroranschlag auf amerikanische Marinesoldaten in Beirut und an die iranischen «Verbündeten» im Irak, die US-Soldaten töteten.

Trump hat von seinem Vorgänger einen schlechten Deal geerbt. Um den US-Bürgern die Vereinbarung schmackhaft zu machen, hatte Obama deren Lücken und Schwächen heruntergespielt und behauptet, es gehe um Krieg oder Frieden und um bessere bilaterale Beziehungen zur Regionalmacht Iran.

Die Kontrollmechanismen, die Obama pries, um die Zustimmung zum Abkommen zu erhalten, sind allerdings so schwach, dass sie ergebnislos sind. Die Sanktionen sind dermassen vage formuliert, dass sie ihre Wirkung verfehlen. In rund zehn Jahren soll der Deal auslaufen, der dem Iran nur die zivile Anwendung der Atomenergie zugesteht. In der Zwischenzeit will die iranische Regierung die Zeit nutzen und den Bau ballistischer Raketen vorantreiben. Es sei denn, jemand hindert sie daran. ○



SUISSENAUTIC

Nationale Boots- und Wassersport-Show
Salon national du nautisme et des sports nautiques
Bern, 15. – 19. Februar 2017
www.suisseautic.ch



Glanz des Sports: Tom Brady (M.), Spielmacher der New England Patriots, beim Sieg gegen die Atlanta Falcons.

Sternstunde der Patriots

Zuerst langweilig einseitig, dann unglaublich dramatisch: Das grösste amerikanische Sportereignis der noch jungen Ära Trump war auf eine interessante unpolitische Art ein Spiegelbild der politischen Situation des Landes. *Von Rod Ackermann*

Schön und beruhigend, dass es Spitzensport gibt, denn von alternativen Fakten kann da nicht die Rede sein. Hier gilt einzig das Schlussresultat mit einem Gewinner und einem Verlierer, unzweideutig zu belegen mittels Video, und damit basta. Siehe den Super Bowl LI mit dem Sieg der New England Patriots gegen die Atlanta Falcons in der Verlängerung. Der dramatische Verlauf und die Lichtgestalt liessen wieder einmal den Unterhaltungswert einer Sportart erkennen, die das Publikum im Rest der Welt nicht mehr als einmal pro Jahr interessiert, und dies meist aus anderen Gründen als sportlichen.

Vom 34:28-Sieg der Patriots und der grandiosen Performance ihres Quarterbacks, des bald 40-jährigen Tom Brady, ist rundum alles begeistert. Weltweit erschallt Echo auf das erste Football-Finale der Ära Trump, was automatisch ein Politikum daraus macht. Ein Glück, dass die beiden Mannschaften in der Nacht auf Montag die einzig mögliche Antwort gaben: eine sportliche Leistung von höchster Güte.

America great again

Das Motto des neuen US-Präsidenten – «Make America great again» – hätte kaum besser illustriert werden können als an diesem Super Bowl Sunday, in den USA ein inoffizieller

Nationalfeiertag. Anders als bei den meisten seiner Vorgänger – in der Regel eher langweilige Angelegenheiten – kam es diesmal zu einer Sternstunde. «One for the ages», wie die Medien unisono lobten – für die Patriots aus Neuengland ebenso wie für Patriots jeglicher Couleur.

War der Erfolg des Teams um Tom Brady von Prognostikern zwar erwartet und von Trump *himself* wenige Stunden vor Anpfiff in gewohnt undiplomatischer Weise im Interview mit Fox Television erhofft worden, so setzte er in seiner Unzweideutigkeit und infolge mitreissenden Spielverlaufs ein paar Ausrufezeichen. Zum Beispiel hinter die

Selten war die ungemeine Beschwichtigungskraft des Sports besser festzustellen.

51-jährige Geschichte des Endspiels im American Football, aber auch hinter die zweieinhalbwöchige Amtszeit des neuen, als Sportfan bekannten Präsidenten.

Ihm bot sich eine hervorragende Gelegenheit, beim traditionellen Empfang der Sieger im Weissen Haus die Pose des Triumphators einzunehmen. Im Zeitalter von *America first*

werden Super Bowls politisch ausgeschlachtet, dasselbe tun bei Fussball-Weltmeisterschaften und Olympischen Spielen auf der Suche nach Volksnähe auch andere Staatsoberhäupter. Regierende sonnen sich gar zu gerne im Glanz des Sports und seiner Protagonisten.

Drama bot der Super Bowl, Ausgabe 2017, nicht allein, weil die Patriots im Abnutzungskampf gegen die Falcons erst in der Verlängerung, einer Premiere nach fünfzig Jahren, obenaus schwangen. Atemberaubend war schon gewesen, wie sie einen anscheinend uneinholbaren Rückstand von bis zu 25 Punkten im Schlussviertel wettmachten. Einerseits ein noch nie da gewesenes Comeback, auf der Gegenseite aber ein beispielloser Kollaps – und eine Wohltat für jeglichen Zuschauer, nicht zuletzt den Herrn des Weissen Hauses. Den freute es, dass sich sowohl der Patriots-Besitzer, der Unternehmer Robert K. Kraft, als auch deren Chefcoach Bill Belichick als Trump-Anhänger geoutet hatten. Kein Wunder, pries kurz nach dem Schlusspfiff ein hungerisser Mister President via Twitter das «amazing comeback», nannte Bob Kraft, Tom Brady und Coach B «total winners» und schloss mit einem bewundernden «Wow!».

Ein Detail, dass Brady nicht ganz so weit wie seine Chefs gegangen war. Dank mittlerweile

fünf Super-Bowl-Siegen der anerkannt Beste seines Sports, hat sich der Zwei-Meter-Hüne aus San Mateo bei San Francisco zwar wiederholt als Freund des Präsidenten bezeichnet, doch vorsichtig beigelegt, mit Freunden brauche man nicht immer gleicher Meinung zu sein. Auch wenn man gelegentlich mit ihnen ein paar Runden Golf spielt. Der Quarterback weiss genau, dass sportliche Ikonen behutsam vorgehen müssen, wenn es um Politik geht. Ähnlich hat es auch Michael Jordan getan, der Basketball-Abgott a. D., der seine notorische Zurückhaltung bei politischen und gesellschaftlichen Themen einmal damit begründete, dass «auch Republikaner Sportschuhe kaufen». Geschäft ist Geschäft.

Ob nun Republikaner oder Demokraten: Ebenso hingerissen wie der Präsident war im ganzen Football-begeisterten Land auch das Fussvolk. Der Super Bowl und dessen Star brachten sogar das Kunststück fertig, die bei dieser Gelegenheit dominanten nichtsportlichen Themen – TV-Werbespots sowie Halbzeit-Show – an die Wand zu drücken. Als Pausenattraktion bot die Trump-Opponentin Lady Gaga zwar Spektakuläres, hielt sich mit Protest indes weise zurück. Möglicherweise zur Enttäuschung jener, die auf dieser Bühne ein entsprechendes Zeichen erwartet hätten. Selten war die ungemaine Beschwichtigungskraft des Sports besser festzustellen.

Superlative für Senioren

Inzwischen geraten Sportkommentatoren, denen bereits acht Tage zuvor beim 18. Grand-Slam-Sieg von Roger Federer die Superlative auszugehen drohten, bezüglich Tom Brady in Wortfindungsschwierigkeiten. Summton ist «The Greatest of all Time», bemüht werden sogar Vergleiche mit Muhammad Ali. Das Einzige, was dem Quarterback noch fehlt, ist ein passender Spitzname, wie ihn zum Beispiel Joe Montana trug, der bisher Erfolgreichste des Fachs: «Mister Cool».

Ähnlich wie der Schweizer Tennis-Maestro, der im Sommer seinen 36. Geburtstag feiert, aber dessen ungeachtet bewundernswerte Form und Frische an den Tag legt, steht der um vier Jahre ältere Kalifornier, verheiratet mit dem brasilianischen Supermodel Gisele Bündchen und dreifacher Vater, als Vorzeigefigur dafür, dass Athleten der Sonderklasse selbst in vergleichsweise fortgeschrittenem Alter zu Sonderleistungen fähig sein können. Die zunehmende Lebensdauer erfasst auch den Sport, vierzig ist das neue dreissig.

Das legt die Frage nahe, wie lange Tom Brady, der bereits siebenmal zu einem Super Bowl (2002 bis 2017) startete, noch in seinem brutalen Beruf Haut und Knochen zu Markte trägt. Sein Vertrag läuft in zwei Jahren aus, doch hat er wissen lassen, dass er noch «mindestens bis 45» spielen wolle. ○

EU-Migration

Mauerbau im Mittelmeer

Halbherzigkeit, Heuchelei und, ja, Lernfähigkeit, sprechen aus dem jüngsten Migrantenbeschluss der EU. Dabei würde eine klare abschreckende Botschaft genügen. Von Wolfgang Koydl

Als Angela Merkel im Herbst 2015 die Grenzen für Migranten sperrangelweit aufriss, da begründete sie dies mit den unmenschlichen Zuständen, unter denen diese Menschen auf dem Hauptbahnhof von Budapest campieren mussten. Noch heute rechtfertigen Verteidiger der Kanzlerin ihren Beschluss mit diesem humanitären Impuls.

Seitdem ist viel passiert, und auf den Bahnhöfen drängeln sich heute nur noch die Pendler. Dafür hausen die Flüchtlinge jetzt in Lagern auf den griechischen Inseln oder in Libyen, neben denen sich die Zelte im Zentrum Budapests ausnehmen wie Zimmer eines besseren Budgethotels.

Von humanitären Katastrophen hörte man allerdings nichts, als sich die EU bei ihrem jüngsten Gipfel in Malta der Migrationskrise zuwandte. Jetzt heisst es, dass man den Flüchtlingen möglichst nahe bei ihren Heimatländern helfen soll, dass man sie den Klauen der mafiösen Schlepperbanden entreissen müsse, dass man sie gar nicht erst europäischen Boden erreichen lassen dürfe. Auf gut Deutsch: «Bleibt bloss weg!»

Im Wesentlichen entspricht das der seit Jahren praktizierten, erfolgreichen Migrationspolitik Australiens, die noch vor nicht allzu langer Zeit in Europa lauthals als menschenverachtend gebrandmarkt wurde. Man könnte sich fragen, warum es so lange gedauert hat, bis die Europäer und, allen voran, die deutsche Kanzlerin nun auch endlich den Realitäten ins Auge sehen. Die Frage ist müssig. Einen solch monumentalen Fehler zuzugeben, wäre gleichbedeutend mit politischem Selbstmord.

Neuer Partner: Libyen

Immerhin: besser spät als nie. Noch besser wäre es allerdings, wenn die EU endlich wirklich ehrlich wäre: sich selbst, ihren Wählern und den potenziellen Migranten in Afrika und im Nahen Osten gegenüber. Doch auch im Schlusscommuniqué von Malta tropft die Heuchelei aus jeder Zeile. Zumindest den Anspruch von Menschlichkeit möchte man aufrechterhalten – vor allem im Gegensatz zu jenem unmenschlichen, menschenverachtenden Monster in Amerika, Donald Trump.

Seine Mauerpläne an der mexikanischen Grenze und sein Einreisestopp für Personen

aus Ländern mit überwiegend muslimischer Bevölkerung hat die moralische Entrüstung in Europa auf neue Höhepunkte getrieben. Die schrillen Töne können jedoch eine schlichte Wahrheit nicht übertönen: Europas Flüchtlingspolitik unterscheidet sich kaum mehr von derjenigen der USA – nur dass Donald Trump eine Mauer entlang des Rio Grande bauen wird und EU-Führer Donald Tusk einer schwimmenden Mauer im Mittelmeer das Wort redet, komplett mit vorgelagerten Barrikaden in Westafrika.

Es gibt einen weiteren, entscheidenden Unterschied: Die USA verlassen sich bei der Eindämmung der Migrantenströme auf sich selbst, derweil die EU auf immer fragwürdigere Partner angewiesen ist.

Das war schon so beim hochgelobten Flüchtlingsabkommen mit der Türkei. «Eigentlich», so gab ein Gesprächspartner in Brüssel zu, «hat es mit der Türkei gar nichts zu tun. Griechenland ist das neue Flüchtlingslager, und Griechenland haben wir gleichsam unter Quarantäne gestellt und von der EU abgekoppelt, als wir die Balkanroute schlossen.»



«Bleibt bloss weg!»

Nun soll also Libyen der neue Migrationspartner der EU werden – «weil man mit Italien nicht dasselbe machen kann wie mit Griechenland», wie der Eurokrat schonungslos erklärte. «Wenn wir Italien mit Flüchtlingen fluten und die Grenze am Brenner schliessen, fliegt uns Europa endgültig um die Ohren.»

Da ruht denn also eine grosse Verantwortung auf dem armen Libyen, einem Land, das – wie die italienische Tageszeitung *La Repubblica* schrieb – «nicht existiert». Die Regierung von Ministerpräsident Fayed al-Sarraj, der seine Unterschrift unter das Abkommen setzte, kontrolliert nur einen Teil der langen libyschen Küstenlinie.

Aus dem Deal von Malta spricht Verzweiflung, wenn auch leider nicht der Mut der Verzweiflung. Zugegeben, ein anderer Deal steht derzeit leider nicht zur Verfügung. Sicher ist jedoch: Halbherzig, heuchlerisch und hasenfüssig wird die EU den Migrantenstrom nicht eindämmen können. Sie darf nicht nur verstohlen abschreckend handeln, sie muss auch eine klare abschreckende Botschaft aussenden: «You will not make Europe your home.» ○

«Ich greife die Krankheit an»

Milo Yiannopoulos ist einer der umstrittensten Journalisten der USA. Sein Trumpf: Er kann Ideen so formulieren, dass sich die Jugend und ein breiteres Publikum angesprochen fühlen. Die Linke hindert ihn gewaltsam am Reden. Von James Delingpole



Irrsinnig authentisch: Breitbart-Starautor Milo Yiannopoulos.

Milo Yiannopoulos hat kürzlich wieder Schlagzeilen gemacht, und diesmal wurde sogar Präsident Trump aufmerksam. Milo – wie er sich am liebsten stilisiert in Anlehnung an Madonna, Kanye, Bowie und all die anderen einnamigen Ikonen, denen er nacheifert – war auf der letzten Etappe seiner «Dangerous Faggot»-Tour, bei der es darum ging, durch Kritik am radikalen Feminismus und am fundamentalistischen Islam auf die repressive politische Korrektheit an amerikanischen Universitäten aufmerksam zu machen. An der University of California in Berkeley musste die Veranstaltung jedoch wegen gewaltsamer Proteste abgesagt werden, bei denen mindestens eine Person bewusstlos geschlagen wurde, Polizisten mit Steinen und Molotowcocktails beworfen und Gebäude in Brand gesetzt wurden. Der Sachschaden belief sich auf 100 000 Dollar.

Hohe Ziele

Präsident Trump, unbeeindruckt vom Vorgehen der Anarchisten, die von Milos Botschaft nichts hören wollten, twitterte um drei Uhr nachts: «Wenn UC Berkeley freie Meinungsäußerung verhindert und Gewalt gegen unschuldige Andersdenkende praktiziert – KEINE STAATLICHEN GELDER?» Als Milo wenig später von Fox News dazu befragt wurde, antwortete er: «Ich habe die Rückendeckung des Präsidenten.»

«Scheisskerll!», dachte ich, wie so oft in solchen Situationen. Ich kenne Milo, meinen Kollegen bei Breitbart, seit vielen Jahren, habe seinen Aufstieg mit einer Mischung aus Ehrfurcht, Neid und herzlicher Abneigung verfolgt. Gewiss, ich verehere ihn nach wie vor, aber wie Gore Vidal einmal zu Recht sagte:

«Jedes Mal, wenn ein Freund Erfolg hat, stirbt etwas in mir.»

Schon vor zehn Jahren, als Milo noch Blogger beim *Daily Telegraph* war, ahnte ich, dass er es weit bringen würde. Er hatte in Cambridge studiert, sah umwerfend aus, war immer modisch gekleidet, charmant, witzig, auf schrille Weise schwul, sprachgewandt, konnte mühelos Freunde gewinnen und Menschen beeinflussen. Seine Schreibe – schlagfertig, geistreich – war perfekt (er orientierte sich schliesslich an mir).

Doch es war nicht von Anfang an klar, dass dieser eigenwillige, launische, frivole Typ mit geheimnisumwitterter Vergangenheit (sein Vater, behauptet er, sei ein Gangster, gewissermassen ein griechischer Tony Soprano) und seiner unterschweligen Angriffslust sich einen Namen in der Welt machen würde. Er versuchte sich an verschiedenen Projekten – zunächst als Blogger, dann gründete er ein Online-Technologiemagazin, dessen Chefredaktor er war –, aber richtig aufwärts ging es erst vor zwei Jahren, um seinen dreissigsten Geburtstag herum, als er offenbar beschloss: «Ich werde der berühmteste rechte Polemiker meiner Generation.»

Milo wurde, wie Bowie in seiner Ziggy-Star-dust-Phase, durch schiere Willenskraft ein Star. Es half natürlich, dass er ohnehin respektlos, scharfsinnig, flamboyant, angriffslustig und wortgewandt war. Aber er wusste, dass Talent allein nicht reicht. Er würde wie ein Verrückter arbeiten müssen (jeder Fernsehauftritt, jede Debatte wurde exakt vorbereitet), und zweitens würde es immer und vor allem um das Produkt Milo gehen.

Er bezeichnete sich als «fabelhaftester Superschurke der Welt», färbte die Haare pla-

tinblond, was ihm das Aussehen einer Cartoonfigur gab, liess sich von einem Starfotografen wie ein Model ablichten, stählte seinen Körper im Fitnessstudio, schmiss Partys für seine Fans, machte Selfies in Sterne-Restaurants, protzte in Interviews mit seinem Reichtum und seinen Erfolgen, hatte einen Haufen passionierter Mitarbeiter, kleidete sich und agierte wie eine Superdiva – und siehe da, am Ende war er genau das.

«Halb Dozent, halb Komiker»

Wie sein Held Donald Trump ist Milo das perfekte Geschöpf unserer Zeit – konstruiert und absurd und zugleich irrsinnig authentisch. Sein Gespür für die Funktionsweise der heutigen Medien ermöglicht es ihm, seine Gegner vorzuführen: nie einlenken, sondern noch eins draufsetzen. Wirft man ihm Rassismus vor, entgegnet er lachend (und wahrheitsgemäss), dass er auf schwarze Männer steht; und wirft man ihm Oberflächlichkeit vor, stimmt er sofort zu: dass es ja nur darum geht.

Unlängst erklärte er auf Fox News: «Ich bin ein Entertainer, ein Performer, halb Dozent, halb Komiker. Und wenn es etwas gibt, was Autoritäre hassen, dann ist es Gelächter. Sie hassen es, weil sie es nicht kontrollieren können – weil man nicht steuern kann, was die Leute komisch finden.»

Deshalb ist die politische Rechte, vom Brexit bis zu Donald Trump, überall auf dem Vormarsch: weil sie dank Websites wie Breitbart.com und Kultfiguren wie Milo eine neue Sprache und einen neuen Stil gefunden hat. Konservative konnten schon immer ihre Gedanken fundiert darlegen, ob im *Spectator*, in der *National Review* oder in der *Weltwoche*. Aber es ist ihnen nie recht gelungen, ihre Ideen so zu formulie-

ren, dass sich die Jugend und ein breiteres Publikum angesprochen fühlt. Milo und seine Kollegen haben es geschafft, die traditionelle Meinungsführerschaft der Linken zu brechen, während die Rechte nunmehr sexy, gegenkulturell und amüsant erscheint.

Auch wenn seine Feinde das Gegenteil behaupten, Milos Ansichten sind nicht sonderlich extrem. Er ist für die traditionelle Ehe, er findet, dass der Feminismus die Frauen hässlich und unglücklich macht, er beklagt die Unfreiheit im Islam (von der besonders Frauen und Homosexuelle wie er selbst betroffen sind), er verachtet die Scheinheiligkeit und Humorlosigkeit der linken Gutmenschen, er tritt für Meinungsfreiheit ein. Es ist weniger der Inhalt, den die Linken ablehnen (aber natürlich auch das), als vielmehr seine Sprache, die so witzig, spielerisch und charmant ist, dass man sich seinen Argumenten unmöglich entziehen kann.

«Mein Vermächtnis wird dauerhafter sein als das von Trump. Ich greife die Krankheit an, nicht die Symptome», sagte er in einem Interview. Wie immer masslos übertrieben und selbstverliebt. Aber wie so oft steckt in seiner Prahlerei mehr als nur ein Körnchen Wahrheit.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Klima

Menschengemacht

Ein Skandal in den USA zeigt, wie staatliche Forscher der Politik dienen.

Die Erde erwärme sich weiter, jubelten auch Schweizer Blätter im Juni 2015: «Eine Klimapause gab es nie.» Dass sich die Journalisten darüber freuten, obwohl wegen der wärmeren Temperaturen angeblich die Apokalypse droht, liess sich leicht begründen. Denn zuvor standen die Klimaforscher vor einem Rätsel: Die Erdtemperatur hielt sich hartnäckig nicht an ihre Modelle – sie stieg von 1998 bis 2014 nicht. Die Wissenschaftler stritten diesen Befund erst ab und suchten dann Dutzende von Erklärungen; keine davon hielt aber der Überprüfung stand.

Dann kamen im Juni 2015 – ein halbes Jahr vor der entscheidenden Klimakonferenz von Paris, also gerade noch rechtzeitig – die Forscher der US-amerikanischen Nationalen Ozean- und Klimabehörde (NOAA). Sie stellten in einer sensationellen Studie im Journal *Science* fest, vor allem die Temperaturen auf den Weltmeeren seien falsch gemessen worden, nämlich mit Bojen statt auf den Schiffen. Und wer richtig messe wie sie, der sehe, dass die Temperatur auch zwi-

schen 1998 und 2014 weiter gestiegen sei. Eben: Eine Klimapause gab es nie. Das galt dank weltweiter Propaganda fortan als Glaubenssatz, und das Klimaabkommen von Paris war gerettet.

Ein Jahr später ging aber für die amerikanischen Klimaforscher tatsächlich die Welt unter: Donald Trump kam ins Weisse Haus und griff mit seinen Beratern die politisierte Wissenschaft von Behörden wie der NOAA an; die Republikaner, die an der Klimakatastrophe zweifeln, halten jetzt die Mehrheit im Kongress. In Panik sprachen die Forscher schon davon, sie müssten ihre – von den Steuerzahlern finanzierten – Daten vor den «Klimaleugnern» retten.

Was davon zu halten ist, sagte jetzt der Wissenschaftler John Bates, bei der NOAA für die Archivierung der Daten zuständig und als Vorbild ausgezeichnet, in der britischen *Mail on Sunday* und auf dem Blog von Judith Curry (*Weltwoche* vom 26. Januar 2017): In ihrem Fieber, noch vor der Pariser Konferenz die unaufhaltsame Erwärmung vorzuführen, verletzten die Kollegen alle eigenen Richtlinien und verwendeten fragwürdige Daten. «Sie nahmen die schlechten Daten der Schiffe und warfen die guten der Bojen raus», sagt John Bates. «Man passt nie gute Daten schlechten an – genau das machten sie aber.»

Das heisst: Mindestens die Erwärmung zwischen 1998 und 2014 ist menschengemacht. Markus Schär



HUBLOT

BIG BANG UNICO



HUBLOT

BOUTIQUES
GENEVE • GSTAAD • LUZERN
ZURICH • ZERMATT

hublot.com • f • t • i



«Er hat uns den Glauben zurückgegeben»: SPD-Kanzlerkandidat Schulz.

Alternative für Deutschland

In Brüssel ist man froh, dass er endlich weg ist – die deutschen Sozialdemokraten sehen in ihm einen Heilsbringer. Das ist er zwar nicht, doch sollte man Martin Schulz genauso wenig unterschätzen wie den Politiker, den er sich für den Wahlkampf zum Vorbild genommen hat: Donald Trump. *Von Wolfgang Koydl*

Anne Will ist keine Frau, der es schnell die Sprache verschlägt. Der Prinzessin der deutschen Talkshow-Szene ist nichts und niemand fremd. In ihren Lederfauteuils haben alle schon gegessen: Dumme und Dreiste, Heuchler und Haudraufs, Polterer und Prahler. Doch nun sass Martin Schulz bei ihr, nur Stunden nach seiner Salbung zum SPD-Kanzlerkandidaten. Eigentlich hätte sich der 61-Jährige sonnen können im Glanz der neuen Ehre. Aber er blieb sich treu: Besserwisserisch, schroff und latent irritiert fertigte er die lästige Fragerin unwirsch ab.

Der Missmut wuchs, als Will eine leicht kritische Frage stellte. Die Wähler wunderten sich, wollte sie wissen, ob ein Mann so ganz ohne exekutive Erfahrung dem Kanzlerjob wirklich gewachsen sei. Schliesslich sei Schulz immer

Parlamentarier gewesen; sein letztes, wenn man so wolle, Regierungsamt als Bürgermeister der Gemeinde Würselen liege recht lange zurück, und ein Dorfrathaus lasse sich wohl nicht mit dem Kanzleramt vergleichen.

Heiligenverehrung an der Parteibasis

Einen Wimpernschlag lang blickte Schulz die Will streng an, als ob er sich vergewissern wollte, dass er diese Worte wirklich gehört und nicht geträumt habe. Dann erwiderte er sachlich: «Das ist etwas, was ich mit Barack Obama gemeinsam habe.» Derweil das Studiopublikum in frenetischen Applaus ausbrach, rang die Moderatorin sichtlich um Fassung und um Worte. Sie fand beides lange nicht. Falsche Bescheidenheit war nie eine Eigenschaft, unter der Martin Schulz gelitten

hätte. Die Frage, wann Selbstsicherheit in Selbstüberschätzung umschlägt, stellt sich bei ihm nicht: Die hohe Meinung, die er von sich hat, sie ist ihm zur zweiten Natur geworden. Und mal ehrlich: Was ist schon ein Obama-Vergleich, wenn man vom *Spiegel* als Messias mit Heiligenschein auf den Titel gehoben wird? Die Heiligenverehrung hat mittlerweile die gesamte Parteibasis erfasst: «Dass er Jesus Christus ist, glaub' ich zwar nicht», stammelte ein enthusiastischer SPD-Mann in ein Fernsehmikrofon. «Aber er hat uns den Glauben zurückgegeben.» Amen.

In Brüssel, wo Schulz mehr als zwanzig Jahre lang als Abgeordneter, Fraktionsvorsitzender und zuletzt als Parlamentspräsident wirkte, kennt man den Geltungsdrang des Deutschen zur Genüge. «Es ging ihm immer

nur darum, sich selbst in Szene zu setzen», erinnert man sich in der Chefetage des Europa-Gebäudes, des brandneuen Amtssitzes von EU-Rats-Präsident Donald Tusk. «Wenn er anrief, dann ging es eigentlich immer nur darum, dass er zu allen Treffen mit hochrangigen ausländischen Gästen mit eingeladen würde.» Nicht, dass er das persönlich wolle, habe er eilfertig hinzugefügt. Aber das erwarteten halt seine Parlamentarier von ihm.

Diese Parlamentarier halten ihm zwar zähneknirschend zugute, dass er ihre Institution im Brüsseler Machtpoker gegenüber Rat und Kommission gestärkt habe. Dies sei freilich lediglich ein Nebeneffekt des schulzschen Egotrips gewesen. «Ja, er hat das Parlament ins Rampenlicht gerückt, aber in Wirklichkeit war das Parlament nur sein Instrument, mit dem er sich selbst ins Rampenlicht rückte», meinte

Der Ruf «Ich bin einer von euch» hat bei Schulz einen überzeugenden Widerhall.

ein irischer Abgeordneter, der seinen Namen nicht im Zusammenhang mit Kommentaren zu Schulz genannt haben möchte. «Ein wenig von seinem Glanz ist dann auch auf uns abgefallen.»

Zwei Fahrer für die Dienstlimousinen

Zur Geltungssucht passte die ausgeprägte Freude am Luxus, die der Parlamentschef an den Tag legte und die sich nicht allein auf exquisite Mittag- und Abendessen in ausgewählten Brüsseler Restaurants beschränkte. Sein persönliches Kabinett umfasste 38 Personen – aufgeteilt auf luxuriöse Bürosuiten in Brüssel und in Strassburg. Da verstand es sich fast von selbst, dass er zwei Fahrer für seine Dienstlimousinen beschäftigte. Allerdings musste er sich mit einem einzigen persönlichen Kammerdiener begnügen. Dafür hielt sich Schulz an den finanziellen Trögen schadlos, die die EU bereitstellt. Zusätzlich zu Gehalt und Aufwandsentschädigung liess er sich auf Heller und Pfennig Tagegelder auch für diejenigen Sitzungen auszahlen, an denen er nicht präsent war. Sein Argument: Ein Präsident ist immer im Dienst.

Aggressiv und arrogant, geltungsbedürftig und Geld nicht abgeneigt – hat so ein Kandidat tatsächlich Chancen bei der Bundestagswahl im kommenden September? Und dann sein Aussehen! «Mit so einem Bart kann in Deutschland niemand Kanzler werden», zerrissen sich Spötter das Maul über den Rüpel von der traurigen Gestalt. Ach wirklich? So lange ist es noch nicht her, da waren sich viele auf der anderen Seite des Atlantiks sicher, dass niemand mit einer derart lächerlichen Frisur US-Präsident werden könne. Den deutschen Sozi und den US-Präsidenten verbindet mehr als eine

merkwürdige Haartracht – weshalb es leichtfertig wäre, Schulz zu unterschätzen. Denn er will mit denselben Mitteln und Methoden das Kanzleramt stürmen, mit denen Trump das Weisse Haus eroberte: als grobschlächtiger, politisch inkorrekt polternder Populist, als Fürsprecher des kleinen Mannes, als verspotteter Aussenseiter im Kampf gegen eine verkarstete Elite, die angeführt wird von einer fachlich zwar qualifizierten, aber emotional unterkühlten Frau, die ziemlich alt aussieht in dieser neuen Zeit, egal, ob sie Hillary heisst oder Angela.

Welches sind die Parallelen zwischen den beiden Männern?

Aussenseiter: Beide präsentieren sich als Aussenseiter, die gegen etablierte Strukturen antreten, obwohl beide letztlich zu genau denselben Eliten gehören, die sie attackieren. Trump war als politisch vernetzter Unternehmer nicht nur mit den jeweiligen Bürgermeistern und Gouverneuren seiner Heimat New York verbandelt. Er unterhielt auch enge Beziehungen zu den Clintons oder den Bushs. Schulz wiederum gehörte als Mitglied im Vorstand der SPD zum Führungszirkel nicht nur seiner Partei, sondern der gesamten Bundesrepublik.

Doch Trump und Schulz sind eben auch Seiteneinsteiger: hier der Tycoon, der in die Politik geht, dort der Europapolitiker, der den umgekehrten Weg versucht. Früher hiess es flapsig: «Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa.» Brüssel war das Endlager für Politikkarrieren, die entweder ausgebrannt waren oder nie Feuer gefangen hatten. Doch Schulz nutzt Europa als Sprungbrett.

Neuer Mann: Schulz mag zwar seit gefühlten Ewigkeiten in der EU Politik machen, auf der deutschen politischen Bühne aber ist er ein relativer Neuling. Das hebt ihn vom bekannten Berliner Ensemble in der grossen Koalition ab und macht ihn zur echten, aber risikolosen Alternative zu Merkel. Bekommt man bei der programmatisch so genannten Alternative für Deutschland als Beipack den gruseligen Björn Höcke dazu, erwartet den Wähler bei Schulz Bodenständiges. Etwa die sauerländische Nahkampf-Mutti Andrea Nahles.

Im Gegensatz zu Trump, der in einem reichen Elternhaus aufwuchs, kann Schulz mit seiner schlichten Herkunft punkten – und er macht reichlich Gebrauch davon. Es dürfte kaum mehr einen Bundesbürger geben, der sie noch nicht gehört hätte, die Geschichte vom Absturz und Wiederaufstieg des Martin Schulz: Schulabbruch, Alkoholismus, Suizidgedanken – und dann die Buchhändlerlehre, der eigene Laden, Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Würselen und schliesslich Europa. Der Ruf «Ich bin einer

von euch» hat bei Schulz einen überzeugenden Widerhall.

Wortwahl: Eine grosse Klappe haben beide, Trump wie Schulz. Von Mutter Schulz ist der Ausspruch überliefert: «Wenn unser Martin zu Bett geht, muss sein Mundwerk extra in die Heia.» Seither scheint er sein Mitteilungsbedürfnis zu bändigen, indem er vor dem Schlafengehen Tagebuch führt – seit 35 Jahren, immer in einem Kalender der Stadtparkasse Aachen. «Armleuchter» und «Rindviecher» sind noch die harmloseren Ausdrücke, mit denen Schulz ausländische Regierungschefs belegte. Das lose Mundwerk verleiht ihm die Aura des politisch Unkorrekten, vor allem dann, wenn er mit dem hochroten Kopf eines tobenden Teutonen redet.

Der frühere niederländische Europaparlamentarier Derk Jan Eppink fühlte sich bei dem Auftreten des Kollegen an eine Strafpredigt erinnert, die sich über russische Rekruten ergiesst. Er nannte Schulz einen «Feldwebel», der britische Abgeordnete Godfrey Bloom sprach vom «undemokratischen Faschisten» – ein Echo jener Szene, die Schulz' Ruf und Aufstieg begründete, als ihm Italiens Regierungschef Silvio Berlusconi eine Rolle als KZ-Kapo in einem Film anbot.

In Deutschland wird Schulz der Ruf des hässlichen Deutschen nicht schaden, zumal dann, wenn er gegen das jüngste Schreckgespenst seiner Landsleute vom Leder ziehen kann: Donald Trump. Denn in den Augen unserer nördlichen Nachbarn vereint der in seiner Person alles, was man an den USA noch nie leiden konnte – von George W. Bush bis zum Chlorhuhn. Schulz kann Trump viel drastischer abwatschen als die Kanzlerin, die sich im Wahlkampf ebenfalls als Gegenpol zum Präsidenten empfehlen wird.

Populismus: Trump ist Populist, aber Schulz ist es ebenfalls. Ausgerechnet der Populistenprügler Heribert Prantl von der *Süddeutschen Zeitung* hat diese Diagnose erstellt. Aber keine Sorge: Schulz' Populismus ist «nichts Schlimmes», denn er ist ein «demokratischer Populist», wie der Kolumnist erläuterte. «Schulz ist einer, der die Emotionen nicht den Extremisten überlässt. Ein guter Politiker ist nicht selten auch ein guter Populist, weil er seine Politik populär vortragen muss», schrieb Prantl. Doch ob er nun gut ist oder schlecht, im Kern bleibt es das Gleiche: Schulz appelliert an Emotionen, mehr an den Bauch als an den Kopf.

Programmatisch hingegen bleibt der Kanzlerkandidat bisher allerdings eher wolkig und unverbindlich. Konkretes ist wenig von ihm zu hören. Doch Vorsicht: Hinter der Bonhomie steckt Kalkül. «Er spricht nicht aus dem Bauch», warnt der CDU-Europaabgeordnete Andreas Schwab. «Das sieht nur

so aus. Er weiss genau, was er tut.» Dass Schulz sich nicht klar im politischen Koordinatensystem positioniert, hat freilich auch Methode. Denn damit hält sich der Kandidat alle möglichen Koalitionsoptionen offen – auch ein Bündnis mit den Linken und den Grünen, das Sigmar Gabriel immer ausgeschlossen hatte. Ist Schulz denn weiter links stehend als der abgehalfterte SPD-Chef? Steckt in ihm gar ein deutscher Bernie Sanders, eine Berliner Version des radikal linken britischen Labour-Führers Jeremy Corbyn?

Vielleicht. Vielleicht aber auch nicht. Vielleicht führt er die Sozialdemokraten in eine neue Zweckehe mit Angela Merkel. Das macht bisher einen Teil der Attraktivität von Schulz aus: Mit ihm ist alles denkbar. In ihm finden sich beide Flügel der SPD wieder.

Machtinstinkt: Dass Donald Trump reichlich davon hat, steht ausser Zweifel. Doch auch Schulz «ordnet alles seinem Machtinstinkt unter», berichtet ein Parlamentskollege. Um seinen Präsidentenjob zu behalten, nachdem er bei der Wahl zum EU-Kommissionspräsidenten unterlegen war, kungelte er ab sofort mit dem siegreichen konservativen Luxemburger Jean-Claude Juncker informell alles Wesentliche aus – ganz ohne Mitwirkung des Parlaments. «Er hat die Angewohnheit, mich jeden Morgen zwischen sieben und acht anzurufen», beklagte sich Juncker einmal

Hinter Schulz' Wahlkampfstrategie à la Trump steckt sein engster Mitarbeiter, Markus Engels.

über Schulz. «Manchmal wünschte ich, er würde damit aufhören.» Schulz dementierte nur ein Detail: Es sei eher sechs Uhr, wenn er zum Hörer greife.

Von den Republikanern in den USA lernen
Hinter Schulz' Wahlkampfstrategie à la Trump steckt sein engster Mitarbeiter, Markus Engels. Er kommt aus einem tiefroten Elternhaus, wo man stolz war auf den berühmten Namensvetter. Mit dem Vornamen Markus sollte die proletarische Zweieinigkeit gleichsam zementiert werden, denn bei undeutlicher Aussprache verschwindet das u schon mal schnell. Zuletzt war Engels Schulz' Mann im Willy-Brandt-Haus in Berlin, dem Hauptquartier der deutschen Sozialdemokraten. Doch immer wieder zog es ihn in die USA, wo er eingehend Wahlkämpfe studierte – auch und gerade diejenigen der Republikaner. Doch vom politischen Gegner könne man oft mehr lernen als von den Demokraten, meinte Engels schon beim Wahlsieg von George W. Bush. An dieser Einschätzung dürfte sich nach dem Triumph von Trump nichts geändert haben. ○

Big Bang in Paris

Die Fünfte Republik frisst ihre Politiker. Muss Fillon wie Hollande vorzeitig das Handtuch werfen? Bei Le Pen verpufft die historische Dynamik. Macron träumt von der Mitte-Revolution. Von Jürg Altwegg

Frankreich erlebt die verrückteste Wahlkampagne seiner Geschichte. Eine Neuauflage des Duells von 2012 zwischen Nicolas Sarkozy und François Hollande war in den Augen der Franzosen die schlimmste Vorstellung; aber noch vor drei Monaten war es die realistischste Variante gewesen.

Doch Ende November verweigerten sie ihrem früheren Staatspräsidenten Sarkozy das Comeback. Nur seiner Unbeliebtheit hatte Nachfolger Hollande den Einzug ins Elysée zu verdanken – und dem Sexskandal des Genossen Dominique Strauss-Kahn. Mit Sarkozy schickten die Vorwähler Chiracs Ex-Premierminister Alain Juppé zum zweiten Mal in die Wüste. Er hatte 1997 das Parlament, in dem er über eine komfortable Mehrheit verfügte, vorzeitig aufgelöst – mit dem Resultat, dass Lionel Jospin sein Amt übernahm. Vier Jahre später wurde der Sozialist als Favorit der Präsidentschaftswahl von Jean-Marie Le Pen aus dem Rennen geworfen.

Für 2017 präsentiert Fillon das radikalste Programm. In den Debatten über die Identität, in denen Sarkozy auch noch Asterix bemühte und den «nationalen Roman», den die Historiker schreiben sollen, plädierte er für ein Ende der nationalen Selbstbezeichnung bezüglich der faschistischen und der kolonialistischen Vergangenheit. Aussenpolitisch steht er für die Abkehr von der «Pflicht zur Einmischung», in deren Namen Sarkozy im Duett mit dem antitotalitären «neuen Philosophen» Bernard-Henri Lévy und Alain Juppé als Aussenminister den fatalen Krieg gegen Gaddafi angezettelt hatte.

Mit Fillons Kandidatur identifizieren sich die wertkonservativen und katholischen Kreise der «Manifest pour tous». Sie hatten monatelang gegen die «Ehe für alle» und den Gleichheits- und Genderwahn der Sozialisten demonstriert. «Am vergangenen Sonntag wurde die Rechte geboren», freute sich die Philosophin Chantal Delsol über Fillons ebenso überraschenden wie überlegenen Sieg.

Noch in der gleichen Woche warf Hollande das Handtuch. Die Vorwahl der Partei gewann nicht sein Premierminister Manuel Valls, sondern der «Rebell» und Utopist Benoît Hamon, dessen Programm die Hälfte der Partei die Gefolgschaft verweigern wird. Es gipfelt im Versprechen eines Mindesteinkommens für alle.

Dass es Fillon, der 500 000 Beamtenstellen streichen will, für seine Angehörigen längst umgesetzt hatte, enthüllte der *Canard enchaîné* zwischen den Wahlgängen. Eine Million Euro bezahlte der Staat seiner Frau Penelope und zwei Kindern für offensichtliche Scheinarbeit. Ein befreundeter Milliardär honorierte zwei Kurzrezensionen mit 100 000 Euro. Auch wegen Interessenkonflikten von Fillons Beratungsfirma 2F wird ermittelt.

Lust am Königsmord

Es sind keine «Fake News». Von ihnen und selbst vom Populismus blieb der irrste und gleichzeitig längste Wahlkampf bislang verschont: als Prolog zwei Wahlgänge bei den Linken und den Rechten mit je drei TV-Debatten aller Teilnehmer und einem Duell vor der Entscheidung. Dazwischen lag der Entscheid bei den Grünen. Hass und Häme bleiben nicht aus, aber die Medien werden ihrer Verantwortung – zur Darstellung, Vermittlung, Diskussion und Mässigung – gerecht. Die Zeitungen laufen zu Hochform auf. Dutzende von Büchern begleiten die Kampagne. Eine hysterische Inszenierung wie die Debatte über den Burkini hat das Land seit Wochen nicht mehr erlebt. Es gibt keinen Verdross über die Politik – nur der Politiker ist man überdrüssig. Einer nach dem andern wird erledigt. Mit ihrer ungeborenen politischen Leidenschaft frönen die Franzosen der Lust am Königsmord.

Die Republik frisst ihre Politiker. Marine Le Pen hatte sich und ihrer Nichte den ganzen Winter über eine erstaunliche Medienabstinenz verordnet. Dass sie in die gleichen Affären wie Fillon verwickelt ist, schadet ihr kaum. Doch sehr viel mehr als der Front national haben die Republikaner vom gewonnenen Kulturkampf der neuen Rechten profitiert. Man darf wieder rechts sein und ist es ungeniert.

Das Provozieren gegen die Verbote der «politischen Korrektheit» läuft inzwischen weitgehend ins Leere. Der Gradmesser und Anfang war der Antisemitismus, und weil Papa Le Pen ständig mit den Gaskammern kokettierte, vollzog Marine Le Pen mutig den Vatermord. Sie mag gegen die Eliten lästern, die zum Bruch und zur Erneuerung tatsächlich nicht fähig sind. Ihr wirkliches Problem aber ist, dass eine solche dem Front national weitgehend fehlt.



Marine Le Pen stagniert bei soliden 25 Prozent.



Weder links noch rechts und beides zugleich: Politstar Macron.

Die Linke war an die politische Macht gekommen, als sie die ideologische Hegemonie verloren hatte. Der antifaschistische Reflex blieb ihre letzte Ideologie. Er ist verbraucht. Mit ihm scheint auch die historische Dynamik, die den Front national an die Macht zu bringen versprach, zu verpuffen. In gesellschaftspolitischer und sozialer Hinsicht muss Frau Le Pen, welche die Abtreibung nicht in Frage stellt, den stockkonservativen Fillon von links angreifen.

Hat der Front national bei den Regionalwahlen im Anschluss an die Attentate von Paris seinen Zenit erreicht? Im Süden und im Norden verhinderte damals nur der Rückzug der Sozialisten seine Machtübernahme. Er erscheint nicht mehr als historische Fatalität. Trump wirkt eher als abschreckendes Beispiel für einen Frexit. Marine Le Pen stagniert bei soliden 25 Prozent. Das reicht für die Stichwahl, aber nicht für den Endsieg und Einzug ins Elysée.

Zur Stunde heisst der Hoffnungsträger Emmanuel Macron: weder links noch rechts und beides zugleich. Wie ein Messias hat er die politische Landschaft betreten, scharenweise laufen ihm von allen Seiten die Wähler, Politiker und Intellektuellen zu. Er prophezeit das «Ende der Revolution in der Politik», das der Historiker François Furet in seinen Büchern nachgezeichnet hatte. Die Cohabitations – von Mitterrand mit Balladur, von Chirac mit dem Sozialisten Jospin – waren bei den Franzosen äusserst beliebt. Vorwahlen nach amerikanischem Vorbild und die Reduzierung der Amtszeit auf fünf Jahre haben die Fünfte Republik pervertiert. Doch eine

grosse Koalition der Parteien über die Mitte hinweg ist nach wie vor unvorstellbar. Nur ein gewählter Monarch kann sie verkörpern. Diesen Big Bang der politischen Landschaft verspricht Macron. Er war der Sieger der linken und rechten Vorwahlen, bekennt sich euphorisch zu Europa, von dem er sagt, dass Merkel mit ihrer Flüchtlingspolitik seine Ehre gerettet habe. Dass sein Programm noch ziemlich vage ist, muss im Zeitalter der verratenen Heilsversprechen und Desillusionen keineswegs ein Nachteil sein. Eine Kampagne für irgendein Amt hat der weniger als vierzig Jahre alte Macron zuvor nie geführt.

Kommt Sarkozy doch noch?

Die Stichwahl gegen Marine Le Pen, die gegenwärtig von den Meinungsumfragen angesagt wird, würde er gewinnen. Fillon ist hinter beide zurückgefallen und ist im Begriff, die Rechte an die Wand zu fahren. Beängstigender als der Sündenfall des Biedermanns ist seine Unfähigkeit zur Einsicht und Krisenbewältigung. Er stilisiert sich zum Opfer eines «institutionellen Staatsstreichs» der regierenden Sozialisten. Sarkozy schäumt vor Schadenfreude: Sein Premierminister, den er als «meinen Mitarbeiter» gedemütigt hatte, taugt nicht für das Amt des Präsidenten. Der Verlierer hat nicht vergessen, dass Fillon im Elysée vorstellig geworden war, um die juristischen Verfahren gegen ihn anzukurbeln.

Am Montag entschuldigte sich Fillon bei den Franzosen: dafür, dass er die veränderte Wahrnehmung der Politiker durch die Öffentlichkeit

selber zu spät wahrgenommen habe. Sein stärkstes Argument bleibt das Schreckensgespenst der Alternative Le Pen oder Macron, vor die sein Verzicht das Land stellen würde. Und der Scherbenhaufen in der Partei. Der legitimste Ersatzmann wäre Sarkozy. Nach seinem Comeback sehnt sich zumindest François Hollande: Es würde dem amtierenden Präsidenten den eigenen Rücktritt vom Verzicht eröffnen, den er längst bereut. So ungewiss wie der Ausgang dieser irren Wahlkampagne ist ihre Dramaturgie. ○

Zeitung der Schweizer KMU-Wirtschaft

- **Unternehmenssteuerreform III**
Am Sonntag braucht's jede JA-Stimme
- **Schweizer Medienfreiheit**
Es muss sich etwas bewegen
- **Revision Datenschutzgesetz**
Einmal mehr ein KMU-unfreundlicher Akt

www.gewerbezeitung.ch

China und der neue US-Präsident

Der «chinesische Traum» einer starken und dynamischen Nation, den Staatschef Xi Jinping verfolgt, ähnelt in mancherlei Hinsicht Trumps «America First». Es gibt jedoch wesentliche Differenzen.

Von Jonathan Fenby

Während Donald Trump ein Feuerwerk von Exekutivanordnungen zündet, ist die chinesische Regierung im Begriff, methodisch eine neue globale Politik zu formulieren. Begonnen hatte Peking damit schon vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen, doch nun, da man sich auf eine ökonomische und militärische Konfrontation mit der neuen US-Regierung gefasst machen muss, nimmt diese Politik eine neue Dimension an. Iran und Mexiko mögen für Trump einstweilen Priorität haben, das Kräftemessen zwischen den beiden Grossmächten USA und China wird die Weltpolitik in diesem Jahr aber entscheidend prägen.

Der «chinesische Traum» einer starken und dynamischen Nation, den Staatschef Xi Jinping verfolgt, ähnelt in mancherlei Hinsicht Trumps «America First». Für beide geht es entscheidend darum, der Welt das Bild einer mächtigen, selbstbewussten Nation zu vermitteln. Während Trump einen unilateralen Ansatz verfolgt, bevorzugen die Chinesen bilaterale Abkommen, die ohne komplizierte Bündnisse funktionieren. Beider Streben nach globalem Einfluss enthält ein explosives Element, das schwer zu kontrollieren sein wird in einer Welt, in der die USA und China neue, unerprobte Wege gehen. Es gibt jedoch wesentliche Differenzen, die, falls es zu einem ausgewachsenen Konflikt käme, Auswirkungen weit über den Pazifik hinaus hätten.

Überraschungen unbedingt vermeiden

Peking, stets interessiert an Stabilität im Innern, legt grossen Wert auf berechenbare Beziehungen zum Ausland. Überraschungen will man unbedingt vermeiden. In dieser für China politisch wichtigen Zeit – Ende des Jahres wird der alle fünf Jahre einberufene Parteitag der Kommunistischen Partei stattfinden – ist der Wunsch nach Stabilität umso grösser. Aber genau so wichtig ist es für Xi Jinping, den mächtigsten chinesischen Staatschef seit Mao Zedong, seine nationalistische Glaubwürdigkeit zu unterstreichen. In Kernfragen gibt es für ihn keinen Verhandlungsspielraum, zumal in der Ein-China-Politik gegenüber Taiwan, die Trump offenbar in Frage stellen will. Trump mag der Ansicht sein, dass alles verhandelbar sei – wie bei einem Business-Deal. Doch das widerspricht der Haltung von Xi, und in diesem Punkt kann es für Peking keinen Kompromiss geben.

Es besteht die Gefahr, dass Trump die Chinesen durch allzu forsches Vorgehen zu einer Reaktion nötigt. Dies könnte passieren, wenn

er, wie von Aussenminister Rex Tillerson angedeutet, versuchen sollte, den Zugang zu den für China so wichtigen Riffs und Inseln im Südchinesischen Meer zu versperren. Es könnte auch passieren, wenn Washington hohe Importzölle für Güter erhebt, die in China hergestellt werden – ob von chinesischen oder amerikanischen Firmen. Eine massive Abwertung des Yuan dürfte wenig wahrscheinlich sein, aber Peking könnte mit diversen Massnahmen auf handelspolitische Angriffe der USA reagieren. Eine Verteuerung chinesischer Waren würde die Amerikaner unmittelbar treffen.

In dieser ungewissen Situation stellt sich die sogenannte Thukydides-Falle, dass es zwischen der aufstrebenden Macht (China) und der etablierten Macht (USA) zu einem Krieg kommen muss – in umgekehrter Form dar. Die neue



«Insel der Stabilität»: Staatschef Xi Jinping.

US-Regierung ist mit ihrem Politikverständnis und ihrer Missachtung von Verbündeten eine störende Kraft. Ein Berater Trumps meint, dass die Unberechenbarkeit eine Stärke im Umgang mit den Chinesen sein werde, weil Peking auf diese Weise «in Spannung» gehalten werde. China dagegen hat alles getan, um sich als zuverlässige, verantwortungsbewusste Macht zu präsentieren, die die globalisierte Weltordnung verteidigt. Die staatlichen chinesischen Medien bekräftigen dies mit dem ideologischen Seiten-

hieb, dass «die soziale Krise des Kapitalismus der jüngste Beweis für die Überlegenheit von Sozialismus und Marxismus» sei.

Wichtiger Freihandel

Xi, der die Opposition im eigenen Land mit starker Hand unterdrückt, ist beim Weltwirtschaftsforum in Davos als Anwalt der Globalisierung aufgetreten. Nachdrücklich plädierte er für den internationalen Freihandel und warnte davor, dass ein Handelskrieg niemandem nüt-

China hat alles getan, um sich als verantwortungsbewusste Macht zu präsentieren.

zen werde. Seiner Davoser Rede folgte ein Zeitungsartikel von Ministerpräsident Li Keqiang, der versicherte, dass China eine «Insel der Stabilität» für den Welthandel sei und «wirtschaftliche Offenheit im eigenen Land und überall auf der Welt» schützen werde. In einem anschließenden Telefongespräch mit Angela Merkel sagte der Premier, dass China und Deutschland «gemeinsam das bestehende internationale System durch Liberalisierung von Handel und Investitionen schützen» sollten.

Ein anderer Teil von Xis Davoser Rede – in dem er auf nationaler Souveränität bestand und deutlich machte, dass China sich keinerlei äusseren Vorschriften unterwerfen werde – fand weniger Beachtung, zeigte aber, wie die Volksrepublik die Globalisierung sieht. Peking geht von dem Prinzip aus, dass der Welthandel keinerlei Einfluss auf die staatliche Ordnung der beteiligten Länder haben und auch keine Vorschriften machen sollte, die diese Länder destabilisieren könnten. Das wird deutlich an der Art und Weise, wie Peking die Globalisierung feiert und gleichzeitig Währung und Kapitalströme kontrolliert, viel höhere Einfuhrzölle erhebt als die USA, die Rechtsprechung dem staatlichen Diktat unterwirft und ausländische Unternehmen verpflichtet, mit chinesischen Firmen in Form von Joint Ventures zusammenzuarbeiten.

Dies entspricht nicht der Vorstellung von offenen Gesellschaften und liberalisierten Märkten, die in den 1990ern von westlichen Befürwortern der Globalisierung propagiert wurde.

Westliche Unternehmen, die in China tätig sind, berichten von einem sich verschlechternden Geschäftsklima. Nach Angaben der amerikanischen Handelskammer in China fühlen sich 81 Prozent ihrer Mitgliedsfirmen «weni-



Prinzip Zuckerbrot und Peitsche: Feierlichkeiten zum chinesischen Jahr des Feuer-Hahns, am 1. Februar in Peking.

ger willkommen», und der deutsche Botschafter Michael Clauss berichtet von zahlreichen Unternehmen, die über wachsende Schwierigkeiten klagen. «Politische Zusicherungen der Gleichbehandlung machen offenbar protektionistischen Tendenzen Platz.»

Peking hält sich nicht mehr an die Empfehlung des einstigen charismatischen Führers Deng Xiaoping, China solle zurückhaltend auf der internationalen Bühne auftreten, solange es mit seiner Entwicklung zu tun habe. Das war einmal die offizielle Linie. Heute ist China entschlossen, als starke Nation auf Augenhöhe mit den USA zu agieren. Und sehr geschickt operiert Peking in Ostasien nach dem Prinzip Zuckerbrot und Peitsche, um sich gegenüber der Konkurrenz im pazifischen Raum zu behaupten.

Ein Hilfspaket über 3,7 Milliarden Dollar für die Philippinen hat Präsident Rodrigo Duterte dazu gebracht, sich von den USA abzuwenden und sich bereit zu erklären, die Kritik seines Amtsvorgängers an der chinesischen Expansion im Südchinesischen Meer und das Urteil eines Uno-Tribunals vom Tisch zu wischen.

Malaysia wird mit Entwicklungshilfe und Rüstungsgütern sowie dem Angebot geködert, dem in Schwierigkeiten geratenen staatlichen Investitionsfonds aus der Klemme zu helfen. Thailand, dessen Junta sofort von Peking aner-

kannt wurde, während Washington mit dem Einfrieren von Entwicklungshilfe reagierte, kauft Panzer und ein U-Boot in China. Vietnam, dessen Beziehungen zu China seit langem belastet sind, hat eingewilligt, den Streit um die Inselgruppen «einvernehmlich» zu lösen, und plant eine militärische Zusammenarbeit mit Peking. Kambodscha ist der treueste Diener

Westliche Unternehmen in China berichten von einem sich verschlechternden Geschäftsklima.

Chinas, das dem Land Waffen liefert, einen Tiefseehafen baut und seinen Einfluss im Mekong-Delta immer weiter verstärkt.

Sechs Wochen bevor die USA sich aus der Transpazifischen Partnerschaft zurückzogen, hatte China damit begonnen, für die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) zu werben, der sechzehn Nationen angehören würden, unter Ausschluss der USA. Potenzielle RCEP-Teilnehmer sind die Asean-Staaten, Indien, Japan, Südkorea und Australien, das kürzlich vorschlug, die Transpazifische Partnerschaft auch ohne die USA zu realisieren, dafür aber mit China. Trumps Entscheidung hat nicht nur wirtschaftliche, sondern auch

strategische Auswirkungen. Das Transatlantische Freihandelsabkommen wurde in Ostasien als politisches Statement für die Region betrachtet, als integraler Bestandteil der «Pazifik-Achse» und als Schritt hin zu einem multilateralen Bündnis. Nun gelten die USA als unzuverlässige Partner – zum Vorteil Chinas.

Wenn China seine Politik auf der Annahme gründet, Donald Trump werde bei ernsthaften Konflikten zurückweichen, besteht das Risiko, dass man einen Mann, der es sich nicht leisten kann, als schwach wahrgenommen zu werden, zu einer radikalen Reaktion provoziert. Wenn andererseits Trump glaubt, er könne China in wichtigen Fragen wie etwa die Taiwans verunsichern, bewegt er sich auf einem Terrain, das für Peking extrem sensibel und nicht verhandelbar ist. Es dürfte also wenig dafür sprechen, dass die seit den 1970ern praktizierte Politik vorsichtiger Arrangements, die für beide Seiten vorteilhaft war, auch in Zukunft verfolgt wird – mit Auswirkungen auf die ganze Welt.

Jonathan Fenby ist China-Direktor der Consulting-Firma Trusted Sources, Journalist und Autor mehrerer Werke über China. Sein jüngstes Buch, «Will China Dominate the 21st Century?» erscheint in diesen Tagen.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork



Verwirrende Zeiten: Sängerin Lady Gaga am Super Bowl.



Ikone der Woche

Pokerface

Von Beatrice Schlag

Sie sagte nichts. Beim Super Bowl, dem grössten TV-Ereignis der USA, begeisterte Lady Gaga mit einer perfekten Show, einer Augen- und Ohrenweide, die nichts war als mitreissender Pop. Wir müssten begeistert sein. Aber wir leben in verwirrenden Zeiten, in denen das Schweigen einer weltberühmten Sängerin zur Politik Anlass wird für ausführliche Medienberichte. «Haben Sie die versteckten Botschaften in Lady Gagas Pausen-Show verstanden?», fragte *USA Today* eilig. «Lady Gaga behält ihr Pokerface», schrieb enttäuscht der britische *Guardian*, «mehr Unterhaltung als politischer Protest.» Donald Trump ist noch keine drei Wochen im Amt, und bereits ist eine Talkshow ohne Distanzierung vom neuen Präsidenten, eine Preisverleihung ohne Äusserungen herber Empörung kaum mehr denkbar. Selbst bei der Eröffnung der Ski-Weltmeisterschaft in St. Moritz wies Bundespräsidentin Leuthard auf helvetische Offenheit und Gastfreundschaft hin, die nicht nur für die Schweiz, sondern für die ganze Welt gut sei. Keiner dachte dabei an Afghanistan. Die Angst vor Trump klebt seinen Gegnern wie eine Zecke im Hirn.

Sie ist durchaus begründet. Der Mann tut, sagt und twittert besorgniserregende Dinge. Aber noch versteht niemand, ob er ein potenzieller Brandstifter ist oder ein Petardenwerfer, der je nach Echo vorpreschen oder zurückkriechen wird. Lady Gaga ist eine kluge Frau. Jeder weiss, dass sie Hillary-Wählerin war und seit Beginn ihrer Karriere Anwältin der «little monsters»,

Warum wollte ausgerechnet sie vor dem grössten Publikum der Welt zu Trump nichts sagen?

wie sie ihre Fans immer nannte. Ihre kleinen Monster ermutigt sie, egal, was ihre Hautfarbe, ihr Glaube und ihre sexuelle Zugehörigkeit sei, zu «feiern, dass wir sein können, wer wir sind». Warum wollte ausgerechnet sie vor dem grössten Publikum der Welt zu Trump nichts sagen? Weil Protest schnell zur hohlen politischen Korrektheit verkommt, wenn er reflexartig wird. Manchmal ist ein Sportanlass nur ein Sportanlass, eine Preisverleihung nur eine Stargala. Der Verzicht der Trump-Gegnerin auf Lippenbekenntnisse zeugte von intelligentem Kalkül – und von Respekt: Der Super Bowl ist kein Marsch auf Washington. Wer ihre Meinung teilt, wird über ihr Schweigen nachdenken. Die andern sollen nicht behelligt werden, nur weil die Pausenbühne ihr gehört. Sie haben für Football bezahlt, nicht für Belehrung.



Die Bibel

Leben retten

Von Peter Ruch

Wer sein Leben retten will, wird es verlieren. (Markus 8, 35 a) – Seit 200 Jahren hat sich die Lebenserwartung nahezu verdreifacht, und die Weltbevölkerung ist von einer auf über sechs Milliarden Menschen gestiegen. Parallel dazu erhöhte sich die Lebensqualität weltweit enorm. Angesichts dieser Lebensrettungen und Gewinnscheitern scheint der Satz von Jesus unverständlich.

Verständlicher wird er, wenn man in Betracht zieht, dass wir Menschen trotz aller zeitlichen und räumlichen Ausdehnung sterblich geblieben sind. Todesgefahr und Tod treffen uns sogar empfindlicher, seitdem die meisten Krankheiten und Unfälle entschärft sind. Unsere Vorfahren waren oftmals im Wochentakt mit dem Tod konfrontiert und daher empfänglich für den Gedanken, dass der Tod nicht das letzte Wort hat. Die Hoffnung auf die Auferstehung der Toten gehört zum Kern des Evangeliums.

Atheisten erscheint sie als billiger Trost für Menschen, welche die Widerwärtigkeiten des Daseins nicht aushalten. Spielarten solch billigen Trostes gibt es tatsächlich. Aber nicht nur unter Christen. Besonders auch Atheisten sind anfällig auf diesseitige Utopien und totalitäre Veränderungsprojekte. Weltverbesserer entdecken rundum Handlungsbedarf. Gläubige – auch unbewusst Gläubige – dagegen staunen über die Welt, das Leben, ihre Erfahrungen.

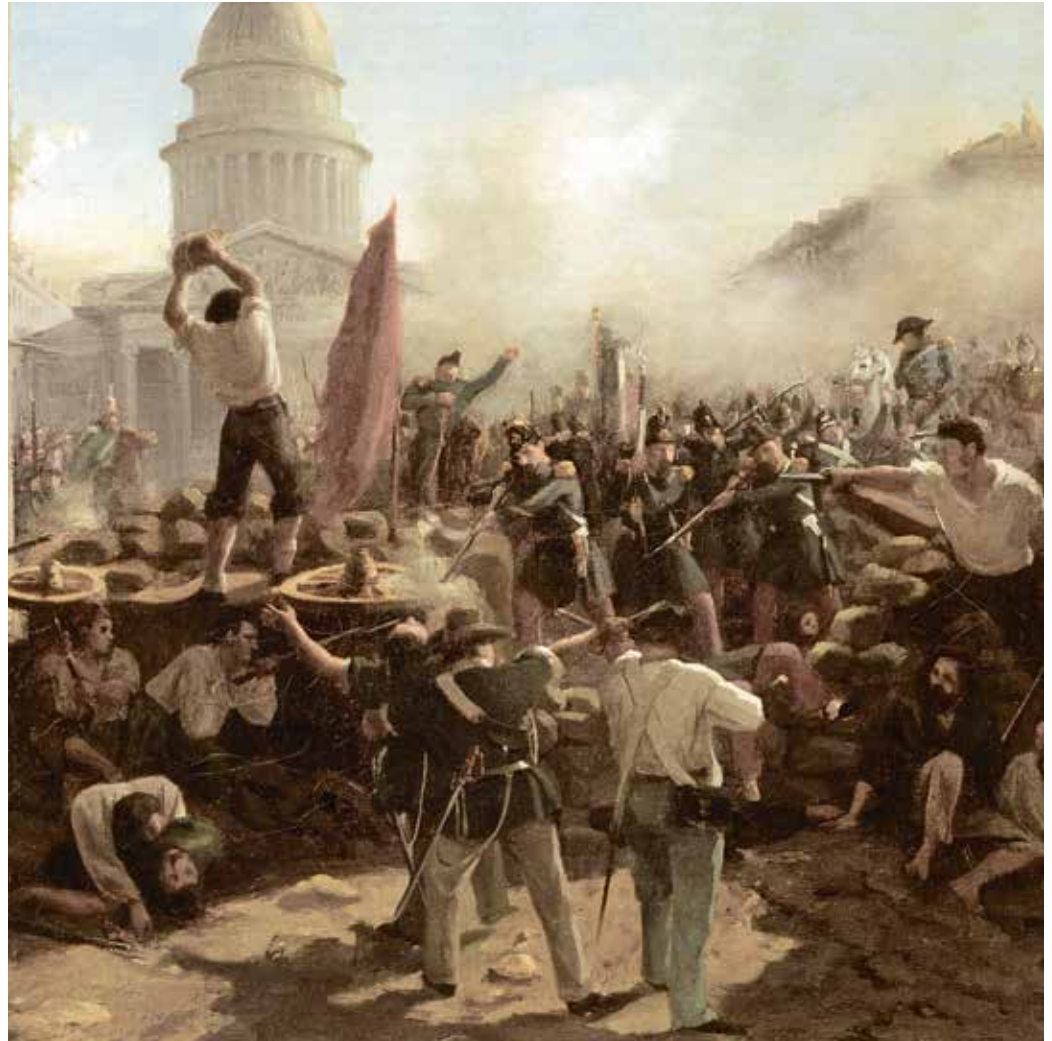
Mit der Ausdehnung des menschlichen Lebens wird die Zeit bis zum Tod länger. Vielleicht sind wir deshalb so eifrig darum bemüht, die Symptome der Vergänglichkeit und des Zerfalls zu tilgen. Sein Leben nicht unter allen Umständen erhalten zu wollen, vermittelt jedoch mehr Gleichmut angesichts der Grenzen, die uns gesetzt sind. Und nebenbei mehr Aufmerksamkeit für tierisches und pflanzliches Leben. Immerhin sterben jeden Tag 50 bis 120 Arten endgültig aus – und der Mensch wirkt dabei gehörig mit. Entspannung ist weniger von ökopolitischen Befehlen zu erwarten als von einer kleinen Veränderung in den Köpfen: Das Leben hier und jetzt muss nicht restlos alle Wunschphantasien erfüllen.

Peter Ruch, Theologe, war vor seiner Pensionierung reformierter Pfarrer in Küsnacht am Rigi. Hier schreibt er wöchentlich über Bibelworte.

Philosophie

«Die Raserei der modernen Kalifen»

Der britische Historiker Adam Zamoyski erzählt, wie Europa vor 200 Jahren die Angst vor dem Terrorismus bekämpfte. Die Parallelen zur Gegenwart sind verblüffend. Von Wolfgang Knorr



Ruheverordnung für ganz Europa: Juni-Aufstand der Pariser Arbeiterschaft, 1848.

Europa war in Panik. Was die Fürsten für Unwahrscheinlich hielten, war geschehen: Das französische Volk hatte die Bastille erstürmt, und das liberale Gedankengut drohte zum Buschfeuer zu werden, das den ganzen Kontinent entflammen könnte! Spanien verbot sogleich «ausländische Kleidung und Kopfbedeckungen» und «Westen mit dem Wort <liberté>». In Bayern filzte man Bücher, in denen die Französische Revolution erwähnt wurde, Österreich stornierte flugs geplante Verwaltungsreformen und verfügte 1790, «alle verdächtigen oder gefährlichen Personen aus dem Land» entfernen zu lassen. Ansässige Ausländer, wie etwa Mozarts Librettist Lorenzo Da Ponte, wurden erst überwacht, dann abgeschoben. Grösste Sorge bereitete den Monarchen jener französische Adel, der erst die Revolution begrüsst hatte und dann, als die Köpfe zu rollen begannen, das Weite suchte. Da witterte

man verdeckte Agenten. Überhaupt wurden die Flüchtlinge zum Problem. Wohin mit ihnen?

Umstürzler aller Couleur

Adam Zamoyskis brillantes Buch «Phantome des Terrors. Die Angst vor der Revolution und die Unterdrückung der Freiheit 1789–1848» ist aufgrund vieler Parallelen zur Gegenwart besonders erhellend. So wie man einst die «Jako-

Um Ausländer abzuschrecken, führte Metternich ein kompliziertes System von Visa und Grenzkontrollen ein.

biner» als potenzielle Terroristen fürchtete, so begegnet man heute den «Islamisten». Was nun der «Gefährder» ist, war damals der «Student», vor allem der «Burschenschaftler». Angesichts mancher gleichgeliebener Rituale

und Muster mag man gerne glauben, Friedrich Nietzsches Albtraum von der ewigen Wiederkehr des Gleichen sei wahr. Die Habsburgerdynastie – neben dem Zarenreich das mächtigste politische Gebilde Europas –, die Hunderte von Herzogtümern, freie Reichsstädte und andere politische Einheiten umfasste, erstreckte sich bis nach Italien und war in ihrer monarchischen Herrschaftsmacht «die Verkörperung alles dessen, was die Französische Revolution bekämpfte» (A. Zamoycki).

Klemens Wenzel Lothar Fürst von Metternich-Winneburg zu Beilstein, als Österreichs Kanzler der mächtigste Europapolitiker, verordnete absolute «Ruhe» – für ganz Europa, auch für Frankreich nach dem Fall Napoleons. Er drängte zur Aufstockung der Polizei und nutzte die Presse, die er für «Ketzerei» hielt, für seine Zwecke. Ein Stab von Autoren – darunter auch Friedrich Schlegel – schrieb für seine Überzeugungen, und in Frankreich und England unterhielt und finanzierte er Zeitungen, die seine Meinung verbreiteten. Die effektivste Methode zur Überwachung ganz Europas sah er im Ausspionieren der Post und dehnte seine Eingriffe auch auf die Schweiz aus. Dort witterte er Umstürzler aller Couleur. Metternich hielt sich für berufen, die Festung Europa vor dem gefährlichen Einfluss der «Jakobiner» zu schützen.

Wilde Verschwörungsgerüchte

Europas Einheit aber stand auf tönernen Füßen. Preussen, das Zarenreich und England sowieso beargwöhnten sich, da half auch die Mahnung von William August Miles, britischer Botschafter in Frankfurt, nicht: «Wenn der Raserei dieser modernen Kalifen nicht wirkungsvoll & rasch Einhalt geboten wird, werden alle Zepter in Europa vor Ende des gegenwärtigen Jahrhunderts zerbrochen sein und die Jakobiner überall triumphieren.» «Die Paladine der Revolution», so Zamoycki, waren «von einer Ideologie befeuert, die manche als ihren <Koran> bezeichneten». Nach Robespierres Sturz war es mit der Einheit schnell vorbei; viele Regierungen waren bereit, die neue Republik anzuerkennen – ausser natürlich Österreich. Metternich misstraute allen Annäherungen an Frankreich. Die neue Regierung hielt er einfach für zu labil und zu löchrig. Um Ausländer abzuschrecken, führte er ein kompliziertes System von Visa und Grenzkontrollen ein. «Man vermutet das Fegefeuer im Jenseits», schrieb 1817 der frühere Privatlehrer des Zaren, La Harpe, aus Italien an Alexander I., «weit sicherer findet man es in den Polizeistuben und Zollstationen, die in dieser Welt seit der Befreiung Europas eingerichtet wurden.» «Der Koffer», heisst es bei Stendhal, «wurde einundzwanzig oder zweiundzwanzig Mal durchsucht.»

Auch Preussen bereitete Metternich Sorgen. Das Land stand am Rande des Bankrotts und wurde von einem heftigen Streit über eine



Hassobjekt der Studenten: Ermordung Kotzebues.

neue Verfassung gebeutel. Metternich witterte deshalb aufgrund der Bildung patriotischer Vereine und Freikorps eine neue Revolution. Der Wiener Kongress 1814/15 sorgte dafür, dass Deutschland in 39 Einzelstaaten zersplittert blieb, die sich unter dem Präsidium Österreichs zum Deutschen Bund zusammenschlossen. 1816 konstituierte sich der Bundestag in Frankfurt unter Metternichs Regie. So hatte er den Bund im Griff.

Dann aber trafen sich am 18. Oktober 1817 auf der Wartburg in Eisenach Studenten von zwölf Universitäten und forderten eine deutsche Nation. Der Zar drängte Preussen und Österreich dazu, die Urheber der «Exzesse» zu bestrafen, und Metternich schwante, dass die Probleme komplizierter waren: «Wir sehen voraus und erhalten täglich Bestätigung für unsere Ansicht», schrieb er am 28. Januar 1818, «dass das Zentrum des deutschen Jakobinismus sich in Preussen und vor allem in Berlin befindet. Die Revolution wird, das ist wahr, nur in Weimar offen organisiert, aber die Drahtzieher sitzen in Berlin.» Am 23. März 1819 fand Metternichs Angst grässliche Bestätigung: ein Selbstmordattentat in Mannheim (Grossherzogtum Baden). Der Student Karl Ludwig Sand erstach den Schriftsteller August von Kotzebue und rampte sich dann selbst das Messer in den Bauch. Zu überleben (er wurde später hingerichtet), war nicht seine Absicht. Kotzebue war das personifizierte Hassobjekt der Studenten, ein Repräsentant «weibischen Zeitalters» (Sand), Autor romantischer Trivialstücke, ein Kosmopolit, der sich über die Deutschtümelei lustig machte. Man fand bei Sand eine Erklärung, in der er darlegte, dass er sich lange auf die Tat vorbereitet hatte. Das Todesurteil soll von der Burschen-

schaft seiner Universität ausgestellt worden sein. Der Mord erschütterte Europa, und ein weiterer Attentatsversuch eines Studenten auf einen Regierungspräsidenten liess die wildesten Verschwörungsgerüchte ins Kraut schießen. «Fake News» schossen wie Pilze aus dem Boden.

Metternich sah Deutschland «in den Fängen einer der schrecklichsten europäischen Revolutionen», die nur durch «heldenhafte» Gegenmassnahmen abgewendet werden könnten. Sein rigoroses Vorgehen mittels der Karlsbader

Einzig Italien gegenüber blieb Metternich sorglos: «Italien ist voll von Faulpelzen und Proletariern.»

Beschlüsse führte zu einem Exodus von Akademikern in die Schweiz, nach England und in die USA. Zugleich förderte es auch ein zunehmendes Interesse an den verbotenen Ideen. Nach dem Attentat auf den Herzog von Berry am 13. Februar 1820 begann Metternich zu verzweifeln. Seinem Botschafter in London, Prinz Esterházy, schrieb er 1820 von einem Kranken, den er aufgegeben habe. Überall brodelte es, von Spanien über Portugal und Russland bis Sizilien und Neapel. Metternich sah zerstörerische Kräfte am Werk und forderte einen zentralen, länderübergreifenden Nachrichtendienst. Vergeblich. Die Einzelinteressen der Staaten und die ewigen Rivalitäten der Grossmächte verhinderten jede Form gemeinsamer Politik. Auch hielten viele die «grosse Verschwörung» für übertrieben. Als Metternich darauf eine Untersuchung über die klandestinen liberalen Aktivitäten durchführen liess, erbrachte sie



Europas mächtigster Politiker: Metternich.

erstaunlich wenig. Metternich wurde danach nur noch argwöhnischer.

Sündenpfehl des Liberalismus

In allen Ländern (auch in Frankreich von Napoleon bis Louis Philippe I), und in Österreich ganz besonders, war das Briefgeheimnis natürlich ein Witz. Vor allem wurden besonders genüsslich delikate Affären aus den Briefen gesammelt und je nach Lage verwendet. Die Spitzelei beförderte auch Kurioses wie etwa den Besuch des Schriftstellers Charles Sealsfield bei einem Wiener Kaufmann. Bei Tisch erzählte dieser von einer geplanten Staatsanleihe und wurde am nächsten Tag auf die Polizeiwache zitiert; er habe über Politik geredet, die ihn nichts angehe. Wieder zurück, entliess der Kaufmann voller Wut sein Personal, was ihm eine neue Vorladung einbrachte. Hohe Polizei- und Regierungsbeamte beschwerten sich darüber, selbst observiert zu werden. Einzig Italien gegenüber blieb Metternich sorglos. «Italien ist voll von Faulpelzen und Proletariern, die in Cafés und auf öffentlichen Plätzen, wo sie am

Metternich liess sogar die Briefe von befreundeten Staatschefs öffnen.

liebsten herumlungern, mit grossem Aufwand Reden schwingen», liess er Esterházy wissen. Bald aber wurde es auch dort problematisch. 1832 verabschiedete London die *reform bills*, und im gleichen Jahr kam es in Hambach (Rheinland-Pfalz) zu einem Volksfest mit nationalem Drive.

Die Lage für die Bewahrer monarchischer Ordnung wurde immer poröser, und die Habsburger griffen zu immer massloseren Überwachungsmaßnahmen, die von den NSA-Enthüllungen nicht weit weg waren. So liess Metternich die Briefe befreundeter Staatschefs öffnen. Als er allerdings zur Kenntnis nehmen musste, dass auch seine gelesen wurden, reagierte er völlig perplex und begann, Österreich nur noch mehr abzuschotten. In den 1840er Jahren wurde es das «China Europas» genannt, was Metternich zunehmend isolierte. Am 13. März 1848, nach der Märzrevolution in Österreich und in anderen Staaten des Deutschen Bundes, nahm Metternich seinen Abschied und emigrierte – ausgerechnet – nach London, in den Sündenpfehl des Liberalismus.



Adam Zamojski: Phantome des Terrors. Die Angst vor der Revolution und die Unterdrückung der Freiheit 1789–1848. C.H. Beck. 618 S., Fr. 42.90

Idole

Inszenierte Verletzlichkeit

Über Beyoncé, Königin des Pop, glaubt man alles zu wissen, doch eigentlich geben ihre intimen Inszenierungen nur Rätsel auf – und schützen die Privatsphäre ihrer Familie. Von Claudia Schumacher



Kleines Wunder: Beyoncé.

Sehr schwanger, sehr ausgezogen und sehr selbstherrlich posierte Beyoncé Knowles-Carter, Königin des Pop, für eine Art Marienbildchen, veröffentlichte dieses dann auf der Fotoplattform Instagram mit der frohen Botschaft, Zwillinge zu erwarten – und brach damit in nur wenigen Tagen den Beliebtheitsrekord für Fotos auf Instagram, dem wichtigsten Selbstvermarktungsmedium der Stars. Momentan gefällt das Bild bereits zehn Millionen Menschen. Der Vater der Zwillinge ist Beyoncé's Ehemann, der Rapper und Produzent Jay-Z (bürgerlich Shawn Corey Carter). Pikanterweise verwendet Beyoncé noch das Coverfoto ihres aktuellen Albums «Lemonade» als Profilbild in den sozialen Medien. Darin outete sie sich als betrogene, verletzte Ehefrau.

Was ist an Beyoncé und ihren Geschichten echt? Alles? Nichts? Ist das nicht unglaublich, wenn eine Frau die schmutzige Wäsche ihres Mannes öffentlich auf einem Album ausbreitet, welches wiederum von ebendiesem Mann mitproduziert und exklusiv auf dessen Streaming-Dienst veröffentlicht wurde? Von einem feministischen Akt war in der applaudierenden Presse die Rede, von einer «Anklageschrift» Beyoncé's gegen ihren Mann – der davon aber ganz prima profitierte. Und jetzt hat dieser anklagenswerte Fiesling ihr also gleich zwei Babys in den Bauch gemacht – wie-

derum ein Grund dafür, sich in den sozialen Netzwerken und in einer ganzen Bilderserie, die begleitend auf der eigenen Website veröffentlicht wurde, als eine Mischung aus Muttergottes und Venus zu inszenieren?

Die öffentliche Darstellung der Familie Carter schwankt zwischen abstoßend intim und brutal narzisstisch, dazu wirkt sie berechnend und widersprüchlich – es ist ein kleines Wunder, dass Beyoncé dennoch stets mit medialem Lob davonkommt und von den Fans für ihre «Authentizität» gefeiert wird.

Schutz durch öffentliche Preisgabe

Dieser ganze Zirkus wäre lachhaft – blendete man die Bedingungen aus, unter denen eine Familie wie die Carters lebt. Wie kann man der permanenten Durchsuchung des Privatlebens durch die Klatschpresse entkommen? Wie kann man seine Kinder vor Paparazzi-Hetzjagden schützen? Womöglich gibt Beyoncé mit ihren grenzwertigen Freizügigkeiten die einzig wirksame Antwort: indem man es selbst tut – und besser.

Denn auch so lässt sich Beyoncé's «Lemonade» verstehen: als starker medialer Präventivschlag bei einem Ehezwist, der auch ohne das Album an die Öffentlichkeit gekommen wäre – nur verletzender und ohne den Eigenprofit, den das Album ermöglichte. Dieser Logik folgend, gräbt ein Superstar, der von seiner Schwangerschaft selbst die eindrücklichsten und intimsten Bilder liefert, den Paparazzi effektiv das Wasser ab. Es wirkt zwar sehr exzentrisch, wie Beyoncé auch ihr Töchterchen Blue Ivy auf ein paar Bildern der Schwangerschaftsserie mit einbindet: Die leichtbekleidete Fünfjährige überreicht ihrer als Göttin inszenierten Mutter ein Blümchen – aber ist diese Exzentrik nicht genau das, was wir von einem Star wie Beyoncé erwarten? So gibt sie zwar ihr Kind preis – aber zu den eigenen Bedingungen.

Beyoncé kann sich und ihre Familie nicht nur besser blossstellen, als die Paparazzi das können. Sie tut es auch sehr viel kunstvoller. Eine Renaissance Madonnas, holländische Blumenmalereien, Frida Kahlo, Gustav Klimts «Die Hoffnung II», Kehinde Wiley, Mickalene Thomas: So lauten nur ein paar der kunsthistorischen Bezüge, die in Beyoncé's Instagram-Bild identifiziert wurden. Für das Bild beauftragte sie den Konzeptkünstler Awol Erizku. Konzeptkunst: wohl generell das, was hinter Beyoncé's Eigen-PR steckt.

Die Schotten dichtmachen

Die neuen Filme «Usgrächnet Gähwilers», eine Komödie, und das Jugenddrama «Skizzen von Lou» sind geprägt von Krampfigkeit und Mittelmass. Von Wolfram Knorr

Schwer drückt die Sehnsucht nach Freiheit aufs Gemüt von Lou (Liliane Amuat), einer 29-Jährigen, die einfach nur den Sommer in Zürich geniessen will und dann weiter, weiter ... Na ja, erst mal nach Nepal, um Entwicklungshilfe zu leisten. Denn – aber hallo! – so verantwortungs- und gewissenlos ist bei allem ungebärdigen Freiheitsdrang die Jugend dann doch nicht. Sie weiss, was sich gehört, auch wenn dieses Vorhaben keine tiefere Bedeutung hat, als mal kurz die Kreditkarte des guten Willens zu zücken. «Skizzen von Lou» von Lisa Blatter wird als Ausdruck eines neuen Schweizer Films gepriesen, weil er ein Flair von hipper Coolness und Lässigkeit versprüht und behauptet, das Lebensgefühl einer neuen Generation zu vermitteln. Was er wirklich zum Ausdruck bringt, ist Interesselosigkeit an der Gesellschaft; wichtig ist Lou einzig und allein ihr Innenleben, das sie – klar – von einem Mann (Dashmir Ristemi), aber auch darüber hinaus, grundsätzlich, bedroht sieht. Die «Skizzen von Lou» sind wieder mal ein Beispiel für ein altes Defizit des Schweizer Spielfilms: den Mangel an Identität, den Mangel am Umgang mit handfesten schweizerischen Konflikten.

Putziges Versteckspiel

Auf den ersten Blick wirkt daran gemessen das Debüt des Berners Martin Guggisberg «Usgrächnet Gähwilers» wie der Beweis des Gegenteils. Ralph (Philippe Nauer) und Therese (Ruth Schwegler) Gähwiler sind ein durch und durch properes Mittelstandspaar aus den gehobenen Vororten mit den perfekt geschnittenen Hecken, gestutzten Rasen und kuscheligen Eigenheimen. Er ist FDP-Kandidat für den Gemeinderat, sie Hausfrau, die begehrliche Blicke auf den Sudanesen Ngundu (David Wurawa) wirft und ihn kurzerhand für Gartenarbeiten anstellt.

Als er von der Leiter fällt und sich mit einer Gartenschere verletzt, holt sie ihn ins Haus, um seine Wunde zu behandeln. Und weil er sich partout wehrt, zum Arzt zu gehen, erfährt sie, dass er ein Illegaler ist – und turbulente Verwicklungen sollten sich eigentlich daraus ergeben. Leider Fehlanzeige. Der Gatte kommt nach Hause, sieht den Farbigen und ist von nun an nur noch damit beschäftigt, ihn vor den Blicken der

Nachbarn zu verbergen. Und bequemerweise ist einer gleich ein politischer Konkurrent. Wieso die Gähwilers deshalb die Schotten dichtmachen und den Sudanesen im Keller wegsperren, bleibt rätselhaft; selbst wenn, wie hier, abgrundtiefe Spiesser am Werk sind.

Zu billig

Guggisbergers Vorstadtwelt ist leider keine Vorstadthölle. Eher erinnert sie an einen Kindergeburtstag, bei dem ein Schwarzer als putziges Versteckspiel-Objekt erhalten muss. Wegen des hübschen farblichen Kontrasts im aufgebrelzten Krähwinkel. Anders ist das kaum zu deuten. Oder warum verhalten sich



Aufgescheuchte Hühner: «Usgrächnet Gähwilers».

die Gähwilers sonst wie aufgescheuchte Hühner? Wenn es denn so furchtbar ist, einen afrikanischen Flüchtling zu beschäftigen, dann dürfte er gar nicht erst in Thereses Garten. Weil sie lüsterne Blicke auf ihn wirft? Das wäre ein Ansatz gewesen.

Eine Komödie braucht einen richtigen existenziellen Druck aufs Personal, damit die Turbulenzen wie aus einer heissen Pfanne «popkornen» können. Den gibt's hier nicht. Und so schliesst sich eben der Kreis zu jenen oben erwähnten «Skizzen von Lou». Auch «Usgrächnet Gähwilers» bleibt ohne Identität. Einen Afrikaner zu benutzen, um Schweizer als Bünzlis zu entlarven, ist zu billig.

«Die göttliche Ordnung» von Petra Volpe ist da von anderem Schrot und Korn. Volpe gelang eine Rarität im Schweizer Film: eine Identifikationsfigur zu schaffen, die den Zuschauer beim mühsamen Weg zum Frauenstimmrecht auch emotional im Griff hat. Darauf werde ich demnächst zurückkommen.

Es war einmal in Paris

Von Peter Rüedi

Den Nachruhm fördert nichts so nachhaltig wie ein früher Tod. Allenfalls das Gegenteil: dass einer zu Lebzeiten zur Legende wird, so dass er für die Nachgeborenen unmerkbar aus dem realen Leben in die Erinnerung gleitet. Für Larry Young, den vielleicht bedeutendsten Organisten des Jazz (mit Orgel ist in diesem Fach nicht das Kircheninstrument gemeint, sondern die vergleichsweise triviale Hammond B3), geboren in Newark 1940, gestorben 1978, gilt weder das eine noch das andere. Das mag der Grund dafür sein, dass noch heute nur eine relativ kleine Insider-Gruppe weiss, auf welcher aufregende Weise er den in der traditionellen Spielweise eher vulgären elektronischen Power-Kasten revolutionierte: mit komplexen Harmonien, vor allem aber durch die Anwendung modaler Spielweisen. So wurde Larry Young der «John Coltrane der Orgel» genannt. Tatsächlich klang er gelegentlich wie ein Nachfolger von McCoy Tyner, dem Pianisten von Coltranes klassischem Quartett. Allein, dessen intensive Pentatonik war nur ein Ausdrucksmittel in Larrys breitem Spektrum. Young war eine seltene Kombination von Power und Raffinesse – deshalb liebte er die Partnerschaft mit starken Schlagzeugern: Elvin Jones, zumal in seinem Œuvre für «Blue Note», und Tony Williams in der Gruppe Lifetime, die er zusammen mit diesem und John McLaughlin Ende der sechziger Jahre gründete.

Jetzt sind Aufnahmen entdeckt worden, die von diesem für den kommenden Fusion-Jazz prägenden Trio 1965/66 beim ORTF in Paris entstanden, allesamt in erstklassiger Tonqualität zum ersten Mal auf einem Tonträger greifbar. Sie sind, wie oft Musik aus stilistischen Übergangsperioden, hinreissend: nicht mehr Hard Bop, noch nicht modaler Jazz à la Coltrane. Zumal die Stücke des Quartetts mit dem Tenoristen Nathan Davis, Young, dem ganz jungen Trompeter Woody Shaw und dem (in der Schweiz als Lehrer wohlbekannten) Drummer Billy Brooks entwickeln eine unerhörte Sprengkraft und Intensität. *Once upon a time in Paris there was the best of Jazz.*



Larry Young in Paris: The ORTF Recordings. Resonance Records HCD-2022 (2 CDs)



Thiel

Didier

Von Andreas Thiel

Burkhalter: Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, Burkhalter, hallo?

Steuerbeamter: Guten Morgen, Herr Burkhalter, hier spricht Grosjean von der Steuerbehörde Neuenburg.

Burkhalter: Was kann ich für Sie tun?

Steuerbeamter: In Ihren Steuerunterlagen fehlt der Lohnausweis mit Ihren Bezügen aus Brüssel. Würden Sie uns die entsprechenden Unterlagen bitte noch nachreichen?

Burkhalter: Einen Lohnausweis aus Brüssel? Es gibt keinen solchen.

Steuerbeamter: Das kann nicht sein. Wenn Sie für Brüssel arbeiten, dann werden Sie natürlich auch von Brüssel bezahlt.

Burkhalter: Aber ich arbeite nicht für Brüssel.

Steuerbeamter: Hahaha, Herr Burkhalter, wenn man wie Sie in der Öffentlichkeit steht, dann kann man niemandem etwas vormachen.

Burkhalter: Wovon sprechen Sie?

Steuerbeamter: Sie vertreten im Bundesrat Brüssel. Dafür werden Sie ja wohl auch von Brüssel bezahlt.

Burkhalter: Ich werde nicht von Brüssel bezahlt! Dafür gibt es auch keine Belege!

Steuerbeamter: Genau das ist das Problem, Herr Burkhalter, dass für dieses Engagement keine Belege vorliegen.

Burkhalter: Meine Steuerunterlagen sind vollständig korrekt!

Steuerbeamter: Leider nicht. In Ihren Unterlagen haben wir einen Lohnausweis der Schweizerischen Eidgenossenschaft entdeckt. Wir haben das überprüft und keinen Hinweis dafür gefunden, dass Sie in Ihrer politischen Arbeit etwas Wesentliches für die Schweiz tun.

Burkhalter: Was?

Steuerbeamter: Da es sich um beachtliche Beträge handelt, die Sie hier ohne verifizierbare Gegenleistung beziehen, stehen Sie unter Geldwäschereiverdacht.

Burkhalter: Das muss ein Irrtum sein!

Steuerbeamter: Dann würden Sie uns bitte die entsprechenden Belege für ihr Engagement für die Eidgenossenschaft noch nachreichen?

Namen

Voller Ideen

Neue Pläne für das Zürcher Kammerorchester; Stelldichein in der Augenarztpraxis. Von Hildegard Schwaninger

Michael Bühler ist seit acht Jahren Direktor des Zürcher Kammerorchesters (ZKO) und hat einen Erfolg nach dem anderen zu vermelden. Gerade war das Orchester mit seinem neuen musikalischen Leiter, dem umtriebigen Geiger **Daniel Hope**, in München, es gab zwei Konzerte im Prinzregententheater. Der 93-jährige Pianist **Menahem Pressler** spielte Mozart, und – so erinnert sich Bühler: «Da sassen gestandene Männer in der ersten Reihe und weinten.» Menahem Pressler lebt heute mit Annabelle, der Witwe von **Arthur Rubinstein**, zusammen. Nächstes Jahr gibt er mit dem ZKO ein Konzert in Zürich. Im Schauspielhaus. Bühler: «Wir haben eine Kooperation mit der Pfauenbühne.» Wegen des dreijährigen Kongresshaus-Umbaus ist die Tonhalle geschlossen, Konzerte, auch solche des ZKO, finden in der Maag-Halle und anderen Lokalitäten statt.

Michael Bühler ist voller Ideen, wenn es um die Gewinnung neuen Publikums für die klassische Musik geht. Auch beim Generieren von Sponsoren hat er eine glückliche Hand. «Irgendetwas muss ich ja von **Alexander Pereira** gelernt haben.» Bühler war unter Pereira sieben Jahre lang Orchesterdirektor am Zürcher Opernhaus. Er selbst spielt Klarinette.

Das ZKO bekommt eine Subvention von 3,245 Millionen Franken, das Budget beträgt 7,5 Millionen Franken, da springen treue Sponsoren ein: die Zürcher Kantonalbank, die Amag und **Stephan Schmidheiny** mit der Avina-Stiftung.

Michael Bühler denkt über die Bedürfnisse der Menschen nach, er weiss, dass man die Menschen aus dem Haus locken muss. «Ein Konzert soll nicht nur ein musikalisches Erlebnis sein, sondern ein gesellschaftlicher Anlass, bei dem man anderen Menschen begegnet.» So lädt er nach jedem ZKO-Konzert alle Besucher zu einem Umtrunk ein und zur Begegnung mit den Künstlern. **Hélène Grimaud**, **Daniel Hope** oder **Sir Roger Norrington** sassen schon mit dem Publikum in der Lounge. Kein Wunder, dass die ZKO-Konzerte eine Publikumsauslastung von 85 Prozent haben.

Ein Vorbild für Bühler ist der ehemalige Tonhalle-Direktor **Jürg Keller**. Auch er liess sich Neues einfallen. Er erfand «Tonhalle late», Spätkonzerte, auf die anschliessend eine Party mit Disco folgt. Keller brachte damit ein junges Publikum ins Haus, die «Tonhalle late»-Konzerte sind ein Renner.

Michael Bühler, selbst Vater eines Sohnes, weiss, dass Eltern nicht ins Konzert gehen können, wenn sie kleine Kinder zu Hause haben. So erfand er die Nuggi- (0–1 Jahr), Krabbel- (1–3 Jahre) und Purzelkonzerte (3–5 Jahre). Eltern bringen ihre Kinder ins Konzert, es gibt keine Stühle, man sitzt auf Kissen und Yogamatten. Die Konzerte finden im ZKO-Haus im Zürcher Seefeld statt und sind immer restlos ausverkauft.

Das ZKO gibt im Jahr zwanzig bis dreissig Konzerte auf der ganzen Welt, 2018 ist eine Süd- und Nordamerika-Tournee geplant. Kürzlich



Fast verliebt

Tindergarten

Von Claudia Schumacher

Céline schiebt sich die Bratwurst rein, sie nimmt sogar vom Bürli – jetzt aber. Es ist nur ein paar Wochen her, seit ich sie das letzte Mal über Mittag getroffen habe, und doch wirkt sie recht verändert. «Ich brauch'

gerade eecht viele Kohlenhydrate ...», sagt die schlanke, ordentlich mampfende Journalistin, mit der man sonst nur Salat oder Sushi essen kann. Und natürlich verdreht sie jetzt auch noch genüsslich die Augen. Céline ist nicht nur suuuper glücklich, sie ist üüüber glücklich, sie explodiert gleich vor Energie – man müsste eigentlich in Deckung gehen. Stattdessen sehe ich ihre grossen, erwartungsvollen Augen, frage also brav wie das Rotkäppchen den Wolf: «Céline, warum kannst du denn plötzlich so viel essen?» Und da platzt es auch schon aus ihr heraus: «Mit Niick ... das ist vöööllig verrückt! Jeeden Tag! Und allein letzten Sonntag: *sieeben Mal!*» Dabei schüttelt sie selbst ungläubig den Kopf, weil es ist ja auch alles so waaahnsinnig kraaass und Céline bestimmt die erste junge Frau auf der Welt, der körperliche Liebe in hoher Frequenz zuteil wird. Peinlich berührt, frage ich mich, ob ich mit Anfang zwanzig



Erfolg: Michael Bühler (l.), Daniel Hope.



Umtrunk: Pianistin Grimaud.



Eröffnung: Mediziner Locher (l.), von Ziegler.

war das ZKO zu Gast im Hotel «Schloss Elmau» (Schlossherr **Dietmar Müller-Elmau** war auch beim Eröffnungskonzert mit **Daniel Hope**). Es spielte in Kammermusikformation «Souvenir de Florence» von Tschaiowski mit Konzertmeister **Willi Zimmermann**.

Arife, die Frau von Michael Bühler, hat seit März 2016 einen Salon an der Schipfe. Es ist ein Coiffeur- und Beautysalon sowie eine Kleider- und Schmuckboutique. Eine Art Boudoir, wo Arife Bühler, die halb Serbin, halb Türkin ist, der gestressten Frau eine Auszeit bietet: Zum Haarschnitt wird feiner türkischer Kaffee serviert. Die Kleiderkollektion (sehr sexy für schlanke Frauen) kommt aus Israel.

Die Eröffnung der Augenarztpraxis Gutsehen im Haus zur Pyramide der Dres. **Christoph von Ziegler** («der Senior») und **Stefan Locher** («der Junior») war ein gesellschaftlicher Event. Es kamen etwa hundert Gäste – vorwiegend aus Ärztekreisen sowie Anwälte und Banker. Pyramide-Gründer **Cédric George** erschien mit zwei attraktiven Chirurginnen und lobte die Praxiseinrichtung – funktionell-ästhetisch. Kabarettist **Beat Schlatter** war da, ein Freund von Stefan Locher, sowie der im Beautybusiness tätige TV-Mann **Joerg Kressig**, der jetzt auf spiritueller Suche ist. Polo-Kollegen waren da, Locher ist ein begeisterter Polospieler und hat den Legacy Polo Club mitgegründet.

Korrigenda: **Silvio Denz** ist nicht, wie an dieser Stelle irrtümlich vermeldet, Besitzer des «Alice Choo», er hat das Lokal lediglich für die Ausstellung von **Terry Rodgers** gemietet.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

zig auch so bekloppt war – sooo bekloppt??? Aber dann erinnere ich mich, dass ich Céline ja irgendwie mag. Die freudige Anteilnahme überwiegt. Hier werden schliesslich auch Fortschritte gemacht!

Céline hat zuletzt viel Zeit im Tindergarten verbracht. Dabei gab ein Mann dem andern die Klinke in die Hand. Fast alle hatte sie über die Dating-App Tinder kennengelernt, und man freute sich bei jedem, wenn er weg war – so konnte man schneller über den nächsten lachen. Der direkte Vorgänger von Nick war Matthias, bei dem Céline nach rechts wischte, weil sie seinen Schnauzer für ein urbanes Retro-Statement hielt – total süüüsss!!! –, dabei war der Typ einfach nur wirklich in den Tom-Selleck-Neunzigern hängengeblieben und vertrat Ansichten fernab der für Céline unentbehrlichen Urbanität (Er wollte sogar Kiiinder!!!). Gemessen daran ist Nick, Célines Kollege aus

der Sportredaktion, geradezu vom Himmel gefallen. Seit Anfang Jahr sind die beiden zugange. Und auch wenn ich zuerst skeptisch war – Büro-Romanzen enden halt selten gut –, so scheint es sich doch positiv zu entwickeln. Ist es was Ernstes? «Gute Frage», sagt Céline – und klingt plötzlich gar nicht mehr albern. «Vielleicht ist es schräg, aber bis jetzt ist Nick einfach nur alles, was ich mir je von einem Mann erträumt habe.» Uff. Ein Satz, so hochkonzentriert naiv, dass er mich jetzt wirklich unangenehm an früher erinnert. Und an den Mann, der mein Herz rausriss, auf den Boden warf, mit Benzin übergoss, in Brand setzte und dann entspannt seine Zigarette daran entzündete. Sorgen um Céline, erstmals. Beim promiskuitiven Rumgeblödel im Tindergarten gab's vielleicht nichts zu gewinnen. Aber auch nichts zu verlieren.



Unten durch

Bombenalarm

Von **Linus Reichlin**

Nehmen wir mal an, du warst wieder mal viel zu früh am Gate, hast lange gewartet, und jetzt sagen sie dir, wegen «technischer Checks» verzögere sich das Boarding um eine Stunde. Aber dich täuschen sie nicht. Technische Checks heisst technische Probleme, wenn nicht sogar Bombenalarm. Und das bedeutet, dass jetzt möglicherweise ein Polizist in einem hitzebeständigen Splitterschutzanzug im Unterboden des Flugzeugs rumkriecht und nach der Bombe sucht, die vermutlich der Hauswart der Flughafenmoschee dort versteckt hat. «Ich kann Ihnen versichern», sagt die Dame am Boarding-Desk leise, um die anderen wartenden Fluggäste nicht zu erschrecken, «dass wir absolut keinen Hinweis darauf haben, dass sich nichtzugelassene Gegenstände an Bord befinden.» Gegenstände! Das ist schon der zweite Euphemismus in fünf Minuten. Du flüsterst der Dame zu: «Im Krieg haben die Alliierten regelmässig nichtzugelassene Gegenstände über Deutschland abgeworfen. Die Deutschen nannten es», und jetzt sagst du es laut, «Bomben!»

Das Wort macht unter den anderen Passagieren sofort die Runde wie ein Floh in einem Hundeheim. Du lernst sogar das Mandarin-Wort für Bombe, denn der Leiter der chinesischen Reisegruppe sagt zu seinen Leuten: «Tsa den! Tsa den!» und macht mit den Händen eine ruckartige Bewegung, als sei ihm zwischen den Fingern ein Chinaböller explodiert. «Es geht mir aber gar nicht so sehr um die Bombe», sagst du zur Dame am Boarding-Desk, «sondern darum, dass hier alles beschönigend ausgedrückt wird. Wie bei meinem Zahnarzt, der kürzlich von einem Routineeingriff sprach und mir dann vier Weisheitszähne zog!» Lächelnd drückt die Dame auf den Knopf ihres Funkgeräts und sagt: «Bitte 10 an B 34. 10 an B 34. Emma Ludwig.» Dieses vermeintlich harmlose «Emma Ludwig» heisst in Wirklichkeit: Ein übergewichtiger Vollidiot, männlich, zirka fünfzig, stiftet Unruhe unter den Passagieren. Bitte schickt den grössten und kräftigsten Steward. Und den schicken sie dann auch. Er ist so gross, dass sie ihn deiner Meinung nach nur liegend ins Flugzeug reinkriegen. Er bietet dir

>>> Fortsetzung auf Seite 70

»» Fortsetzung von Seite 69

einen Gutschein für einen Kaffee und ein Chickensandwich an. Das lehnst du aber ab. Du hast nämlich einmal gelesen, dass es ungeheuer schmerzhaft ist, wenn man mit vollem Magen der Druckwelle einer Explosion ausgesetzt ist. Der Steward behauptet, er sei soeben darüber informiert worden, dass nur die Bordbeleuchtung repariert werden müsse. «Meinen Sie mit Bordbeleuchtung Bordbeleuchtung oder Triebwerk?», fragst du, und er sagt: «Über alles Weitere werden wir die Passagiere in zirka zwanzig Minuten informieren.» Es kann schon sein, dass du überarbeitet bist und zu wenig geschlafen hast und dass du deshalb zum chinesischen Reiseleiter sagst: «They will inform us about the bomb in twenty minutes.»

Kurz darauf nimmst du den Gutschein doch an, denn hier vor dem Boarding-Desk ist es dir jetzt zu lärmig geworden. Die Passagiere schreien in allen Sprachen wild durcheinander «Tsa den!», «Bomba!», «Bakudan!», «Sprengja!» Eine internationale Massenpanik brauchst du jetzt wirklich nicht auch noch. Du suchst Ruhe im Imbiss-Café und findest sie auch, bis du auf der Speisekarte den triumphierenden Hinweis liest, dass das Chicken, das sich im Sandwich befindet, aus «artgerechter Bodenhaltung» stammt. Du fragst die Kellnerin, wie viele Hühner sich gleichzeitig auf wie viel Boden befunden haben und ob sie von Greenpeace gefüttert wurden. «Der Chef ist in zwanzig Minuten zurück», flötet sie, «er wird Ihnen dann Auskunft geben.» Sie hält dich für einen Querulanten. Aber so einfach ist es nicht. Du möchtest einfach nur wenigstens auf einer Speisekarte die Wahrheit lesen: «Liebe Gäste, wir möchten Sie darauf hinweisen, dass unsere Hühner ein beschissenes Leben führten. Aber wir sind sicher, dass Ihnen das im Grunde egal ist. Guten Appetit!»

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

Burgunderbeute

Von Peter Rüedi

Max Frisch und Friedrich Dürrenmatt lebten eine schwierige Freundschaft. Vor allem der Berner wusste um die Dünnhäutigkeit des zehn Jahre älteren Zürchers und setzte ihm mit Scherzen zu, die nicht immer von der feinsten Art waren. Einmal abgesehen davon, dass für Dürrenmatt ohnehin alles nordöstlich von Olten Ausland war, lachte er, der geeichte Bordeaux-Kenner, sich regelmässig schief über Frischs sentimentale Liebe zu den Ostschweizer Rotweinen, denen der Wanderer auf Albin Zollingers Spuren am Pfannenstiel so gerne zusprach. Dürrenmatt trank bis an sein Lebensende nicht einmal die Neuenburger, die vor seiner Haustür wuchsen. In beider Hinsicht würde er sich allerdings wundern, könnte er noch erleben, was sich im Schweizer Weinbau seit seinem Tod 1990 entwickelt hat, in der Drei-Seen-Region, vor allem aber in der Ostschweiz.

Im schaffhausischen Klettgau zum Beispiel, einer Gegend, die vor gar nicht langer Zeit für wenig mehr als schöne Spazierwege über den Randen und andere landschaftliche Schönheiten berühmt war, entstehen heute Pinot noirs, die dem eher bäurischen Label Blauburgunder

längst entwachsen sind. Und zwar jenseits der beiden schaffhausischen Superstars Ruedi Baumann und Michael Meyer. So vermerkt der Wilchinger Winzer Markus Hedinger auf dem Konteretikett seiner Edition Wilchinger Pinot noir den Zusatz «Pinot noir Burgundertyp». Tatsächlich hat dieser Rote (in einer grossen Palette Hedingers Spitzenprodukt) mit den Ranzenklemmern rein gar nichts mehr zu tun, die Dürrenmatt auf der Weinkarte seines Kollegen verspottete.

Zwölf Monate in neuen Barriques gereift, hat der dichte, intensive Rote für Puristen eher etwas viel Vanille und Röstaromen abbekommen, ist der Ehrgeiz mit dem Wilchinger Winzer etwas durchgegangen. Dennoch: welch erstaunlicher Wein, mit dieser Zwetschgenaromatik und den feinen Schokoladennoten! Jedenfalls der geeignete Pirat, um bei einer Blindverkostung Verwirrung zu

Dürrenmatt lachte sich schief über Frischs sentimentale Liebe zu den Ostschweizer Rotweinen.

stiften. Was natürlich auch die Frage nahelegt: Muss ein Roter aus dem «Blauburgunderland» (dies die Formel des Schaffhauser Wein-Marketings) schmecken wie eine französische Prestigeflasche? Im Prinzip nein. Macht aber jedem grosse Freude, der sich an die Substanz im Glas hält, ans So-hier-und-jetzt, und der nicht irgendwelchen Vorstellungen von «Typizität» nachhängt.

Schönheit hält sich selten an rigorose Prinzipien. Schon gar nicht beim Wein.

Markus Hedinger Edition Wilchinger Pinot noir 2013. 13,2%. Weingut und Kellerei Hedinger, Wilchingen. Fr. 35.-. www.hedinger.ch

DIE  WELTWOCH

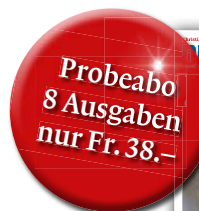
Vielfalt, die begeistert.



Jetzt bestellen!

www.weltwoche.ch/probeabo

Telefon 043 444 57 01





Auto

Auf Knopfdruck röhren

Wer den BMW X4 als M40i bestellt, bekommt ein vorlautes Antidepressivum auf vier Rädern. *Von David Schnapp*

Auf die Bremse stehen, Startknopf drücken, und dann erklingt ein kerniges, vorlautes Röhren aus den beiden schwarz lackierten Endrohren. Getriebewählhebel in Position «D» bringen, losfahren, und das Röhren begleitet einen nun auf allen Wegen, auch wenn es nach Beendigung der Kaltstartphase etwas diskreter ausgestaltet wird. Leider findet man schnell Gefallen an dem Geräusch, das ganz gut zu diesem Auto passt. Der BMW X4 M40i

ist die Topversion des SUV-Coupés, das auf der Plattform des etwas braven X3 aufbaut und so gesehen seinen frechen Bruder darstellt.

Die spezielle Karosserieform mit der zum Heck hin stark absinkenden Dachlinie in Kombination mit dem 360-PS-Turbobenzinmotor aus dem BMW M2 ergibt ein Auto, das durchaus praktisch und immer komfortabel ist, aber gleichzeitig auch immer noch etwas mehr Spass macht als ein Durchschnittswagen. Das Beste aus zwei Welten sozusagen. Kunststück, bei dem Preis, mag man einwenden, aber das ist es nicht allein, was diesen Wagen hervorhebt. Es ist einerseits die aussergewöhnliche Mischung aus Form und Funktion und zum andern die reine Freude an der Mechanik. Der BMW-Reihensechszylinder – es wurde hier auch schon erwähnt – ist zweifellos eines der feinsten Aggregate auf dem Markt. Und im X4 M40i ist er eines der gewichtigen Einzelteile, die in der Summe ein sehr erfreuliches Auto ergeben.

Und so setzt sich die Summe zusammen: Die äussere Form etwa hat das gewisse Etwas,

im Vergleich mit dem grossen Bruder X6 aber wirkt der X4 nicht zuletzt wegen seiner geringeren Grösse nicht ganz so provokant und aufdringlich. Das verstellbare Fahrwerk ist grundsätzlich komfortabel, kann mit einem Knopfdruck aber auf «Sport» umgeschaltet werden. Dann wird aus dem einigermassen handlichen SUV zwar noch kein reinrassiger Sportwagen, aber weil das ganze Auto von einer Sekunde auf die andere spürbar straffer, direkter und agiler wird, ändert sich doch die Grundstimmung. Von null auf hundert geht es mit dem X4 M40i in lediglich 4,9 Sekunden, erst bei 250 km/h wird der Vortrieb abgeregelt. 465 Newtonmeter stehen schon bei 1350 Umdrehungen an, damit geht auch ein 1,8 Tonnen schweres SUV-Coupé ziemlich flott um die Ecke. Ehrlicherweise muss man mit etwa 10,5 Litern Durchschnittsverbrauch rechnen, das ist aber, gemessen an Leistung und Gewicht, auch nicht übertrieben.

Freude und Alltag

Der X4 hat in der neuen Topversion M40i alles, was man so braucht, um Freude am Steuer zu haben und um gleichzeitig die praktischen Aufgaben des Alltags einigermaßen würdevoll erledigen zu können: Einkauf, kleinere Transporte oder den Abstecher auf einen schneebedeckten Waldweg.

BMW X4 M40i

Leistung: 360 PS/265 kW, Hubraum: 2979 ccm
 Höchstgeschwindigkeit: 250 km/h
 Preis: Fr. 78 500.–, Testauto: Fr. 95 500.–



«Leuthards Tesla ist reine Imagepflege»

Amag-Chef Morten Hannesbo führt sein Unternehmen durch bewegte Zeiten. Er sagt, welche Auswirkungen die VW-Abgas-Affäre hat, warum wir noch lange mit Verbrennungsmotoren herumfahren werden und warum für ihn das Rennvelo die grösste Freiheit bedeutet. *Von Martin Spieler*

Morten Hannesbo ist seit 2009 Chef der Amag, des grössten Autohändlers der Schweiz. 1945 von Walter Haefner gegründet, kommt die Amag als Generalimporteur mit ihren Marken VW, Audi, Seat, Skoda auf einen Jahresumsatz von 4,4 Milliarden Franken. Hannesbo ist in Dänemark aufgewachsen. Nach einer Ausbildung zum Schiffsfahrtskaufmann war er für Toyota und Nissan in Dänemark tätig. Bis 2007 war er Geschäftsführer von Ford Schweiz.

Herr Hannesbo, auf Facebook gehören Sie zu den aktivsten Schweizer Managern. Was bringt Ihnen das?

Ich verwende Facebook intensiv privat und beruflich im Austausch mit Kunden und Mitarbeitern. Immer wenn ich etwas erreicht habe, poste ich es auf Facebook. Das macht mir Spass. Für mich ist es ein gutes und schnelles Sprachrohr. Innert Sekunden habe ich erste Reaktionen in Form von vielen Likes.

Keine Likes erhielten Sie wahrscheinlich nach dem VW-Abgas-Skandal. Sie erleben einen eigentlichen Shitstorm.

Das war eine schwierige Zeit. Selbst Leute, die ich kenne, hatten sich vehement gegen VW ausgesprochen. Wir hatten Hunderte von Reaktionen, in denen wir hart kritisiert wurden.

Wurden Sie persönlich angefeindet?

Oft und brutal. Leute, die ich noch nie gesehen hatte, schrieben mir sehr unschöne Worte und feindeten mich an. Ich wurde als Umweltzerstörer gebrandmarkt. Das muss man einstecken können, obwohl wir als Amag in keiner Weise in den Skandal involviert waren.

Was ist in Ihnen vorgegangen, als Sie als VW-Generalimporteur vom Abgas-Skandal erfuhren?

Ich zahle immer meine Steuern, fahre nicht zu schnell, halte mich an die Regeln und verstehe mich als gesetzeskonformer Bürger. Darum konnte ich nicht glauben, was da bei VW passierte. Ich verstehe bis heute nicht, warum VW das machte. Das war dumm. Nun haben wir für die meisten betroffenen Fahrzeuge in der Schweiz das Software-Update, und ich hoffe, dass die Angelegenheit bald vorüber ist. Es war ein Albtraum.

Die Affäre ist wohl noch lange nicht vorbei, denn nun ermittelt die Schweizer



«Ich verstehe bis heute nicht, warum VW das machte»: Amag-CEO Hannesbo, 54.

Bundesanwaltschaft im VW-Abgas-Skandal gegen die Amag. Wussten Sie von der Existenz der Schummel-Software?

Nein, woher auch? Wir sind ein unabhängiges Unternehmen und im weitesten Sinne Kunde der VW AG. Ich war in Genf, als die Bundesanwaltschaft mit der Polizei an unserem Hauptsitz in Zürich vorstellig wurde. Ich musste meine Sitzung abbrechen und zurückkehren. Ich habe nur den Kopf geschüttelt, aber wir kooperieren natürlich voll und ganz mit den Behörden. Alle meine

Daten wurden gesichert, mein Laptop wurde gespiegelt. Doch sie werden bei uns nichts finden, den Staat kostet es aber viel Geld. Ein völliger Leerlauf.

Die Stiftung für Konsumentenschutz und die Kläger sind anderer Auffassung und fordern, die Amag als Importeur dürfe nicht ungeschoren davonkommen.

Diese Vorverurteilung finde ich sehr unfair. Wir sind eine Schweizer Privatfirma und nicht Teil des VW-Konzerns. Wir haben hierzulande 5400 Mitarbeiter, die hart arbeiten

und ehrlich sind. Wir waren nie in den VW-Skandal involviert und haben absolut nichts gewusst.

Verkaufen Sie seither weniger VW-Modelle?

Nein. Wir verzeichnen keinen Umsatzrückgang. Selbst bei den Dieselfahrzeugen nicht. Da verkaufen wir sogar mehr.

Wie erklären Sie das?

Die betroffenen Fahrzeuge werden nachgebessert. Die heutigen Fahrzeuge sind nochmals deutlich sauberer.

Aber Sie mussten in grossem Stil Rabatte gewähren, damit die Kunden Ihnen treu blieben?

Wir geben schon Rabatte, aber weniger wegen des Abgas-Skandals, sondern vor allem wegen des starken Frankens, da wir sonst einen Wettbewerbsnachteil gegenüber dem Ausland haben.

Wie viele Schweizer kaufen ihren VW oder Audi in Deutschland?

Um die zehn Prozent. Die Leute können über das Internet vergleichen: Wir haben die volle Transparenz und spüren den Wettbewerb brutal. Darum müssen wir den Kunden genauer erklären, warum sie besser bei einem offiziellen Schweizer Markengaragisten einkaufen sollten als im Ausland.

Was sind Ihre Argumente, um die happyen Preisunterschiede zu rechtfertigen?

Die Kunden bekommen von uns mehr Service. Der Schweizer Kunde akzeptiert einen Preisunterschied von fünf bis zehn Prozent. Schweizer Mitarbeiter verdienen ja auch mehr als deutsche. Unsere Betriebe müssen sich über den Service von den anderen abheben. Der Autoverkauf allein ist weit weniger lukrativ, als viele meinen.

Wie viel verdienen Sie denn bei einem Autoverkauf?

Die Branche hat rund acht Prozent Bruttomarge beim Verkauf von Neuwagen. Nach Abzug der Löhne, Mieten und so weiter bleibt nicht viel.

Wird man künftig überhaupt noch Autos kaufen? Die Mobilität befindet sich doch in einem tiefgreifenden Wandel.

Das stimmt. Mobilität wird günstiger, schneller und sofort abrufbar. Die Mobilitätsbedürfnisse nehmen generell zu. Wir bekommen immer mehr Freizeit, das fördert die Mobilität. Wir werden auch künftig Autos verkaufen, aber andere Fahrzeuge.

Wohin geht der Trend?

Der grosse Zukunftstrend in der Mobilität liegt im Sharing: Man braucht nicht mehr zwingend ein Auto für 50 000 Franken vor der Türe, das man nur selten nutzt, sondern kann es mieten. Wenn geteilte Mobilität deutlich günstiger, besser und flexibler ist, als wenn ich ein eigenes Auto besitze, dann

wechseln die Kunden zu einem Sharing-Modell. Deshalb sind wir auch hier engagiert.

Was hat das für Konsequenzen?

Für viele beinhaltet das Auto auch einiges an Prestige. Darum gibt es auch künftig Leute, die ein Auto besitzen möchten. Sie wollen die volle Verfügbarkeit – und nicht teilen. Vermehrt könnten Zweit- oder Drittwagen über das Sharing genutzt werden. Letztlich führt dies wie in der Telekommunikation dazu, dass wir mehr konsumieren. Wir werden uns künftig mehr mit dem Auto fortbewegen als heute.

Der zweite grosse Trend sind Elektrofahrzeuge: Werden wir künftig nur noch mit Elektroautos im Stil von Tesla herumfahren?

Wir werden noch sehr lange mit Verbrennungsmotoren herumfahren. Ich sehe sie noch mindestens dreissig Jahre auf dem Markt.

Warum?

Weil diese sehr günstig und effizient sind. Und umweltfreundlich.

Das sehen Umweltschützer aber anders.

Von der Herstellung über den Betrieb auf der Strasse bis zur Entsorgung sind die

«Wenn wir alle ab morgen mit Elektroautos fahren würden, brauchte es ein zusätzliches AKW.»

Autos mit Verbrennungsmotoren durchaus vergleichbar mit Elektroautos.

Unsere Umweltministerin, Bundesrätin Doris Leuthard, scheint dies anders zu beurteilen, sonst hätte sie nicht ihr Dienstfahrzeug durch einen Tesla ersetzt.

Das ist reine Imagepflege. Die Umweltbilanz ist bei einem Tesla nicht zwingend besser als bei einem modernen Benzinfahrzeug. Das hängt davon ab, mit was für Strom der Tesla geladen wird. Die Probleme dieser Autos sind heute auch die geringe Reichweite der Batterie und der stark sinkende Restwert von Elektro-Occasionen.

Warum sinkt dieser stärker als bei Benzinfahrzeugen?

Das ist wie beim iPhone: Wenn ein neues auf den Markt kommt, gehen die Preise der alten Modelle brutal in den Keller. Je höher der Technologiesprung bei einem Auto, desto tiefer und schneller sinkt der Occasionsrestwert bei Elektroautos. Der Knackpunkt ist die Batterie. Momentan ist das noch ein Problem, aber die Batterien werden immer besser. Schon in fünf Jahren werden diese deutlich leistungsfähiger und halb so teuer sein als heute.

Haben wir überhaupt genug Strom, wenn sich Elektrofahrzeuge in einer breiten Bevölkerungsschicht durchsetzen?

Wenn wir alle ab morgen mit Elektroautos fahren würden, brauchte es ein zusätzliches

AKW. Das vergessen die Leute. Hilfreich ist immerhin, dass die Fahrzeuge effizienter werden.

Ein weiterer Trend ist das Internet der Dinge: Wie verändert das unsere Mobilität?

Ganz stark. Fahrzeuge werden künftig miteinander kommunizieren. Sie werden wissen, dass an der nächsten Ecke ein anderes Fahrzeug kommt, bevor wir es überhaupt sehen, und werden die Geschwindigkeit anpassen. Wir werden dank GPS und den Informationen der anderen Fahrzeuge automatisch ans Ziel geführt, und die Fahrzeit wird optimiert, wenn es irgendwo Stau hat. Alle Autos werden eng miteinander vernetzt sein.

Das bedeutet allerdings einen weiteren Eingriff in unsere Privatsphäre, weil man künftig jedes Fahrzeug genau orten kann.

Das ist so. Solange aber dadurch der Nutzen und die Bequemlichkeit zunehmen, werden dies die Kunden in Kauf nehmen. Eine Ortung übers Smartphone brauchen Sie heute auch schon, wenn Sie etwa ein Uber-Taxi suchen. Das ist unumgänglich.

Wie verändert Uber unsere Mobilität?

Uber hat interessante Lösungen für unsere Mobilität entwickelt, welche für den Kunden einen grossen Mehrwert bringen. Früher bin ich viel Taxi gefahren. Viele waren schlecht. Bei Uber sehe ich, was für ein Auto ich wählen kann. Ich habe ein Rating.

Für viele bedeutet ein Auto immer noch pure Leidenschaft. Welches ist Ihr persönliches Lieblingsauto?

Der Audi A6 Avant oder ein VW Touareg. Das passt zu mir. Begeistert bin ich aber auch von einem VW Bulli mit Küche und Schlafmöglichkeiten. Und ich fahre gerne Cabrio.

Kein Tesla?

Nein. Das ist nichts für mich und überzeugt mich zu wenig.

Noch lieber als Autos fahren Sie ohnehin Rennvelo.

Ein Rennvelo ist für mich Technik pur: höchste Stufe der Carbon-Entwicklung und beste mechanische Umsetzung. Es ist erstaunlich, wie ein extrem leichtes Rennrad mein Gewicht problemlos tragen kann. Da gibt es in der Technikfaszination durchaus Parallelen zu Autos. Leise durch die Landschaft zu fahren, ist herrlich.

Wo liegt die Faszination?

Als CEO brauche ich Freiräume. Diese habe ich, wenn ich tauchen gehe oder Rennvelo fahre. Da kann ich auftanken. Manchmal fahre ich sogar mit dem Rennrad zur Arbeit. Man muss vom Stress abschalten können, sonst hält der Körper das nicht aus. Auch das Handy muss man ausschalten können. Das ist wie beim Alkohol: Man muss beides vernünftig steuern. Beim Velofahren kann ich loslassen und meine Gedanken sammeln. Das tut mir gut. ○

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man im gehobenen Restaurant die Grissini-Brosamen vom weissen Tischtuch direkt auf den Fussboden wischen?

Franz Schilt, Grenchen

Das Schöne ist, dass Sie im gehobenen Restaurant keine Brosamen wegwischen müssen, weil jemand vom Service auf die Krümel aufmerksam werden und sie dann mit Hilfe eines Brotkrümelentferners und einer eleganten Bewegung aus dem Handgelenk vom weissen Tischtuch entfernen wird. Nur weil man für sein Essen einen etwas höheren Preis bezahlt, heisst das ja noch lange nicht, dass man etwas tut, was man zu Hause niemals tun würde, nicht wahr? *David Schnapp*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Ich bin mir sicher, dass es auf dieser Erde kein Land gibt, das sich so gut um Ausländer kümmert wie die Schweiz.» *Franco Riccardi*

Wo kämen wir denn hin?

Nr. 5 – «Stümpfe und Mauern»; Rückblick auf Trumps Woche

Einfach unglaublich! Da wählt ein Volk in einem demokratischen Verfahren seinen Präsidenten, und der erfrecht sich tatsächlich, seine im Wahlkampf gegebenen Versprechen sehr zügig einzulösen! Wo kämen wir denn hin, wenn der Volkswille auch in der Schweiz ernst genommen und zügig umgesetzt würde (siehe Masseneinwanderungsinitiative)?

Kurt Gschwind, Lupsingen

Mir geht das ganze Anti-Trump-Getue langsam auf den Geist. Er ist der 45. Präsident der USA; somit hat er vier Jahre Zeit, sich zu bewähren. *André Grüninger, Volketswil*

Jeder bekommt seine Chance

Nr. 4 – «Unerfüllbare Zumutung»; Markus Schär über Kijan Malte Espahangizi

«Alle müssen eingebürgert werden», fordert der deutsch-iranische Historiker Espahangizi. Der Mann sollte ein wenig Zeitungen lesen. Die Schweiz bürgert so viele Ausländer ein wie kaum ein anderer Staat. Hier in der Schweiz spielt es absolut keine Rolle, woher man kommt, welche Hautfarbe man hat oder mit welchem Akzent man spricht. Ich bin hier Ausländer gewesen und hatte alle Möglichkeiten. Wer bereit ist, sich voll für eine Sache einzusetzen, bekommt seine Chance. Der Aufwand des ordentlichen Verfahrens ist durchaus jedem Bewerber zumutbar. *Arash Yaraghchi, Winterthur*

So frech!

Nr. 4 – «Wir Schweizermacher»; Alex Reichmuth über Masseneinbürgerungen

Ich wurde 1939 in Italien geboren und lebe seit 1956 in der Schweiz. Trotz meiner italienischen Staatsbürgerschaft habe ich mich hier nie als Ausländer gefühlt. Ich bin mir sicher, dass es auf dieser Erde kein Land gibt, das sich so gut um Ausländer kümmert wie die Schweiz. Ich würde mich auch mit einem roten Pass als Italiener fühlen. Deshalb bin ich der Meinung, dass man seine ursprüngliche Staatsbürgerschaft behalten sollte, denn wir leben in der am besten organisierten Nation der Welt.

Franco Riccardi, Dornach

Ich habe mich einbürgern lassen. Allerdings musste ich zusätzlich sechs Jahre warten, nur weil ich von Opfikon nach Zürich (500 Meter Luftlinie) umgezogen bin. Meine Sprachkom-

petenz, mein Leumund, alles wurde überprüft. Zudem musste ich rund 2000 Franken bezahlen. Und dieser Journalist behauptet, wie einfach es jetzt schon sei, Schweizer zu werden. So frech!

Ethem Avdija, Zürich

Es besteht ja bereits heute die Möglichkeit für Jugendliche der dritten Generation, sich erleichtert einzubürgern, sofern diese dies auch wollen. Die Frage sei erlaubt: Wieso haben sich nicht bereits deren Grosseltern und Eltern einbürgern lassen? Am 1. Januar 2018 tritt das neue Bürgerrechtsgesetz in Kraft mit weiteren Vereinfachungen der Einbürgerungsverfahren, deshalb kann diese Vorlage mit gutem Gewissen abgelehnt werden. *Vasco Zlatareff, Interlaken*

Unglaublich

Nr. 4 – «Sommarugas rote Garde»; Florian Schwab über Migrationspolitik

Die Schweizer Migrationspolitik ist nicht glaubwürdig. Justizministerin Sommarugas bewusstes und konsequentes Aushebeln andersdenkender Politiker ist inakzeptabel. Migrationsbedingte Herausforderungen wie die immens steigenden Kosten der fatalen Asylpolitik werden von den links getrimmten Verantwortlichen nicht mit der nötigen Distanz wahrgenommen. Bundesrätin Sommaruga und ihre Equipe werden für ihr Handeln nie Verantwortung übernehmen müssen. Es ist unverständlich, warum weder der Bundesrat noch politische Parteien versuchen, diese bedenkliche Entwicklung zu beeinflussen.

Joseph K. Ernst, Hauterive

Federer vs. Jesus Christus

Nr. 5 – «Der letzte Zug von Grösse»; Ed Smith über Roger Federer

Nach Federers Finalsieg beim Australian Open gab es in den Zeitungen Schlagzeilen wie: «Der Grösste der Geschichte», «Der Grösste», «Ein Weltwunder». Auf Facebook schrieb ich dazu ironisch: «Nun hat er sogar Jesus Christus überholt.» Mir war dieses Satzes wegen nicht ganz wohl. Und was lese ich in der *Weltwoche* auf der Titelseite? «Roger Federer: Magie der Wiedergeburt». *Heinrich Gottfried Megert, Langenthal*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.



	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
12					13	14	15	16			
17					18		19				
	20			21						22	
23	24				25			26			
				27	28		29				
30		31	32			33					
	34				35	36		37		38	
39				40			41				
42					43	44					
		45				46					
47					48			49			

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Eine Verwandte der Zielstrebigkeit

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Zur Auswahl stehen z. B. Spielbrett und Platte. 7 Einteilung für die Quantifizierung. 12 Bettgefährte, der einen oft auf die falsche Fährte führt. 13 Wo die Amis 2003 einmarschierten. 16 Einzelgängerisches Zweifinger-Faultier. 17 Ob Sommer oder Winter, sie steht bei beiden aufrecht dahinter. 18 Schweizer Weltraumbesucher, der einzige. 20 Grundlage, nach der menschliche Gefühle verlangen. 22 ...al meint einen Handel im Wandel der Zeit. 23 Bestätigt, dass Gesagtes gerade gesagt wurde. 25 Winzig aber teils radioaktiv. 27 Ja, der Richard, ein berühmter American Gigolo. 29 Reto: stand im Eishockey im Tor (EHC Kloten etc.). 30 Interpretationsfähig ist die diplomatische Umschreibung. 33 Regierungssamt aus dem Morgenland. 34 Eine Hand, wie von Goya gemalt. 35 Muss kein Pessimist sein, wer da eher schwarz sieht. 37 Sagenhaft, solch ausschweifende Erzählungen. 39 Gut eidgenössisch ist's ein Zoggeli. 41 Eigenschaft, die wohl keine Freunde schafft. 42 Die weisse Tafeltraube stammt aus eben jenem Land. 43 Die urtypisch frauliche Handlung - da staunen Männer. 45 Weltkonzern, von dem isst man vieles gern. 46 Bis 2006 ein globaler Generalsekretär. 47 AG macht daraus automatisch eine Geldsumme. 48 Die bestimmte Stelle einer stofflichen Verbindung. 49 Segler wissen, wohin die Luft weht.

Senkrecht — 1 Die IRA im Rückblick. 2 Macht das Watching zum Komaglotzen. 3 Idyllisch, das Dorf über dem Walensee. 4 Mutter aller russischen Städte genannt, aber nicht russisch. 5 Bezirk Muri plus Reusstal als Spur zu gesuchter Gemeinde. 6 Die irische Muttergöttin war mit vielen Helden verbandelt. 8 So urbar machen. 9 Mal so gesehen sicher ein Tier aus England. 10 Können am Fenster oder Geschäfte sein. 11 Der römische Kaiser - Stellvertreter des Sonnengottes. 12 Kühe lieben die Pflanze, Kunstliebhaber den Maler. 14 Sie ergibt sich aus mehreren Trauben. 15 Er ist kostbar, und unsere Lust ist es auch. (von Schirach) 19 Eine verwirrende Liste aus Spanien. 21 Wer sich einrichtet, fühlt sich zuhause. 24 Die witzige Bemerkung verstehen auch Deutsche. 26 Nicht Wachtmeister Studer sondern der Gruppenführer. 27 Ihr zufolge gibt es einen allumfassenden Gott. 28 Dreifuss: ja, jene. 31 Die Frau freut's, wenn so der Mann. 32 Appenzell und Kabarett: passt zu Simon. 33 Haufenartige Ansammlung, vom Winde verweht. 36 Mein Name ist - Kinder kennen ihn noch immer. 38 Auf ihr lässt es sich einfacher in die Pedale treten. 39 Gott hatte Satan erlaubt, ihm in allen Belangen zuzusetzen. 40 Sie steht in Wirklichkeit hinter Elizabeth. 41 Sie macht manche Bauern heimatlos. 44 Missbilligung der knappsten Art.

Lösung zum Denkanstoss Nr. 503

N	G	B	O	T	T	A	S	A	L	U	T		
E	R	I	K	A	O	I	T	A	L	I	M	A	
W	A	R	N	L	A	M	P	E	S	T	E	I	N
A	P	I	O	L	M	I	M	I	I	R	A	K	
P	T	O	N	Y			S	K	S	T			
G	E	L	E	N	K	M	L	U	T	H	A		
E	R	I	N	O	R	A	K	E	L	E	T	C	
S	V	B	L	A	I	R	M	A	T	E	R		
A	L	O	E	E	S	S	E	R	L	A	I	E	
M	E	R	C	I	S	M	I	T	T	E	L		
T	A	N	K	S	T	E	L	L	E	A	R	E	S
N	O	E	L	R			L	E	I	E	R		

Waagrecht — 3 BOTTA 7 SALUT (les copains: Lied von Hallyday) 12 ERIKA (auch Heide oder Heidekraut genannt) 15 OITA 16 LIMA 17 WARN-LAMPE 18 STEIN 19 APIOL 20 MIMI 22 IRAK (Raki) 23 TONY 25 SKS (Stiftung für Konsumentenschutz) 27 GELENK 30 LUTH (-er) 33 ERIN (rein) 34 ORAKEL 37 ETC 39 BLAIR 40 MATER (lat. f. Mutter) 42 ALOE 45 (B-)ESSER 47 LAIE (von lat. laicus, zum Volk gehörig, gemein) 48 MERCI (franz. f. danke; Markenname eines Konfekt) 50 MITTEL 51 TANKSTELLE 52 ARES (sera: it. f. Abend) 53 NOEL (Vorname, franz. f. Weihnachten) 54 LEIER

Senkrecht — 1 NEWA 2 GIRI 3 BALLON 4 TOMMY 5 TIPI (Zelt der nordamer. Indianer) 6 ATEM (-zug) 8 ALTIST 9 LIER (franz. f. binden) 10 UMIAT 11 TANK 13 RAPPER 14 KNOTEN 21 ISLE (engl. f. Insel) 24 NKOLE (Onkel) 26 KULM (Gipfel eines Berges) 27 GESAMT 28 LIVORNO 29 MAIS (bot.: Familie d. Süßgräser) 31 HETAERE 32 ACRE 35 RASSER 36 KREML 38 TEILER 41 ALTAI 43 LEAN 44 ECKE 46 RIEL 49 ISL

Lösungswort — **SENSUALITAET**



EMS – Innovativ, weltweit erfolgreich in den Geschäftsbereichen Hochleistungspolymere Spezialchemikalien

Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.



Patek Philippe Boutique
at

BEYER

Zürich seit 1760 • Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 • 8001 Zürich • Tel: +41 (0)44 888 33 88
beyer-ch.com



Jahreskalender Chronograph
Ref. 5960/1A